

ASIEN

The German Journal on Contemporary Asia

Nr. 152/153

Juli/Oktober 2019



- Westdeutsche technische Hilfe in Südkorea während der 1960/70er-Jahre – am Beispiel der Berufsschulen in Incheon und Naju
- Zum Wandel des Indienbildes von Karl Marx
- Anpassung, Einhegung, Aneignung: Chinesische Strategien im Umgang mit internationalen Normen und Akteuren der Zivilgesellschaft
- Konstitutionalisierungsprozesse in der chinesischen Staatstheorie: Top-Down-Orchestrierung institutioneller Reformen
- Intentional Ambiguity in Chinese Policymaking. The Case of the Smart Grid Industry
- Alignment of the Governance System for Private Higher Education in Indonesia
- Vierzig Jahre „Formosa“-Zwischenfall: Yao Chia-wen und der 10. Dezember 1979

DGA
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ASIENKUNDE E.V.
GERMAN ASSOCIATION FOR ASIAN STUDIES

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ASIENKUNDE E. V.
German Association for Asian Studies

Vorstand / Board of Directors

Dr. Theo Sommer, Hamburg (Ehrenvorsitzender)

Prof. Dr. Doris Fischer (Vorsitzende)

Prof. Dr. Jörn Dosch (Stv. Vorsitzender); Dr. Margot Schüller, Hamburg (Stv. Vorsitzende u. geschäftsführendes Vorstandsmitglied); Jun.-Prof. Dr. Carmen Brandt, Bonn; Dr. Karsten Giese, Hamburg; Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt, Duisburg; Dr. Stefan Rother, Freiburg; Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer, Göttingen; Sophie Veauthier, Tübingen

Wissenschaftliche Beiräte / Advisory Councils

Südasiens / South Asia

Dr. Sonja Wengoborski, Mainz
(Sprecherin / Chairperson)
PD Dr. Beatrix Hauser, Hamburg
Prof. Dr. Hermann Kreutzmann, Berlin
Dr. Ira Sarma, Leipzig

China

Prof. Dr. Anja Senz, Heidelberg
(Sprecherin / Chairperson)
Prof. Dr. Susanne Brandtstädter, Köln
Prof. Dr. Flemming Christiansen,
Duisburg-Essen
Prof. Dr. Felix Wemheuer, Köln

Südostasien / Southeast Asia

Prof. Dr. Marco Bünte, Kuala Lumpur
(Sprecher / Chairperson)
Jun.-Prof. Dr. Monika Arnez, Hamburg
Prof. Dr. Aurel Croissant, Heidelberg
Prof. Dr. Jörn Dosch, Rostock
Prof. Dr. Vincent Houben, Berlin
Dr. Patrick Ziegenhain, Kuala Lumpur

Japan - Korea

Prof. Dr. David Chiavacci, Zürich
(Sprecher / Chairperson)
Prof. Dr. Marion Eggert, Bochum
Prof. Dr. Axel Klein, Duisburg-Essen
Prof. Dr. Hannes Mosler, Berlin
Prof. Dr. Cornelia Storz, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Gabriele Vogt, Hamburg

Coverfoto: CEphoto, Uwe Aranas

Dalian, China: Female police constable, regulation the traffic in front of Dalian Municipal Government

Lizenz: CC BY-SA

ASIEN

Begründet von Günter Diehl
und Werner Draguhn

Issue Editor:

Carolin Kautz

Editorial Team

Carmen Brandt
Thilo Diefenbach
Anna Fiedler
Martin Mandl
Florian Pölking
Cornelia Reiher
Diana Schnelle

Editorial Board

Doris Fischer
Margot Schüller
Jörn Dosch
Marco Bunte
David Chiavacci
Anja Senz
Sonja Wengoborski

Editorial Assistants

Miriam Meyer
Tabea Thoele

Copy Editors

James Powell
Deike Zimmann

Editorial Manager

Deike Zimmann

International Board

Sanjaya Baru, Indien
Anne Booth, England
Chu Yun-han, Taiwan ROC
Lowell Dittmer, USA
Reinhard Drifte, England
Park Sung-Hoon, Südkorea
Anthony Reid, Australien
Ulrike Schaede, USA
Jusuf Wanandi, Indonesien

ASIEN ist eine referierte Fachzeitschrift. ASIEN veröffentlicht wissenschaftliche Beiträge aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur zum gegenwärtigen Asien. Jeder eingereichte Artikel wird zwei GutachterInnen anonymisiert zur Begutachtung zugeleitet (*double-blind*-Verfahren).

ASIEN ist die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e.V. Die Redaktion freut sich besonders, wenn Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde die Zeitschrift durch Übersendung von Aufsätzen zu einschlägigen Themen sowie von Rezensionen, Konferenzberichten und Informationen zu Forschung und Lehre unterstützen.

ASIEN erscheint vierteljährlich. Mitglieder erhalten ASIEN kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 80,00 Euro (zzgl. Porto und Versand).

Hinweise für Autoren und Autorinnen

Manuskripte sollten in Deutsch oder Englisch abgefasst sein und müssen dem ASIEN *style guide* entsprechen. Dies gilt besonders für wiss. Artikel. *Ein Honorar kann leider nicht gezahlt werden. Englischsprachige Beiträge müssen vor Abgabe von einem native speaker geprüft worden sein.*

Wissenschaftliche Artikel sollten 45–50.000 Zeichen (ohne Leerzeichen) nicht überschreiten (ca. 20 Heftseiten). Grafiken sind bitte getrennt in guter Qualität abzuspeichern. Weiterhin sind ein 15–20-zeiliges englischsprachiges Summary, 4–8 inhaltscharakterisierende englische Schlagwörter sowie kurze biografische Angaben (Name, Titel, Position, Institution) an die Redaktion zu schicken.

Die anonymisierten Artikel werden von (mindestens) zwei GutachterInnen begutachtet. Der/die Autor/in bekommt i. d. R. innerhalb von 2 Monaten Bescheid, ob und mit welcher Kritik sein/ihr Beitrag zur Veröffentlichung angenommen wurde. Für die Überarbeitung des Beitrags hat der/die Autor/in 4 Wochen Zeit. Ungefähr 4 Wochen vor Drucklegung erhält der/die Autor/in seinen/ihren Beitrag zur Korrektur. Zu prüfen ist der Beitrag auf Druckfehler, Vollständigkeit und Stellung der Abbildungen und Tabellen sowie auf eventuell von der Redaktion angemerkte Fragen. Den Umfang verändernde Verbesserungen müssen unterbleiben.

Research Notes sollten 35–40.000 Zeichen (ohne Leerzeichen) nicht überschreiten (ca. 15 Heftseiten). Grafiken sind bitte getrennt in guter Qualität abzuspeichern. Weiterhin sind ein 15–20-zeiliges englischsprachiges Summary, 4–8 inhaltscharakterisierende englische Schlagwörter sowie kurze biografische Angaben (Name, Titel, Position, Institution) an die Redaktion zu schicken.

Asien Aktuell sollten 20–25.000 Zeichen (ohne Leerzeichen) nicht überschreiten (ca. 10 Heftseiten). Grafiken sind bitte getrennt in guter Qualität abzuspeichern. Weiterhin sind ein 15–20-zeiliges englischsprachiges Summary, 4–8 inhaltscharakterisierende englische Schlagwörter sowie kurze biografische Angaben (Name, Titel, Position, Institution) an die Redaktion zu schicken.

Konferenzberichte sollten 5.000 Zeichen (ohne Leerzeichen) nicht überschreiten. Die Veröffentlichung erfolgt, soweit möglich, im nächsten folgenden Heft. Folgende Angaben sollten vorhanden sein: Konferenztitel, Veranstalter, Ort, Datum.

Rezensionen sollten 5.000 Zeichen (ohne Leerzeichen) nicht überschreiten. Sie sollten u. a. Informationen über das Anliegen und die Thesen des Autors/der Autorin/Autoren enthalten, den Inhalt der Publikation kurz skizzieren und evtl. auch auf die mögliche(n) Zielgruppe(n) hinweisen. Die Veröffentlichung erfolgt sobald wie möglich. Folgende Angaben sollten vorhanden sein:

Autor, Buchtitel, Ort: Verlag, Jahr, Seitenzahl, Preis.

Nach Veröffentlichung erhält der/die Autor/in ein Belegexemplar der Zeitschrift sowie seinen/ihren Beitrag als PDF-Dokument inklusive Umschlag und Inhaltsverzeichnis.

Alle Manuskripte müssen in einem bearbeitungsfähigen Format (DOC[X], RTF, ODT) an die Redaktion (asen@asienkunde.de) gemailt werden.

Printed by DSN – Druck Service Nord, 21465 Wentorf, info@dsndruck.de

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Ihr Nachdruck – auch auszugsweise – darf nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erfolgen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgebenden wieder.

REFERIERTE ARTIKEL

Christopher Wimmer:	
Zum Wandel des Indienbildes von Karl Marx.....	5
Bertram Lang:	
Anpassung, Einhegung, Aneignung: Chinesische Strategien im Umgang mit internationalen Normen und Akteuren der Zivilgesellschaft.....	24
Nele Noesselt, Ulrike Gansen, Martin Miller und Jonas Seyferth:	
Konstitutionalisierungsprozesse in der chinesischen Staatstheorie: Top-Down-Orchestrierung institutioneller Reformen	49
Max Altenhofen:	
Westdeutsche technische Hilfe in Südkorea während der 1960/70er-Jahre – am Beispiel der Berufsschulen in Incheon und Naju	72

RESEARCH NOTES

Leenawaty Limantara and Peter Mayer:	
Alignment of the Governance System for Private Higher Education in Indonesia.....	94
Hannes Gohli and Doris Fischer:	
Intentional Ambiguity in Chinese Policymaking: The Case of the Smart Grid Industry.....	109

ASIEN AKTUELL

Thilo Diefenbach:	
Vierzig Jahre „Formosa“-Zwischenfall: Yao Chia-wen und der 10. Dezember 1979.....	127

KONFERENZBERICHTE	142
--------------------------------	------------

REZENSIONEN	153
--------------------------	------------

NEUERE LITERATUR.....	171
------------------------------	------------

AUTORINNEN UND AUTOREN DIESER AUSGABE	190
--	------------

Refereed article

Zum Wandel des Indienbildes von Karl Marx

Christopher Wimmer

Karl Marx dealt with India at various points in his work. There are clear changes in his approach to the subject matter. I am tracing this development — beginning with the “Manifesto” to his articles in the New York Daily Tribune and his views on the Asiatic mode of production — and ask why Marx’s view on India is still relevant today. Because there is no doubt that the work Marx undertook on India not only influenced his later theoretical work, but also gave him the opportunity to apply general principles of his method to the study of complex circumstances prevalent in different parts of the world.

Keywords: India, Karl Marx, development, common property

Christopher Wimmer hat Soziologie, Politikwissenschaften und Geschichte in Berlin und Wien studiert. Er arbeitet als freischaffender Journalist und promoviert derzeit in Soziologie an der Humboldt-Universität über das Klassenbewusstsein der marginalisierten Klasse in Deutschland.

Einleitung

Mit der Unabhängigkeit Indiens 1947 wurde in der Verfassung die Gleichheit vor dem Gesetz festgeschrieben, doch existieren Strukturen sozialer Ungleichheit trotzdem fort: Beispielsweise blieb das Kastenwesen erhalten (Teltumbde 2010). Dieses wurde – spätestens mit dem Kolonialismus – zum Wesen der indischen Kultur erklärt (Banerjee-Dube 2008). Dabei erhöhten sich die Briten als fortschrittlich, um die Inder*innen als rückständig und zu einem Objekt der „Verachtung“ (Bhabha 2000: 67) zu deklassieren.

Ein solch vereinfachendes Indienbild, das die „Heterogenitäten und Inkommensurabilitäten des Lokalen“ (Chakrabarty 2007: 95) übersieht, den „Kapitalismus zum grundlegenden Thema“ der historisch-soziologischen Arbeit macht und dabei „Geschichtsabläufe [...] homogenisier[t], die in sich heterogen bleiben“ (Prakash 1992: 13), wird auch häufig Karl Marx unterstellt. Er betrachte Europa als Ausgangs- und Endpunkt seiner Forschung und stehe somit für eine „Modernisierungstheorie, die unmittelbar an Hegel anknüpft“; nicht-europäische Gesellschaften seien für ihn „geschichtslos und unfrei“. Er „erklärte ihre Bewohner für ebenso unterentwickelt und unfrei. So bezeichnete er die Inder (an und für sich) als gefügige ‚Werkzeuge des Aberglaubens‘, ‚unterwürfige Sklaven traditioneller Regeln‘ und ‚passiv‘“ (Rehbein und Souza 2014: 73). Aussagen von Marx selbst scheinen diese Vorwürfe zu belegen. Er schreibt beispielsweise: „Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild seiner Zukunft“ (MEW 23: 12).

Mit solchen Zitaten im Gepäck fällt das Urteil über Marx oftmals eindeutig aus. Er vertrete ein „eurozentrisches Modell politischer Emanzipation, welches die Erfahrungen kolonisierter Subjekte in nicht-westlichen Gesellschaften durchgängig ignoriert“ (Castro Varela und Dhawan 2015: 167). Edward Said geht sogar so weit, Marx eine rassistische Orientalisierung der nicht-westlichen Welt vorzuwerfen (Said 1978: 182 f.).

Im vorliegenden Aufsatz soll diesen vereinfachten Ansichten gegenüber die komplexe Entwicklung des Marxschen Denkens bezogen auf den Forschungsgegenstand Indien nachgezeichnet werden. In der Analyse der (verstreuten) Texte bei Marx sollen dessen Entwicklungen, Reibungen und Widersprüche in den Vordergrund gerückt werden. Bereits früh bringt Marx die gesellschaftliche Entwicklung Indiens unmittelbar mit dem Eingreifen des Westens in Verbindung und glaubt zu Beginn seiner Auseinandersetzungen in den frühen 1850er Jahren, dass das Eindringen des britischen Kapitalismus eine progressive Wirkung auf die indische Gesellschaft haben würde. So beschäftigt sich Marx zu Beginn mit dem ‚notwendigen Preis der Entwicklung‘ Indiens. Mehr und mehr gewinnen bei ihm jedoch alternative Entwicklungsmodelle – wie sein Konzept der asiatischen Produktionsweise – an Bedeutung. Daher lohnt es sich, diesen „lebenslangen Lernprozess nachzuvollziehen“ (Wielenga 2004: 904), den seine Betrachtungen zu Indien auszeichnen. Es lassen sich je nach Schaffensperiode bei

Marx ganz unterschiedliche Äußerungen finden, die auch für eine gegenwärtige Sichtweise auf außereuropäische Gesellschaften noch Bedeutung haben.

Der fortschrittsgläubige Marx

Das erste Mal spielt Asien bei Marx in dessen „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ eine Rolle. Eher beiläufig spricht er dort von einer „asiatische[n] Despotie“ (MEW 1: 234).¹ Weiter differenziert wird dies jedoch nicht. Zusammen mit Engels arbeitet Marx zu dieser Zeit an seinem Geschichtsverständnis. Asien findet dabei kaum Berücksichtigung. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ (MEW 4: 462) schreiben sie im „Manifest der kommunistischen Partei“, meinen damit aber nur die Gesellschaften der europäischen Antike, des Feudalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Asien findet hier nur als ein Ort Erwähnung, der passiv der revolutionären Kraft des Kapitals gegenüberstehe. Die europäische Produktivkraftentwicklung mache es möglich, „alle chinesischen Mauern in den Grund“ zu schießen und die „Barbaren zur Kapitulation“ (MEW 4: 466) zu zwingen. Der Kapitalismus zwingt „alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde“ (MEW 4: 466). Der Kapitalismus breite sich über den gesamten Globus aus, homogenisiere die Welt und führe die „Barbaren“ der europäischen Zivilisation zu. In einer solch unilinearen Vorstellung von Geschichte gibt es keinen Platz für Differenzen und Unterschiede. Die Welt wird, was Europa schon ist (vgl. Erdmann 1970: 151 f.). Den Vorwurf des Eurozentrismus müssen sich diese Äußerungen zweifellos gefallen lassen. Regionale Eigenschaften werden durch die kapitalistische Entwicklung nach und nach eingestampft: „Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst [...]. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht“ (MEW 4: 465).²

Für Marx und Engels des Jahres 1848 gibt es dabei eine klare Trennung zwischen Handelnden und Behandelten. „Orient und Okzident“ (MEW 4: 466) stehen sich hier noch klar gegenüber.

Kevin B. Anderson fasst passend zusammen, dass Marx und Engels zu dieser Zeit ein unilineares Entwicklungsmodell entwickelt haben, „in dem der europäische

1 Diesen Begriff hat Marx relativ unkritisch und direkt von Hegel übernommen (vgl. Hegel 1986: 142 ff.). Marx war bis dahin „der Hegelschen Geschichtsphilosophie gefolgt und von der jahrtausendelangen Stagnation Asien ausgegangen“ (Lee 2003: 378).

2 Ein Jahr früher schrieb Engels: „So sind Länder, welche seit Jahrtausenden keinen Fortschritt gemacht haben, z. B. Indien, durch und durch revolutioniert worden. [...] Auf diese Weise hat die große Industrie alle Völker der Erde miteinander in Verbindung gesetzt, alle kleinen Lokalmärkte zum Weltmarkt zusammengeworfen, überall die Zivilisation und den Fortschritt vorbereitet und es dahin gebracht, daß alles, was in den zivilisierten Ländern geschieht, auf alle anderen Länder zurückwirken muß“ (MEW 4: 367).

Kolonialismus als letztlich vorteilhaft [...] angesehen wurde, da er eine stagnierende traditionelle Gesellschaftsordnung entwurzele und auf der wirtschaftlichen Ebene eine notwendige, wenn auch schmerzhaftere Modernisierung“ (Anderson 2016: 38) begonnen habe.

Indien: Von der Geschichtslosigkeit zum Aufstand

Doch entwickelte Marx seine Gedanken weiter. Auch wenn seine Texte zu außereuropäischen Gesellschaften insgesamt nur etwa 400 Seiten (Amin 1975: 159) umfassen, lässt sich eine Entwicklung anhand des indischen Beispiels nachzeichnen.

Vor allem in der Tageszeitung „New York Daily Tribune“ finden sich Artikel von Marx (und Engels) zur indischen Frage (Wielanga 2004).³ „Marx’ journalistische Indien-Artikel bieten einen reichen Fundus an Bemerkungen, die seinen dialektischen Zugriff auf die Frage nach dem Fortschritt in der Geschichte zeigen“ (Wielanga 2004: 904). Am 25. Juni 1853 veröffentlicht die „Tribune“ den Artikel „The British Rule in India“. Dort beschreibt Marx den niedrigen gesellschaftlichen Entwicklungsgrad und die territoriale Ausdehnung Indiens, das nur von einer zentralisierten Staatsgewalt kontrolliert werden könne (MEW 9: 129). Die Bevölkerung lebe in einem für „alle orientalischen Völker“ (MEW 9: 131) charakteristischen isolierten Dorfsystem. Die dort vorherrschende Verbindung von Landwirtschaft und Handwerk hemme die Produktivkraftentwicklung. In dieser Isolation der Dörfer sieht Marx „die feste Grundlage des orientalischen Despotismus“ (MEW 9: 132) und der Stagnation des Landes. In Indien zeige sich das „menschenunwürdige, stagnierende Dahinvegetieren, diese passive Art zu leben“ (MEW 9: 131) besonders deutlich. Die „Tatsache, daß der Mensch, der Beherrscher der Natur, vor Hanuman, dem Affen, und Sabbala, der Kuh, andächtig in die Knie sank“ (MEW 9: 133), sei Ausdruck dieser Rückständigkeit. Die Kolonisation der Engländer bewertet Marx in diesem Zusammenhang als positiv und revolutionär.

Das Eingreifen der Engländer, das [...] den indischen Spinner wie den indischen Weber hinwegfegte, führte zur Auflösung dieser kleinen, halb barbarischen, halb zivilisierten Gemeinwesen, indem es ihre ökonomische Grundlage sprengte und so die größte und, die Wahrheit zu sagen, einzige *soziale* Revolution hervorrief, die Asien je gesehen [hat]. (MEW 9: 132; Hervorhebung im Original)

Die Technologien, die moderne Wissenschaft und die Handelsvorteile führten zu einer globalen Ausbreitung der Zivilisation nach europäischem Vorbild. Mit der Kolonisation Indiens durch die Briten sei das Land überhaupt erst in die Weltgeschichte eingetreten. Marx hat zu dieser Zeit die Vorstellung, alle Länder

3 Der Anlass für diese Texte war ein Gesetzgebungsprozess im englischen Parlament. 1854 würde die Charta der East India Company auslaufen, mit der dieser zunächst ein Handelsmonopol und später die faktische Herrschaft über Teile Südasiens zugesprochen wurde. Im Unterhaus wurde nun, 1853, darüber verhandelt, ob diese Konzession verlängert oder verändert werden müsste.

müssten den Entwicklungsgang Europas nachahmen. Handelt es sich Erich Pilz zufolge hierbei um „eine kluge und einsichtige Zusammenschau von Berichten über Indien“ (Pilz 1983: 52), muss dagegen eingewendet werden, dass sich hier Eurozentrismus mit einem unilinearen Bild von Geschichte und einer Vorstellung von „Kulturkreisen“ genau zu dem verbindet, was vielfach an Marx kritisiert wurde: Die Zivilisation wird der Barbarei gegenübergestellt, der Fortschritt des Westens der Stagnation des Ostens. Besonders „[p]ikant ist dies auch deshalb, da Marx hier in letzter Instanz die Opfer des britischen Kolonialismus im Namen des Fortschritts legitimiert. Die koloniale Gewalt erhält die Weihen einer geschichtsphilosophischen Sinngebung“ (Kalmring und Nowak 2011: 126). Zwar ordnet Marx dies durchaus ökonomisch ein, doch rechtfertigt er durchweg die kapitalistische Modernisierung mit der angeblich zivilisierenden Mission der Engländer. Seine Beurteilung folgt einem eurozentrischen Fortschrittsverständnis: England war, „welche Verbrechen es auch begangen haben mag, doch das unbewußte Werkzeug der Geschichte, indem es diese Revolution zuwege brachte“ (MEW 9: 133).

Am 8. August 1853 unterstreicht Marx in seinem Artikel „The Future Results of British Rule in India“ noch einmal die These der Geschichtslosigkeit Indiens:

Die indische Gesellschaft hat überhaupt keine Geschichte [...]. Was wir als ihre Geschichte bezeichnen, ist nichts anderes als die Geschichte der aufeinanderfolgenden Eindringlinge, die ihre Reiche auf der passiven Grundlage dieser widerstandslosen, sich nicht verändernden Gesellschaft errichteten. (MEW 9: 220 f.)

Damit will Marx nun nicht behaupten, dass es in Indien keine Geschichte gegeben hätte, diese wurde jedoch – im Wortsinne – nicht geschrieben (MEW 9: 220 f.). Die bisherigen Zivilisationen in Indien hatten, so Marx, keine Vorstellung von Geschichte. So verhielt es sich auch mit Völkern, die bisher Indien eroberten – „Araber, Türken, Tataren, Moguln“ –, die daher auch „rasch *hinduisiert* wurden, denn einem unabänderlichen Gesetz der Geschichte zufolge werden barbarische Eroberer selbst stets durch die höhere Zivilisation der Völker erobert, die sie sich unterwarfen“ (MEW 9: 221). Für Marx ist es zu dieser Zeit ausgemachte Sache, dass die britischen Eroberer die ersten waren, „die auf einer höheren Entwicklungsstufe standen und daher der Hindu-Zivilisation unzugänglich waren“. Dabei schreibt Marx der englischen Kolonisation eine „doppelte Mission zu [...]: eine zerstörende und eine erneuernde“ (MEW 9: 221). Dies äußere sich darin, dass die Briten auf der einen Seite die alte indische Gesellschaftsordnung zerstören, auf der anderen aber die materiellen Grundlagen für eine neue Ordnung schaffen würden. In diesem Prozess geißelt Marx die Willkür, den Betrug und den Verrat an Indien, dass ausgeplündert und ausgebeutet wird: „Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in

ihrer ganzen Nacktheit zeigen“ (MEW 9: 225). Die scheinbare Zivilisation der Briten ist die Barbarei selbst.

Diese könne nur beendet werden, wenn eine „große soziale Revolution“ (MEW 9: 226) – man ergänze: weltumspannende – die bürgerliche Herrschaft beendet hat. Hier zählt Marx nun auch die kolonialisierten Länder dazu und spricht den Inder*innen eigene Handlungsmacht zu:

Die Inder werden die Früchte der neuen Gesellschaftselemente [...] nicht eher ernten, bis in Großbritannien selbst die heute herrschenden Klassen durch das Industrieproletariat verdrängt *oder* die Inder selbst stark genug geworden sind, um das englische Joch ein für allemal abzuwerfen. (MEW 9: 224f.)

Marx verbindet hier bereits dezidiert den antikolonialen Befreiungskampf mit internationaler Klassensolidarität.⁴ Diese beiden Widerstandsformen werden nicht in ein hierarchisches Verhältnis zueinander gesetzt, schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich.⁵

1857 beschäftigt sich Marx wieder verstärkt mit Indien. Im Frühjahr jenes Jahres kam es zu einem Aufstand gegen die britische Kolonialherrschaft, der unter dem Namen *Sepoy Mutiny* in die Geschichte eingegangen ist (Hibbert 2002; Spilsbury 2007). Die *Sepoys* waren indische Soldaten der britisch-indischen Armee, die unter Führung britischer Offiziere stand. Sie machten rund 80 Prozent der Armee Indiens aus. Der Aufstand breitete sich in Nord- und Mittelindien aus und führte dabei zu einem „allgemeine[n] Zusammenschluss der verschiedenen Völkerschaften gegen die britische Herrschaft“ (MEW 12: 248).⁶ Es war das erste Mal, so Marx, dass die

4 Kolja Lindner wirft Marx an dieser Stelle noch Eurozentrismus vor (Lindner 2009: 109). Die Handlungsmacht der Inder*innen sei nur als Folge einer Revolution in Westeuropa zu verstehen. Jedoch zitiert Lindner Marx an dieser Stelle falsch und spricht anstelle des „oder“ von einem „und“. Marx hingegen geht davon aus, dass die Inder*innen eigenständig handeln können. Sicherlich müssen Aufstände und Revolten verbunden werden, der indische Aufstand ist aber nicht nur ein Effekt der Vorgänge in Europa.

5 Nun stellt sich also die Frage, wie bei Marx dieses eigenartige Nebeneinander von Befürwortung der Modernisierungsverbrechen und Anerkennung der Handlungsfähigkeit der Inder*innen entsteht und was es bedeutet. Bereits am 14. Juni 1853 – also vor dem ersten Indien-Artikel – schreibt Marx voller Begeisterung über den Taiping-Aufstand in China (vgl. MEW 9: 95–102) und spricht diesem die Möglichkeit zu, eine Revolution in Europa auslösen zu können. Es erscheint, dass sein Bild von China deutlich positiver war als das von Indien (vgl. Pilz 1983). Marx fasst also bereits um 1850 die asiatischen Gesellschaften nicht alle gleich auf. Und er nennt Österreich das „deutsche China“ (Pilz 1983: 97). Die dualistische Gegenüberstellung von Okzident und Orient aus dem „Manifest“ weicht hier einer Differenzierung zwischen Ost- und Südasiens. (Die englische Industrie zu dieser Zeit war insbesondere von den südasiatischen Absatzmärkten abhängig. Marx hat erkannt, dass Abhängigkeit jedoch auch heißt, dass dort Widerstand möglich ist.)

6 Aufschlussreich für die Ursachen des Aufstandes ist ein Artikel, der am 17. September 1857 in der „Tribune“ erschienen ist. Marx schreibt von Folterungen und brutalen Steuereintreibungen. Die Behandlung der armen Bauern und ihrer Frauen war selbst nach Äußerungen britischer Publizisten ein Skandal. Die Empörung wuchs jedoch nicht nur, weil die Ausbeutung zu groß und die Steuerlast zu hoch war, sondern auch weil notwendige Bewässerungssysteme unter den Briten zunehmend verfielen und die eigene Industrie am Boden lag. Die Briten hatten Indien mit

Regimenter „ihre europäischen Offiziere umbrachten, daß Mohammedaner und Hindus ihre gegenseitigen Antipathien aufgaben und [...] die Meuterei nicht auf wenige Gebiete beschränkt blieb“ (MEW 12: 231).⁷

Erst nach zwei Jahren konnten die britischen Truppen, unterstützt auch von indischen Fürsten, die teilweise mit den Briten kooperierten,⁸ den Aufstand niederschlagen. Marx beobachtete den Aufstand voller Begeisterung.⁹ An Engels schrieb er: „Indien mit dem drain of men and bullion, die es den Engländern kosten wird, ist jetzt unser bester Bundesgenosse“ (MEW 29: 259).¹⁰ In seinem Artikel „The Indian Revolt“ wird Marx zum antikolonialen Denker *avant la lettre*. Die antikoloniale Gewalt der Inder*innen sei nur als dialektischer Umschlag der kolonialen Gewalt der Briten zu verstehen: „In der Geschichte der Menschheit gibt es so etwas wie Vergeltung; und es ist eine Regel historischer Vergeltung, daß ihre Waffen nicht von den Bedrückten, sondern von den Bedrückern selbst geschmiedet werden“ (MEW 12: 285). Hier nimmt Marx Motive vorweg, die später Frantz Fanon in „Die Verdammten dieser Erde“ (Fanon 1991) verarbeiten wird. Nur im (bewaffneten) Kampf können die Kolonisierten sich als Menschen wiederfinden.

Die sich verändernde Betrachtungsweise der einzelnen Indien-Artikel deckt – mit Marx’ dialektischer und historisch-materialistischer Methode der britischen Herrschaft in Indien – die ganze Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Herrschaft auf. Die Artikel sind dabei zwar Ergebnis „eines gründlichen und umfangreichen Forschungsprozesses, doch beinhalten sie keine systematische Einordnung in die Theorie, und ihre Aussagen können [...] nicht in jedem Fall für verallgemeinernde Feststellungen genutzt werden“ (Block und Galander 1990: 254).

massenhafter Industrieware überschwemmt, die „den indischen Handwebstuhl zerstörte und das Spinnrad zerbrach“ (MEW 9: 129).

- 7 Der Aufstand muss vor dem Hintergrund des Wandels der britischen Herrschaft in Indien gesehen werden. Seit ihrer Gründung 1600 war die East India Company eine (auch militärisch agierende) Handelsorganisation, die sich nach und nach zu einer Regierungsinstitution wandelte und 1773 auch direkt dem Parlament unterstellt wurde. Lord Dalhousie, von 1848–1856 Generalgouverneur in Indien, sah es als seine Aufgabe an, die Herrschaft der indischen Fürsten zu beseitigen und Zollschränken abzuschaffen. Dies sollte durch ein Programm der „Verwestlichung Indiens“ geschehen. Bereits 1829 war das Verbot der Witwenverbrennung eingeführt worden – unterstützt von der Bewegung des Hindu-Reformers Ram Mohan Roy –, ebenso das Verbot ritueller Menschenopfer. 1835 wurde Englisch als Verwaltungssprache eingeführt. Verstärkt unter Dalhousie wurden die Eisenbahnen, die Telegrafie- und Straßenverbindungen ausgebaut. Die Ausbeutung wurde umfassender und direkter.
- 8 Spivak spricht – am indischen Beispiel – davon, dass eine Kolonialmacht stets eine indigene herrschende Gruppe brauche und produziere. Die indischen Fürsten seien die Vermittler und Verwalter der Briten in der Kolonie gewesen. Sie hätten direkten Kontakt zu den Kolonialherren der Ersten Welt. Die subalternen Indigenen seien davon ausgeschlossen (Spivak 2008).
- 9 Er erkennt dabei auch die regionalen Unterschiede zwischen Europa und Indien. In der „Tribune“ vom 29. August 1857 warnte er davor „zu erwarten, daß ein indischer Aufstand die Züge einer europäischen Revolution“ (MEW 12: 262) annehmen würde.
- 10 Jahrzehnte später äußert sich Engels in einem Brief an Kautsky in ähnlicher Weise: „Indien macht vielleicht Revolution, sogar sehr wahrscheinlich [...] und das wäre für uns sicher das beste“ (MEW 35: 357 f.).

Die asiatische Produktionsweise

Systematischer ausgearbeitet hat Marx sein Bild von Asien in seinen ökonomischen Studien der Jahre 1857–59. Im „Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie“ (vgl. MEW 13: 7–11; fortan „Vorwort“) sowie im Kapitel „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen“ aus den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ (vgl. MEGA II/1.2 378–415; fortan „Formen“) entwickelt er zunehmend ein eigenständiges Bild von Asien und schreibt dem Kontinent eine eigene Geschichte zu. Er befasst „sich in dieser Periode intensiv mit den verschiedenen Formen der Dorfgemeinden“ (Pilz 1983: 52) – also vorkapitalistischen Gesellschaften – und untersucht unterschiedliche Entwicklungsmodelle und historische Gesellschaftsformationen. In den „Formen“ schreibt Marx unter anderem vom „gegenüber Westeuropa abweichenden Verlauf, den diese Entwicklung in Asien eingenommen habe“ (Anderson 2016: 41). Indien steht in dieser Forschung „zunehmend für das, was sich nicht in ein eurozentrisches Schema pressen lässt“ (Wielenga 2004: 911). Hieraus entwickelt Marx das, was unter dem Begriff der asiatischen Produktionsweise jahrzehntelang hitzig diskutiert wurde (Kautsky 1927: 206–226; Krader 1994; O’Leary 1989; Sawyer 1975; Sofri 1969; Wittfogel 1981).¹¹

Marx selbst verwendet den Begriff ein einziges Mal im „Vorwort“. Dort formuliert er: „In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden“ (MEW 13: 9). Näher ausgeführt wird die asiatische Produktionsweise in den „Formen“. Dort wird sie als eine vorkapitalistische Gesellschaftsform verstanden, die sich durch das Fehlen des Privateigentums an Grund und Boden (s. auch MEW 23: 379) in Verbindung mit einem despotischen Staat auszeichne.

[Das] Gemeindemitglied als solches [ist] Mitbesitzer des gemeinschaftlichen Eigentums; (wo das Eigentum nur als Gemeindееigentum existiert, ist das einzelne Glied als solches nur Besitzer eines besonderen Theils, erblicher oder nicht, da jede Fraktion des Eigentums keinem Glied gehört für sich, sondern als unmittelbarem Glied der Gemeinde; also als direkt in der Einheit mit ihr, nicht im Unterschied von ihr. Dieser Einzelne ist also nur Besitzer. Es existiert nur Gemeinschaftliches Eigentum, und nur Privatbesitz. Die Weise dieses Besitzes im Verhältniß zum gemeinschaftlichen Eigentum kann historisch, lokal etc. ganz verschieden modifiziert sein, je nachdem die Arbeit selbst vom Privatbesitzer isoliert geschieht, oder selbst wieder von der Gemeinde bestimmt ist, oder der über der besonderen Gemeinde schwebenden Einheit. (MEGA II/1.2: 383 f. Unterstreichungen im Original).

Die unmittelbar Produzierenden besitzen die (einfachen) Produktionsmittel selbst und betreiben zusätzlich selbständig Ackerbau. Dabei sind sie Teil eines

¹¹ Zur Quellenlage, auf die Marx hierbei zurückgreifen konnte: Lindner 2009; O’Leary 1989; Werther 1986.

Gemeinwesens, das als Voraussetzung der bäuerlichen Existenz verstanden wird. Individuelle (Besitz)rechte gelten nicht, nur als Mitglieder des Dorfes steht den Menschen Eigentum zu. Im Unterschied zum Feudalismus¹² ist die asiatische Produktionsweise dadurch bestimmt, dass sie keinerlei Privateigentum kennt. Dort werden Gebrauchswerte und nicht Kapital produziert.

Die Dörfer als zentrale Einheiten sind autark und organisieren sich grundlegend selbst. Möglich wird dies durch die Vereinigung von Landwirtschaft und Manufaktur. Die asiatische Produktionsweise „kennt keine Unterscheidung zwischen privater Rente und öffentlicher Steuer, kein Privateigentum an Land, keine Kaufmannsklasse und unter diesen Bedingungen keine private Sphäre des Lebens“ (Krader 1994: 630).¹³

Ein weiteres Kennzeichen ist die Existenz einer übergeordneten Einheit. Sie kann unterschiedliche Formen annehmen, entspricht aber insofern der kapitalistischen Bourgeoisie, als sie das Surplusprodukt der Arbeit abschöpft, das in Institutionen wie Militär oder Regierung (MEGA II/1.2: 394 f.) fließt. Ebenso ist diese staatliche Einheit mit umfassenden Aufgaben wie Kanalbau oder Bewässerung betraut. Dies könne nur ein despotischer Staat schaffen, der allein die für die Landwirtschaft notwendige Koordination übernehmen könne (MEW 9: 129). In der asiatischen Produktionsweise ist die herrschende Klasse somit identisch mit der Spitze des Staatsapparats. Es ist nicht eine Klasse von Privatbesitzer*innen, sondern der Staat selbst, der die arbeitende Bevölkerung ausbeutet.

Im Vergleich zu den Indien-Korrespondenzen nimmt Marx hier bedeutende Modifikationen vor: Die Bedeutung des (fehlenden) Privateigentums findet in seinen Zeitungsartikeln zwar Erwähnung, wird aber nicht weiter ausformuliert. Vor allem aber wird die Vorstellung der Geschichtslosigkeit entscheidend verändert: In den „Formen“ spricht Marx den asiatischen Gesellschaften die Möglichkeit zu, ihre Strukturen langsam selbst zu verändern (MEGA II/1.2: 400). Zwar geht er weiterhin von der Reproduktion der naturwüchsigen Gemeinschaften aus, dies bedeute aber „nur, daß sich eine autonome Entwicklung hier langsamer vollzieht, nicht aber, daß eine solche ausgeschlossen ist“ (Sofri 1969: 46). Die verschiedenen vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen stehen hierarchiefrei nebeneinander. Sie folgen nicht (historisch) aufeinander oder entwickeln sich auseinander (vgl. Tökei 1969: 22).

12 Im Feudalismus besitzt der herrschende Adel den Boden. Die Bäuer*innen und Pächter*innen verdingen sich als Leibeigene. Als Produzent*innen haben sie zu den Produktionsmitteln ein doppeltes Verhältnis. Einerseits sind sie zwar Besitzer*innen der Mittel (Boden und Zubehör), soweit diese für ihre Subsistenz nötig sind, andererseits aber abhängige Frondienstleistende, die unter fremdbestimmten Produktionsbedingungen arbeiten müssen. Daraus ergibt sich ein unmittelbares persönliches Verhältnis zwischen Grundherrn und Produzent*innen. In diesem doppelten Verhältnis der Produzent*innen zu den Produktionsmitteln sowie im unmittelbaren Verhältnis zum Eigentümer der Produktionsmittel ist der Unterschied zur asiatischen Produktionsweise zu sehen.

13 Somit konnte keine revolutionäre Klasse wie die Bourgeoisie in Europa entstehen.

Zwar beschäftigt sich Marx hier dezidiert mit außereuropäischen Gesellschaften, jedoch hat sich die heutige Geschichtsschreibung von der Vorstellung der asiatischen Produktionsweise – zurecht – verabschiedet (vgl. Lee 2003: 387 ff.). Die historische Forschung konnte zeigen, dass sowohl Marx' Grundannahmen zu Indien als auch sein Konzept der asiatischen Produktionsweise¹⁴ meist falsch waren.¹⁵ Gleichzeitig machen sie eine Perspektiverweiterung bei Marx sichtbar, die in Auseinandersetzung mit ihm nicht übersehen werden sollte, sondern die es zu bedenken – und zu bewerten – gilt.

Ökonomische Abhängigkeiten des Welthandels

In seinem Hauptwerk „Das Kapital“ taucht Indien an unterschiedlichen Stellen auf. Hier geht es ihm vor allem um ökonomische, weniger um geschichtsphilosophische Fragen. Indien dient Marx zur Verdeutlichung der negativen Auswirkungen des Weltmarktes auf die kolonialisierten Länder. Anhand der vormals blühenden indischen Textilverarbeitung veranschaulicht er dies. Wie bereits in den Indien-Artikeln angedeutet, war die indische „Kooperation im Arbeitsprozeß“ auf Basis des „Gemeineigentums an den Produktionsbedingungen“ (MEW 23: 353 f.) den kapitalistischen Produktionsbedingungen des Weltmarkts nicht gewachsen: „In Indien wandten die Engländer zugleich ihre unmittelbare politische und ökonomische Macht, als Herrscher und Grundrentner, an, um diese kleinen ökonomischen Gemeinwesen zu zerstören“ (MEW 23: 346). Marx verbindet hier koloniale Ausbeutung und Herrschaft. Die Auswirkungen dieser Politik auf Indien sind ihm nun ganz deutlich sichtbar: „Das Elend findet kaum eine Parallele in der Geschichte des Handels. Die Knochen der Baumwollweber bleichen die Ebenen in Indien“ (MEW 23: 455).

14 Zum einen ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass „asiatisch“ nicht im eigentlichen Sinne als eine geografische Kategorie verstanden werden darf. Sie dient Marx als Sammel- und Überbegriff für die verschiedenen Formen von Dorfgemeinden. Die Bezeichnung gründet sich darin, dass sie zuerst an der indischen Dorfgemeinde beschrieben wurde (vgl. Sofri 1969: 45). Diese Lokalisierung verschwindet dann auch zunehmend und wird in den späten 1870er Jahren durch die Bezeichnung der „archaische[n] Formation“ (MEW 19: 398) ersetzt.

Zum anderen darf die Betrachtung der asiatischen Produktionsweise nicht rein historisch verstanden werden. Marx' Methode verschließt sich der Geschichtsschreibung im chronologischen Sinne. Vielmehr muss man die Überlegungen in den „Formen“ mit seinem Forschungsinteresse in Verbindung bringen: der Erkenntnis über die kapitalistische Produktionsweise. Durch eine (analytische) Gegenüberstellung der vorkapitalistischen Formationen mit der kapitalistischen Produktionsweise sollte diese erklärt werden. Damit einher geht kein reeller historischer Ablaufplan, keine konkrete historische Entwicklung oder Periodisierung. Vielmehr zeigt dies die dialektische Methode von Marx (MEW 13: 636). Wer Marx nun rein historisch interpretiert, muss ihn missverstehen (vgl. Erdmann 1970: 155).

15 O'Leary verneint die Existenz einer asiatischen Produktionsweise vollumfänglich. Sowohl das Reich der Mauryas als auch das von Vijayanagara hätten weder eine zentralisierte Bewässerungswirtschaft noch einen zentralisierten Staat gehabt. Ebenso seien die Dörfer nicht isoliert voneinander gewesen. Im Sultanat von Delhi und im Mogul-Reich gab es zwar einen zentralen Staat, jedoch ohne ökonomische Aufgabe (vgl. O'Leary 1989: 307 f.). Einer der Anstöße zur erneuten Diskussion war Wittfogels Buch über „Die orientalische Despotie“ (Wittfogel 1981).

Mit diesem drastischen Bild verdeutlicht Marx, dass der Zweck des Welthandels und des Kolonialismus in der systematischen Verfestigung einer Asymmetrie zwischen den Ländern besteht (vgl. Sofri 1969: 31). Die Kolonialisierung – so die These von Marx – ermögliche keine industrielle Entwicklung, sondern zementiere die globale Ungleichheit, die den Kolonien ihre Rolle als Zulieferer von Rohmaterial und landwirtschaftlichen Produkten zuschreibe (vgl. MEW 23: 475; s. auch MEW 4: 456 f.). Besonders eindrücklich beschreibt Marx dieses internationale Gefälle im „Maschinenkapitel“ (vgl. MEW 23: 391–530) des ersten Bandes des „Kapitals“:

Die Maschinerie bewirkt einerseits direkte Vermehrung des Rohmaterials, wie z.B. der cotton gin die Baumwollproduktion vermehrte. Andererseits sind Wohlfeilheit des Maschinenprodukts und das umgewälzte Transport- und Kommunikationswesen Waffen zur Erobrung fremder Märkte. Durch den Ruin ihres handwerksmäßigen Produkts verwandelt der Maschinenbetrieb sie zwangsweise in Produktionsfelder seines Rohmaterials. So wurde Ostindien zur Produktion von Baumwolle, Wolle, Hanf, Jute, Indigo usw. für Großbritannien gezwungen. Die beständige ‚Überzähligmachung‘ der Arbeiter in den Ländern der großen Industrie befördert treibhausmäßige Auswanderung und Kolonisation fremder Länder, die sich in Pflanzstätten für das Rohmaterial des Mutterlands verwandeln, wie Australien z.B. in eine Pflanzstätte von Wolle. Es wird eine neue, den Hauptsitzen des Maschinenbetriebs entsprechende internationale Teilung der Arbeit geschaffen, die einen Teil des Erdballs in vorzugsweis agrikoles Produktionsfeld für den andern als vorzugsweis industrielles Produktionsfeld umwandelt. (MEW 23: 474 f.)

In extrem verdichteter Form zeichnet Marx hier die Strukturen der – auch heute noch geltenden – kolonialen Ökonomie nach: Auf der einen Seite findet sich in den (europäischen) Kernländern die große Maschinerie und uneinholbarer technologischer Vorsprung und auf der anderen Seite die Zerstörung indigener Produktionsstrukturen und gewaltsame Zurichtung auf *cash crops*. Verbunden sind sie im Rahmen einer abhängigen Entwicklung (Technologieimport) und der Verbilligung der Transportmittel (heute Containerisierung). Das Neue betrifft hier Marx' Einsichten

in den sozialökonomischen Charakter dieser Beziehungen als Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse, in das Wesen der Kapitalverwertung geschuldeten internationalen Arbeitsteilung, in die Ursachen des kolonialen Expansionsdranges des Kapitals, den damit verbundenen Folgen für die einheimische Bevölkerung sowie nicht zuletzt in die grundlegende Bedeutung der Kolonien für den Reproduktionsprozeß des Kapitals in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Kapitalismus. (Block und Galander 1990: 258 f.)

Deutlich wird hieraus, dass Marx dem Kolonialismus eine fortschrittliche Rolle nun eindeutig aberkennt, worin eine deutliche Weiterentwicklung zu den Indien-Artikeln aus dem Jahr 1853 erkennbar ist (vgl. Lindner 2009: 108).¹⁶

Marx' Spätwerk: Die Weitung der Perspektive

Marx' Entwicklungsbegriff wird dennoch immer noch häufig mit dem Determinismus des traditionellen Marxismus identifiziert, in dem der Fortschritt unausweichlich auf das sozialistische Endziel zustrebe. Damit wird die Geschichte selbst zu einem ahistorischen Subjekt, das ohne Zutun der handelnden Menschen ablaufen würde. Gerade am Ende seines Schaffens, nach der Fertigstellung des ersten Bandes des „Kapitals“, beschäftigt sich Marx jedoch zunehmend damit, wie revolutionäre Umbrüche entstehen können, die nicht einer einheitlichen Entwicklungslogik oder historischen Abfolge gehorchen müssen.

Nachdem seine Hoffnungen auf die Revolution in Europa nach der ersten Weltwirtschaftskrise 1857/58 zerstört wurden, schrieb er bereits am 11. Januar 1860 an Engels:

Nach meiner Ansicht ist das Größte, was jetzt in der Welt vorgeht, einerseits die amerikanische Sklavenbewegung [...], andererseits die Sklavenbewegung in Rußland. [...] Dies zusammen mit dem bevorstehenden downbreak in Zentraleuropa wird grandios werden. [...] Ich sehe eben aus der „Tribüne“, daß in Missouri ein neuer Sklavenaufstand war, natürlich unterdrückt. Aber das Signal ist einmal gegeben. Wird die Sache by und by ernsthaft, was wird dann aus Manchester? (MEW 30: 6 f.)

Hier denkt Marx die Revolution von den Rändern des Weltsystems her (Anderson 2016a), die zentrale Stellung der Arbeiter*innen des Westens wird in Frage gestellt. An deren Stelle treten die Slav*innen, die aufständischen Schwarzen in den USA oder die rebellierenden Inder*innen sowie die Bäuer*innen in Russland. Spätestens mit der Niederschlagung der Pariser Commune 1871 war die Revolution in Europa noch unwahrscheinlicher geworden, während sich Aufstände in Russland und China häuften. Dies ist ein Grund für Marx' Auseinandersetzung mit nicht-westlichen Gesellschaften am Ende seines Lebens. Davon zeugen zahlreiche Exzerpte, die er ab 1879 anfertigt und die nun nach und nach in der vierten Abteilung der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) veröffentlicht werden. Ausführliche Notizen macht er sich über das 1879 auf Russisch erschienene Buch „Das Landgemeindeeigentum. Ursachen, Verlauf und Resultate

16 Diese Sichtweise wird Marx beibehalten, wie ein Brief aus dem Jahr 1881 belegt. Was die Engländer, schreibt Marx, „sich alljährlich innerhalb Indiens aneignen – ich spreche also nur von dem Wert der Waren, die Indien umsonst jedes Jahr nach England schicken muß –, all das macht schon mehr als das gesamte Einkommen der 60 Millionen indischen landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiter aus! Das ist ein Prozeß des Ausblutens, der sich rächen muß! Die Hungerjahre jagen einander und in einem Ausmaß, wie man es in Europa bisher nicht für möglich hielt! Jetzt ist eine ernsthafte Verschwörung im Gange, zu der Hindus und Moslems sich zusammengetan haben“ (MEW 35: 157).

seines Verfalls“ des Anthropologen Kovaleskij.¹⁷ Ebenso bearbeitet er die 1870 von Sewell verfasste Schrift „Analytical History of India“ (vgl. Anderson 2002).¹⁸ In seinen Aufzeichnungen zu Kovaleskij konstatiert Marx: „In keinem Land solche Verschiedenheit in d. Formen d. Grund- und Bodenverhältnisse als in Indien“. Er beschreibt den Wandel von der „Geschlechtsgemeinde“ (Marx 1977: 29; Unterstreichungen im Original) mit unteilbarem Gemeineigentum und gesellschaftlicher Landwirtschaft hin zur Ablösung des Gemeindeeigentums durch das Privateigentum an Grund und Boden: „Acker- u. oft auch Heuschlagboden befinden sich im Privateigentum der verschiednen Glieder u. nur die s.g. Appertinenzien (ugod'ja) bleiben ihr gemaines Eigentum“ (Marx 1977: 46; Unterstreichungen im Original). Marx überprüft hier seine Position zur Frage des Eigentums, wozu er sich durch die nähere Beschäftigung mit der Thematik veranlasst sah. „Man könnte sagen, daß er sich aufgrund der Kenntnisse, über die er verfügen konnte, überfordert fühlen mußte, ein sicheres und definitives Urteil zu formulieren“ (Sofri 1969: 24). War das Gemeindeeigentum für Marx lange die unumstößliche Grundlage für die asiatische Produktionsweise, kommen ihm nun Zweifel und er schreibt an Engels: „Was die *Eigentumsfrage* betrifft, so bildet sie eine große *Streitfrage* bei den englischen Schriftstellern über Indien“ (MEW 28: 268 f.; Hervorhebungen im Original). Damit verbunden ändert sich auch das Geschichtsbild und die Frage der Handlungsmacht:

Die Aufzeichnungen zu Kovaleskij deuten an, dass Marx Indien nicht mehr als geschichtslose Gesellschaft ansah; aus den Aufzeichnungen zu Sewell geht hervor, dass sich Marx auch von einem zweiten problematischen Aspekt der Indien-Aufsätze von 1853 freimachte, nämlich von der Vorstellung, Indien habe sich gegenüber seinen Eroberern stets nur passiv verhalten. (Anderson 2016: 52)

Nun geht Marx ebenso auf Distanz zu europäischen Forschern, die die wahren Vorgänge in Indien nicht begreifen würden, da sie europäische Kategorien anzuwenden versuchten. Dies mündet in einer Beschimpfung dieser „lausigen ‚Orientalisten‘“ (Marx 1977: 61) und „civilisirten Esel“, die „ihre eignen conventionalities nicht los werden“ (Marx 1974: 340) können und eine „immense Zeit [brauchen] um d. wirklichen Conditions d. Grundbesitzes“ (Marx 1977: 84) zu begreifen. Damit meint Marx deren unkritische Übertragung des Feudalismus auf die indische Gesellschaft. Somit argumentiert Marx gegen „eine zu starke Generalisierung des Feudalismusbegriffs und überhaupt gegen die simple Übertragung von am Modell Westeuropas entwickelten Strukturbegriffen auf indische oder asiatische Verhältnisse“ (Harstick 1977: 13).¹⁹

17 Unter den von Kovaleskij behandelten Eigentumsformen in Nordamerika, Algerien und Indien interessiert sich Marx insbesondere für Indien.

18 Diese Exzerpte wurden von Hans-Peter Harstick herausgegeben (Harstick 1977). Die gesammelten Exzerpte liegen noch nicht vor, werden aber als Band 27 der vierten Abteilung der MEGA veröffentlicht werden.

19 In eine ähnliche Richtung verweist Kevin Anderson. Marx habe in der französischen Übersetzung des ersten Bandes des Kapitals Abschnitte im Kapitel zur ursprünglichen Akkumulation geändert,

Zunehmend gewinnt auch die Frage nach dem Potential des Gemeineigentums an Bedeutung. Insbesondere das russische Beispiel ist durch die Briefe an die russische Revolutionärin Sassulitsch bestens bekannt.²⁰ Doch auch bezogen auf Indien wandelt sich seine Position. Das Gemeindeeigentum ist nun nicht mehr bloßer Ausdruck der Geschichtslosigkeit. Marx nimmt eine offenere Position ein und verweist auf die Möglichkeit einer „entweder mehr despotische[n] oder demokratische[n] Form dieses Gemeinwesens“ (MEGA II/1.2: 381). Wie oder ob dies realisiert werde, ist jedoch nicht vorbestimmt, sondern hänge vom jeweiligen „historischen Milieu“ (MEW 19: 389) und dem Stand der Klassenkämpfe ab. In Indien sei die „gewaltsame Aufhebung des Gemeineigentums an Grund und Boden nur ein Akt des englischen Vandalismus [gewesen], der die Eingeborenen nicht nach vorn, sondern nach rückwärts“ (MEW 19: 402) gestoßen habe. Die „willkürliche [...] Verstümmelung des Gemeindeeigentums durch d. brit. ‚Hörner‘ [habe] schädliche Folgen“ gehabt. „Die Vertheilung von Gemeindeländereien in Distrikte schwächte d. Princip d. wechselseitigen Hilfe u. Unterstützung, dieses Lebensprincip d. geschlechtsgemeindliche Verbände“ (Marx 1977: 87; Unterstreichungen im Original)

In dieser Zeit verwirft Marx seine Vorstellung von der asiatischen Produktionsweise und der orientalischen Despotie (vgl. Brentjes 1983: 17). Er hatte erkannt, dass die asiatischen Gesellschaften weder feudal im westeuropäischen Sinne waren, noch sich im Sinne der asiatischen Produktionsweise durch die Abwesenheit von Privateigentum auszeichneten. An

die Hinweise auf sein Verständnis uni- bzw. multilinearer Entwicklungsmodelle geben können. Marx schreibt hier explizit, dass sich seine Vorstellungen von konkreter geschichtlicher Entwicklung lediglich auf Westeuropa beschränken würden (vgl. MEGA II/10: 778). Damit macht Marx nochmals auf die Möglichkeit alternativer Entwicklungsmodelle außerhalb Europas aufmerksam (vgl. Anderson 2016: 47).

Somit spricht es auch in keiner Weise gegen Marx, wenn Partha Chatterjee 2008 in seinem vielbeachteten Aufsatz davon gesprochen hat, die wirtschaftliche Liberalisierung Indiens in den 1990er Jahren als eine Form der ursprünglichen Akkumulation zu begreifen, die allerdings nicht in Marx' Schema passen würde (Chatterjee 2008).

- 20 Sassulitsch fragt Marx brieflich nach ihrer Lektüre des „Kapitals“, ob Russland auch erst die Phase der kapitalistischen Produktionsweise und des Eigentums durchlaufen müsse, bevor es zum Kommunismus übergehen könne. In seiner Antwort – aber besonders in den Entwürfen – geht Marx auch hier der Frage nach, welche Entwicklungsmodelle für nicht-westliche Gesellschaften möglich seien. Marx bekräftigt seine Aussagen, dass das „Kapital“ ausschließlich für Westeuropa Gültigkeit besitzen würde. Dort sei es zur „*Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums*“ gekommen. Bei den russischen Bäuer*innen würde man „im Gegenteil ihr *Gemeineigentum in Privateigentum umzuwandeln* haben“ (MEW 19: 401; Hervorhebungen im Original). Doch könne, so Marx, das Gemeindeeigentum der Dorfgemeinschaft in Russland zum „Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Russlands“ werden, falls es gelinge, günstigere Entwicklungsmöglichkeiten für es zu schaffen (MEW 19: 243). In einem Entwurf spricht er gar von der „ökonomische(n) Überlegenheit des Gemeineigentums“ (MEW 19: 399; vgl. Wielenga 2004: 913). Auch wenn eine solche Formulierung nicht im endgültigen Brief zu finden ist, zeigt sie doch, dass seine „Auffassungen bezüglich der vorkapitalistischen Klassengesellschaften im Fluß waren und es bis zu[m] [...] Lebensende blieben“ (Assing 1971: 200).

deren Stelle war die Erkenntnis getreten, dass es unterschiedliche Formen der auf „Dorfgemeinden mit gemeinsamen Bodenbesitz“ beruhenden Struktur als „Urform der Gesellschaft“ von „Indien bis Irland“ gab, wie es Engels in der einzigen Korrektur am Manifest darstellt (MEW 4: 469).

Marx' Analyse des Kapitalismus bietet keinen „Universalschlüssel einer allgemeinen, geschichtsphilosophischen Theorie“ (MEW 19: 112; vgl. MEW 19: 108). Er verneint seinen früheren Eurozentrismus. „Als er fast 30 Jahre zuvor die historischen Prozesse in Indien untersuchte, hatte Marx implizit die Möglichkeit eines autonomen Fortschritts in einer orientalischen Gesellschaft ausgeschlossen und im Kapitalismus die wahre und einzige revolutionäre Kraft gesehen“ (Sofri 1969: 68). Jetzt ist er sich im Klaren darüber, dass das europäische Entwicklungsmodell keineswegs bei „allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben“ (MEW 19: 111) sei. Die außereuropäischen Gesellschaften haben eine eigene Dynamik und verschiedene Entwicklungspfade.

Die Universalität des Klassenkampfes

Marx hat keine in sich geschlossene Darstellung Indiens hinterlassen. Seine Äußerungen blieben fragmentarisch und verstreut. Ein Trend lässt sich jedoch feststellen: Er hinterfragt zunehmend seine modernisierungstheoretischen und geschichtsdeterministischen Annahmen und kommt nach und nach zu einem differenzierteren Bild (Anderson 2016a).

Bereits seit den 1850er Jahren hatte sich Marx intensiv mit den verschiedenen Klassenkämpfen in Europa beschäftigt, im weiteren Verlauf kommen verstärkt außereuropäische Gesellschaften hinzu. In Auseinandersetzung mit Russland und Indien hat Marx versucht, alternative Entwicklungswege zum Kommunismus zu finden – in den Entwürfen des Antwortbriefes an Sassulitsch hellt er beispielsweise die „asiatische Produktionsweise“ auf, in seinen Exzerpten zu Kovaleskij finden sich Bemerkungen zu verschiedenen Eigentumsformen in Indien (Marx 1977: 29 ff.). Marx beschäftigte sich mit denjenigen Produktionsweisen, die er zu seiner Zeit konkret vorfand. Diesen stellte er (analytisch) verschiedene Gesellschaftsformationen entgegen, um sie im Vergleich besser verstehen zu können. Es wäre falsch, hierbei von einer historischen Abfolge oder einem Stufenmodell auszugehen. So steht bei Marx beispielsweise auch nirgendwo, dass sich der Kapitalismus notwendigerweise aus dem Feudalismus entwickeln muss.²¹

21 Wer nur bestimmte Schriften bzw. Phasen von Marx vor Augen hat, muss ihn missverstehen. Eine solch selektive Bezugnahme und Kritik läuft ins Leere. Genau dies wirft Vivek Chibber in seinem Buch „Postkoloniale Theorie und die Gespenster des Kapitals“ (Chibber 2018) den *Subaltern Studies* vor. Chibber argumentiert, dass der Kapitalismus einen universellen Charakter habe. Die Vertreter*innen der postkolonialen Theorie hingegen würden das Lokale überbetonen. Sie identifizierten den Kapitalismus mit seinen erst in jüngerer Zeit entstandenen liberalen Erscheinungsformen. Statt dies als ein relativ neues Phänomen zu betrachten, das durch Jahrhunderte des Klassenkampfes geschaffen wurde, machten sie diese Besonderheit zu einem Teil

Marx interessierte sich für außereuropäische Gesellschaften auch aus dezidiert politischen Gründen. Er fragte sich, wie oder ob sich dort Revolutionen entwickeln können und ob diese „den Funken in das übervolle Pulverfaß des gegenwärtigen industriellen Systems schleudern und die seit langem heranreifende allgemeine Krise zum Ausbruch bringen“ (MEW 9: 100) können. Anhand seiner Beschäftigung mit Indien kann man dabei zeigen, dass sich sein Revolutionsmodell aus dem „Manifest“ grundlegend verändert hat: Marx erkennt nun die Multilinearität und Kontingenz in der Geschichte an, sieht ein, dass der Kolonialismus keine Entwicklung, sondern Zerstörung befördert, und interessiert sich verstärkt für durch Gemeinschaftseigentum regulierte Gesellschaften.

Gegenwärtig gewinnt die Frage verschiedener Entwicklungspfade insbesondere angesichts der weltweiten Klimakatastrophe eine ganz neue Bedeutung. Ist eine kapitalistische Modernisierung notwendig, bedarf es einer globalen Kapitalisierung oder gibt es Alternativen?²² Auch Indien ist aktuell geprägt von sozialen Konflikten mit teils militanten Arbeitskämpfen. So beteiligten sich z. B. am 8. und 9. Januar 2019 rund 200 Millionen Beschäftigte an einem Generalstreik. Es war der wohl größte Streik der Menschheitsgeschichte (Wimmer 2019). Marx hätte sich sicherlich brennend für diese Vorgänge interessiert, da für ihn solch lokale Ergebnisse immense Bedeutung hatten, insbesondere da sich eine politische Strategie nicht ohne die besonderen Klassenverhältnisse und historischen Umstände ausarbeiten lässt.

Wer also soziale Konflikte auch in außereuropäischen Gesellschaften verstehen möchte, sollte Marx nicht vorschnell vergessen oder ihn gar als eurozentrisch oder geschichtsblind verurteilen.²³ Eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit seinem

ihrer grundlegenden Definition des Systems. „Da der Kapitalismus derart eingeschränkt definiert wird, lässt sich natürlich leicht behaupten, dass man es im Osten überhaupt nicht mit Kapitalismus oder höchstens einer unechten Version zu tun habe“ (Chibber 2018: 45; s. auch Sinha 2011). Ebenso wird hierbei verkannt – und man muss ergänzen: auch der frühe Marx tut dies –, dass die kapitalistische Produktionsweise sich nicht am Fortbestand archaischer Machtverhältnisse und Praktiken stört, solange sie nicht die Mehrwertproduktion hemmen. Es ist keineswegs so, dass alles Ständische und Stehende verdampft. Doch behaupten die *Subaltern Studies*, dass die „universalisierenden Kategorien eine homogene soziale Landschaft voraussetzen. *Universal* wird also mit *homogen* gleichgesetzt“ (Chibber 2018: 194; Hervorhebungen im Original). Mit Marx lässt sich argumentieren, dass zwar die allgemeinen Gesetze in jeder kapitalistischen Gesellschaft dieselben sind, dies allerdings nicht heißt, dass jede kapitalistische Gesellschaft genau gleich aussehen muss, also alle homogen sind. Folgt man Chibber, besteht die Ironie nun darin, dass die postkolonialen Theorien mit ihrem Kurzschluss genau jenen Orientalismus reproduzieren, den sie eigentlich vorgeben zu kritisieren (vgl. Chibber 2016: 93).

- 22 Die offiziellen Positionen des indischen Marxismus, wie die der CPI(M), scheinen diese Frage eindeutig dahingehend beantwortet haben, dass sie eine rasante Entwicklung der Produktivkräfte fordern, um so schnellstmöglich den Sozialismus zu verwirklichen.
- 23 Wichtiger erscheint es, wissenschaftliche Strömungen zu hinterfragen, die die stattfindenden (universalen) Klassenkämpfe nicht beachten wollen oder können. Zwar haben postkoloniale Theorien – insbesondere die „holy trinity“ Said, Spivak und Bhabha – für einen grundlegend neuen Blick auf den Kolonialismus und auf Indien gesorgt, ihr Verhältnis zu Klasse und Klassenkampf bleibt jedoch unklar. Dazu haben sie keinen grundlegenden Beitrag geleistet. Vielmehr fordern

Werk lohnt sich auch zukünftig. Zum einen ist durch die geplanten neuen Bände der MEGA der Forschungsgegenstand Marx noch nicht vollständig erschöpft. Die noch zu veröffentlichenden Exzerpte, Notizen und Marginalien bieten reichhaltiges und noch nicht erschlossenes Material zu außereuropäischen Gesellschaften. Diesen Schatz gilt es zu heben. Zum anderen bietet Marx' Methode wertvolle Hinweise für konkrete gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Hierfür ist es jedoch wichtig, den gesamten Marx zu betrachten: also sowohl seine Kritik der politischen Ökonomie als auch seine fragmentarischen Äußerungen zu Indien.

Gerade weil der Klassenkampf (nicht nur dort) eine Realität darstellt, bleibt Marx' Wort gültig, dass wir „mit aller Bestimmtheit erwarten [können], in mehr oder weniger naher Zukunft Zeugen einer Erneuerung dieses großen und interessanten Landes zu sein“ (MEW 9: 224).

Literatur

- Ahmad, Aijaz (1992): *In Theory: Classes, Nations, Literatures*. London: Verso
- Amin, Samir (1975): *Die ungleiche Entwicklung*. Hamburg: Hoffmann und Campe
- Anderson, Kevin B. (2002): „Marx's late writings on non-Western and precapitalist societies and gender“, in: *Rethinking Marxism* 14.4: 84–96
- Anderson, Kevin B. (2016): „Marx an den Rändern“, in: Wemheuer, Felix (Hg.): *Marx und der globale Süden*. Köln: PapyRossa, 32–55
- (2016a): *Marx at the margins*. Chicago: The University Press
- Anderson, Perry (1996): *Lineages of the absolutist state*. London: Verso
- Assing, Helmut (1971): „Die Ur- und Frühgeschichte und das Problem der historischen Periodisierung“, in: *Ethnographisch-archäologische Zeitschrift* 12.2: 199–200
- Banerjee-Dube, Ishita (2008): *Caste in History*. New Delhi: University Press
- Bhabha, Homi K. (2000): *Die Verortung der Kultur*. Tübingen: Stauffenburg
- Block, Klaus-Dieter; Galander, Ehrenfried (1990): „Zur inhaltlichen und methodologischen Einordnung der Kolonien in die Marxsche politische Ökonomie“, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, 12: 252–272
- Brentjes, Burchard (1983): *Karl Marx und Friedrich Engels zur Geschichte des Orients*. Halle: Martin-Luther-Universität
- Castro Varela, María do Mar; Dhawan, Nikita (2005): *Postkoloniale Theorie*. Bielefeld: Transcript
- Chakrabarty, Dipesh (2007): *Provincializing Europe*. Princeton: University Press
- Chandra, Bipan (1981): „Karl Marx, His Theories of Asian Societies and Colonial Rule“, in: *Review*, 5.1: 13–91
- Chatterjee, Partha (2008): „Democracy and Economic Transformation in India“, in: *Economic and Political Weekly*, 43.16: 53–62
- Chatterjee, Partha; Jeganathan, Pradeep (2001): *Community, Gender, and Violence: Subaltern Studies XI*. Columbia: University Press

Anhänger*innen und Theoretiker*innen der *Subaltern Studies*, die analytische Kategorie „Klasse“ gänzlich aufzugeben (Chatterjee und Jeganathan 2001). Die Kritik der politischen Ökonomie und der politische Bezug auf soziale Kämpfe in Indien spielt eine geringe bis keine Rolle (Ahmad 1992).

- Chibber, Vivek (2016): „Kapitalismus, Klasse und Universalismus“, in: Wemheuer, Felix (Hg.): *Marx und der globale Süden*. Köln: PapyRossa, 70–95
- Chibber, Vivek (2018): *Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals*. Berlin: Dietz
- Erdmann, Karl Dietrich (1970): *Geschichte, Politik und Pädagogik. Aufsätze und Reden*. Stuttgart: Ernst Klett
- Fanon, Frantz (1991): *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Harstick, Hans-Peter (Hg.) (1977): *Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion*. Frankfurt am Main: Campus
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1986): *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*. Werke Bd. 12. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Hibbert, Christopher (2002): *The Great Mutiny*. London: Allan Lane
- Kalming, Stefan; Nowak, Andreas (2011): „Marx über den Kolonialismus“, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 22.85: 122–133
- Kautsky, Karl (1927): *Die materialistische Geschichtsauffassung*. Berlin: JHW Dietz
- Krader, Lawrence (1994): „Asiatische Produktionsweise“, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 1*. Hamburg: Argument, 628–638
- Lee, Eun-Jeung (2003): „Anti-Europa“. *Die Geschichte der Rezeption des Konfuzianismus und der konfuzianischen Gesellschaft seit der frühen Aufklärung*. Münster: Lit
- Lindner, Kolja (2009): „Eurozentrismus bei Marx“, in: Bonefeld, Werner; Heinrich, Michael (Hgg.): *Kapital & Kritik*. Hamburg: VSA, 93–129
- Marx, Karl (1974[1882]): „Excerpt from John Lubbock ‚The Origin of Civilisation‘“, in: Krader, Lawrence (Hg.): *The ethnological notebooks of Karl Marx*. Assen: Van Gorcum, 337–352
- (1977[1879]): „Exzerpte aus M. M. Kovaleskij: Obščinnoe zemlevladienie (Der Gemeindelandbesitz)“, in: Harstick, Hans-Peter (Hg.): *Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion*. Frankfurt am Main: Campus, 21–210
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1965ff.): *Marx-Engels-Werke* (MEW). Berlin: Dietz
- (1975ff.): *Marx-Engels-Gesamtausgabe* (MEGA). Berlin: Dietz
- O’Leary, Brendan (1989): *The Asiatic mode of production*. Oxford: Blackwell
- Pilz, Erich (1983): „Zur neuesten Debatte über die Asiatische Produktionsweise in der Volksrepublik China“, in: *Nachrichten (NOAG)*, 134: 47–68
- Prakash, Gyan (1992): „Postcolonial Criticism and Indian Historiography“, in: *Social Text*, 31/32: 8–19
- Rehbein, Boike; Souza, Jessé (2014): *Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften*. Weinheim: Beltz Juventa
- Sawer, Marian (1975): „Plekhanov on Russian History: A Marxist Approach to Historical Pluralism“, in: *Science & Society*, 39.3: 292–317
- Sinha, Subir (2011): „Arbeiter und Arbeiterklasse im heutigen Indien. Anmerkungen zum analytischen Rahmen und zu den politischen Formierungsprozessen“, in: van der Linden, Marcel; Roth, Karl Heinz (Hgg.): *Über Marx hinaus*. Hamburg: Assoziation A, 183–218
- Sofri, Gianni (1969): *Über asiatische Produktionsweise*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt
- Spilsbury, Julian (2007): *The Indian Mutiny*. London: Weidenfeld & Nicolson
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): *Can the subaltern speak?* Wien, Berlin: Turia + Kant
- Teltumbde, Anand (2010): *The Persistence of Caste*. New Delhi: Navayana
- Tökei, Ferenc (1969): *Zur Frage der asiatischen Produktionsweise*. Neuwied: Luchterhand

-
- Werther, Ute (1986): „Marx’ Exzerpte aus Francois Berniers’ ,Voyages ... contenant la description des états du Grand-Mogul, de l’Indoustan, du Royaume de Cachemire. etc.’ Paris 1830, In den ,Londoner Heften 1850–1853‘“, in: Hallesche Arbeitsblätter zur Marx-Engels-Forschung, 21: 123–133
- Wielenga, Bastian (2004): „Indische Frage“, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6/II*. Hamburg: Argument, 903–918
- Wimmer, Christopher (2019): „Modi und der Megastreik“, in: *Jungle World*, 17. Januar
- Wittfogel, Karl August (1981): *Die orientalische Despotie*. Frankfurt am Main: Ullstein

Refereed article

Anpassung, Einhegung, Aneignung: Chinesische Strategien im Umgang mit internationalen Normen und Akteuren der Zivilgesellschaft

Bertram Lang

Summary

Taking China as an example, this article demonstrates the increasingly active role of nondemocratic governments in negotiating the international status of civil society actors. Thus, China's evolving civil society policy is re-examined in light of theories of international norm diffusion and localization drawn from the field of International Relations. Based on an analysis of the Chinese academic civil society discourse as well as official policy documents and secondary sources, the article shows how Chinese elites — starting from an ambivalent, largely passive approach to “Western” civil society actors and norms — have become increasingly eager to counter “Western discourse hegemony” more proactively. Beyond the domestication of civil society within mainland China through combined repression and co-optation, developments that have received widespread international attention in recent years, the article also identifies growing Chinese efforts to appropriate norms and practices of “civil society participation” in international politics, as intensified by Xi Jinping's announcement of the “Belt and Road Initiative” in 2013. These efforts to mobilize NGOs to support China's own foreign policy goals are rooted in selective policy learning from “soft power diplomacy,” which is perceived and portrayed as a successful United States foreign policy model.

Manuscript received June 2018, accepted Jan 2020

Keywords: Civil society, international norms, Belt and Road Initiative, diffusion, Chinese foreign policy, civil society policy

Bertram Lang ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt. In seiner aktuellen Forschung beschäftigt er sich hauptsächlich mit Entwicklungen der Philanthropie und Zivilgesellschaft im gegenwärtigen China sowie der chinesischen Anti-Korruptionspolitik im globalen Kontext und den europäisch-chinesischen Beziehungen. Darüber hinaus berät er regelmäßig internationale Non-Profit-Organisationen und Entwicklungsinstitutionen.

Einleitung

Das Konzept „Zivilgesellschaft“ hat seit den 1990er-Jahren einen unbestreitbaren Aufstieg in der internationalen Politik erlebt. Während eine rasante Ausbreitung internationaler Nichtregierungsorganisationen (INRO) bereits seit den 1970er Jahren festzustellen ist, trugen die Etablierung neuer Konzepte der Demokratieförderung in der amerikanischen Außenpolitik¹ und die Neuorientierung großer Geldgeber der Entwicklungspolitik zu pluralistisch orientierten *Good Governance*-Ansätzen nach Ende des Kalten Krieges zur Anerkennung und Einbindung von Akteuren des Dritten Sektors in der globalen *Governance* bei (Mitchell 2002; Salamon 1994; Zhu 2012).² Im Geiste des neoliberalen Washington Consensus, „the gaps in public policy frameworks brought about by the shift to global governance were organically filled by the rise of NGO and other non state actors“ (McArthur 2009: 156). Eine wichtige Rolle bei der Etablierung partizipativer Normen, d. h. formal festgeschriebener und/oder allgemein anerkannter Standards und Erwartungen an beteiligungsorientiertes Regierungshandeln, spielte allerdings auch der Druck von unten durch immer besser vernetzte INRO, die sich in vielen Politikfeldern zu schlagkräftigen *Advocacy*-Koalitionen (Keck und Sikkink 1998) zusammenschlossen. Viele vormals national orientierte INRO spezialisierten sich auf die Mitwirkung an der Entscheidungsfindung in Internationalen Organisationen und wurden durch ihre zunehmende institutionelle Einbindung zu einer „loyalen Opposition der Vereinten Nationen“ (Hill 2004; Willetts 2010). Die Vereinten Nationen wiederum förderten zivilgesellschaftliche Beteiligung in vielen Feldern (Bigg 1997; Hill 2004) und erkannten diese als Königsweg zur Umsetzung neu etablierter Transparenz- und „accountability“-Standards an (Ebrahim und Weisband 2007: 4–7).

Infolge dieser von Europa und den USA ausgehenden „Normenkaskade“ (Finnemore und Sikkink 1998: 893) beschäftigt sich die Forschung zur transnationalen Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZGO) bislang vorrangig mit Akteuren aus demokratischen Industrienationen als Gebern bzw. Gestaltern und NRO in „Entwicklungsländern“ als Empfängern von Ressourcen, Initiativen und Normen. Dies gilt gleichermaßen für affirmative Analysen von Zivilgesellschaft als Nährboden der Demokratisierung (z. B. Carothers 1999: 207–248) und kritische Auseinandersetzungen mit NRO als Wegbereitern westlicher Regierungsinteressen (Robinson 1996; Schade 2010).³ Der Aufstieg der Volksrepublik China (VRC) erfordert jedoch eine analytische Neuausrichtung, um der zunehmenden Wechselseitigkeit des Einflusses zwischen internationalen und

1 Für eine umfangreiche historische Rekonstruktion dieses Aufstiegs der Zivilgesellschaftsförderung, vgl. Schade 2010 und Bush 2015.

2 „Governance“ wird hier nach Swyngedouw (2005: 1992) als „Regieren mit Regierungen“ statt (exklusiv) durch Regierungen verstanden.

3 Der Begriff „westlich“ wird hier als Sammelbegriff für liberale Demokratien in Westeuropa, Nordamerika sowie Australien/Neuseeland verwendet.

chinesischen, d.h. primär von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) propagierten, Normen gerecht zu werden (Chin 2012). Daher soll hier anhand einer Untersuchung des Wandels im offiziellen chinesischen Umgang mit partizipativen Normen in der internationalen Politik der Frage nachgegangen werden, welche Rolle internationale Normen und insbesondere deren Rezeption und Lokalisierung durch chinesische Akteure bei der Entwicklung einer eigenen transnationalen Zivilgesellschaftspolitik vor allem im Rahmen der Belt and Road Initiative (BRI) spielten.⁴

Überlegungen zur Analyse transnationaler Zivilgesellschaftspolitik

Klassische US-zentrierte Definitionen von Zivilgesellschaft als „nongovernment“ (Fisher 1998) oder dritter Sphäre, die „voluntary, self-generating, (largely) self-supporting, autonomous from the state, and bound by a legal order“ (Diamond 1994: 4) sei, sind für die Analyse autoritärer Regime problematisch, da von staatlicher Kontrolle unabhängige oder gar oppositionelle Organisationen naturgemäß kaum zu finden sind (Wischermann 2017: 350–352; Lewis 2013). Auch für China legen einschlägige Studien nahe, dass eine analytische Einteilung in Sphären angesichts der engen Beziehungen und Verflechtung staatlicher und gesellschaftlicher Akteure Schwierigkeiten bereitet (Ma 2009; Hasmath und Hsu 2009; Teets 2015). Zunächst sollten ZGO keineswegs *per se* als oppositionell angesehen werden; vielmehr fungieren im autoritären Kontext viele NGO eher als Beratungs- und Implementierungsorgane für staatliche Behörden, die wiederum bemüht sind, gesellschaftliche Expertise und Innovationskraft abzugreifen und für eigene Zwecke zu nutzen (Teets 2013; Hasmath und Hsu 2016).

Während viele Analysten dennoch eine *Bottom-up*-Perspektive auf ZGO im autoritären Kontext wählen und deren Strategien etwa entlang eines Spektrums von Implementierungsorganen bis zu Widerstandsgruppen einteilen (vgl. Hannah 2007: 209; Hildebrandt 2013: 12–14), soll hier der Fokus auf der – von Regierungsseite betriebenen und von gesellschaftlichen Akteuren mitgestalteten – Zivilgesellschaftspolitik (ZGP) im Sinne der *Policy*-Analyse liegen (Heclo 1978; Schade 2010: 44–51). Während für die innenpolitischen Entwicklungen vor allem in der Sozial-, Gesundheits- oder Umweltpolitik bereits zahlreiche Analysen der chinesischen ZGP vorliegen (u. a. Hasmath und Hsu 2009; Tang und Zhan 2008; Voss 2017; Froissart 2019; Han 2016), konzentriert sich dieser Beitrag auf den Bereich der Außenpolitik, da hier eine systematische Analyse des Zusammenspiels

4 Auf die Rolle von „nichtoffiziellen“, d.h. von parteistaatlich unterstützen und tolerierten Standpunkten abweichenden Stimmen im chinesischen Diskurs wird weiter unten noch eingegangen. Angesichts der überwältigenden Machtposition offizieller Akteure des Parteistaats insbesondere hinsichtlich des internationalen Auftretens der VRC liegt der Fokus dieser Analyse – bedingt durch die Fragestellung – jedoch auf den Akteuren und Stimmen, denen Einfluss auf die offizielle politische Orientierung zugerechnet werden kann.

von internationalen Normen und chinesischer Politik bislang fehlt. Welche anderen Politikfelder – und damit auch bürokratische und gesellschaftliche Akteure – hierbei ebenfalls berührt werden, ist nicht zuletzt eine Frage der vorherrschenden Rahmung von Zivilgesellschaft, also der diskursiv verhandelten Definition und entsprechender Ein- und Ausschließung bestimmter Akteure und Aktivitäten in diesem Rahmen. Anstelle einer dichotomen Unterscheidung zwischen demokratischem und autoritärem Kontext öffnet diese induktive Perspektive auf Zivilgesellschaftspolitik den Blick für Transferprozesse etwa zwischen den demokratischen USA und der autoritären VRC – ohne dass hierdurch die grundlegenden Unterschiede hinsichtlich der Rechtssysteme und Machthierarchien negiert werden.

Die umfangreiche Literatur zu Prozessen globaler Normendiffusion hat verschiedene Mechanismen aufgezeigt, wie internationale Normen in nationale Politik Eingang finden können. Einschlägige Konzepte wie das „Lebenszyklus-Modell“ (Finnemore und Sikkink 1998) oder das „Spiralmodell“ (Risse 1999) gehen von einem immer enger verflochtenen „two-level game“ zwischen internationalen Normen bzw. *Advocacy*-Gruppen (Keck und Sikkink 1998) einerseits und „norm entrepreneurs“ – insbesondere oppositionelle ZGO – auf nationaler Ebene andererseits aus, im Zuge dessen nationale Regierungen dazu bewegt werden, internationale Normen formal zu akzeptieren und schließlich auch einzuhalten. Im Geiste eines „moralischen Kosmopolitismus“ (Acharya 2004: 242) implizieren diese Modelle jedoch, dass internationale Normen zum einen moralisch überlegen sind und zum anderen unidirektional Einfluss auf nationale und lokale Normensysteme nehmen, denn „domestic influences lessen significantly once a norm has become institutionalized in the international system“ (Finnemore und Sikkink 1998: 893). Dagegen betonen Ansätze der Normenlokalisierung die *Agency* lokaler Akteure bei Verbreitung, Rahmung und Rekonfiguration externer Normen. Acharya definiert Lokalisierungsprozesse „as the active construction (through discourse, framing, grafting, and cultural selection) of foreign ideas by local actors, which results in the former developing significant congruence with local beliefs and practices“ (2004: 245). Das Konzept ist für die Analyse chinesischer ZGP von Bedeutung, weil es sowohl die bewusste Selektion und Konstruktion durch politische Akteure betont als auch die dynamische, „‘mutually constitutive’ relationship“ (Acharya 2004: 252) zwischen internationalen Normen und lokalen Institutionen anerkennt.

Angesichts des globalen Einflusses Chinas geht es jedoch inzwischen nicht mehr nur darum, wie internationale Normen in China lokalisiert werden. Dass die eigene Normenprojektion unter Präsident Xi Jinping immer größeren Stellenwert hat, zeigt Callahan in einer Analyse der BRI, die eng mit chinesischen Vorstellungen einer neuen regionalen Ordnung verknüpft ist (2016: 238).⁵ Dementsprechend

5 Während die chinesische Führung BRI nach außen hin systematisch als reine „Initiative“ zur „Förderung internationaler Freundschaft und „Win-Win-Kooperation“ ohne strategische Dimension

fordert Callahan, „to take more seriously China’s emerging grand strategy as a rule-maker, rather than just a rule-taker—or a rule-breaker“ (2016: 239). Dieser schleichende internationale Wandlungsprozess der VRC vom Normenempfänger („rule-taker“) zum Mitgestalter („rule-shaper“) oder gar zum neuen internationalen Normensetzer („rule-maker“) wurde in anderen Politikbereichen wie der Entwicklungsfinanzierung (Chin 2012), der Sicherheitspolitik in Afrika (Alden und Large 2015), der Anti-Korruptionspolitik (Lang 2018b) oder der Digitalpolitik (McKunde und Ahmed 2018) bereits aufgezeigt. Die ZGP kann für diese Annahme als *hard case* betrachtet werden, da autoritäre Staaten im Umgang mit partizipativen Normen eher als Normenbrecher („rule-breaker“) denn als Gestalter betrachtet werden.

Methodisches Vorgehen

Zur Untersuchung des chinesischen Umgangs mit Normen gesellschaftlicher Beteiligung an der internationalen Politik stützt sich diese Analyse vorrangig auf eine systematische Auswertung der chinesischsprachigen akademischen Debatte, die in Beziehung gesetzt wird zu wichtigen Entwicklungen der chinesischen Zivilgesellschaftspolitik. Angesichts der engen Verflechtungen zwischen SozialwissenschaftlerInnen (v. a. an Eliteuniversitäten, Parteischulen und Think Tanks) und Entscheidungsträgern der chinesischen Außenpolitik lassen sich aus der Entwicklung der akademischen Diskussion Rückschlüsse auf politische Entwicklungen ziehen (Noesselt 2015: 444), die aus den diplomatischen verklausulierten Äußerungen antierender Politiker kaum möglich wären. Hierfür wurden auf Basis der CNKI China Academic Journals Database aus 753 referierten Zeitschriften im Bereich Politik/Recht zunächst alle Artikel mit relevanten Stichworten im Artikeltitel einbezogen (Tab. 1).

Aus dem Korpus „Zivilgesellschaft Gesamt“ wurden die 792 Artikel mit prominentem internationalem Bezug⁶ anhand von Titel und Abstract hinsichtlich Thema und Rahmung (*Framing*) kodiert und schließlich anhand der thematischen Ausrichtung und dem angenommenen Einfluss⁷ wesentliche Artikel für die Volltextanalyse zu den im Folgenden behandelten Unterthemen ausgewählt.

bewirbt (Xi Jinping 2017), zeigen chinesischsprachige Diskussionen ebenso wie einschlägige Erfolgsberichte in Parteistaatsmedien und Arbeitsberichten deutlich die hiermit verbundenen regionalpolitischen sowie globalen Ansprüche (siehe etwa Xinhua 2018). In chinesischer akademischer Literatur wird zwar regelmäßig die friedliche Natur der BRI als Kontrast zu westlicher Machtpolitik dargestellt (Jie 2016), gleichzeitig aber auch ein klarer Bezug zu „Chinas zivilisatorischem Aufstieg“ (Zhao 2015) hergestellt.

6 Kriterium hierfür war das Vorkommen eines der folgenden Begriffe im Titel: „international“ (*guoji*), „ausländisch“ (*guowai/jingwai*), „global“ (*quanqiu*), „Westen/westlich“ (*xifang*), „USA“ (*meiguo*), „in China“ (*zaihua*), „Diplomatie“ (*waijiao*), „ins Ausland gehen“ (*zouchuqu*).

7 Kriterien hierfür waren der Zitationsindex a) des Artikels und b) des Journals in CNKI sowie – aufgrund des hierarchischen Universitätssystems – die akademische Position des Autors/der Autorin.

Tabelle 1: Wissenschaftliche Artikel zu zivilgesellschaftlichen Themen

Originalbegriff	Wörtliche Übersetzung	Artikelanzahl (bis 2017)
shehui zuzhi	Gesellschaftliche Organisation	6046
jjinhui	Stiftung	2056
fei zhengfu zuzhi	Nichtregierungsorganisation (NGO)	1875
shetuan	Gesellschaftliche Gruppe (Kurzform)	1517
gongmin shehui	Zivilgesellschaft ⁸	1366
fei yingli zuzhi	Non-Profit-Organisation (NPO)	1277
shimin shehui	Bürgergesellschaft	1148
minjian zuzhi	Bürgerliche Organisation	946
cishan zuzhi	Wohltätigkeitsorganisation	627
shehui tuanti	Gesellschaftliche Gruppe	427
gongyi zuzhi	Allgemeinwohlorganisation	278
minjian shehui	Bürgerliche Gesellschaft	65
gongyi tuanti	Allgemeinwohlgruppe	7
Zivilgesellschaft Gesamt:		17635
ruan shili	„Soft Power“	1696
gonggong waijiao	„Public Diplomacy“	886
minjian waijiao	„Civil Diplomacy“	182

Hinweis: Auswahl der Termini auf Basis eigener Erfahrungen, informeller Akteursinterviews im September 2017 in Beijing und Sekundärliteratur.

Phasen chinesischer transnationaler Zivilgesellschaftspolitik

Historisch orientierte Analysen der chinesischen Zivilgesellschaftspolitik und -entwicklung haben immer wieder auf Phasenmodelle zurückgegriffen, um entscheidende Wendungen zu veranschaulichen und aktuellere Entwicklungen im Zeitverlauf zu kontextualisieren (Kang 2018; Li und Guo 2015; Holbig und Bälz 2018). Auch wenn die Festlegung auf ein konkretes Übergangsdatum oftmals schwierig ist und Kontinuitäten zwischen verschiedenen Phasen nicht vernachlässigt werden sollten, ergeben sich aus der hier durchgeführten Analyse der chinesischen Zivilgesellschaftsdiskurse und -politik ebenfalls systematische Veränderungen, für die sich eine Einteilung in drei Phasen als heuristisches Instrument anbietet. Da die hier vorliegende Analyse ausschließlich den Umgang mit internationalen Normen und Erwartungen fokussiert, unterscheiden sich diese Phasen von denen anderer AutorInnen, deren Schwerpunkt stets auf

⁸ Zur Unterscheidung der Begriffe *gongmin shehui*, *shimin shehui* und *minjian shehui* im chinesischen Kontext vgl. Holbig/Reichenbach 2005.

innerchinesischen Entwicklungen lag. So wird in der folgenden Auswertung der Ergebnisse eine – aus chinesischer *Policy*-Perspektive – passive Phase vor 2003, eine reaktive Phase ab 2004 sowie eine proaktive Phase ab 2014 unterschieden, wobei jedoch der Übergang insbesondere zwischen den Phasen zwei und drei als fließend zu verstehen ist.

Anpassung an internationale Normen (passive Phase), 1989–2003

Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik strebten die Wirtschaftsreformer um Deng Xiaoping die Einbindung Chinas in internationale Regime an. Nach einer kurzen Phase internationaler Ächtung und interner Machtkämpfe zwischen Reformern und Revisionisten ab 1989 wurde spätestens 1992 die Aufhebung der Isolierung Chinas zum zentralen Ziel erhoben und hierfür eine nach außen hin bescheidene und anpassungswillige Haltung gegenüber dem westlich dominierten System verordnet (Kawashima 2011).

Viele westliche NRO kamen zunächst auf Basis bilateraler Verträge zur Entwicklungshilfe und Wirtschaftsförderung nach China (Xie 2011: 118f.). Regierungsnahe Organisationen wie das Center for U.S.-China Arts Exchange oder die Friedrich-Ebert-Stiftung waren gerade zu Beginn Türöffner für internationalen Austausch durch *Track-Two*-Diplomatie in einem noch stark maoistisch geprägten System. Der wachsende Einfluss internationaler ZGO wurde in der chinesischen Debatte zunächst kaum beachtet und erst ab 2004 intensiver rezipiert. Unmittelbaren Einfluss übten westliche Geber jedoch durch die direkte Förderung der Zivilgesellschaft in der VRC aus, die zwischen 1985 und ca. 2007 als Nettoempfängerin von internationaler Entwicklungshilfe profitierte (Kobayashi 2013: 221). So wurden im Geiste der *good governance* sowohl Graswurzelorganisationen direkt gefördert als auch Kooperationen mit Regierungsbehörden eingegangen, um über Sozialisierungsprozesse die Anerkennung von ZGO durch Vertreter des Parteistaats zu verbessern (Spires 2012). Ab 1988 folgte die chinesische Politik einer vom Zivilministerium (*minzhengbu*) intern formulierten „Politik der drei Nein“ (*san bu zhengce*), die es Regierungsbehörden vorschrieb, ausländische NRO „nicht anzuerkennen, nicht zu boykottieren und nicht zu intervenieren“, solange diese nicht die „nationale Sicherheit“ oder „gesellschaftliche Stabilität“ gefährdeten (Xie 2011: 123). Diese abwartende Politik hatte bis in die frühen 2000er-Jahre Bestand und ermöglichte eine starke Ausweitung der Präsenz privater ausländischer Organisationen aller Art. Diesen wurden auch deswegen Freiräume in regulatorischen Grauzonen gelassen, weil das Regime ihre Expertise und finanziellen Mittel für die eigenen Entwicklungsziele dringend benötigte (Zheng und Fewsmith 2009). Für chinesische NRO existierten zwar seit 1989 formal relativ strenge Registrierungsvorgaben (Ma 2009), die jedoch mangels administrativer Kapazitäten in der Praxis kaum Anwendung fanden (Simon 2013). Auch wenn aus US-Perspektive die Ausweitung des „zivilgesellschaftlichen Dialogs“ eng mit dem

teleologischen Glauben an eine progressive politische Liberalisierung Chinas verbunden war (Rowen 2007), betrieben ausländische NRO in der Realität kaum direkte Demokratieförderung, sondern fügten sich überwiegend in das Regierungssystem ein und suchten die Kooperation mit offiziellen Regierungsstellen v. a. auf lokaler Ebene (Spires 2011; siehe hierzu auf theoretischer Ebene auch Bush 2015). Auch im direkten Austausch mit chinesischen NRO war der *Policy*-Transfer oftmals beschränkt auf „Management-Techniken“ und „capacity-building“, auch wenn Geberorganisationen programmatisch von „Demokratieförderung“ sprachen (Spires 2012: 127).

Während sich im englischsprachigen Raum in den 1980er- und 1990er-Jahren unzählige Autoren mit der (erhofften) Entstehung einer chinesischen *civil society* befassten, begann die chinesischsprachige Debatte zunächst nur zögerlich mit einer versuchten Rehabilitierung des marxistischen Begriffs „Bürgergesellschaft“ (*shimin shehui*) durch progressive Intellektuelle, die oftmals versuchten, die Einforderung individueller Bürgerrechte (*shimin quanli*) durch die Verbindung mit der Forderung nach „zivilem Bewusstsein“ gegenüber Staat und Gesellschaft zu legitimieren (Ma 1994: 183–185; Liu und Wang 1988). Insbesondere nach dem repressiven Schock des Tian'anmen-Massakers lassen sich somit die meisten Anwendungsversuche des Zivilgesellschaftskonzepts durch innerchinesische Intellektuelle als reformorientierte Versuche deuten, das Konzept in der offiziellen chinesischen Diskussion zu etablieren, indem anstelle der vor allem von amerikanischen und osteuropäischen AutorInnen angepriesenen Demokratisierungsfunktion eher Elemente des bürgerlichen Engagements im Sinne einer allmählichen politischen Liberalisierung betont wurden; stellvertretend hierfür attackierte Ma Shu-yun in einer 1994 in China Quarterly erschienenen Diskursanalyse die Versuche von chinesischen „Exiltheoretikern“ in den USA, Zivilgesellschaft in China als unabhängige private Sphäre gegen den Staat zu positionieren, als „highly inappropriate“ (Ma 1994: 192).

Eine Schlüsselrolle für die Entwicklung der chinesischen ZGP spielte unterdessen die Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing. Denn Chinas Regierung sah sich unter internationalem Druck gezwungen, auch der Abhaltung des „NGO Forum on Women“ zuzustimmen, was zu einem nie dagewesenen Austausch zwischen chinesischen AktivistInnen und den über 4000 internationalen VertreterInnen der Zivilgesellschaft führte (Wang und Zhang 2010: 41). Das strategische Eingehen auf internationale Erwartungen vonseiten der Regierung zeigt sich daran, wie die All-China Womens' Federation nun nach außen als „Chinas größte Frauenrechts-NGO“ (Zhang 2001) beworben wurde. Generell wurden maoistische Massenorganisationen in dieser Phase als „gesellschaftliche Organisationen“ (*shehui tuanti*) umgedeutet und international schlichtweg als „NGO“ präsentiert (Whiting 1991: 24–25). Diese rhetorische Anpassung ist sinnbildlich für eine umfassendere Strategie der KPCh, „chinesische Realitäten“ mit internationalen Standards in Einklang zu bringen, ohne erstere in einem für die Einparteienherrschaft gefährlichen Maße zu verändern. Deren andere wichtige

Komponente war die Schaffung zahlreicher „government-organised non-governmental organisations“ (GONGO) wie der China Foundation for Poverty Alleviation (1989) oder der China Charity Federation (1994), deren Aufgabe im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung oft darin bestand, vormalige Staatsaufgaben im sozialen Bereich zu übernehmen (Hsu 2008). Der Boom einheimischer Graswurzelorganisationen blieb dagegen überwiegend auf ausländische Unterstützung angewiesen (Bannister 2015: 3).

Die Anpassung an internationale Normen schlug sich somit trotz ausbleibender politischer Liberalisierung in einer Pluralisierung der Akteure nieder, die vom Parteistaat nicht aktiv gefördert, aber doch innerhalb vage definierter politischer Grenzen toleriert wurde. Gleichzeitig zeigen die Entwicklungen der 1990er-Jahre, dass innen- und außenpolitische Faktoren schwer zu trennen sind, da die gegenüber der staatlichen Bürokratie (höchstens) formal autonomen NRO im doppelten Sinne als Intermediäre fungierten: einerseits zwischen staatlicher Bürokratie und marginalisierten Gruppen, um die auch in China wahrgenommenen gravierenden Lücken der sozioökonomischen Entwicklung zu füllen (Whiting 1991: 22); andererseits zwischen ausländischen Geldgebern und chinesischem Staat, da durch den Paradigmenwechsel in der internationalen Entwicklungshilfe (weg von direkter Haushaltsförderung, hin zur Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure) vorrangig chinesische NRO als Empfänger in Frage kamen.

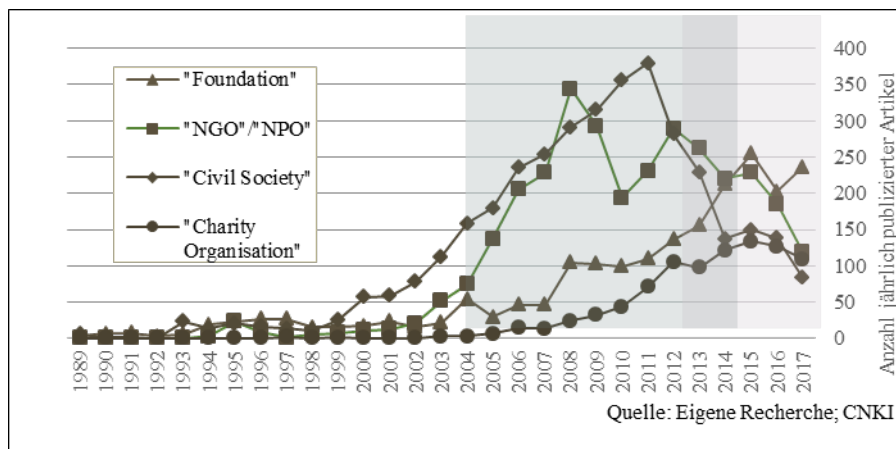
Bereits die erste Phase war jedoch vom ständigen Spannungsverhältnis zwischen Öffnung und Kontrolle geprägt. So kann die „Verordnung zur Registrierung und Verwaltung sozialer Organisationen“ (Staatsrat 1998) als wichtiger Schritt zur Rückgewinnung staatlicher Kontrolle über den schnell wachsenden NRO-Sektor gelten (Holbig und Bälz 2018; Simon 2013: 239). Der Begriff der „Anpassung“ muss dahingehend als Ansammlung vorsichtiger und partieller Änderungen in Denkweisen und Handlungsmustern staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure verstanden werden, wobei partizipative Normen im Sinne des Lokalisierungsansatzes so aufgeweicht und „in Kongruenz gebracht“ (Acharya 2004: 245) wurden, dass der grundlegende Charakter der leninistisch geprägten Staat-Gesellschaftsbeziehungen nicht aufgegeben wurde (Gallagher 2004). Stattdessen führten die *Policy*-Transfermaßnahmen westlicher Organisationen mittelfristig eher zu einem Lernprozess parteinaher chinesischer Eliten dahingehend, wie INRO und Stiftungen – angeblich – von westlichen Staaten mobilisiert werden, um deren eigene außenpolitische Vorstellungen zu verwirklichen.

Einhegung ausländischer Zivilgesellschafts-Akteure (reaktive Phase), 2004–2014

Analog zu Chinas generellem Entwicklungsmodell spielt das Lernen von ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Vorbildern eine zentrale Rolle im chinesischen Zivilgesellschaftsdiskurs. Ab 2003/2004 ist zunächst ein sprunghafter

Anstieg chinesischsprachiger Publikationen zu den Themen „Zivilgesellschaft“ und „NGO“ zu verzeichnen, der sich bis 2012 fortsetzte (Abb.1). Gleichzeitig spielten sowohl *positives* als auch *negatives* internationales Lernen (Bank 2017; Lang 2018a: 154), v. a. von US-amerikanischen Vorbildern, eine zentrale Rolle für den Übergang in der offiziellen chinesischen ZGP zu einem doppelten Prinzip engerer staatlicher Kontrolle und Versuchen der Nutzbarmachung in- und ausländischer ZGO für Regierungsziele.

Abb. 1: Chinesische Publikationen zu zivilgesellschaftlichen Themen



Die meisten frühen Artikel mit internationaler Dimension (2002–2003) widmen sich noch eher neutral dem Verständnis der internationalen Rolle von NRO. Die „Farbrevolutionen“ in Georgien 2003, der Ukraine 2004 und Kirgisistan 2005 stellten hinsichtlich des chinesischen Elitendiskurses jedoch einen Wendepunkt dar. So finden sich in diesem Zusammenhang die ersten Analysen, die von INRO als „Werkzeug amerikanischer ‚Demokratieverbreitung‘“ (Zhong 2005: 67) oder „Trojanischem Pferd westlicher Geheimdienste“ (Pan und Dai 2005: 77) sprechen. Dabei wird der „Einsatz“ von NRO fast unisono als aus US-Sicht effektives Mittel betrachtet, auch wenn die damit erzielten Effekte der „Demokratisierung“ und „Verwestlichung“ von regierungstreuen Analysten oft als Gefahr für die betroffenen Länder oder Chinas eigene Interessen in Zentralasien bezeichnet werden (Wen 2007: 58; Li und Liu 2005: 38). Dieses Narrativ wurde durch die offensive Demokratieverbreitungsrhetorik der damaligen US-Regierung im Zuge der Irak-Invasion noch befeuert (He und Yang 2013: 48).

Diese Analysen zeigen jedoch auch, dass NRO als Akteure der internationalen Politik nun auch in China als eine „von souveränen Staaten nicht zu ignorierende Kraft“ (Xu 2004) ernst genommen wurden. Neben dem Narrativ der illegitimen „Einmischung“ oder „Infiltration“ mit „westlicher Ideologie“ (Wang 2012) und dem Vorwurf der Steuerung durch US-Geheimdienste (Xu und Li 2004; He und

Yang 2013) sucht ab 2004 jedoch auch eine wachsende Zahl chinesischer ForscherInnen in der westlichen ZGP nach „Lehren für China“ (Jia 2004). Dabei stellen sowohl wissenschaftliche Texte als auch politische Programmschriften die chinesische NRO-Landschaft und *a fortiori* deren Internationalisierung regelmäßig als „unterentwickelt“ dar.

Gleichzeitig erreichte in der innenpolitischen Debatte die liberal-reformorientierte Diskussion über mögliche Anpassungen des westlichen ZG-Konzepts an den chinesischen Kontext (Sausmikat 2002) zur Beginn der Hu-Wen-Ära ihren Höhepunkt. Insbesondere das zu diesem Zeitpunkt auch in westlichen Publikationen eifrig diskutierte Konzept einer „globalen Zivilgesellschaft“ wurde von chinesischen Theoretikerinnen vielfach aufgegriffen – oftmals im Kontrast zur aus Sicht der Autoren „systemischen Besonderheiten und noch existierenden Problemen“ chinesischer NRO (Wang/Liu 2007). Im von der renommierten Tsinghua-Universität herausgegebenen China Nonprofit Review betitelte Zhang Lian diese Entwicklung 2008 als „*xixue dongjian*“ (Zhang 2008), was wörtlich die „allmähliche Ausbreitung westlicher Lehren im Osten“ bezeichnet, tatsächlich aber auch explizit die lokalisierende Anpassung dieser aus einschlägiger westlicher Literatur gezogenen „Lehren“ über den NRO-Sektor meint. Zahlreiche weitere Publikationen in dieser Zeit empfehlen der chinesischen Regierung explizit, von der konstruktiven Beteiligung internationaler NRO an globalen Problemlösungen in verschiedenen Politikbereichen wie etwa dem Kampf gegen den Klimawandel (Lan et al. 2010), aber auch dem internationalen Schutz von Menschenrechten (Peng 2006) lernen solle. Rückblickend stellen neuere Untersuchungen jedoch fest, dass sich der autoritäre Parteistaat bereits zu diesem Zeitpunkt intensiv mit der Frage beschäftigte, wie diese liberalen – und daher als potentiell gefährlich angesehenen – Ideen sowie das damit einhergehende rasante Wachstum eigenständiger Bürgerorganisationen in eine für das Einparteiensregime weniger problematische Richtung gelenkt werden könnten (Howell 2019).

Im hier untersuchten Korpus von Artikeln mit internationalem Bezug stehen naturgemäß weniger die autoritären innenpolitischen Verhältnisse in der VRC, sondern eher die Machtverhältnisse in der globalen Politik im Zentrum. So wird auch in vielen Artikeln mit positiver oder neutraler Zivilgesellschafts-Rahmung die gegenwärtige INRO-Landschaft als „nicht repräsentativ und neutral“, weil „tief von westlicher Organisationskultur“ und „westlicher ideologischer Färbung“ geprägt, kritisiert (Xu und Li 2004: 31). Daraus werden in der reaktiven Phase zunehmend Forderungen nach der Stärkung und Internationalisierung chinesischer NRO abgeleitet. Dies gilt sowohl für die im Kontext einer wahren Zivilgesellschaftseuphorie bis 2011 florierende Debatte über die Lokalisierung „westlicher Standards“ im „chinesischen Kontext“ (Wang N. 2010) als auch für Forderungen nach besserer staatlicher Regulierung und Aufsicht – oftmals unter explizitem Verweis auf „Lehren aus der erfolgreichen amerikanischen Erfahrung“ (Dang 2008: 10).

Hinsichtlich der politischen Entwicklung zeigt sich das selektive Lernen von westlichen Vorbildern zunächst am Umgang mit ZGO innerhalb Chinas. Während unabhängige NRO und soziale Bewegungen als Gefahr für die Einparteienherrschaft unterdrückt werden, wurde das Wohltätigkeitskonzept (*charity*) aufgrund der Erkenntnis, dass Wohltätigkeitsorganisationen auch in westlich-kapitalistischen Gesellschaften keineswegs transformativ, sondern primär systemlegitimierend wirken, im Bruch mit kommunistischen Traditionen rehabilitiert und systemkonforme Organisationen zunehmend unterstützt (Luova 2017: 142; Lang 2018a). Bereits die Verordnung zum Stiftungsmanagement des Staatsrats von 2004 ist Ausdruck der Ambivalenz in der chinesischen ZGP zwischen Förderung privater Wohltätigkeit und Misstrauen gegenüber unabhängigen Kräften: Trotz hoher administrativer Bürden bei Registrierung und Betrieb privater Stiftungen (Pissler und Hippel 2006) schuf diese eine wichtige Rechtsgrundlage für den chinesischen Stiftungsboom im folgenden Jahrzehnt (Han 2016). Die Registrierungshürden für ausländische Stiftungen waren jedoch so hoch, dass sich bis 2013 nur insgesamt 14 von ihnen erfolgreich registrierten (Zhang 2013: 36).

Zudem zeichnet sich ab 2009 im offiziellen Diskurs eine wachsende nationale Selbstbehauptung gegenüber angeblichen Destabilisierungsversuchen westlicher Länder (Holbig und Bälz 2018) ab. Folge des gewachsenen Misstrauens gegenüber westlichen INRO war eine zweigleisige Einhebungsstrategie, die zum einen auf eine größere Abhängigkeit lokaler NRO von staatlicher Finanzierung bei gleichzeitiger Förderung politisch konformer Organisationen zielte, um so deren befürchtete Instrumentalisierung für westliche außenpolitische Ziele zu verhindern (Sun 2014). Den zweiten Baustein kündigte 2013 das intern zirkulierte „Dokument Nr. 9“ an. Darin wird der Begriff „Zivilgesellschaft“ (*gongmin shehui*) als unerwünschtes westliches Konzept gebrandmarkt und damit aus der öffentlichen Diskussion weitgehend verbannt (vgl. Abb. 1):

For the past few years, the idea of civil society has been adopted by Western anti-China forces and used as a political tool. [...] Advocates of civil society want to squeeze the Party out of leadership of the masses at the local level, even setting the Party against the masses. (Zentralkomitee der KPCh 2013)

Dass das „Management“ (*guanli*) ausländischer NRO fortan primär als sicherheitspolitische Aufgabe gerahmt wurde, belegt auch die Gründung einer von Xi persönlich geleiteten Nationalen Sicherheitskommission, die in ihrer ersten Sitzung im April 2014 einen „penetrating security review of foreign nongovernmental organizations in China“ (Tatlow 2014) beschloss. Dieser Beschluss gilt als Grundlage für das 2016 verabschiedete „Gesetz zur Regulierung der Aktivitäten ausländischer NGO in China“ (NGO-Gesetz), das die Zuständigkeit für Registrierung und Kontrolle ausländischer „NGOs“ (entsprechend des sehr weiten Definitionsrahmens von „*feizhengfu zuzhi*“ in Artikel 2) vom Zivilministerium auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überträgt und in der westlichen Zivilgesellschaft weithin als drakonische Einschränkung von

Handlungsräumen interpretiert wurde (Fulda 2017). Der hier als Einhegung beschriebene Ansatz ist jedoch nicht mit vollständiger Repression zu verwechseln (ein komplettes Arbeitsverbot für ausländische NRO wäre von der autoritären Parteiführung leicht durchzusetzen gewesen): Vielmehr wurden ausländischen Organisationen parallel zur stärkeren sicherheitspolitischen Rahmung ihrer Tätigkeiten vom MfS in detaillierten Listen diejenigen Bereiche (Armutsbekämpfung, Technologieaustausch etc.) zugewiesen, in denen sie in aus parteistaatlicher Sicht nützlicher Weise ihren Beitrag zum „öffentlichen Interesse“ leisten sollen. Interessant ist zudem, dass das NGO-Gesetz nicht wie etwa in Russland oder Ungarn mit nationalistischem Poltern gegen „ausländische Agenten“, sondern in Anlehnung an bestehende internationale Normen als Schritt zu mehr „Transparenz“ und „accountability“ präsentiert (Jin 2016) und hierdurch mit einer bewussten „Lokalisierung“ der von China im G20-Rahmen akzeptierten Anti-Korruptionsstandards (Lang 2018b) verbunden wurde.

Aneignung von Zivilgesellschaftspolitik für eigene außenpolitische Zwecke (proaktive Phase), seit ca. 2014

Die Empfehlung des Dokuments Nr. 9 an alle Parteikader, „gewissenhaft das Management des ideologischen Schlachtfelds zu verstärken“, beschränkt sich jedoch nicht auf die Kontrolle der angeprangerten Bedrohung durch „westliche Anti-China-Kräfte“ in China. Die von Xi forcierte, aktive Seite des „ideologischen Kampfes“ bedient sich stattdessen bei als wirkungsvoll wahrgenommenen Elementen westlicher Außenpolitik, um im Sinne eines neuen Propaganda-Slogans „die ganze Welt Chinas gute Stimme hören zu lassen“ (People’s Daily 2016). Ein prominentes Beispiel für die Aneignung US-amerikanischer Konzepte ist der chinesische „soft power“-Diskurs. Bereits in den 2000er-Jahren wurde das ursprünglich von Joseph Nye entwickelte Konzept zur Beschreibung außenpolitischen Einflusses jenseits ‚harter‘, also ökonomischer und militärischer, Machtfaktoren⁹ von chinesischen Intellektuellen aufgenommen und auch im Zusammenhang mit dem Thema „Zivilgesellschaft“ rege diskutiert. Ab 2010 wurde „soft power“ auch vom Parteistaat als strategisches Ziel aufgenommen (Wang 2011; Shambaugh 2013) und als wesentliche Komponente der angestrebten „umfassenden nationalen Macht“ (*zonghe guoli*) anerkannt, die heute in Xi Jinpings Regierungsideologie (Lams 2018) ebenso wie spezifisch außenpolitisch im Rahmen der BRI (Callahan 2016: 237) eine zentrale Rolle einnimmt. Um die westliche „Diskurshegemonie“ (*huayu baquan*) zu brechen, soll nach offiziellen Verlautbarungen mit ähnlichen Mitteln die chinesische „soft power“ mithilfe von

9 Während Nye der staatlich gelenkten Außenpolitik durchaus eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des internationalen Ansehens und der Attraktivität eines Landes im Sinne von *Public Diplomacy* zuerkennt, beruht die von ihm konzeptionalisierte „soft power“ daneben gleichberechtigt (!) auf kulturellen Faktoren und politischen Werten, die – jenseits des direkten Regierungseinflusses – insbesondere von privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren vertreten und vermittelt werden (Nye 2004: 107–115, Wilson 2015: 1173).

„gesellschaftlichem Austausch“ (Yang Jiechi 2011) bzw. durch die gezielte „Förderung von Think Tanks, Zivilgesellschaft und NGO“ (Yin 2014: 78) gestärkt werden. Zwar wurde im Zuge dieser Aneignung durch die KPCh-Ideologie das „soft power“-Konzept deutlich seiner pluralistischen Elemente beraubt und im Sinne einer engen Kontrolle durch Staats- und Parteiführung umdefiniert (Wilson 2015), dennoch bietet es wiederum chinesischen Intellektuellen Anknüpfungspunkte, um auf nun ideologisch abgesichertem Terrain die Stärkung des chinesischen NRO-Sektors und die Förderung von dessen Internationalisierung zu fordern:

Angesichts des allumfassenden amerikanischen Soft-power-Angriffs wird die Frage, wie China seine kulturelle nationale Sicherheit und souveräne kulturelle Entwicklung verteidigen kann, dringlich. [So müssen] chinesische NGO zur Teilnahme an Soft-power-Diplomatie befähigt [und] ermutigt werden, aktiv an der Verbreitung chinesischer Kultur und Wertkonzepte in der internationalen Gesellschaft mitzuwirken. (Ma 2015: 125; eigene Übers.)

Damit eng verknüpft ist der indigene Begriff „zivile Diplomatie“ (*minjian waijiao*), den Zhu als „eine nicht-offizielle, nicht-monopolisierte, pluralistische Diplomatie“ definiert, die „offizielle staatliche Diplomatie komplementiert“ (2012: 156). In diesem Kontext beschäftigen sich viele jüngere Publikationen mit der Funktion international agierender NRO für Diplomatie und transnationale Politik, wobei INRO – auch jenseits der radikal negativen Unterwanderungsthese – ganz selbstverständlich als Instrument westlicher Außenpolitik interpretiert werden (Zhang und Liu 2014: 21).

Die Kombination aus einem repressiveren Klima innerhalb Chinas und der Eröffnung neuer internationaler Entfaltungsmöglichkeiten im BRI-Kontext schlägt sich seit 2014 auch im akademischen Diskurs nieder, wo Argumente für die NGO-Internationalisierung nun als „Promoting China’s NGO Participation in Building the ‚Belt and Road‘“ (Zhao 2017) gerahmt werden. Diese diskursive Anbindung wird durch den eher blumigen offiziellen Slogan der „people-to-people connectivity“ als fünftem Pfeiler der ansonsten auf Infrastrukturprojekte fokussierten BRI ermöglicht. Während offizielle Stellungnahmen wie Xi Jinpings wichtige Rede auf dem ersten Belt and Road Forum (Xi 2017) kaum zur näheren Definition dieser weichen Komponente der BRI beitragen, wird diese im akademischen Diskurs als dringend notwendige Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteure zur Verbesserung der Akzeptanz chinesischer Projekte in Empfängerländern konkretisiert:

Vor dem strategischen Hintergrund der Seidenstraßeninitiative ist die Beteiligung chinesischer NGO notwendig zur Verbesserung globaler Governance, zur Vergrößerung von Chinas internationalem Einfluss und dem Aufbau eines guten Images [nach] dem Vorbild der NGO-Förderung durch die englische, amerikanische und japanische Regierung. (Chen und Zeng 2017)

Der fließende Übergang der reaktiven zur proaktiven Phase zeigt sich aber auch daran, dass im akademischen Korpus bereits ab 2010 vermehrt Publikationen

auftauchen, die „Stiftungsaktivitäten unter einer Public Diplomacy-Vision“ (Jiang et al. 2012) betrachten oder prominent fordern, „chinesische Stiftungen müss[t]en das außenpolitische Spielfeld betreten“ (Chen X. 2012). Ungeachtet der sicherheitspolitischen Wende in der Politik gegenüber INRO werden vor allem US-Stiftungen weiter intensiv als Vorbilder rezipiert. So betont Sun die „Innovationskraft amerikanischer Stiftungen und deren Lehren für China“ (Sun 2016), während Song argumentiert, dass „die wichtige Rolle der Ford Foundation in der amerikanischen Public Diplomacy wichtige Aufschlüsse für Chinas Stiftungsaufbau und die Beteiligung chinesischer NGO an Public Diplomacy bietet“ (Song 2016: 113). Laut Tsai (2017) haben diese Analysen, die die wichtige Rolle dieser „dritten Kraft“ in der westlichen Diplomatie (Lu 2011) betonen, wiederum Eingang in die offizielle Außenpolitik gefunden (Tsai 2017: 203). Aufgrund der schrittweisen Koevolution von akademischem und offiziellem Diskurs rund um die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure an der BRI kann – wie auch in anderen Domänen der chinesischen Außenpolitik (Noesselt 2015) – eine gegenseitige Befruchtung der beiden Diskurse festgestellt werden, wobei durch deren inhaltlichen Vergleich klar wird, dass die überwiegende Zahl der ForscherInnen weiterhin nach Argumenten für eine Öffnung und Pluralisierung des politischen Apparats im Rahmen des offiziell sanktionierten Rahmens sucht, während ParteideologInnen (etwa in den Theoriesparten von People’s Daily oder in der KPCh-Theoriezeitschrift Qishi) noch wesentlich stärker als früher die Aspekte der Kontrolle und den Führungsanspruch der KPCh in den Vordergrund stellen.

Institutionell befindet sich die Internationalisierung chinesischer NGO und Stiftungen wohl nicht zuletzt aufgrund dieser Widersprüche weiterhin in der Frühphase, auch wenn das politisch vermittelte Interesse zu einer Vervielfältigung internationaler Initiativen geführt hat (China Development Brief 2015; Deng 2017). In der westlichen Beobachtung fand bislang vor allem der rasante Aufbau chinesischer Thinktanks Beachtung, die chinesische Außenpolitik konzeptionell unterstützen und nach außen hin „erklären“ sollen (Doyon et al. 2016).¹⁰ Im Zuge der BRI wurde die Rolle von Thinktanks als (quasi-)externe Beratungs- und Vermittlungsorgane chinesischer Außenpolitik institutionalisiert und systematisch gefördert (Abb 2016). Die Aneignung westlicher Strukturen ist jedoch nicht auf den Bereich intellektueller „soft power“ beschränkt. So wurden vor allem im Wohltätigkeitsbereich, oftmals mit Unterstützung oder in Joint Ventures mit US-Stiftungen, zahlreiche Verbände, Dachorganisationen, Trainings-Center und internationale Austauschplattformen (z. B. China Foundation Center, China Global Philanthropy Institute) geschaffen, die zum Aufbau einer chinesischen Stiftungslandschaft nach US-Vorbild (Sun 2016) beitragen. Diesem Trend verleiht

10 Auch hier spielen internationale Vorbilder, in erster Linie außenpolitisch einflussreiche US-Thinktanks, eine wichtige Rolle, wie sich an akademischen Referenzen sowie an prominenten staatlich geförderten Kooperationsprojekten wie dem Carnegie Tsinghua Center zeigt.

nicht zuletzt das ebenfalls 2016 verabschiedete Wohltätigkeitsgesetz Ausdruck, das sich in Form und Inhalt deutlich vom NGO-Gesetz unterscheidet (Pissler 2016: 118). So werden einheimische „Wohltätigkeitsorganisationen“ (*cishan zuzhi*) nicht wie ausländische NRO als Sicherheitsproblem behandelt, sondern verbleiben unter Aufsicht des Zivilministeriums. Insgesamt liegt der Fokus des Gesetzes auf Anreizen für Privatspenden für „gemeinnützige Aktivitäten“ und der Förderung einer – klar von aktiver Bürgerkultur zu unterscheidenden – „Wohltätigkeitskultur“ (*cishan wenhua*) innerhalb der chinesischen Gesellschaft (Lang 2018a: 171).

Desweiteren spielt im Rahmen der BRI der Auf- und Ausbau international orientierter Plattformen wie dem „Silk Road NGO Network for International Cooperation“ eine wesentliche Rolle (Lang 2018a: 169), dessen Ziel als „Stärkung der internationalen BRI-Zusammenarbeit und Förderung der gemeinsamen Entwicklung der Menschheit“ angepriesen wird (Mu 2017). Die bislang offiziellste Form der zivilgesellschaftlichen Vernetzung unter parastaatlicher Kontrolle stellt ein beim Gipfeltreffen Belt and Road Forum im April 2017 erstmals vorgestellter und im November 2017 von dem GONGO-Netzwerk China NGO Network for International Exchanges herausgegebener „Aktionsplan zur Beteiligung gesellschaftlicher Organisationen an der Seidenstraßeninitiative“ (CNIE 2017) dar. Dieser macht den beteiligten chinesischen Organisationen genaue Vorgaben, wie und in welchen Bereichen sie internationale Partnerschaften abschließen und so die „Volkswillensbasis“ (*minyi jichu*) für die „Beteiligung aller Länder an der Seidenstraße“ (CNIE 2017) schaffen sollen. Neben klassischen Themen der wirtschaftlichen Entwicklung und humanitären Hilfe spielen darin auch Umwelt- und Klimaschutz sowie die Förderung von Jugendfreiwilligenprogrammen in Entwicklungsländern nach offensichtlichem Vorbild der auch im akademischen Diskurs oft erwähnten US Peace Corps eine wichtige Rolle. Im Sinne der internationalen Etablierung KPCh-eigener Konzepte sollen chinesische wie internationale Organisationen dazu animiert werden, ihre zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit innerhalb solcher vom chinesischen Parteistaat geförderten und eng kontrollierten institutionellen Rahmen zu entfalten. Der dazugehörige offizielle Slogan – „*minxin xiangtong*“ (CNIE 2017, Mu 2017) – der in etwa als „Austausch zwischen den Herzen der Völker“ wiedergegeben werden kann, fand seit seinen ersten Erwähnungen im Jahr 2015 auch sprunghaft Eingang in den akademischen Diskurs (Zhuang 2017).

Doch trotz staatlicher Förderung fehlt es einheimischen ZGO nach vorherrschender Meinung chinesischer ExpertInnen noch an Erfahrung und Professionalität, um international „konkurrenzfähig“ zu sein (Jiang et al. 2012; Jin 2011; Han 2017). Daher stellt sich natürlich ganz prinzipiell die Frage, ob das auch offiziell proklamierte außenpolitische Ziel der gesellschaftlichen Beteiligung (CNIE 2017) mit der innenpolitisch verordneten umfassenden Kontrolle sozialer Organisationen durch den Parteiapparat sowie der starken Reideologisierung des öffentlichen Lebens und der von Xi angepriesenen Herstellung „politischer Sicherheit“ (*zhengzhi anquan*) überhaupt vereinbar ist. Pioniere der Internationalisierung

waren zwar überwiegend GONGOs wie die China Foundation for Poverty Alleviation und der China Children and Teenagers' Fund, der 2006 das erste Auslandsbüro einer chinesischen NGO in London eröffnete. Auch das einflussreiche CNIE ist zwar ein juristisch unabhängiger Zusammenschluss von NGO, dient aber gleichzeitig der *Track-Two*-Diplomatie, wie etwa im Juli 2016 als Organisator des von Präsident Xi eröffneten Civil20-Gipfels in Qingdao. Inzwischen sind es jedoch oftmals private Stiftungen wie die 1984 gegründete, christliche Amity Foundation oder die von Tencent-Mitgründer Chen Yidan 2016 ins Leben gerufene Yidan Prize Foundation,¹¹ die mit neuen, global ausgerichteten Initiativen vorangehen. Mit der BRI bieten sich seit 2013 für NRO ebenso wie für Privatunternehmen neue Möglichkeiten, ihr internationales Engagement als Teil eines größer angelegten Regierungsprojekts positiv zu rahmen. So verkaufte Amity-Generalsekretär Qiu das neue UN-Vertretungsbüro in Genf als „Vermittlungsplattform, um den strategischen Aufbau der chinesischen ‚Seidenstraßeninitiative‘ voranzubringen“ (Xinhua 2016a). Umgekehrt spiegelt die positive Berichterstattung in Staatsmedien die offizielle Unterstützung dieser Mitwirkung von „Chinas zivilen Kräften“ (*zhongguo minjian lilian*) (Xinhua 2016b) an der BRI wider.

Seit 2014 betont Präsident Xi öffentlich den Anspruch, in wesentlichen Bereichen internationaler *Governance* eigene chinesische Konzepte zu etablieren und anderen Ländern das „Lernen vom chinesischen Modell“ zu ermöglichen (Lang 2018b; Callahan 2016). Analog zu anderen Politikfeldern sollen auch chinesische ZGO eine wichtige Rolle in Foren globaler *Governance* spielen, wie etwa das „Philanthropie-Blaubuch 2017“ der staatlichen *Chinese Academy of Social Sciences* (CASS 2017) unterstreicht. Wie genau die als positive Alternative zu etablierten „westlichen“ Standards international zu legitimierenden „chinesischen Charakteristika“ jedoch im zivilgesellschaftlichen Bereich aussehen sollen, bleibt bislang sowohl im politischen als auch im akademischen Diskurs vage.

Fazit

Es wurde gezeigt, wie die in internationalen *Governance*-Diskursen geforderte „Einbindung der Zivilgesellschaft“ in China zunächst als importiertes Konzept aufgenommen und entsprechend den entwicklungspolitischen Anforderungen des autoritären Regimes lokalisiert wurde. Obwohl die meisten ausländischen Nichtregierungsorganisationen in der VRC reformorientiert und keineswegs gegen das System arbeiteten, wurde im offiziellen chinesischen Diskurs ab 2004 selektiv vor allem die amerikanische Demokratieförderungsrhetorik rezipiert und transnationale Zivilgesellschaft dadurch zunehmend selbstverständlich als Teil

11 Der 2016 ausgerichtete „Yidan Prize“ wird selbstbewusst als „Nobelpreis für Bildung“ beworben und ist mit jährlich 3,9 Mio. US-Dollar fast viermal so hoch dotiert wie dieser (<http://yidanprize.org/en/index.php>).

westlicher Außenpolitik betrachtet. Davon abweichende Analysen liberaler Akademikerinnen und Aktivisten, die westliche Konzepte der „Zivilgesellschaft“ positiv aufnahmen und in reformorientiertem Sinne an den chinesischen Kontext anpassen wollten, wurden hingegen zum Ende dieser reaktiven Phase und besonders seit der Machtübernahme Xi Jinpings zunehmend marginalisiert. Die Prominenz der Instrumentalisierungsthese vor allem in parteinahen Publikationen über INRO zeigt, dass der Glaube an die Effektivität so genannter westlicher Softpower-Politik mithilfe von ZGO eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung der chinesischen ZGP darstellte, zunächst nur reaktiv in Form der Einengung von Spielräumen ausländischer Akteure in China bei gleichzeitig verstärkter Kooptation chinesischer NRO, seit Xi Jinpings Ausrufung einer „neuen Ära“ aber auch verstärkt als Inspiration zur Vermehrung chinesischer „soft power“. Während sich unter Xi innerhalb Chinas die ohnehin schon prekäre Situation zivilgesellschaftlicher Akteure (im normativ-pluralistischen Sinne) weiter verschlechtert hat, spielt die Internationalisierung politisch unbedenklicher Stiftungen und Hilfsorganisationen aufgrund der wachsenden globalen Verflechtung und Gestaltungsansprüche Chinas eine immer wichtigere Rolle. Das Konzept der Normenlokalisierung reicht somit nicht länger aus, um die chinesische ZGP in dieser proaktiven Phase zu erfassen, da es der chinesischen Führung längst auch um eine Neudefinition der zivilgesellschaftlichen Partizipation an internationaler *Governance* geht, um diese kompatibel mit dem absoluten Führungsanspruch der KPCh über Staat und Gesellschaft zu machen.

Im Hinblick auf transnationale ZGP als *hard case* für die internationale Normengestaltungskraft der VRC ergibt sich ein ambivalentes Bild. Einerseits zeigt die bis heute andauernde Orientierung an westlichen Standards und Vorbildern das Bewusstsein der kommunistischen Führung, dass auf internationaler Ebene – anders als vielleicht innenpolitisch – Repression und offener Normenbruch auf Dauer keine gewinnbringenden Strategien darstellen. Stattdessen werden durch selektives Lernen bestimmte Elemente der von den USA praktizierten transnationalen ZGP betont und mit den „chinesischen Realitäten“ hierarchischer Staat-Gesellschaftsbeziehungen in Einklang gebracht. Im Zuge der aktuellen Debatte über weltweit „schrumpfende Räume für zivilgesellschaftliches Engagement“ (Civicus 2017) gewinnt die Frage nach dem Einfluss der VRC als größter Autokratie auf internationale zivilgesellschaftliche Räume an Brisanz. Dabei wurde vielfach über einen möglichen Bumerang-Effekt westlicher Demokratieförderung diskutiert, deren offizielles Ziel eine Stärkung der Zivilgesellschaft ist (Schade 2010). Bisher gab es jedoch wenig Anhaltspunkte, dass chinesische Außenpolitik in direkter Konfrontation hierzu auf internationale „Autokratieförderung“ setzt (Bader 2015; Tansey 2016). Die BRI verkörpert jedoch eine neue Ambition, Chinas politischen und „zivilisatorischen“ Einfluss auf andere Länder und Gesellschaften zu vergrößern (Zhao 2015). Durch den Anspruch der KPCh-Führung, selbst neu zu definieren, was unter „Beteiligung der Zivilgesellschaft“ zu verstehen ist und welche Akteure etwa in „*people-to-people*

exchanges“ einbezogen oder marginalisiert werden, erwachsen demokratischen Regierungen und INRO auch international neue Herausforderungen hinsichtlich des möglichen Umgangs mit einer autoritär geprägten „Zivilgesellschaft“.

Literatur

- Abb, Pascal (2016): „China's new think tank diplomacy“, in: Doyon, J. et al. (Hgg.): *A hundred think tanks bloom in China*. London: ECFR, 5–7
- Acharya, Amitav (2004): „How ideas spread. Whose norms matter? Norm localization and institutional change in Asian regionalism“, in: *International Organization*, 58 (2), 239–275
- Alden, Chris; Large, Daniel (2015): „On Becoming a Norms Maker. Chinese Foreign Policy, Norms Evolution and the Challenges of Security in Africa“, in: *The China Quarterly*, 221: 123–142
- Bader, Julia (2015): *China's foreign relations and the survival of autocracies*. London: Routledge
- Bank, André (2017): „The study of authoritarian diffusion and cooperation. Comparative lessons on interests versus ideology, nowadays and in history“, in: *Democratization*, 24 (7): 1345–1357
- Bannister, Tom (2015): „The Past, Present, and Future of Chinese NGOs ‚Going Out‘“, in: China Development Brief (ed.) *Going out: A CDB Special Issue on China's Own Overseas NGOs*. Beijing, 1–15
- Bigg, T. (1997): *Implementing Agenda 21-NGOs and the UN System Since Rio Summit*. United Nations Non-Governmental Liaison Service
- Bush, Sarah (2015): *The Taming of Democracy Assistance: Why Democracy Promotion Does Not Confront Dictators*. Cambridge: Cambridge University Press
- Callahan, William A. (2016): „China's ‚Asia Dream‘. The Belt Road Initiative and the new regional order“, in: *Asian Journal of Comparative Politics*, 1 (3): 226–243
- Carothers, Thomas (1999): *Aiding democracy abroad : the learning curve*. Washington, DC : Carnegie Endowment for International Peace
- Chen, Xiaochun; Zeng, Weiguo (2017): „‚Yidai yilu‘ shiyu xia woguo fei zhengfu zuzhi jianshe lujing yanjiu“ (Zum Aufbau von Nichtregierungsorganisationen in China unter dem Blickwinkel der ‚Belt and Road Initiative‘), in: *Xiangtan daxue xuebao (Journal of Xiangtan University)*, 41 (4): 39–43
- Chen, Xuefei (2012): „Zhongguo Jijinhui gai denglu waijiao chang le“ (Chinesische Stiftungen sollten das diplomatische Feld betreten), in: *Shehui Guancha (Social Observer)*, 3.
- Chin, Gregory (2012): „Two-Way Socialization. China, the World Bank, and Hegemonic Weakening“, in: *Brown Journal of International Affairs*, 19 (1): 211–230
- China Development Brief (Hg.) (2015): *Going out. A CDB Special Issue on China's Own Overseas NGOs*. Beijing, chinadevelopmentbrief.cn/publications/cdb-special-issue-on-chinese-ngos-going-out/
- China NGO Network for International Exchanges [CNIE] (2017): *Zhongguo shehui zuzhi tuidong „yidai yilu“ minxin xiangtong xingdong jihua (2017–2020)* [Action Plan to promote Chinese social organisations' participation in „Belt and Road“ People-to-People Exchanges], November 2017, CLI6.305510
- Chinese Academy of Social Sciences [CASS] (2017): *Cishan lanpishu: Zhongguo cishan fazhan baogao 2017* (Annual Report on China's Philanthropy Development), Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe
- Civicus (2017): „People Power under Attack. Findings from the CIVICUS Monitor“, Johannesburg: April 2017, http://www.civicus.org/images/People_Power_Under_Attack_Findings_from_the_CIVICUS_Monitor.pdf

- Dang, Zhengjun (2008): „Jiandu shi tigao feiyinglizuzhi gongxinli de guanjian – laizi meiguo de jingyan yu qishi“ [Kontrolle ist der Schlüssel zur Förderung von Vertrauen in NPO – Erfahrungen und Lehren aus den USA], in: *Xuexi Yuekan (Monthly Studies)*, 10: 8–10
- Deng, Guosheng (2017): „Trends in Overseas Philanthropy by Chinese Foundations“, in: *Voluntas*, 30 (2): 678–691
- Diamond, Larry Jay (1994): „Toward Democratic Consolidation“, in: *Journal of Democracy*, 5 (3): 4–17. DOI: 10.1353/jod.1994.0041
- Doyon, Jérôme; Godement, François.; Stanzel, Angela; Vasselier, Abigal (Hgg.) (2016): „China Analysis: A hundred think tanks bloom in China“. London: ECFR, http://www.ecfr.eu/page/-/hundred_think_tanks.pdf
- Ebrahim, A.; Weisband, E. (Hgg.) (2007): *Forging Global Accountabilities: Participation, Pluralism and Public Ethics*. Cambridge: CUP
- Finnemore, Martha; Sikkink, Kathryn (1998): „International Norm Dynamics and Political Change“, in: *International Organization*, 52 (4): 887–917
- Fisher, J. (1998): *Nongovernment: NGOs and the political development of the third world*. West Hartford: Kumarian
- Froissart, Chloé (2019): „From outsiders to insiders. The rise of China ENGOs as new experts in the law-making process and the building of a technocratic representation“, in: *Journal of Chinese Governance*, 8 (2): 1–26
- Fulda, Andreas (2017): „The Contested Role of Foreign and Domestic Foundations in the PRC. Policies, Positions, Paradigms, Power“, in: *Journal of the British Association for Chinese Studies*, 7: 63–99
- Gallagher, Mary (2004): „China. The Limits of Civil Society in a Late Leninist State“, in: Muthiah Alagappa (Hg.): *Civil society and political change in Asia. Expanding and contracting democratic space*. Stanford: Stanford University Press, 419–452
- Han, Jun (2016): „The Emergence of Social Corporatism in China. Nonprofit Organizations, Private Foundations, and the State“, in: *The China Review*, 16 (2): 27–53
- Han, Junkui (2017): „Chaoyue guojia haishi bei guojia xunfu? – Guoji fei zhengfu zuzhi shengcheng de renlei yanjiu“ (Surmounting the State or Tamed by the State? An Anthropological Study of the Birth of INGOs), in: *Beijing Shifan Daxue Xuebao (Journal of Beijing Normal University)*, 3
- Hannah, Joseph (2007): *Local Non-Government Organizations in Vietnam: Development, Civil Society and State–Society Relations*. PhD thesis, University of Washington
- Hasmath, Reza; Hsu, Jennifer (Hgg.) (2009): *China in an era of transition. Understanding contemporary state and society actors*. New York: Palgrave Macmillan
- Hasmath, Reza; Hsu, Jennifer Y. J. (2016): „What explains a lack of local state-NGO collaboration? A neo-institutional perspective“, in: Reza Hasmath und Jennifer Y. J. Hsu (Hgg.): *NGO governance and management in China*. Abingdon, Oxon, New York: Routledge (Routledge Studies on China in Transition, Volume 48), 107–120
- He, Yunfeng; Yang, Longbo (2013): „Guoji fei zhengfu zuzhi jieru woguo jiceng xuanju de yingxiang fenxi“ (Analyse des Einflusses internationaler NRO auf Chinas Basiswahlen), in: *Zhonggong Huangzhou Shiwei Dangxiao Xuebao (Journal of the Party School of CPC Hangzhou)*, 4: 45–50
- Heclo, H. (1978): „Issue networks and the Executive Establishment“, in: Beer, S.H.; King, A. (Hgg.): *The new American Political System*. Washington: American Enterprise Institute for Public Policy Research, 87–107
- Hildebrandt, Timothy (2013): *Social Organizations and the Authoritarian State in China*. Cambridge: Cambridge University Press

- Hill, Tony (2004): „Three Generations of UN-Civil Society Relations: A Quick Sketch“. UN Non-Governmental Liaison Service Background paper, April, <https://www.globalpolicy.org/un-reform/31824-three-generations-of-un-civil-society-relations.html>
- Holbig, Heike; Bälz, Moritz (2018): „Shifting Relations between State and Social Actors. Ambiguous Strategies of Protecting the Weak in Japan and China“, in: Iwo Amelung et al. (Hgg.): *Protecting the weak in East Asia. Framing, mobilisation and institutionalisation*. Abingdon, Oxon, New York: Routledge
- Howell, Jude (2019): „NGOs and Civil Society. The Politics of Crafting a Civic Welfare Infrastructure in the Hu–Wen Period“, in: *The China Quarterly*, 237: 58–81
- Hsu, Carolyn L. (2008): „Rehabilitating Charity in China. The Case of Project Hope and the Rise of Non-Profit Organizations“, in: *Journal of Civil Society*, 4 (2): 81–96
- Jia, Xijin (2004): „Guowai feiyingli zuzhi guanli tizhi ji qi dui zhongguo de qishi“ (Das Managementsystem ausländischer NRO und seine Lehren für China), in: *Shehui Kexue (Social Sciences)*, 4: 45–50
- Jiang, Yingying; Lin, Jianzhen; Liu, Ying (2012): „Gonggong waijiao shiye xia de jijinhui huodong“ [Foundation Activities under Public Diplomacy Vision], in: *Taiyuan Daxue Xuebao (Journal of Taiyuan University)*, 2.
- Jie Zhang (Hg.) (2016): *China's Belt And Road Initiatives And Its Neighboring Diplomacy*. Singapore: World Scientific Publishing Company
- Jin, Biao (2011): „Zhongguo fei zhengfu zuhi canyu lianheguo huodong xianzhuang fenxi“ [Analysis of Chinese NGOs' Participation in UN Events], in: *Guoji Wenti Yuanjiu (Studies on International Issues)*, 2: 15–18
- Jin, Jinping (2016): „Interpreting the Main Regulations of the Overseas NGO Law“, China Development Brief, <http://chinadevelopmentbrief.cn/articles/interpreting-the-main-systems-and-regulations-of-the-law-on-the-management-of-the-activities-of-overseas-ngos-within-mainland-china/>
- Kang, Xiaoguang (2018): „Moving Toward Neo-Totalitarianism. A Political-Sociological Analysis of the Evolution of Administrative Absorption of Society in China“, in: *Nonprofit Policy Forum*, 9 (1): 795–802. DOI: 10.1515/npf-2017-0026
- Kawashima, S. (2011): „The Development of the Debate Over ‚Hiding One's Talents and Biding One's Time“ (taoguan yanghui), in: *Asia-Pacific Review*, 18/2: 14–36
- Keck, Margaret E.; Sikkink, Kathryn (1998): *Activists beyond borders. Advocacy networks in international politics*. Ithaca: Cornell University Press
- Kobayashi Takaaki (2013): „China: From an Aid Recipient to an Emerging Major Donor“, in: Nissanke, M.; Shimomura, Y. (Hgg.): *Aid as Handmaiden for the Development of Institutions*. London: Palgrave Macmillan
- Lams, Lutgard (2018): „Examining Strategic Narratives in Chinese Official Discourse under Xi Jinping“, in: *Journal of Chinese Political Science*, 23 (3): 387–411
- Lan, Yuxin; Rong Fang; Yu Huijin (2010): „Quanqiu qihou bianhua yingdui yu NGO canyu: Guoji jingyan jiejian“ (NRO-Beteiligung an Antworten auf den Klimawandel: Lehren aus internationalen Erfahrungen), in: *Zhongguo Feiyingli Pinglun (China Nonprofit Review)*, 5: 97–115
- Lang, Bertram (2018a): „Authoritarian Learning in China's Civil Society Regulations: Towards a Multi-Level Framework“, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 47 (3): 147–186
- Lang, Bertram (2018b): „China's anti-graft campaign and international anti-corruption norms. Towards a ‚new international anti-corruption order“?, in: *Crime, Law and Social Change*, 70 (3): 331–347
- Lewis, David (2013): „Civil Society and the Authoritarian State. Cooperation, Contestation and Discourse“, in: *Journal of Civil Society*, 9 (3): 325–340

- Li, Changwen; Guo, Jing (2015): „NPOs in China. Capacity-Building Development Since the 1990s“, in: *Asian Social Work and Policy Review*, 9 (1): 79–93
- Li, Lifan; Liu, Yinqian (2005): „Meiguo zhongya zhanlüe qipan shang de fei zhengfu zuzhi“ [NGOs on America's Central Asian Strategic Chessboard], in: *Guoji Wenti Yanjiu (International Studies)*, 6: 38–41
- Liu Zhiguang; Wang Suli (1988): „Cong qunzhong shehui zouxiang gongmin shehui“ (Going from mass society towards civil society), in: *Zhengzhixue yanjiu (Political Research)*, 5.
- Lu, Yong (2011): *Disan lilian: Meiguo fei zhengfu jigou yu minjian waijiao* (The third force: America's nonprofit organizations and people-to-people diplomacy). Beijing: Shehui kexue wenxian chubanshe (Meiguo yanjiu congshu)
- Luova, Outi (2017): „Charity paradigm change in contemporary China. From anti-socialist activity to civic duty“, in: *China Information*, 31 (2): 137–154
- Ma, Fangfang (2015): „Yatai zai pingheng‘ zhanlüe xia meiguo ruan shili waijiao tanxi – yi fei zhengfu zuzhi wei shijiao“ [Research on US Soft Power Diplomacy under the ‚Asia-Pacific Rebalance‘ Strategy – from the perspective of NGOs], in: *Dangdai Shijie yu Shehuizhuyi (Contemporary World and Socialism)*, 1: 125–130
- Ma, Qiusha (2009): *Non-governmental organizations in contemporary China. Paving the way to civil society?* Digital print. London: Routledge (Routledge contemporary China series)
- Ma, Shu-Yun (1994): „The Chinese Discourse on Civil Society“, in: *The China Quarterly*, 137: 180–193. DOI: 10.1017/S030574100003410X
- McArthur, Shaun (2009): „Global Governance and the Rise of NGOs“, in: *Asian Journal of Public Affairs*, 2/1: 54, <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/apcity/unpan033149.pdf>
- McKunde, Sarah; Ahmed, Shazeda (2018): „The Contestation and Shaping of Cyber Norms Through China's Internet Sovereignty Agenda“, in: *International Journal of Communication*, 12: 3835–3855
- Mitchell, K. (2002): „Transnationalism, neoliberalism, and the rise of the shadow state“, in: *Economy and Society*, 30/2: 165–189
- Mu, Jinling (2017): „Jiaqiang ‚yidaiyilu‘ guoji hezuo, cujin renlei mingyun gongtong fazhan“ (Strengthening International Cooperation under the „Belt and Road“, Promoting Humanity's Common Development), in: *CPC Theory / People's Daily*, 14.12.2017, <http://theory.people.com.cn/n1/2017/1214/c40531-29706496.html>
- Nationaler Volkskongress (2016): *Zhonghua renmin gongheguo cishanfa* [Wohltätigkeitsgesetz der Volksrepublik China], 16.03.2016, CLI.1.266755
- Noesselt, Nele (2015): „Revisiting the Debate on Constructing a Theory of International Relations with Chinese Characteristics“, in: *The China Quarterly*, 222: 430–448
- Nye, Joseph (2004): *Soft Power: The Means to Success in World Politics*. New York: Public Affairs
- Pan, Rulong; Dai, Zhengqin (2005): „Yanse geming‘ yu guoji fei zhengfu zuzhi“ [„Colour Revolutions“ and International Non-Governmental Organizations], in: *Dianzi Keji Daxue Xuebao (Journal of University of Electronic)*, 7 (4): 77–79
- Peng, Xihua (2006): „Feizhengfu zuzhi dui guoji renquan de baohu“ (Schutz internationaler Menschenrechte durch NRO), in: *Faxue*, 6: 63
- People's Daily (2016): „Renmin ribao pinglun yuan: Buduan tigao xinwen yulun gongzuo de nengli he shuiping“ [Kommentar: Unablässig Fähigkeiten und Niveau der Nachrichten- und Öffentlichkeitsarbeit verbessern], 22.02.2016, <http://opinion.people.com.cn/n1/2016/0222/c1003-28140782.html>
- Pissler, Knut B. (2016): „Foreign NGOs in China Revisited: Zwischen Zivilgesellschaft und Überwachungsstaat“, in: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, 23 (2): 117–124

- Pissler, Knut B.; von Hippel, Thomas (2006): „Stiftungsrecht in der Volksrepublik China: Zwischen Zivilgesellschaft und Überwachungsstaat? Zur neuen Stiftungsverordnung vom 8. März 2004“, in: *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht*, 70 (1): 89–137
- Risse, Thomas (1999): „International Norms and Domestic Change. Arguing and Communicative Behavior in the Human Rights Area“, in: *Politics & Society*, 27 (4): 529–559
- Robinson, William I. (1996): *Promoting polyarchy. Globalization, US intervention, and hegemony*. Cambridge: Cambridge University Press (Cambridge studies in international relations, 48)
- Rowen, Henry S. (2007): „When Will the Chinese People be Free?“, in: *Journal of Democracy*, 18/3: 38–52
- Salamon, Lester M. (1994): „The Rise of the Nonprofit Sector“, in: *Foreign Affairs*, 74/3 (July/August)
- Sausmikat, Nora (2002): „Die Intellektuellen und der Staat. Neue Diskursstrategien zu Demokratisierung und politischer Reform in der Volksrepublik China“, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 18 (3): 265–279. DOI: 10.20446/JEP-2414-3197-18-3-265
- Schade, Jeanette (2010): *Soft Superpower. Die Rolle der Zivilgesellschaft in der US-Außen- und Entwicklungspolitik*. Baden-Baden: Nomos
- Shambaugh, David L. (2013): *China goes global. The partial power*. Oxford, New York: Oxford University Press
- Simon, Karla W. (2013): *Civil society in China. The legal framework from ancient times to the “new reform era”*. New York: Oxford University Press
- Song, Mingjing (2016): „Fute Jijinhui zai meiguo gonggong waijiao zhong de zuoyong“ (Die Funktion der Ford Foundation in der amerikanischen Public Diplomacy), in: *Tonghua Shifan Xueyuan Xuebao (Journal of Tonghua Normal University)*, 1: 113–117
- Spires, Anthony J. (2011): „Contingent Symbiosis and Civil Society in an Authoritarian State. Understanding the Survival of China’s Grassroots NGOs“, in: *American Journal of Sociology*, 117 (1): 1–45
- Spires, Anthony J. (2012): Lessons from Abroad. Foreign Influences on China’s Emerging Civil Society, in: *The China Journal* 68, 125–146. DOI: 10.1086/666577
- Staatsrat der Volksrepublik China (1998): *Shehui tuanti dengji guanli tiaoli* (Regulations on Registration and Administration of Social Organizations), 25.10.1998, CLI.2.21051
- Staatsrat der Volksrepublik China (2004): *Jijinhui guanli tiaoli* [Verordnung zum Stiftungsmanagement], 08.03.2004, CLI.2.52033
- Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (2016): *Zhonghua renmin gongheguo jingwai feizhengfuzuzhi jingnei huodong guanlifa* [Gesetz zur Verwaltung von Aktivitäten ausländischer Nichtregierungsorganisationen innerhalb Chinas], 28.04.2016., CLI.1.269422
- Sun Fafeng (2014): „Shewai minjian zuzhi dui woguo guojia anquan de yingxiang ji duice“ (International orientierte zivilgesellschaftliche Organisationen: Einfluss auf die nationale Sicherheit Chinas und Gegenmaßnahmen), in: *Lingdao Kexue (Leadership Science)*, 18: 54–56
- Sun Fafeng (2016): „Meiguo jijinhui de chuangxin gongneng ji qi dui zhongguo de qishi“ (Innovationskraft amerikanischer Stiftungen und deren Lehren für China), in: *Lilun Yuekan (Theory Monthly)*, 2: 168–173
- Swyngedouw, Erik (2005): „Governance Innovation and the Citizen: the Janus face of Governance Beyond the State“, in: *Urban Studies*, 42/11: 1991–2006
- Tang, Shui-Yan; Zhan, Xueyong (2008): „Civic Environmental NGOs, Civil Society, and Democratisation in China“, in: *The Journal of Development Studies*, 44 (3): 425–448. DOI: 10.1080/00220380701848541
- Tansey, Oisín (2016): „The problem with autocracy promotion“, in: *Democratization*, 23 (1): 141–163. DOI: 10.1080/13510347.2015.1095736

- Tatlow, Didi K. (2014): „New Signs That China Is Scrutinizing Foreign NGOs“, in: *Sinosphere/New York Times*, 27.06.2014
- Teets, Jessica C. (2013): „Let Many Civil Societies Bloom. The Rise of Consultative Authoritarianism in China“, in: *The China Quarterly* 213: 19–38. DOI: 10.1017/S0305741012001269
- Teets, Jessica C. (2015): *Civil society under authoritarianism. The China model*. New York: Cambridge University Press
- Tsai, Wen-Hsuan (2017): „Enabling China’s Voice to Be Heard by the World. Ideas and Operations of the Chinese Communist Party’s External Propaganda System“, in: *Problems of Post-Communism*, 64 (3–4): 203–213. DOI: 10.1080/10758216.2016.1236667
- Voss, Edgar (2017): *Klimapluralisierung. Bündnisse mit der Zivilgesellschaft in der chinesischen Klimapolitik*. Wiesbaden: Springer VS (Energiepolitik und Klimaschutz)
- Wang, Jian (Hg.) (2011): *Soft power in China. Public diplomacy through communication*. 1. ed. New York: Palgrave Macmillan (Palgrave Macmillan series in global public diplomacy)
- Wang, Nili (2010): „Gongmin shehui: Xifang biaozhun y zhongguo yujing“ [Zivilgesellschaft: Westliche Standards und chinesischer Kontext], in: *Journal of Liaoning Administration College*, 12/9
- Wang, Shi; Liu Qiushi (2007): „Zhongguo feizhengfu zuzhi fazhan de zhidu fenxi“ (Institutionelle Analyse der Entwicklung chinesischer NRO), in: *Zhongguo Feiyingshi Pinglun (China Nonprofit Review)*, 1: 102–155
- Wang, Zhen (2012): „„Alabo zhi chun‘ yu xifang yishi xingtai shetou“ [The “Arab Spring” and Western Ideological Infiltration], in: *Xiandai Guoji Guanxi (Contemporary International Relations)*, 6: 15–20
- Wang, Zheng; Zhang, Ying (2010): „Global Concepts, Local Practices. Chinese Feminism since the Fourth UN Conference on Women“, in: *Michigan Feminist Studies*, 36, 1: 40–70.
- Wen, Feng (2007): „„Da zhong ya‘ jihui yu meiguo guoji fei zhengfu zuzhi“ [‘Greater Central Asia’ Plan and International Non-Governmental Organizations of the USA], in: *Xinjiang Shehui Kexue (Social Sciences in Xinjiang)*, 6: 58–64
- Whiting, Susan H. (1991): „The politics of NGO development in China“, in: *Voluntas*, 2: 16–48
- Willetts, Peter (2010): *Non-Governmental Organizations in World Politics. The Construction of Global Governance*. London: Taylor & Francis
- Wilson, Jeanne L. (2015): „Soft Power. A Comparison of Discourse and Practice in Russia and China“, in: *Europe-Asia Studies*, 67 (8): 1171–1202. DOI: 10.1080/09668136.2015.1078108
- Wischermann, Jörg (2017): „Authoritarian Rule“, in: Akihiro Ogawa (Hg.): *Routledge Handbook of Civil Society in Asia*. London: Taylor and Francis, 344–361
- Xi, Jinping (2017): “Full text of President Xi’s speech at opening of Belt and Road forum”, offizielle Übersetzung auf Xinhua.net, 14.05.2017, http://www.xinhuanet.com/english/2017-05/14/c_136282982.htm
- Xie, Xiaoqing (2011): „Guoji fei zhengfu zuzhi zai hua sanshi nian: lishi, xianzhuang yu yingdui“ [International NGOs in China after 30 years: history, current situation and responses], in: *Dongfang Faxue (Oriental Law)*, 6: 118–126
- Xinhua (2016a): „Zhongguo minjian gongyi zuzhi luohu rineiwa, jiang chengdan gengduo guoji jiuyuan renwu“ [Chinesische Wohltätigkeitsorganisation lässt sich in Genf nieder, wird mehr internationale Hilfsaufgaben übernehmen], 16.03.2016, http://www.xinhuanet.com/gongyi/2016-03/16/c_128803942.htm
- Xinhua (2016b): „Fahui minjian shangye liliang zhuli ‚yidaiyilu‘ jianshe“ [Gesellschaftliche und kommerzielle Kräfte entfalten, um den Aufbau der Belt and Road Initiative zu unterstützen], 01.04.2016, http://www.xinhuanet.com/politics/2016-04/01/c_128854323.htm

- Xinhua (2018): „China Keywords: Community with Shared Future for Mankind“, 24.01.2018, http://www.xinhuanet.com/english/2018-01/24/c_136921370.htm
- Xu, Ying (2004): „Guoji feizhengfuzuzhi – zhuquan guojia bukehushi de liliang“ (International Non-government Organizations: A Force Not to Be Ignored by the Sovereign States), in: *Journal of Ningxia Communist Party Institute*, 3
- Xu, Ying; Li, Baojun (2004): „Guoji feizhengfu zuzhi de zhili wajiao ji qi dui zhongguo de qishi“, in: *Guoji Guanxi Xueyuan Xuebao (Journal of the University of International Relations)*, 3: 30–33
- Yang, Jiechi (2011): „Nuli kaituo zhongguo tese gonggong wajiao xin jumian“ (Endeavor to Open a New Horizon of Public Diplomacy with Chinese Characteristics), in: *Qiushi Journal*, 4
- Yang, Yongjiao; Wilkinson, Mick; Zhang, Xiongxiang (2016): „Beyond the Abolition of Dual Administration. The Challenges to NGO Governance in 21st Century China“, in: *Voluntas*, 27 (5), 2292–2310. DOI: 10.1007/s11266-014-9521-7
- Yin, Chaohui (2014): „Xifang gonggong wajiao chuanbo fangshi ji qi qishi“ (Verbreitungsmethoden westlicher Public Diplomacy und ihre Lehren), in: *Lilun Tansuo (Theoretical Exploration)*, 2: 78–82
- Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (2013): „Communiqué on the Current State of the Ideological Sphere“, 22.04.2013; Übersetzung der geleakten Version in: „ChinaFile: ‘Document 9: A ChinaFile Translation‘“, 08.11.2013, <http://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation> [10.08.2019]
- Zhang, Lian (2008): „NPO lingyu de ‚xixue dongjian‘“ (Wandern westlicher Lehren nach Osten im NRO-Sektor), in: *Zhongguo Feiyingli Pinglun (China Nonprofit Review)*, 2: 227–236
- Zhang, Nan (2013): „Guoji feizhengfu zuzhi zai zhongguo de zhili chuanbo“ [International NGOs’ Governance Communication in China], in: *Shanxi Xingzheng Xueyuan Xuebao (Journal of Shaanxi Academy of Governance)*, 27 (2): 34–37
- Zhang, Yongan; Liu, Haili (2014): „Guoji fei zhengfu zuhi yu meiguo dui mian wajiao – yi meiguo guojia minzhi jijinhui wei zhongxin“ [INGOs and the U.S. Foreign Policy toward Myanmar: A Case Study on the National Endowment for Democracy], in: *Meiguo Yanjiu (The Chinese Journal of American Studies)*, 2: 21–33
- Zhao, Lei (2015): *Yidai Yilu: Zhongguo de wenmingxing jueqi* [One Belt, One Road: China’s Civilizational Rise]. Beijing: Zhongxin chubanshe
- Zhao, Yuxin (2017): „Tuidong shehui zuzhi canyu ‚yidaiyilu‘ jianshe“ [Promoting China’s NGO Participation in Building the “Belt and Road” Projects], in: *Shehui zhili (Social Governance Review)*, 8
- Zheng, Yongnian; Fewsmith, Joseph (Hgg.) (2009): *China’s opening society. The non-state sector and governance*. London: Routledge (China policy series, 2)
- Zhong, Xuan (2005): „Guoji fei zhengfu zuhi yu zhongya yanse geming“ [International NGOs and Central Asian Colour Revolutions], in: *Xinjiang Shehui Kexue (Xinjiang Sociality and Economy)*, 6: 67–70
- Zhu, Rongrong (2012): „Zhongguo minjian zuzhi wajiao: Lishi suyuan yu xianshi fansi“ [The Role of NGOs in Chinese Diplomacy: Origins and Reflections], in: *Xuexi yu Tansuo (Study and Exploration)*, 12 (209): 156–160
- Zhang, Na (2001): „In Search for ‚Authentic‘ NGOs: The NGO Discourse and Women’s Organizations in China“, in: Hsiung, P. et al. (Hgg.): *Chinese Women Organizing: Cadres, Feminists, Muslims, Queers*, 159–179
- Zhuang, Liwei (2017): „Zhongguo shi ‚renwen jiaoliu‘ nengfou youxiao shixian ‚minxin xiangtong‘?“ [The Gap Between China’s People-to-People Exchange Policy and Its Aim to Promote Understanding Among People], in: *Dongnanya Yanjiu (Southeast Asian Studies)*, 6: 67–84

Refereed article

Konstitutionalisierungsprozesse in der chinesischen Staatstheorie: Top-Down-Orchestrierung institutioneller Reformen

Nele Noesselt, Ulrike Gansen, Martin Miller und Jonas Seyferth

Summary

Since taking office, China's fifth generation of political leaders with Xi Jinping at the center has made significant efforts to rebuild the party-state. While phenomena such as (oscillating) processes of centralization and personalization have been ever present in Chinese reform politics, governance reforms under Xi Jinping display distinct features that mark a significant departure from previously observed patterns. Drawing on an institutionalist theoretical framework and data from key speeches and documents on reform decisions, our analysis discovers an approach to reform that heavily relies on overriding dysfunctional state structures by formalizing and constitutionalizing ad-hoc (informal) institutional arrangements. While this approach deeply affects the formal backbone of the Chinese governance system and deactivates elements of the post-Mao reform consensus, the Party leadership, on a rhetorical level, offers multilayered narratives of continuity in order to generate legitimacy for reform measures. These findings suggest that reform politics under Xi Jinping are not to be conceived of as just another cycle of temporary adaption but rather as directed towards a transition to a new stage in the Chinese state-building process, which also indicates the emergence a new sub-type of hybrid regimes.

Keywords: China, fifth generation, governance innovation, institutional change, reform politics, Xi Jinping

Nele Noesselt ist Inhaberin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt China/Ostasien am Institut für Politikwissenschaft und dem Institut für Ostasienwissenschaft (IN-EAST) der Universität Duisburg-Essen.

Ulrike Gansen ist Absolventin des Studiengangs Politikmanagement (M.A.) der NRW School of Governance.

Martin Miller ist Absolvent des Studiengangs Politikmanagement (M.A.) der NRW School of Governance und arbeitet in Zusatzmodulen zu Governance-Prozessen in der post-maoistischen VR China

Jonas Seyferth ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt China/Ostasien der Universität Duisburg-Essen.

Einleitung

Im Zuge der im März 2018 durch den Nationalen Volkskongress der Volksrepublik (VR) China verabschiedeten Verfassungsrevision wurden erstmals auch mit der Einführung einer Nationalen Aufsichtskommission die Grundpfeiler der staatlichen Institutionenordnung adjustiert (Xinhua 2018). Bei der post-maoistischen Reformverfassung handelt es sich zwar weiterhin unverändert um eine sozialistische Verfassung, die sich in ihren Funktionen grundlegend von jenen einer demokratisch-liberalen unterscheidet und keine Gewaltenbeschränkung vorsieht. Die reale Politikgestaltung wird von informellen Strukturen und Mechanismen dominiert; die Institutionenordnung der Verfassung bildet nicht die realen Machtverhältnisse zwischen Partei und Staat ab. Die Politik der VR China basiert auf einer rechtsgestützten Herrschaft, bei der die Partei selbst an oberster Stelle steht, in ihrer Macht nicht limitiert wird. Vor diesem Hintergrund erscheint die jüngste Verfassungsrevision nahezu paradox und wirft die Frage auf, welche strategischen Überlegungen der Formalisierung von neuen Kontrollmechanismen und -institutionen unterlegen haben und in welchem Zusammenhang dies zu den unter Xi Jinping seit 2012/2013 angestoßenen Reform- und Systemkorrekturmaßnahmen steht.

Der vorliegende Beitrag untersucht die zwischen 2012/2013 und 2018/2019 erfolgten institutionellen Feinadjustierungen des chinesischen Partei-Staates aus einer institutionentheoretischen Perspektive. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf dem im Zuge der Stärkung responsiver Governance-Mechanismen erfolgten Aufbau neuer Checks-and-Balances-Strukturen. Beleuchtet werden ihre Verankerung im administrativen Staatsapparat wie auch ihre Implikationen für die Steuerungsbeziehungen zwischen Zentral- und Lokalregierungen und die Interaktionen zwischen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft. Zentrale Reformbausteine wie das *Top-Level Design* (*dingceng sheji*), die Aufwertung eines Teils der (Kleinen) Führungsgruppen zu Kommissionen und die Verankerung der Führungsrolle der Partei in der revidierten Staatsverfassung im März 2018 signalisieren, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) erneut zu einer verstärkten Durchdringung und Kontrolle der staatlichen Sphäre ansetzt. In verschiedenen Bereichen zeigen sich Tendenzen zur Straffung von Steuerungsbeziehungen, die daraus resultieren, dass Staat und Wirtschaft mittels der Etablierung von Parteizellen enger an das politische Entscheidungszentrum der KPCh angebunden werden. Es erfolgt ein partieller Austausch von Teilsegmenten des bürokratischen Staatsapparats, der der Errichtung einer reformierten Institutionenordnung bei Rückbau dysfunktionaler Arrangements dient. Dabei treten mitunter aber auch nachteilige Effekte zu Tage: So sind insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene Funktionsträger unter erheblichen Druck von verschiedenen Seiten geraten, was teilweise Lähmungserscheinungen in Staats- und Parteiapparat hervorgerufen hat.

Ausgehend von Schlüsselreden der chinesischen Führungselite sowie zentralen politischen Reformdokumenten nähert sich der vorliegende Artikel den unter Xi erfolgten institutionellen Restrukturierungsprozessen in drei Schritten. Nach einer kurzen Einführung des theoretischen Analyserasters – Theorien des Institutionalismus unter besonderer Berücksichtigung des Diskursiven Institutionalismus nach Vivien A. Schmidt – zeichnet der Artikel die 2012 von Xi Jinping mit der Anti-Korruptionskampagne initiierte Neuordnung des Institutionengefüges nach. Die Besonderheit des vorliegenden Falles (2012–2019) besteht, wie die vorliegende Untersuchung zeigt, darin, dass abweichend von früheren Prozessen diesmal kurzfristig eingesetzte informelle Institutionen nicht aufgelöst, sondern im März 2018 abschließend formalisiert worden sind. Zudem sind Grundprinzipien der post-maoistischen Reformära, wie das Prinzip der kollektiven Führung, partiell relativiert worden. Unter Zusammenführung von Theorien des Institutionalismus und Ansätzen der (vergleichenden) Staatstheorie unternimmt der vorliegende Artikel den Vorstoß, die Entwicklungen der VR China unter der fünften Führungsgeneration nicht als Oszillieren zwischen Phasen der Re- und Dezentralisierung oder zwischen personalisierter versus legal-rationaler Herrschaft einzustufen. Stattdessen sind diese Ereignisse als Entwicklungsstufen eines noch nicht final abgeschlossenen Staatsbildungsprozesses einzuordnen, der auf die Herausbildung einer neuen Subkategorie moderner Hybridregime hindeutet.

Vorbetrachtungen zum Analysemodell: Institutioneller Wandel

Unter welchen Voraussetzungen erfolgt ein Wandel der politischen, zumeist in der offiziellen Staatsverfassung verankerten Institutionenordnung? In der Institutionalismus-Debatte finden sich hierzu zwei konkurrierende Denkansätze. Der Historische Institutionalismus geht in erster Linie davon aus, dass bürokratische Staatsapparate und ihre Institutionen sich beständig pfadabhängig reproduzieren. Wenn auch im Zuge von internen Krisen oder externen Schocks Systemanpassungen erforderlich sein mögen, wird doch erwartet, dass sich unmittelbar nach den vorgenommenen Restrukturierungen erneut eine Phase der Konsolidierung einstellt. In Abgrenzung von Theorien der graduellen, inkrementellen Adaption geht dieser Ansatz des „punctuated equilibrium“ davon aus, dass Phasen der institutionellen Kontinuität allenfalls punktuell unterbrochen werden (True et al. 2007), sich aber ansonsten permanent wiederholen und re-konsolidieren. Angestoßen wird dieser Wandel dadurch, dass politische Systeme und ihre Institutionen auf strukturelle Veränderungen ihres Umfeldes (national wie global) reagieren und die für ihren Fortbestand erforderlichen Adaptionen vornehmen. In Abgrenzung und zugleich Weiterführung dieser Überlegungen argumentieren Vertreter des Diskursiven Institutionalismus und der sozialkonstruktivistischen Institutionentheorie, dass Institutionenordnungen auf Aushandlungsprozessen zwischen den Akteuren basieren und die Ideen und Ordnungsvorstellungen der jeweils einflussreichsten Akteursgruppe widerspiegeln. Institutioneller Wandel ist damit unabhängig von den

strukturellen Rahmenbedingungen auch dann möglich, wenn sich innerhalb einflussreicher Akteursnetzwerke neue Policy-Images als konsensfähig erweisen. Insbesondere interne Schocks und Krisen, so Sabatier und Weible, können dazu führen, dass sich bislang weniger dominante Akteure mit ihren Policy-Ideen durchsetzen (Sabatier und Weible 2007: 205). Institutioneller Wandel wird somit diesem Ansatz zufolge inspiriert und katalysiert durch den Austausch der Leitideen, wobei sich nicht alle diskutierten alternativen Ideen auch automatisch in konkreten Policy-Formulierungen niederschlagen müssen (Cox 2001; Lieberman 2002; Zittoun 2009). Gerade in Phasen von Systemadaptionen spielen Ideen dennoch eine zentrale Rolle: „[Ideas] help to construct the problems and issues that enter the policy agenda [...], shape the assumptions that impact the content of reform proposals [...], can become discursive weapons that participate in the construction of reform imperatives” (Béland 2009: 702). Vivien A. Schmidt führt in ihrem Modell des „Diskursiven Institutionalismus“ eine Unterscheidung zwischen zwei Aushandlungsebenen ein, die der Formierung und (Re-) Strukturierung des Institutionengefüges unterliegen. Zum einen erfolgt die Diskussion möglicher Policy-Images und Ordnungskonzepte auf der horizontalen Ebene innerhalb der Gruppe der Entscheidungsträger. Zum anderen aber gilt es, Reformbeschlüsse und Änderungen der Institutionenordnung auch an die Bevölkerung zu vermitteln (vertikale Kommunikation) und die veränderte Institutionenordnung in den Legitimitätsglauben der relevanten sozio-ökonomischen Akteursgruppen einzufügen (Schmidt 2008; 2010).

Mit Blick auf das chinesische Ein-Parteien-System und die Re-Personalisierung der chinesischen Politik im Zusammenhang mit der Formulierung umfassender institutioneller Reformen liegt es nahe, auf das von Goldfinch und 't Hart konzeptionell weiterentwickelte Modell des „*reformist political leadership*“ zurückzugreifen (Goldfinch und 't Hart 2003). Dieses sieht die Regierung – und nicht sozio-ökonomische Akteursgruppen – als Initiatorin und Koordinatorin zentraler Reformmaßnahmen. Im Sinne des Machterhalts und der Regimestabilisierung ist nach diesem Modell zu erwarten, dass die herrschenden Eliten präemptiv institutionelle Reformen einleiten, um ein Staatsversagen abzuwenden.

Neben der Bestimmung der zentralen Akteure institutionellen Wandels ist mit Blick auf den chinesischen Fall das Zusammenspiel beziehungsweise die temporäre Parallelexistenz von formellen und informellen Strukturen und Prozessen zu bedenken. Kellee Tsai hält in ihren Überlegungen zum Phänomen der „*adaptive informal institutions*“ mit Blick auf die chinesische politische Ökonomie fest: „Crackdowns on adaptive informal institutions in the economic realm are most likely to occur during political campaigns against corruption and at other times when there is heightened political sensitivity to local deviations from national mandates” (Tsai 2006: 126). Tsais Ergebnisse dokumentieren, dass die VR China bislang die bestehende Institutionenordnung jeweils zeitlich beschränkt um adaptive, informelle Regeln und Verfahren ergänzt hat, die nach Erreichung der jeweiligen Ziele – der

Rekonsolidierung zentralstaatlicher Autorität und Herrschaftssicherung – umgehend aufgehoben worden sind. Die 2018 formalisierten Adjustierungen des bürokratischen Staatsapparats der VR China weichen hiervon ab und passen nicht in das Standardbild der allgemeinen Forschung zu autoritären Ein-Parteien-Systemen. Eine Erweiterung der bisherigen Analyseansätze und Denkmodelle ist erforderlich, um diese scheinbar abweichenden Entwicklungen nachvollziehen und die Prognosen bezüglich der strategischen zukünftigen Positionierung der VR China unter Berücksichtigung der modifizierten institutionellen Handlungsdeterminanten entsprechend feinjustieren zu können.

Top-Down Steuerung und Re-Personalisierung des chinesischen Governance-Modells

Das „Chinesische Modell“ (hierzu Zhao 2017) ist unter Xi Jinping seit 2012/2013 größeren Restrukturierungsprozessen unterworfen worden. Revolutionäre Systemadaptionen werden, folgt man der offiziellen Politrhetorik, vermieden (Garton Ash 2015), wenn auch die vorgenommenen Kurskorrekturen alles andere als kosmetische Eingriffe sind. Mit den im März 2018 durch den Nationalen Volkskongress verabschiedeten Verfassungsänderungen ist erstmals seit dem Eintritt in die post-maoistische Reformära auch die Institutionenordnung der VR China Umstrukturierungen unterworfen worden. Der nach 1978 mühsam errungene Burgfrieden der konkurrierenden Faktionen innerhalb der Partei, der nicht zuletzt über die symbolische Entmachtung der Parteispitze und die Einführung des Prinzips der „kollektiven Führung“ erzielt worden war, weist deutliche Fissuren auf. Unter Xi Jinping ist eine Re-Zentralisierung und Re-Personalisierung durchgesetzt worden. Das 6. Plenum (2016) kürte Xi Jinping zum „core leader“,¹ womit dieser symbolisch auf eine Stufe mit Mao gehoben wurde. Im Oktober 2017 schloss der Parteitag der KPCh mit der Aufnahme der „Xi Jinping Ideen zum Sozialismus mit chinesischen Charakteristika für die neue Ära“ in das Parteistatut.² Im März 2018 schließlich hob die durch den Nationalen Volkskongress verabschiedete Verfassungsreform die Amtszeitbegrenzung für das Amt des Staatspräsidenten auf (Xinhua 2018). Somit könnte Xi Jinping formal als Präsident auf Lebenszeit regieren. Die mit Blick auf den 20. Parteitag (2022) zirkulierenden Spekulationen über einen möglichen Nachfolger und die Weitergabe der Staatsgeschäfte an die nächste Politikergeneration haben sich damit zerschlagen. Wang Qishan, ein zentraler Verbündeter Xi Jinpings bei der Durchführung der 2012 eingeleiteten Anti-Korruptionskampagne, war noch im Herbst 2017 den Prinzipien der

1 Xinhua liefert eine (chinesischsprachige) Zusammenfassung und Interpretation des 6. Plenums: http://news.xinhuanet.com/politics/2016-10/27/c_1119801528.htm.

2 Am 28. Oktober 2017 veröffentlichte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua eine Leseanleitung zur Eröffnungsrede Xi Jinpings und skizzierte die Grundzüge der Xi Jinping-Ideen: http://news.xinhuanet.com/politics/19cpcnc/2017-10/28/c_1121871273.htm. Die englische Fassung der Rede findet sich online: http://www.xinhuanet.com/english/download/Xi_Jinping's_report_at_19th_CPC_National_Congress.pdf.

Amtszeitlimitierung auf zwei konsekutive Perioden sowie der Altersgrenze für die Übernahme politischer Ämter folgend aus den Führungsorganen der KPCh ausgeschieden. Im März 2018 jedoch kehrte er als Vize-Präsident unter Xi Jinping in die Führungszirkel zurück – wenngleich ohne formal ein Spiegelamt im Parteiapparat zu bekleiden (Lam 2018). Zugleich wurde die Anti-Korruptionskampagne, die Wang Qishan koordiniert hatte, auf ein durch die Verfassungsänderung neu eingeführtes Staatsorgan übertragen – die Nationale Aufsichtskommission, mit der nun Staatsbeamte auf allen Ebenen in den Fokus der Untersuchung rücken (Epoch Times 2018).

Diese durchaus einschneidenden Reformen wurden in den Reden Xi Jinpings als logische Fortsetzung des weiterhin unabgeschlossenen Staatsbildungsprozesses in der „Frühphase des Sozialismus“ präsentiert. Hu Jintao hatte in seiner Eröffnungsrede des 18. Parteitages (2012), auf dem die Machtübertragung an Xi Jinping erfolgt war, offen artikuliert, dass Reformen dringend erforderlich seien (Xinhua 2012). Xi Jinpings Bericht auf dem 19. Parteitag (2017) hielt erste Reformerfolge fest und zementierte im Sinne des Konzepts des „Entwicklungsstaates“ die allumfassende Führungsrolle der Partei bei der Konzeption und Koordination des chinesischen Entwicklungsweges. Dies steht in einem elementaren Spannungsverhältnis zu dem Gedanken der Trennung von Partei und Staat (*dang zheng fenkai*), der zunächst als Leitmotiv der Reformpolitik nach 1978 gedient hatte (allerdings relativ schnell in den 1980er Jahren relativiert worden war). Präsentiert wird dies von Xi Jinping in seinem Bericht auf dem 19. Parteitag als ein notwendiger Schritt in der „neuen“ Phase des chinesischen Sozialismus. In dieser, so die von Xi vorgelegte Polit-Narration, bestehe der Hauptwiderspruch nicht zwischen den konkurrierenden sozio-ökonomischen Akteursgruppen, zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern zwischen der „unausgewogenen Entwicklung und der Hoffnung der Bevölkerung auf ein besseres Leben“. Um diesen Widerspruch lösen zu können, der sich während der Phase der experimentellen Reformen und Dezentralisierung zugespitzt hat, wird die Koordination und Ausrichtung des chinesischen Governance-Modells zurück an die Parteiführung übertragen. Chinesische Analysten sprechen in diesem Zusammenhang von einer Verschmelzung der Säulen des Parteistaates unter Führung der KPCh (*dang zheng heyi*) (BBC News 2018).

Dabei sendeten die 2012/2013 verabschiedeten Reformbeschlüsse widersprüchliche Signale, die sich möglicherweise dadurch erklären lassen, dass auch die fünfte Führungsgeneration unter Xi Jinping bemüht ist, die konkurrierenden sozio-ökonomischen Akteursgruppen durch gruppenspezifische Zugeständnisse für ihren Reformkurs zu gewinnen. So verabschiedete das 3. Plenum des 18. Zentralkomitees 2013 einen umfassenden Reformplan, durch den die Institutionen und Regelwerke der Mao-Ära partiell substituiert werden. Marktwirtschaftliche Strukturen sollten, so die Reformbeschlüsse, ausgebaut, Chinas globale Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden. Zugleich aber sollten Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit vorangetrieben werden, was eine Zügelung und Steuerung des chinesischen

Wirtschaftsmodells voraussetzen würde (Xinhua 2013c). Mit dem 13. Fünf-Jahres-Plan und dem Erlass neuer Gesetze wurden konkrete Zwischenschritte zur Zielerreichung fixiert. Mit dem 4. Plenum wurde 2014 ergänzend eine Verrechtlichung und Formalisierung administrativer Prozesse angekündigt (Xinhua 2014a).

Diese Strukturanpassungen folgen einem *Top-Level Design* (*dingceng sheji*) und werden von der obersten Parteiführung koordiniert, um eine systematische Umsetzung der Reformen sicherzustellen. Das *Top-Level Design*, das koordinierte, synchronisierte Reformen der sozio-ökonomischen Teilsysteme vorsieht, ist dabei der technischen Steuerungsmodellbildung entlehnt. Die politischen Führungseliten greifen damit symbolisch-rhetorisch das Konzept des *Policy Engineerings* (hierzu Goldfinch und 't Hart 2003) auf und unterstreichen den Anspruch, ein ausbalanciertes Entwicklungsmodell für das gesamte System vorzulegen und einen Ausgleich zwischen den Regionen und Teilsektoren herzustellen. *Policy Engineering* impliziert, dass Mehrheiten für den eingeschlagenen Entwicklungsweg gewonnen werden müssen. Dies geschieht nicht zuletzt über die Einführung neuer Reform-„Narrationen“, über die Reformbereiche identifiziert und die Reformmaßnahmen als Handlungsimperative präsentiert werden.

Die Notwendigkeit dieses Designs ergibt sich nach offizieller Lesart aus den veränderten Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Reformpolitik in der VR China (Yang und Jian 2018: 102, 105): So werden wachsende Reformwiderstände, resultierend aus generellen Tendenzen zur Besitzstandswahrung und Verfolgung von Partikularinteressen in der Staatsbürokratie, erwartet. Zugleich wird dem bisherigen Modus der Reformimplementation ein Koordinations- und Effizienzdefizit attestiert: Nicht die Politikformulierung und -setzung von Zielvorgaben sind hierbei das Problem, sondern die Sicherstellung und Überwachung der Implementierung in einem komplexen, vielfach regional fragmentierten Verwaltungssystem mit lokal gefestigten Hierarchiestrukturen und Parallelorganen. Um diese Widrigkeiten zu überwinden, setzt das *Top-Level Design* auf zentralisierte Entscheidungsstrukturen und den Einsatz der regionalen oder lokalen Verwaltung als Vollzugsagenten der Zentralstelle. Die in dieser Konfiguration wirkenden Dynamiken und Mechanismen zwischen zentraler und lokaler Ebene des politisch-administrativen Systems lassen sich mit dem Modell des „pressurized system“ (Yang und Jian 2018: 100, 115) nachvollziehen. Auch in der Vergangenheit hatte chinesische Modernisierungspolitik darauf aufgebaut, Reforminitiativen auf den unteren Staats- und Parteiebenen zu stimulieren, indem auf Zentralebene induzierter Handlungsdruck kaskadenartig über verschiedene Territorialebenen hinweg weitergegeben wurde. Neben dieser vertikalen Dimension von Reformsteuerung bestehen auch Mechanismen, die in einer horizontalen Richtung wirken. In dieser Dimension erzeugen der Wettbewerb zwischen Regionalregierungen und die Beobachtung durch die Öffentlichkeit zusätzlichen Handlungsdruck auf Funktionsträger der unteren Partei- und Staatsorgane. Unter Xi Jinping ist insbesondere die Rolle der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang

gestärkt worden, da etwa die Massenlinienkampagne zur Eliminierung unerwünschter Arbeitsstile Parteikader dazu anhält, öffentlich Selbstkritik zu üben und diese so gegenüber der Öffentlichkeit in eine exponiertere Stellung gebracht wurden (People's Daily 2013; China Daily 2014; Tiezzi 2013). Durch die Veröffentlichung von Gesetzen, Verfahrensvorschriften und Gerichtsurteilen auf Online-Portalen soll zudem die Bevölkerung gezielt über das geltende Recht informiert werden und damit eine zusätzliche Kontrolle lokaler Kader durch das Volk selbst erfolgen.

Zentraler Transmissionsriemen des *Top-Level Designs* waren die 2012/2013 eingesetzten „Kleinen Führungsgruppen“ (*lingdao xiaozu*). Bei diesen handelt es sich um Strukturen jenseits des eigentlichen Staatsapparats, deren Ursprünge auf die Mao-Ära zurückgeführt werden können – und auf die auch in der Reformära durchgehend zurückgegriffen wurde. Sie dienen der politischen Führung als Koordinationsgremien der Politikformulierung und -implementierung, insbesondere in Phasen der Restrukturierung und Systemmodernisierung (Miller 2008; Miller 2014). Obwohl sie selbst formal keine bindenden Entscheidungen treffen können, ist ihr Einfluss auf den Policyprozess nicht zu unterschätzen. Dieser macht sich darin geltend, dass Arbeitsergebnisse aus den Führungsgruppen über angegliederte Institutionen in den politischen Prozess eingespeist werden. Je nach Typus behandeln die Führungsgruppen dauerhaft ganze Politikfelder, befassen sich mit spezifischen Aufgabenstellungen oder agieren als ad hoc eingesetzte Steuerungsgremien in Krisensituationen. Xi Jinping stand zunächst neben den „Kleinen Führungsgruppen“ für die Koordination der Außenpolitik, der nationalen Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen der „Zentralen Führungsgruppe für die umfassende Vertiefung der Reformen“ vor (Miller 2014). Ihre Machtstellung und Kompetenzzuschreibung reichte von Wirtschaft und Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit, Kultur, Gesellschaft, Parteaufbau bis hin zu Parteidisziplin und allgemeinen Kontrollmechanismen und überstieg somit als Querschnittsgremium deutlich das Aufgaben- und Funktionsfeld der bisherigen „Kleinen Führungsgruppen“. Neben institutionellen Anpassungen, die die Machtverteilungen zwischen Partei und Staat auf Linie der Führung halten sollen, unterstützen „weiche“ Steuerungsformen den Reformprozess, indem sie auf die Einstellungen und Wertvorstellungen der Parteikader einwirken (Yuen 2014). So wurde von 2013 bis 2014 eine Massenlinienkampagne zur Korrektur des Arbeitsstils initiiert, an die sich im Folgejahr eine Erziehungskampagne anschloss. Daneben wurden die Parteikader zum steten Studium von Verfassung und den Reden Xi Jinpings aufgerufen, um sie letztlich auf die Positionen und Theorien der Partei zu verpflichten (Yang und Jian 2018: 107).

In Hinblick auf die Reform des bürokratischen Staatsapparats wurden im Rahmen der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2018 Schritte zur umfassenden Restrukturierung der chinesischen Ministerien eingeleitet. Acht neue

Institutionen wurden geschaffen und Kompetenzen der alten Ministerien fusioniert (People's Daily 2018).³

Generell lassen sich die Restrukturierungen und Rezentralisierungsmaßnahmen als Elemente eines weiterhin nicht abgeschlossenen Staatsbildungsprozesses einstufen. Es erfolgt ein partieller Austausch von Teilsegmenten des bürokratischen Staatsapparats, der dem Muster „Aufbau von Parallelstrukturen – Abbau von dysfunktionalen Strukturen – Errichtung einer reformierten Institutionenordnung“ folgt. Umstrukturierungen der Ministerien und Kommissionen finden immer wieder im Zuge der Jahrestagungen des Nationalen Volkskongresses statt. Die neuen Checks-and-Balances-Strukturen sind jedoch, dies unterscheidet die Reformmaßnahmen Xi Jinpings von jenen seiner Vorgänger, nunmehr permanent in der Staatsverfassung verankert und somit formal institutionalisiert worden.

Korruption(sbekämpfung) im Steuerungszusammenhang

Die Umsetzung der Reformbeschlüsse setzt die Mitwirkung der lokalen Verwaltungseinheiten voraus. In diesem Sinne ist die Rezentralisierung politischer Macht mit dem *Top-Level Design* als notwendiges Instrument zu sehen, um Systemauswüchsen entgegenzutreten und die Weiterführung des neoliberalen Wirtschaftskurses auf allen Ebenen durchzusetzen. Xi Jinpings „präsidentieller“ Führungsstil (Economy 2014) steht damit im Dienst des Parteistaates, zielt auf die Sicherung des Fortbestands des Ein-Parteien-Regimes ab. Hauptfeind des chinesischen Modernisierungsweges, folgt man den Ausführungen der post-maoistischen Staats- und Parteiführer, ist und bleibt aber die Korruption. Jiang Zemin, Hu Jintao und auch Xi Jinping haben immer wieder betont, dass die erfolgreiche Bekämpfung der Korruption eine Frage von „Leben und Tod“ des chinesischen Partei-Staates (*wang dang, wang guo*) darstelle (Lam 2015: 105; Qiushi 2015). An diese Narration, der zufolge eine erfolgreiche Implementierung der Reformmaßnahmen einen funktionierenden bürokratischen Staatsapparat voraussetzt, womit die Bekämpfung der Korruption zu einer notwendigen Maßnahme zur Effizienz- und Legitimitätssteigerung – und nicht zur Durchsetzung einer von der politischen Realität entkoppelten Ideologie – stilisiert wird, knüpft die von Xi Jinping 2012 initiierte Anti-Korruptionskampagne an.

Die Umsteuerung des chinesischen Wirtschaftsmodells in der frühen post-maoistischen Ära war experimentell erfolgt. Durch die Auslagerung zentralstaatlicher Aufgaben und Zuständigkeiten an die lokalen Verwaltungsebenen hatten sich dabei „de facto föderalistische“ Verwaltungsstrukturen (Zheng 2007) herausgebildet. Dies begünstigt(e) das Aufkommen von Vetternwirtschaft und Tauschgeschäften. Lokale Parteikader begannen, ihre eigenen Imperien jenseits des Zentralstaates aufzubauen. Die unter Xi Jinping angestoßene Rezentralisierung, die Koordination und Kontrolle der Provinzen und lokaler Kader durch die Zentrale, ist

3 Der Beschluss des Zentralkomitees ist online abrufbar: Gov.cn (2018).

nicht zuletzt als Reaktion auf die immer stärker werdenden zentrifugalen Tendenzen insbesondere der wirtschaftlich starken Provinzen zu sehen.

Während Bestechung, Betrug, Veruntreuung, Erpressung und Schmuggel als Formen der „schwarzen Korruption“ auf weitgehende Ablehnung stoßen und geahndet werden, wird „weiße Korruption“, worunter informelle Prozesse fallen, die der Zielerreichung dienen und aufgrund des Fehlens konkreter Handlungsanweisungen oftmals erforderlich erscheinen, in der VR China sowohl von den gesellschaftlichen Eliten als auch von weiten Teilen der Zivilgesellschaft stillschweigend akzeptiert (He 2000: 244). Als Systemdefekt unterminiert extensive Korruption – „schwarze“ wie „weiße“ – jedoch die Steuerungsfähigkeit und Output-Legitimität eines Staates, auch wenn sie im Glauben geschieht, die Marktaktivitäten zu fördern, oder auf vermeintlich „kulturellen“ Traditionen basiert (Rose-Ackermann 2010). Die breite Auslegung des Korruptionsbegriffs dient der Führung dabei nicht nur zur Legitimierung von Strukturveränderungen und der Disziplinierung von Regierungskritikern, sondern fördert gleichzeitig mögliche Selbstdisziplinierungstendenzen der lokalen und regionalen Akteure, auch wenn dadurch die Gefahr einer Lähmung des Bürokratieapparates besteht.

Bereits in den 1990er Jahren hatten chinesische Politikwissenschaftler Korruption als Ergebnis einer unkontrollierten Ausbreitung eines Kapitalismus mit Manchester-Zügen identifiziert (Hao 1999). Wenn aber Korruption als Gefahr für den Fortbestand des chinesischen Ein-Parteien-Systems eingestuft wird, so folgt hieraus als Lehre für die chinesische Führungselite, dass der Kapitalismus koordiniert und gezügelt werden muss. Xi Jinpings Kampagne nimmt dies auf und präsentiert die laufenden Strukturanpassungen als Eingriffe zur Zählung und Korrektur des chinesischen Kapitalismusmodells in der „neuen“ Phase des chinesischen Sozialismus.

Die chinesische Korruptionsbekämpfung war bis 2018 institutionell in einer Doppelstruktur organisiert, in die die Disziplinarkommissionen der KPCh und die für Korruptionsbekämpfung zuständigen Einheiten der Obersten Staatsanwaltschaft eingebettet waren. Obgleich das Zusammenwirken beider Organe punktuell synergetische Effekte erzeugte, entstanden zugleich erhebliche Reibungsverluste bei der effektiven Eindämmung von Korruption, da etwa die Festsetzung und Befragung der Angeklagten nicht nach transparenten Kriterien und Rechtsvorgaben erfolgte. 90% der Verfahren wurden schließlich an die staatlichen Gerichte übertragen, die wiederum aufgrund der fehlenden Dokumentation der parteiinternen Investigationen das Verfahren von Grund auf neu durchführen mussten, was als Verschwendung von Ressourcen wahrgenommen wurde (Fabre 2017: 10-11; Li und Wang 2019). Faktisch übten die Parteikommissionen auch in Fällen von Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft die Kontrolle über angestrenzte Verfahren aus, was dazu führte, dass in der Fallbearbeitung den Parteistatuten in der Regel Vorrang gegenüber Staatsrecht eingeräumt wurde. Zudem hatte die Verquickung von lokalen

Parteikadern und lokalen Untersuchungskommissionen oftmals dazu geführt, dass keine unabhängigen Verfahren möglich gewesen waren.

Mit der Zusammenlegung der Disziplinarkommissionen und der relevanten Einheiten der Obersten Staatsanwaltschaft in einer Nationalen Aufsichtskommission sollen Nepotismus und politischer Opportunismus lokaler Überwachungskommissionen ausgeschlossen werden. Dazu wurden insbesondere Kontroll- und Aufsichtsbefugnisse auf hierarchisch übergeordnete Organisationsebenen verlagert, um lokale Seilschaften zu zerschlagen (Deng 2018: 60; Li und Wang 2019: 984). Innerhalb der Aufsichtskommission wurde das Gewicht der Akteure aus dem vormaligen System der Disziplinarkommissionen gestärkt, indem diese bereits an der Formulierung des zentralen Gesetzwerkes zur Einrichtung der Aufsichtskommission beteiligt waren. Ferner wurden die Führungspositionen innerhalb der Aufsichtskommissionen mit Akteuren besetzt, die zuvor die Arbeit der parteilichen Disziplinarkommissionen geleitet hatten (Li und Wang 2019: 980, 983). Die KPCh erhält damit auch in der neuen Institutionenordnung verbesserte Durchgriffsmöglichkeiten gegenüber staatlichen Stellen.

Formal wurde die Nationale Aufsichtskommission in der Verfassung nicht als Ministerium eingerichtet, sondern dem Staatsrat gleichgestellt und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, die eigenständige Ermittlung, Festnahme und Vernehmung in Verdachtsfällen ohne Anklageerhebung erlauben. Dabei werden sowohl klassische Korruptionsvergehen als Tatbestände adressiert als auch der Umfang der Überwachung von Abweichlern vergrößert. Zudem ergeben sich Möglichkeiten der Präventivbekämpfung von aufkeimender Korruption im Vergleich zur nachträglichen Bestrafung schwerwiegender Fälle. Vorangegangen waren lokale Testläufe mit entsprechenden Kontrollkommissionen in Beijing, Shanxi und Zhejiang (Deng 2018: 59; Xinhua 2017). Durch die operative Fokusverschiebung zur Prävention von Korruption weist das Reformdesign zudem den Weg aus dem Modus Operandi akuter Krisenbekämpfung hinaus (Li und Wang 2019: 981).⁴

Mit der Institutionalisierung von Verfahrensstandards innerhalb der Aufsichtskommission korrespondiert eine Reform der chinesischen Justiz, die mit den Beschlüssen des 4. Plenums des 18. Zentralkomitees bekräftigt wurde (Xinhua 2014a). Nicht der Aufbau eines unabhängigen, nur der Verfassung verpflichteten Rechtsapparates ist Ziel dieser Maßnahmen, sondern vielmehr die Etablierung einer rechtsgestützten Herrschaft unter Führung der Partei.⁵ Nach anfänglich positiven Reaktionen überwiegt unter China-Analysten und Rechtswissenschaftlern allerdings der Skeptizismus. Die Herrschaft der Partei, deren allumfassender

4 Dies unterstützt die Lesart Fu Hualings zur Organisation der Anti-Korruptionskampagne als Reaktion auf eine akute, durch grassierende Korruption verursachte politische Krise (Fu 2016).

5 In der chinesischen Politsprache wird daher der Begriff der „rechtsgestützten Herrschaft“ (*yifa zhi guo*) verwendet, aber eben nicht der Begriff „Rechtsstaat“.

Führungsanspruch mit den Verfassungsänderungen seit März 2018 in Artikel 1 der Staatsverfassung verankert ist, steht weiterhin über dem Recht (Buckley 2017).

Wirtschaftspolitische Steuerung unter den Vorzeichen der „Neuen Normalität“

In der post-maoistischen Reformära der 1980er Jahre war die VR China in der „Frühphase des Sozialismus“ verortet worden, wodurch die Integration marktwirtschaftlicher Elemente als Übergangsstufe symbolisch-rhetorisch legitimiert wurde (Misra 1998:103–114). Für die von Xi Jinping auf dem Parteitag proklamierte „neue Ära“ des Sozialismus ist das chinesische Wirtschaftsmodell nun erneut einer Rekonfiguration unterzogen worden.

Bereits 2014 erklärte Xi Jinping den Eintritt der VR China in die Phase der „Neuen Normalität“. Diese Formel unterstreicht exemplarisch den Anspruch der chinesischen Führung, eine aktive Wirtschaftssteuerung vorzunehmen und in jeder Krise Herr der Lage zu sein. So wird die Abkühlung des chinesischen Wirtschaftsbooms auf 6–7% jährliches Wachstum als gezielte Umsteuerung in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung ausgewiesen und nicht als unabwendbare Auswirkung der globalen Banken- und Finanzkrise. Normalität, nicht Krisenmodus, lautet damit die Zauberformel des neuen chinesischen Governance-Modells. Drei Aspekte werden der Phase der „Neuen Normalität“ zugeschrieben: An die Stelle eines Turbo-Wachstums mit desaströsen sozio-ökologischen Folgen tritt eine langfristig nachhaltige Entwicklung; der chinesische Binnenmarkt soll gestärkt und die Abhängigkeit von externen Absatzmärkten reduziert werden; statt auf Imitation soll die chinesische Wirtschaft auf die Entwicklung innovativer Technologien ausgerichtet werden (vgl. Hu 2017).

Während im Bereich der Steuerung und Koordinierung eine Rückbesinnung auf autoritäre Machtinstrumente erfolgt ist, hatte sich die fünfte Führungsgeneration mit den 2013 verabschiedeten Beschlüssen des 3. Plenums des 18. Zentralkomitees formal zu umfassenden neoliberalen Reformen verpflichtet, die dem Markt eine Schlüsselrolle bei der Ressourcenallokation zugestehen (Xinhua 2013a, 2013b, 2013c). Monopole und Kartellbildungen der staatseigenen Betriebe sollten zerschlagen, der freie Wettbewerb gestärkt werden (Naughton 2014). Auch der Bereich Handel und Finanzen folgte diesem Liberalisierungskurs – 2013 wurde in Shanghai eine Freihandelszone begründet.⁶ Neben diesen Liberalisierungstendenzen aber besteht in einigen finanztechnischen Bereichen weiterhin ein staatlicher Kontroll- und Steuerungsanspruch. In Krisenzeiten können notfalls bis dato liberal, dezentral geführte Bereiche rezentralisiert werden. Empirische Untersuchungen zeichnen zudem in Bezug auf die Reformimplementation ein gemischtes Bild von punktuelltem Fortschritt, Stillstand und Rückfällen: Im Zuge der

6 Für eine Übersicht laufender und geplanter Projekte sowie die Entwicklungsziele des Politprojekts in Shanghai siehe das offizielle Webportal: <http://en.shftz.gov.cn>.

Umsteuerung des chinesischen Wirtschaftsmodells und von Veränderungen im weltwirtschaftlichen Umfeld sind insbesondere Reformvorhaben, die eine Stärkung marktwirtschaftlicher Mechanismen vorsahen, weitgehend zum Erliegen gekommen (China Dashboard 2019).

Chinas Neue Linke hatte sich unmittelbar in Opposition zum angekündigten neoliberalen Wirtschaftskurs begeben und fordert generell Maßnahmen zur Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit und den zentral gesteuerten Auf- und Ausbau des chinesischen Sozialstaates (Li 2015: 118–119). Partiiell kommen die Reformbeschlüsse des 3. Plenums (2013) diesem Gesuch nach, indem mit diesen auch festgeschrieben wird, dass ein Teil der von den staatseigenen Betrieben erwirtschafteten Überschüsse abgeführt und in den Aufbau sozialer Sicherungsnetze investiert werden soll (Xinhua 2013a, 2013c).

Generell kommt den Staatsunternehmen, trotz rhetorischer Bekenntnisse Xi Jinpings zur Stärkung des Privatsektors, in der Reformpolitik eine zentrale Rolle zu. Obwohl die staatseigenen Betriebe etwa in der Industrieproduktion insgesamt Anteile an die Privatwirtschaft abgeben, beherrschen sie weiterhin das Feld in strategischen Kernsektoren und fungieren als zentrale Lenkungsstellen für den Kapitalfluss zwischen verschiedenen Sektoren im Wirtschaftssystem sowie bei Investitionsprojekten in unterentwickelten Regionen des Landes (Lardy 2018: 335; Rosen et al. 2018: 13). Der Umgang mit den Staatsunternehmen ist unter der Ägide von Xi dabei von Bestrebungen geprägt, die Stellung der Betriebe zu stärken und sie zugleich einer strikteren Kontrolle durch die Partei zu unterwerfen. Hierbei findet ein Instrumentarium Anwendung, das Parallelen zu den zuvor herausgearbeiteten Rekonfigurationsprozessen in der Steuerungsbeziehung von Partei und Staat aufweist. So wurden unter Führung der „Zentralen Führungsgruppe für die umfassende Vertiefung der Reformen“ Dokumente und Maßnahmen erarbeitet, mit denen der Einfluss der Partei in den Unternehmen institutionalisiert wurde. Die Unternehmenssatzungen wurden derart reformiert, dass sie nun eine Verpflichtung zur Parteiarbeit enthalten. Daneben wurden Bestimmungen der Parteiverfassung nachgeschärft, die für die Parteikomitees in den Unternehmen nun eine stärkere Führungsrolle vorsehen. In den Entscheidungsstrukturen der Staatsunternehmen schlägt sich diese Aufwertung darin nieder, dass die Parteikomitees gemäß den Unternehmenssatzungen den betriebseigenen Entscheidungsgremien vorgelagert sind, da Entscheidungen von strategischer Reichweite dort zunächst diskutiert und dann weitergegeben werden sollen. Zudem soll der Vorstandsvorsitzende in Personalunion als Parteisekretär des jeweiligen Unternehmens fungieren. Im Ergebnis hat sich damit erneut eine formalisierte Verankerung der KPCh in den Unternehmensstrukturen vollzogen (Rosen et al. 2018: 23–24; Naughton 2018: 375, 383). Analog berichten Privat- und Auslandsunternehmen von wachsendem politischem Druck, Parteizellen in ihre Organisation zu integrieren und dort, wo derartige Zellen bereits bestehen, den wachsenden Einfluss dieser Parteigremien zu akzeptieren (Tai 2018).

Externe und interne Krisen sind die zentralen Antriebskräfte der institutionellen Reformen und der Umsteuerung des Wirtschaftsmodells. Beispielsweise hatte die VR China auf das Kriseln und Taumeln der euro-atlantischen Wirtschafts- und Finanzsysteme und die damit korrelierende Schwächung der Absatzmärkte 2007/2008 mit Maßnahmen zum Ausbau des Binnenkonsums und einem nationalen Konjunkturförderprogramm reagiert. Die Binnennachfrage kann jedoch nur langfristig gesteigert werden, wenn die Bevölkerung nicht gezwungen ist, im Schleier der Unwissenheit gefangen Geld für etwaige Notzeiten anzusparen. So erklärt sich der Einsatz für den Ausbau der sozialen Sicherungsnetze als Maßnahme zur Stabilisierung der chinesischen Wirtschaft und, langfristig betrachtet, zur Sicherung der Output-Legitimität des Ein-Parteien-Systems. Zugleich aber reagiert die Partei- und Staatsführung auf sich zuspitzende Konflikte, die aus der Stratifizierung der Gesellschaft und den extremen Entwicklungsdisparitäten resultieren. Institutioneller Wandel erfolgt als präemptive Systemkorrektur, mit dem Ziel, die Funktionsfähigkeit des Systems zu erhalten und seine Legitimität durch die Inkorporation und Kooptation systemrelevanter Akteursgruppen abzusichern.

Reformsteuerung durch Formalisierung, Institutionalisierung, Verrechtlichung: Das Beispiel der Urbanisierungspolitik

Mit dem 3. Plenum des 18. Zentralkomitees wurden im November 2013 umfassende Reformen in 15 Policy-Feldern beschlossen. Mit diesen werden Institutionen und Regelwerke der Mao-Ära wie die Ein-Kind-Politik oder das Haushaltsregistrierungssystem (*hukou*) restrukturiert respektive deaktiviert. Derartige Maßnahmen nehmen ihren Ausgangspunkt darin, dass Hochrechnungen eine extreme Überalterung der chinesischen Gesellschaft und das Fehlen von (billigen) Arbeitskräften prognostizieren. Vor diesem Hintergrund wurden ergänzende Strategien zur Rekrutierung von Arbeitskräften für den urbanen Raum erarbeitet. Der 2014 vorgelegte Urbanisierungsplan⁷ legalisiert durch die Hintertür die chinesische Land-Stadt-Migration, zumindest mit Blick auf entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte. Der demografische Wandel⁸ – mit dem China seinen Wirtschaftsvorteil, das Überangebot an billigen Arbeitskräften, verliert und der China zugleich mit dem Problem der alternden Gesellschaft, für deren Pflege und Betreuung es an Personal und qualifizierten Strukturen mangelt, konfrontiert – katalysiert damit eine grundlegende Restrukturierung des chinesischen (Wirtschafts-) Systems.

Mit einem Urbanisierungsplan, der eine „Urbanisierung neuen Typs“ ankündigt, die „den Menschen in den Mittelpunkt stellt“, soll die Urbanisierungsrate erhöht werden: Insgesamt 100 Millionen Menschen aus ländlichen Gebieten sollen von

7 Für eine Analyse und Diskussion siehe Taylor (2015).

8 Ob der demografische Wandel automatisch eine Krise des chinesischen Wirtschaftsmodells nach sich ziehen wird oder nicht doch auch unter veränderten Rahmenbedingungen eine Stabilisierung möglich wäre, erörtern Eggleston et al. (2013).

2014 bis 2020 in urbane Zentren ziehen.⁹ Bereits Ende 2019 stieg die Urbanisierungsrate in China auf über 60%. Erst kürzlich kündigte China an, Reformanstrengungen zu intensivieren, um die selbstgesteckten Ziele noch in diesem Jahr zu erreichen (Xinhua 2020). Hierzu sollen Millionen von Wanderarbeitern, die sich seit vielen Jahren ohne offizielle Aufenthaltsberechtigung in den chinesischen Megacities verdingen, legalisiert werden. Zudem sollen neue Städte aufgebaut und lokale Ansammlungen von formal voneinander unabhängigen Ortschaften zu urbanen Räumen verdichtet werden. Modernisierung wird so mit einer gesteuerten Urbanisierung gleichgesetzt, die anstelle einer Unterbindung der Binnenmigration auf ein Anreizsystem setzt, über das die Ansiedlung jenseits der Megacities befördert werden soll. Teil dieser Strategie ist die Bildung moderner Metropolregionen in und um die wirtschaftlichen Schlüsselregionen des Landes. So soll beispielsweise über den Ausbau moderner Infrastruktur-, Transport- und Kommunikationsnetzwerke zwischen Peking, der Hafenstadt Tianjin und den angrenzenden Teilen der Provinz Hebei ein neues Metropol-Cluster entstehen; ähnliche wirtschaftsstarke Zusammenschlüsse sind im Yangzi-Delta und in der Perlfussregion geplant.

Gerade am Beispiel der Urbanisierung zeigt sich, wie die fünfte Führungsgeneration aus den Fehlschlägen und partiell gescheiterten Reforminitiativen der vorangegangenen Führungsgeneration gelernt hat. Die ersten Eco-City-Initiativen hatten nicht selten als dysfunktionale Geisterstädte geendet und waren in Zeiten niedriger Zinsen als Spekulations- und Sparanlageobjekte entdeckt worden (Caprotti 2014; Rapoport 2014). Retrospektiv betrachtet ist dies wenig überraschend – waren diese Städte doch oft in eher entlegeneren Regionen und ohne Anschluss zu den Wirtschaftszentren konzipiert worden. Die neuen Stadtgründungen sind als grüne, nachhaltige Städte im direkten Umkreis zentraler Wirtschaftsstandorte konzipiert und versprechen höhere Lebensqualität – so beispielsweise das Stadtprojekt Xiong'an (China Daily 2017) in der Provinz Hebei, das über einen Hochgeschwindigkeitszug mit der nahe gelegenen Hauptstadt Peking verbunden werden soll.

Reformwiderstände und -legitimation

Die zuvor dargelegten Reformprozesse in verschiedenen Teilsystemen von Staat und Partei haben Widerstand hervorgerufen und dadurch neuen Legitimationsbedarf erzeugt. Die lokale Ebene ist hiervon besonders schwer betroffen. So hat der von der zentralen Führung induzierte Reformdruck lokale Verwaltungen von verschiedenen Seiten derart unter Stress gesetzt, dass diese in einen Zustand der Lähmung und Untätigkeit verfallen sind (Yang und Jian 2018: 116). Die Formalisierung und Verrechtlichung der Reformpolitik unter Xi Jinping generiert damit unverhofft neue Probleme. Auf lokaler Ebene schrecken viele Lokalregierungen aus Angst, der

9 Zur Entwicklung und Zielsetzung der chinesischen Urbanisierungspläne: Chan (2014; 2016).

Korruption beschuldigt zu werden, nun vor experimentellen Regelungen zurück, die zuvor eine den lokalen Bedingungen entsprechende Politikgestaltung ermöglicht hatten (Chen 2017). Während vormals regionale Reformexperimente bei der konkreten Umsetzung von zentralstaatlichen Zielvorgaben in einen Wettbewerb um das beste Modell (*best practice*) mündeten und damit ein Nährboden für politische Innovationen gegeben war,¹⁰ ist nun das Bemühen um Kongruenz mit den gesetzlichen Vorgaben vorherrschend. Werden die Beschlüsse und Zielvorgaben der Zentralregierung als zu vage eingestuft, verharren die lokalen Verwaltungseinheiten seitdem in passiver Warteposition. In Reaktion auf diese Missstände signalisiert die Zentralregierung zunehmend offensiv ihre Zustimmung zu experimentellen Anpassungen und geißelt Tatenlosigkeit. Xi warnt explizit davor, die Anti-Korruptionskampagne als Vorwand zu nehmen, um sich Verantwortung und Pflichten zu entziehen (Xinhua 2019a). Stattdessen werden individuelle Kader stärker in die Pflicht zum Anstoßen von Reformen genommen, Reformverfahren im Modus von *trial and error* ausdrücklich gebilligt und die Verankerung von Spielräumen für lokale Initiativen in den Reformplänen der Zentralbehörden angekündigt (Yang und Jian 2018: 117–118).

Die gegenwärtige Reformpolitik der chinesischen Staats- und Parteiführung ist auch durch ein Bemühen um Responsivität gegenüber dem sich in der Gesellschaft formierenden Unmut gekennzeichnet. So eröffnete Ministerpräsident Li Keqiang auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2014 den „Krieg gegen (Umwelt-) Verschmutzung“ (Xinhua 2014b). Damit reagiert die Xi-Li-Regierung auf die eklatante Luftverschmutzung, Smog und Feinstaub in den urbanen Industrie- und Ballungszentren, die als Ursache von Millionen frühzeitiger Todesfälle gelten (und damit nicht zuletzt den demografischen Wandel zusätzlich negativ beeinflussen).

Wenngleich die 2013 angekündigten Reformen der Re-Stabilisierung und damit der Machtkonsolidierung dienen,¹¹ birgt doch jede staatliche Regulierung und korrigierende Intervention die Gefahr, dass sich die hiervon betroffenen Akteursgruppen auch in Opposition zum System in Stellung bringen könnten. Informelle Institutionen zeigen dabei pfadabhängig eine gewisse Resistenz gegenüber Reformmaßnahmen und können sich daher destruktiv auf die Ziele der Reformer auswirken. Es gilt folglich, bei der Initiierung und Implementierung von Reformkonzepten sowohl die Notwendigkeit einer Kurskorrektur zu vermitteln als auch Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der neuen Strukturen zu generieren. Dies geschieht über eine Anpassung der Teilbausteine der Legitimierungsstrategie des Systems auf der operational-funktionalen wie auch auf der rhetorischen Ebene. Hierbei greift das System verstärkt auf Elemente der symbolischen Legitimierung

10 Zu lokalen Policy-Experimenten und innovativen Lösungsmodellen vgl. Heilmann (2008); Fewsmith (2013); Teets und Hurst (2014).

11 Quades Untersuchung zufolge korrelierte die Einstellung der früheren Anti-Korruptionskampagnen jeweils zeitlich mit der (Re-)Stabilisierung der chinesischen Wirtschaft und dem Rückgang der Inflation (Quade 2007).

zurück – so mit der Beschwörung einer „neuen Ära“ des chinesischen Sozialismus auf dem 19. Parteitag (Oktober 2017). Gleichzeitig wird durch gezieltes Agenda-Setting und rhetorische Verknüpfungen die Legitimationsbasis für umstrittene Reformen geschaffen. So hat Xi Jinping insbesondere während seiner ersten Amtszeit (2012–2017) ein Narrativ zu den ideologischen Systemschwächen und Effizienzdilemmata der ehemaligen Sowjetunion eingeführt (vgl. Lam 2015: 76; Fewsmith 2016: 107–108). Parallel werden die Reformmaßnahmen durch eine stärkere Überwachung systemkritischer Stimmen und abweichender Parteikader, Zensur sowie die bewusste Steuerung des öffentlichen Diskurses begleitet (Economy 2018; Shirk 2018).

Auf chinesischen Expertenworkshops wurden die Ursachen des Zusammenbruchs des sowjetischen Sozialismus identifiziert – die Reformen von 2013 werden als Lehren aus dieser Analyse ausgewiesen. Der Abfluss von Geldern und die Systemflucht von Kadern wird in der offiziellen Retrospektive als Beginn der Erosion sozialistischer Systeme sowjetischen Typs eingestuft. Mit dieser Krisennarration und Analogiebildung wird Akzeptanz für die internationale Ausweitung der Anti-Korruptionskampagne in Form einer weltweiten Suche nach flüchtigen chinesischen „Wirtschaftskriminellen“ generiert: chinesische Statistiken dokumentieren eine exponentiell zunehmende Emigration von Staatsbürgern (zumeist Parteikadern). Für den Zeitraum 2007 bis 2012 taxierten offizielle Berichte die Zahlen von Wirtschaftsflüchtlingen auf jährlich 1000 Beamte. Für 2013 lagen die Schätzungen zum Vermögen chinesischer Staatsbürger im Ausland nach Presseberichten zwischen 450 und 660 Milliarden US\$ (Voigt 2012; Frank 2013; Xinhua 2015).

Die Rezentralisierung politischer Macht wird von den chinesischen Führungseliten als notwendiger Schritt gesehen, Systemauswüchsen entgegenzutreten und die Output-Legitimität der chinesischen Zentralregierung zu sichern. Gegen Amtsmissbrauch und Machtwillkür formieren sich Widerstandsbewegungen in der Bevölkerung, die sich zu Protesten gegen das System als solches entwickeln könnten – und denen die obersten Führungseliten folglich im Sinne des Machterhalts entgegentreten müssen, notfalls auch gegen Widerstand anderer Elite-Gruppen. So setzt die oberste Partei- und Staatsführung bei der Legitimierung ihrer Restrukturierungs- und Säuberungskampagnen auf die Unterstützung der „Massen“ (Wedeman 2005: 97). Um diese für ihren Reformkurs zu gewinnen, bettet sie auch diese Kampagnen in ein offizielles Reformnarrativ ein. Die chinesischen Anti-Korruptionskampagnen wurden und werden über die Staatsmedien dokumentiert (Manion 2004) – so auch 2015/2016 über die Dokumentationsreihe „Always on the Road“ (*Yongyuan zai lu shang*) und die Polit-Serie „Im Namen des Volkes“ (*Renmin de mingyi*), mit der die Anti-Korruptionskampagne als erfolgreiches Element der Stärkung des Rechts und der rechtsgestützten Herrschaft präsentiert wird (Ryan 2016). Die Partei, so die Schlüsselbotschaft, erneuert sich selbst, es besteht damit kein Grund für einen revolutionären Umsturz des Systems durch die Bevölkerung.

Nachdem mit dem 3. Plenum 2013 eine Kurskorrektur des Wachstumsmodells in Aussicht gestellt und mit der Ankündigung der Stärkung rechtsgestützter Strukturen durch das 4. Plenum 2014 auch implizit die Forderung nach mehr Transparenz und Responsivität des Systems aufgenommen worden war, erfolgte in der zweiten Amtszeit Xis eine institutionelle Konkretisierung dieser abstrakten Zielvorgaben. Das 4. Plenum des 19. Zentralkomitees bekräftigte in seiner Abschlusserklärung (31. Oktober 2019) die weitere Modernisierung des chinesischen Governance-Systems sowie seiner Governance-Kapazitäten – bei gleichzeitiger Wahrung des „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“ (Xinhua 2019b). Die hier gewählte Terminologie verdeutlicht exemplarisch, dass die Formalisierung ursprünglich adaptiver, informeller Institutionen der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der administrativen Systemstrukturen dient. Durch die Verankerung neuer Checks and Balances wird vertikal kommuniziert, dass die oberste Spitze des Partei-Staates ein Lösungsmodell gefunden hat, das auf die Spannungen und Konflikte zwischen Bevölkerung und lokalen Staats- und Parteiorganen reagiert. Dieses Lösungsmodell wurde von den Eliten neopatrimonial konfiguriert und top-down gesetzt. Mit seiner Formalisierung und Institutionalisierung wird das Ergebnis der internen horizontalen Aushandlungsprozesse zementiert, der institutionelle Reformprozess ist damit abgeschlossen. Den auf die Zukunft gerichteten Versprechen der Parteiführung, die erst bei Erreichen der finalen Stufe des chinesischen Sozialismus eingelöst werden könnten, sind kurzfristige, sichtbare Reformprojekte an die Seite gestellt worden. Das Ein-Parteien-System kommuniziert seine Reformbereitschaft und wirkt aktiv dem Erstarken von Gegeneliten in Wirtschaft und Gesellschaft entgegen.

Conclusio

Lange Zeit war die politikwissenschaftliche China-Analyse dem Ansatz des Historischen Institutionalismus folgend davon ausgegangen, dass die VR China an ihren ererbten Institutionen (der Mao-Ära) festhalten würde und generelle Kurswechsel ausgeschlossen wären. Institutionelle Reformen wurden als minimale Adjustierungen eingestuft, die mit dem Ansatz der „lernfähigen Autokratie“ und der „pragmatischen Resilienz“ kompatibel schienen. Die unter Xi Jinping 2012/13–2019 durchgesetzten Reformen gehen jedoch über dieses Muster hinaus, nehmen erstmals formalisierte und verrechtlichte Erweiterungen und Restrukturierungen der 1949 errichteten Institutionenordnung vor.

Die (auf Deng Xiaoping zurückgehende) Idee einer Trennung von Staat und Parteiapparat ist mit der Verankerung der Führungsrolle der KPCh in der Verfassung final ad acta gelegt worden. Die Gesamtbilanz zeigt, dass die eingeleiteten Verrechtlichungsprozesse die Kontrolle der Partei über Staat und Gesellschaft stärken und nicht automatisch zum Aufbau einer auf allen Ebenen unabhängigen Justiz führen (müssen). Dennoch stehen die 2018 vorgenommenen institutionellen Adjustierungen nicht für eine Rückkehr in die Mao-Ära, sondern verdeutlichen, dass der Staatsbildungsprozess der VR China weiterhin nicht abgeschlossen ist. Der

Umbau erfolgt nicht nach dem Vorbild westlich-liberaler Systeme, sondern greift indirekt Elemente der vormodernen chinesischen Staats- und Institutionentheorie auf und integriert diese in das leninistische Partei-Staat-Konglomerat.

Zu erwarten wäre, dass derartige Systemumstrukturierungen als Abkehr von den bisherigen Grundprinzipien eingestuft werden und damit Widerstand auf den Plan rufen oder aber eine allgemeine Debatte über alternative chinesische Staatskonzeptionen eröffnen könnten. Durch die Umgehung der etablierten Strukturen via Sonderstrukturen – die Führungsgruppen – und ihre Überführung in die Staatsstrukturen nach Ausschaltung der parteiinternen Opposition sowie durch die Platzierung gezielter Reform-Narrative hat die Parteispitze diesen Kurswechsel geschickt orchestriert. Die offiziellen Kontinuitäts-Narrative scheinen somit nur auf den ersten Blick im Einklang mit den Grundannahmen des Historischen Institutionalismus zu stehen. Eine Analyse der offiziellen Reden Xi Jinpings und Reformdokumente der Partei verdeutlicht, dass die politische Führung mit einer „konstruierten, imaginierten Pfadabhängigkeit“ operiert. Die Grundformeln des Systems – wie der „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“ – bleiben konstant. Doch die Schritte zur Zielerreichung, so die top-down kommunizierte Botschaft, müssen den identifizierten „neuen“ Entwicklungsphasen und „neuen“ Hauptwidersprüchen angepasst werden. Modellbildungen des Diskursiven Institutionalismus und der allgemeinen Steuerungstheorie legen nahe, die seit 2012/13 vorgenommenen Reformmaßnahmen als eine neue Granulationsstufe innerhalb der Hybridregime einzuordnen und nicht als Rückkehr zu maoistischen Herrschafts- und Systemstrukturen zu verbuchen. Die politische Führung ist sich der Gefahr bewusst, die mit der Einleitung von Korrekturmaßnahmen – wie der Anti-Korruptionskampagne – und ihrer Einstellung einhergeht. Die 2012 unter Xi eingeleitete Kampagne ist nicht aufgehoben, sondern in neue Strukturen überführt worden, die einerseits die seitdem erzielten Änderungen irreversibel verankern und andererseits das System zugleich weiterhin auf Reformkurs halten (sollen).

Literatur

- BBC News (2018): „Xue zhe cheng Zhongguo jigou gaige huigui ‚dang zheng he yi‘, guowuyuan quanli bei xue“ (Wissenschaftler sehen in den institutionellen Reformen in China eine Rückkehr zum Prinzip der Einheit von Partei und Staat, die Macht des Staatsrats wird reduziert), in: *BBC News*, 21. März, <https://www.bbc.com/zhongwen/simp/chinese-news-43484361> (Aufruf: 23.2.2019)
- Béland, Daniel (2009): „Ideas, Institutions, and Policy Change“, in: *Journal of European Public Policy*, 16, 5: 701–718
- Buckley, Chris (2017): „In China, Fears That New Anticorruption Agency Will Be Above the Law“, in: *The New York Times*, 29. November, <https://www.nytimes.com/2017/11/29/world/asia/china-xi-jinping-anticorruption.html> (Aufruf: 24.2.2019)
- Caprotti, Federico (2014): „Critical Research on Eco-Cities? A Walk Through the Sino-Singapore Tianjin Eco-City, China“, in: *Cities*, 36: 10–17
- Chan, Kam Wing (2014): „China’s Urbanization 2020: A New Blueprint and Direction“, in: *Eurasian Geography and Economics*, 55, 1: 1–9
- (2016): „Fundamentals of China’s Urbanization and Policy“, in: *The China Review*, 10, 1: 63–94

- Chen, Xuelian (2017): „A U-Turn or Just Pendulum Swing? Tides of Bottom-Up and Top-Down Reforms in Contemporary China“, in: *Journal of Chinese Political Science*, 22, 4: 651–673
- China Daily (2014): „CPC rolls out ‘mass line’ rules“, in: *China Daily*, 23. Januar, http://www.chinadaily.com.cn/china/2014-01/23/content_17254866.htm (Aufruf: 25.2.2019)
- (2017): „Xiongan New Area: City of Chinese Dreams“, in: *China Daily*, 2. Mai, http://www.chinadaily.com.cn/china/2017-05/02/content_29163249.htm (Aufruf: 20.5.2017)
- China Dashboard (2019): „China Dashboard Fall 2019 Update“, <https://chinadashboard.asiasociety.org/fall-2019/page/overview> (Aufruf 15.2.2020)
- Cox, Robert Henry (2001): „The Social Construction of an Imperative: Why Welfare Reform Happened In Denmark And The Netherlands But Not In Germany“, in: *World Politics*, 53: 463–498
- Deng, Jinting (2018): „The National Supervision Commission: A New Anti-corruption Model in China“, in: *International Journal of Law, Crime and Justice*, 52: 58–73
- Economy, Elizabeth (2014): „China’s Imperial President“, in: *Foreign Affairs*, 93, 6: 80–91
- Economy, Elizabeth (2018): „The great firewall of China: Xi Jinping’s internet shutdown“, in: *The Guardian*, 29. Juni, <https://www.theguardian.com/news/2018/jun/29/the-great-firewall-of-china-xi-jinpings-internet-shutdown> (Aufruf: 26.02.2019)
- Eggleston, Karen; Oi, Jean C.; Rozelle, Scott; Sun, Ang; Walder, Andrew; Zhou, Xueguang (2013): „Will Demographic Change Slow China’s Rise?“, in: *The Journal of Asian Studies*, 72, 3: 505–518
- Epoch Times (2018): „Xi shengji si ge ‚lingdao xiaozu‘. Wang Qishan liao zhuguan waishi“ (Xi Jinping wertet vier „Kleine Führungsgruppen“ auf. Wang Qishan soll Außenbeziehungen koordinieren), in: *Epoch Times*, 22. März, <http://www.epochtimes.com/gb/18/3/21/n10237763.htm> (Aufruf: 22.2.2019)
- Fabre, Guihelm (2017): „Xi Jinping’s Challenge: What Is behind China’s Anti-Corruption Campaign?“, in: *Journal of Self-Governance and Management Economics*, 5, 2: 7–28
- Fewsmith, Joseph (2013): *The Logic and Limits of Political Reform in China*. New York: Cambridge University Press
- Fewsmith, Joseph (2016): „The Challenges of Stability and Legitimacy“, in: Ross, Robert S.; Bekkevold, Jo Inge (Hgg.): *China in the Era of Xi Jinping: Domestic and Foreign Policy Challenges*. Washington, D.C.: Georgetown University Press, 92–114
- Frank, Robert (2013): „China’s Rich Fleeing the Country“, in: *CNBC*, 1. Februar, <http://www.cncb.com/2013/11/25/chinas-rich-fleeing-the-countrywith-their-fortunes.html> (Aufruf: 1.2.2017)
- Fu, Hualing (2016): „China’s Striking Anti-Corruption Adventure: A Political Journey Towards the Rule of Law?“, in: Chen, Weitseng (Hg.): *The Beijing Consensus? How China Has Changed the Western Ideas*. Cambridge: Cambridge University Press, 249–274
- Garton Ash, Timothy (2015): „Xi Jinping’s China is the Greatest Political Experiment on Earth“, in: *The Guardian*, 1. Juni, <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/jun/01/war-peace-depend-chinadomestic-success> (Aufruf: 25.5.2017)
- Goldfinch, Shaun; ‘t Hart, Paul (2003): „Leadership and Institutional Reform: Engineering Macroeconomic Policy Change in Australia“, in: *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions*, 16, 2: 235–270
- Gov.cn (2018): „Zhonggong Zhongyang yinfa ‘Shenhua dang he guojia jigou gaige fang’an’“ (ZK: Programm zur Vertiefung der Reform von Partei- und Staatsapparat), http://www.gov.cn/zhengce/2018-03/21/content_5276191.htm#1 (Aufruf: 20.2.2019)
- Hao, Yufan (1999): „From Rule of Man to Rule of Law: An Unintended Consequence of Corruption in China in the 1990s“, in: *Journal of Contemporary China*, 8, 22: 405–423
- He, Zengke (2000): „Corruption and Anti-Corruption in Reform China“, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 33, 2: 243–270

- Heilmann, Sebastian (2008): „Policy Experimentation in China’s Economic Rise“, in: *Studies on Comparative International Development*, 43, 1: 1–26
- Hu, Xiaobo (2017): „China’s New Normal: Challenges to Old Politics of Economic Reforms“, in: *Journal of Chinese Political Science*, 22, 3: 449–460
- Lam, Willy Wo-Lap (2015): *Chinese Politics in the Era of Xi Jinping. Renaissance, Reform, or Retrogression?* New York: Routledge
- Lam, Willy (2018): „At China’s ‘Two Sessions’, Xi Jinping Leaves His Mark on the Party State“, in: *China Brief*, 18, 5: 1–4
- Lardy, Nicholas (2018): „Private sector development“, in: Garnaut, Ross; Song, Ligang; Fang, Cai (Hgg.): *China’s 40 Years of Reform and Development 1978–2018*. Acton: ANU Press, 329–344
- Lee, Sangkuk (2017): „An Institutional Analysis of Xi Jinping’s Centralization of Power“, in: *Journal of Contemporary China*, 26, 105: 325–336
- Li, He (2015): *Political Thought and China’s Transformation. Ideas Shaping Reform in Post-Mao China*. New York: Palgrave Macmillan
- Li, Li; Wang, Peng (2019): „From Institutional Interaction to Institutional Integration: The National Supervisory Commission and China’s New Anti-corruption Model“, in: *The China Quarterly*, 240: 967–989
- Lieberman, Robert C. (2002): „Ideas, Institutions, and Political Order: Explaining Political Change“, in: *American Political Science Review*, 96, 4: 697–712
- Manion, Melanie (2004): *Corruption by Design. Building Clean Government in Mainland China and Hong Kong*. Cambridge: Harvard University Press
- Miller, Alice (2008): „The CCP Central Committee’s Leading Small Groups“, in: *China Leadership Monitor* 26, 2. September, <http://www.hoover.org/sites/default/files/uploads/documents/CLM26AM.pdf> (Aufruf: 2.3.2017)
- (2014): „More Already on the Central Committee’s Leading Small Groups“, in: *China Leadership Monitor* 44, 28. Juli, <http://www.hoover.org/sites/default/files/research/docs/clm44am.pdf> (Aufruf: 2.3.2017)
- Misra, Kalpana (1998): *From Post-Maoism to Post-Marxism: The Erosion of Official Ideology in Deng’s China*. New York: Routledge
- Naughton, Barry (2014): „After the Third Plenum: Economic Reform Revival Moves toward Implementation“, in: *China Leadership Monitor* 43, 14. März, <https://www.hoover.org/research/afterthird-plenum-economic-reform-revival-moves-toward-implementation> (Aufruf: 2.3.2017)
- (2018): „State enterprise reform today“, in: Garnaut, Ross; Song, Ligang; Fang, Cai (Hgg.): *China’s 40 Years of Reform and Development 1978–2018*. Acton: ANU Press, 375–391
- People’s Daily (2013): „Xi Demands Implementation of ‘Mass Line’ Campaign“, in: *People’s Daily*, 10. Dezember, <http://en.people.cn/90785/8479207.html> (Aufruf: 22.2.2019)
- (2018): „CPC Releases Plan on Deepening Reform of Party and State Institutions“, in: *People’s Daily*, 22. März, <http://en.people.cn/n3/2018/0322/c90000-9440252.html> (Aufruf: 20.2.2019)
- Qiushi (2015): „Xi Jinping: Fan fu shi weile bimian wang dang wang guo“ (Xi Jinping: Korruptionsbekämpfung soll den Tod von Partei und Staat verhindern), http://news.ifeng.com/a/20150810/44390978_0.shtml (Aufruf: 2.3.2017)
- Quade, Elisabeth A. (2007): „The Logic of Anticorruption Enforcement Campaigns in Contemporary China“, in: *Journal of Contemporary China*, 16, 50: 65–77
- Rapoport, Elizabeth (2014): „Utopian Visions and Real Estate Dreams: The Eco-City Past, Present and Future“, in: *Geography Compass*, 8, 2: 137–149
- Rose-Ackermann, Susan (2010): „Corruption: Greed, Culture, and the State“, in: *The Yale Law Journal*, 120: 125–140

- Rosen, Daniel H; Leutert, Wendy; Guo, Shan (2018): „Missing Link: Corporate Governance in China’s State Sector“, An Asia Society Special Report with Rhodium Group, https://asiasociety.org/sites/default/files/inline-files/ASNC_Rhodium_SOEReport.pdf (Aufruf: 19.2.2019)
- Ryan, Fergus (2016): „China’s Anti-Corruption Drive Moves Into Television Dramas“, in: China Film Insider, 26. April, <http://chinafilminsider.com/china-anti-corruption-drive-moves-television-dramas/> (Aufruf: 2.4.2017)
- Sabatier, Paul A.; Weible, Christopher M. (2007): „The Advocacy Coalition Framework: Innovation and Clarifications“, in: Sabatier, Paul A. (Hg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press, 189–220
- Schmidt, Vivien A. (2008): „Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse“, in: *Annual Review of Political Science*, 11: 303–326
- Schmidt, Vivien A. (2010): „Taking Ideas and Discourse Seriously: Explaining Change through Discursive Institutionalism as the Fourth New Institutionalism“, in: *European Political Science Review*, 2, 1: 1–25
- Shirk, Susan L. (2018): „China in Xi’s “New Era”: The Return to Personalistic Rule“, in: *Journal of Democracy*, 29, 2: 22–36
- Tai, Catherine (2018): „China’s Private Sector Is Under Siege“, in: *The Diplomat*, 22. Dezember, <https://thediplomat.com/2018/12/chinas-private-sector-is-under-siege/> (Aufruf: 17.2.2019)
- Taylor, Jon R. (2015): „The China Dream is an Urban Dream: Assessing the CPC’s National New-Type Urbanization Plan“, in: *Journal of Chinese Political Science*, 20, 2: 107–120
- Teets, Jessica; Hurst, William (Hgg.) (2014): *Local Governance Innovation in China: Experimentation, Diffusion, and Defiance*. New York: Routledge
- Tiezzi, Shannon (2013): „The Mass Line Campaign in the 21st Century“, in: *The Diplomat*, 27. Dezember, <https://thediplomat.com/2013/12/the-mass-line-campaign-in-the-21st-century/> (Aufruf: 18.2.2019)
- True, James L.; Jones, Bryan D.; Baumgartner, Frank R. (2007): „Punctuated-Equilibrium Theory: Explaining Stability and Change in Public Policymaking“, in: Sabatier, Paul A. (Hg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press, 155–187
- Tsai, Kellee S. (2006): „Adaptive Informal Institutions and Endogenous Institutional Change in China“, in: *World Politics*, 59, 1: 116–141
- Voigt, Benedikt (2012): „Die korrupte Kaste der Staatsfunktionäre“, in: *Der Tagesspiegel*, 15. September, <https://www.tagesspiegel.de/politik/china-die-korrupte-kaste-der-staatsfunktionaere/7136846.html> (Aufruf: 1.2.2017)
- Wedemann, Andrew (2005): „Anticorruption Campaigns and the Intensification of Corruption in China“, in: *Journal of Contemporary China*, 14, 42: 93–116
- Xinhua (2012): „Full Text of Hu Jintao’s Report at the 18th Party Congress“, in: *Xinhua*, 17. November, http://news.xinhuanet.com/english/special/18cpcnc/2012-11/17/c_131981259.htm (Aufruf: 20.4.2017)
- (2013a): „Xi Jinping: Guanyu ‚Zhonggong Zongyang guanyu quanmian shenhua gaige ruogan zhongda wenti de jueding‘ de shuoming“ (Xi Jinping: Erläuterung zur „Resolution des Zentralkomitees zu einigen wichtigen Fragen bei der umfassenden Vertiefung der Reformen“), in: *Xinhua*, 15. November, http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/15/c_118164294.htm (Aufruf: 25.5.2017)
- (2013b): „Xinhua Insight: 35 Years On, China Ready for New Round of Reform“, in: *Xinhua*, 7. November, http://news.xinhuanet.com/english/indepth/2013-11/07/c_132868621.htm (Aufruf: 25.5.2017)

- (2013c): „Zhonggong Zhongyang guanyu quanmian shenhua gaige ruogan zhongda wenti de jue ding“ (Resolution des Zentralkomitees zu einigen wichtigen Fragen bei der umfassenden Vertiefung der Reformen), in: *Xinhua*, 15. November, http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/15/c_118164235.htm (Aufruf: 25.5.2017)
- (2014a): „Highlights of Communiqué of 4th Plenary Session of CPC Central Committee“, in: *Xinhua*, 23. März, http://news.xinhuanet.com/english/china/2014-10/23/c_133737957.htm (Aufruf: 25.5.2017)
- (2014b): „Xinhua Insight: China Declares War Against Pollution“, in: *Xinhua*, 5. März, http://news.xinhuanet.com/english/special/2014-03/05/c_133163557.htm (Aufruf: 20.4.2017)
- (2015): „China Voice: Fox Hunt Dashes Dreams of Corrupt Officials“, in: *Xinhua*, 8. Januar, http://news.xinhuanet.com/english/china/2015-01/08/c_133906288.htm (Aufruf: 7.2.2017)
- (2017): „China to Set Up National Supervision Commission Next Year“, in: *Xinhua*, 30. Oktober, http://www.xinhuanet.com/english/2017-10/30/c_136713601.htm (Aufruf: 20.4.2018)
- (2018): „Zhonghua renmin gongheguo xianfa“ (Verfassung der VR China), in: *Xinhua*, 22. März, http://www.gov.cn/guoqing/2018-03/22/content_5276318.htm (Aufruf: 25.03.2018)
- (2019a): „Xi highlights Party building in central Party, state institutions“, in: *Xinhua*, 9. Juli, http://www.xinhuanet.com/english/2019-07/09/c_138212488.htm, (Aufruf 17.02.2020)
- (2019b): „Zhonggong zhongyang guanyu jianshe he wanshan Zhongguo tese shehuizhuyi zhidu tuijin guojia zhili tixi he zhili nengli xiandaihua ruogan zhongda wenti de jue ding“ (Central Committee decision on some major issues concerning how to uphold and improve the systems of socialism with Chinese characteristics and to advance the modernization of China’s governance system and governance capacities), in: *Xinhua*, 5. November, http://www.xinhuanet.com/politics/2019-11/05/c_1125195786.htm, (Aufruf 25.2.2020)
- (2020): „China sprints to meet 2020 urbanization goal“, in: *Xinhua*, 19. Januar, http://www.xinhuanet.com/english/2020-01/19/c_138718498.htm (Aufruf: 16.2.2020)
- Yang, Xuedong; Jian, Yan (2018): „Top-level Design, Reform pressures, and Local Adaptions: An Interpretation of the Trajectory of Reform since the 18th CPC Party Congress“, in: Noesselt, Nele (Hg.): *Governance Innovation and Policy Change. Recalibrations of Chinese Politics under Xi Jinping*. London: Lexington, 97–123
- Yuen, Samson (2014): „Disciplining the Party. Xi Jinping’s anti-corruption campaign and its limits“, in: *China Perspectives*, 3: 41–47
- Zaobao (2018): „Zhonggyang shengai, wangxin, caijing, waishi liangdao xiaozu gai wei weiyuanhui“ (Das Zentralkomitee beschließt die Umwandlung der Kleinen Führungsgruppen für die Vertiefung der Reformen, Cybersicherheit und Digitalisierung, Finanzen und Ökonomie, Auswärtige Angelegenheiten in Kommissionen), in: *Lianhe Zaobao*, 21. März, <https://www.zaobao.com.sg/realtime/china/story20180321-844566> (Aufruf: 20.2.2019)
- Zhao, Suisheng (2017): „Whither the China Model: Revisiting the Debate“, in: *Journal of Contemporary China*, 26, 103: 1–17
- Zheng, Yongnian (2007): *De Facto Federalism in China: Reforms and Dynamics of Central-Local Relations*. Singapore: World Scientific
- Zittoun, Philippe (2009): „Understanding Policy Change As a Discursive Problem“, in: *Journal of Comparative Policy Analysis*, 11, 1: 65–82

Refereed article

Westdeutsche technische Hilfe in Südkorea während der 1960/70er-Jahre – am Beispiel der Berufsschulen in Incheon und Naju*

Max Altenhofen

Summary: This research gives insight into the technical assistance provided by West Germany to South Korea during the 1960s and early 1970s, focusing on the vocational schools in Incheon and Naju. Both schools were run as partner projects: While the German side dispatched experts and sent technical equipment, the Koreans provided the school buildings and counterpart teachers. On-site, conflicts between the German and Korean actors involved — but also among the German experts themselves — arose due to different expectations and ideas on development and vocational education. The focus in the latter was on practical training for skilled laborers, which was not conducted in-plant according to the German dual system but in the schools themselves. At the same time, value education and German-language instruction were enforced — revealing the German-centered nature of the assistance provided. After graduation, most students worked in factories near their hometown, while a few had the chance to receive further training in Germany. The two schools can be regarded as the first step toward close cooperation between Korea and Germany in the vocational education sector thereafter and up until the present.

Keywords: Technical assistance, vocational education, case study, German-Korean relations, Deutsch-Koreanische Facharbeiterschule Incheon, Deutsch-Koreanische Technische Schule Naju

Max Altenhofen ist Fellow am Center for Korean Studies der Universität Tübingen und war 2019/20 Graduate Fellow der Academy of Korean Studies. Nach seinem Bachelor in Geschichtswissenschaften an der Universität Heidelberg hat er einen Doppelmaster in Koreanistik an der Universität Tübingen und der Seoul National University abgeschlossen. Er beschäftigt sich mit den Deutsch-Koreanischen Beziehungen aus historischer Perspektive.

* This work was supported by the Core University Program for Korean Studies through the Korean Studies Promotion Service of the Academy of Korean Studies (AKS-2016-OLU-2250003).

Einleitung

1961 kam es zur Unterzeichnung des „Protokolls über die wirtschaftliche und technische Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea“. Bis 1989 leistete die BRD ca. 590 Mio. DM Kapitalhilfe und 209 Mio. DM technische Hilfe an Südkorea (Han 1991: 268–279; Köllner 1998: 29–32). Die durchgeführten Projekte im Rahmen der technischen Hilfe lassen sich wiederum in die vier Bereiche Forst- und Landwirtschaft, Infrastruktur/Industrie, Gesundheit und Bildung gliedern.¹ In diesem Artikel stehen der Bildungsbereich und genauer technische Schulen im Fokus. In den 1960er-Jahren verwendete die BRD einen Großteil der Gelder technischer Hilfe für Berufsschulen, während gleichzeitig in Korea die Regierung unter Präsident Park Chung-hee (Pak Chŏnghŭi)² einen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Facharbeitern legte.

Als erstes Partnerprojekt der Entwicklungszusammenarbeit in Korea wurde 1961 die Errichtung der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule (*handok shirŏp hakkyo*) vereinbart, die 1962 in Incheon eröffnet und bis zur Übergabe 1969 gemeinschaftlich geführt wurde. Es folgte 1964 die auf private Initiative eines deutschen Technikers gegründete Schule Hohmanneum in Naju, die 1967 in Deutsch-Koreanische Technische Schule (*handok kodŭng gisul hakkyo*) umbenannt und von 1967 bis 1973 als Partnerprojekt gefördert wurde.³ Beide Schulen wurden zeitlich kurz nacheinander gegründet, standen in Austausch miteinander und existieren unter anderem Namen bis heute als Berufsschulen.⁴

In diesem Artikel soll Entwicklungshilfe als globales Phänomen auf lokaler Ebene untersucht werden. Dieser „globale“ Ansatz nimmt „Konzepte, Konstellationen, Institutionen und Praktiken, dort wo sie entwickelt wurden, in ihrer Anwendung vor Ort und vor allem in gegenseitiger Verflechtung“ in den Fokus (Büschel und Speich 2009: 9). Damit wird den Aushandlungsprozessen der Akteure beider

-
- 1 Quellen zu diesen Projekten finden sich unter der Kategorisierungsnummer B 213 im Bundesarchiv Koblenz. Es handelt sich dabei um Akten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der ausführenden Deutschen Fördergesellschaft für Entwicklungsländer (GAWI, heute GIZ). Die Darstellung der Projekte in der Öffentlichkeit lässt sich anhand von deutschen und koreanischen Zeitungsartikeln nachvollziehen. Überdies liegen Publikationen der Schulen selbst vor, durch die auch Zeitzeugenberichte und weitere ergänzende Dokumente zugänglich werden. Der Autor hat außerdem Interviews mit Absolventen der beiden Schulen und einem deutschen Projektleiter geführt.
 - 2 Bei koreanischen Namen steht zuerst der Familienname, dann der Vorname. Dies wird für den Lesefluss beibehalten. Alle Namen wurden der revidierten McCune-Reischauer-Romanisierung folgend transkribiert. Bei Ortsnamen und berühmten Personennamen wird die bekannte Transkription verwendet und bei Erstnennung in Klammern die systematische Transkription ergänzt.
 - 3 Außerdem kommen später kirchliche Berufsschulen wie die Deutsch-Koreanische Berufsschule für Mädchen (*handok kyŏngyŏngjŏngbo yŏjagodŭng hakkyo*) in Busan hinzu, die hier jedoch auf Grund der unterschiedlichen Trägerschaft und Lehrinhalte nicht untersucht werden sollen.
 - 4 Die Deutsch-Koreanische Facharbeiterschule heißt heute Jungseok Aviation Science High School und die Deutsch-Koreanische Technische Schule besteht unter dem Namen Naju Technical High School weiter. Zur Auswahl von Fallbeispielen allgemein vgl.: Pohl 2013.

Länder Rechnung getragen. In der Entwicklungshilfe lassen sich neben den Institutionen wie Entwicklungs- und Erziehungsministerium verschiedene Akteure ausmachen: einerseits auf deutscher Seite die Beamten und Experten des BMZ und der GAWI in Bonn sowie Projektleiter, Ausbilder und Experten vor Ort; andererseits auf koreanischer Seite die sogenannten Counterparts, die in den Schulprojekten hauptsächlich Lehrer und Verwaltungsangestellte waren. Es werden außerdem die koreanischen Schüler berücksichtigt.

Anhand dieser Fallstudie soll eine Facette der deutsch-koreanischen Beziehungen beleuchtet werden, zu der bisher kaum geforscht wurde.⁵ Die beiden Länder arbeiten seit der Gründung der gemeinsamen Facharbeiterschulen in den 1960er-Jahren bis in die Gegenwart im Berufsbildungssektor zusammen. Seit 2008 versucht die koreanische Regierung, die Ausbildung nach dem deutschen Dualsystem in Form von sogenannten Meisteroberschulen (*maisūt'ō kodūnghakkyo*) zu forcieren (vgl. Min 2011). Auch im Rahmen einer Initiative der Deutsch-Koreanischen Handelskammer, deutscher Firmen sowie koreanischer Universitäten soll die duale Ausbildung in Korea gefördert werden (AHK 2020). Eine historische Aufarbeitung der Ursprünge dieser Zusammenarbeit scheint also auch für die Gegenwart relevant zu sein.

Zunächst werden in einem einleitenden Kapitel die westdeutsche Entwicklungspolitik vor allem im Bildungsbereich und die deutsch-koreanischen Beziehungen der 1960er-Jahre erörtert. Mit einem Fokus auf die Akteure vor Ort sollen dann die Gründung und Ausführung der beiden Schulen als Partnerprojekte der Entwicklungshilfe verfolgt werden. Im darauffolgenden Kapitel wird die duale Ausbildung an den Schulen sowie der Hintergrund und spätere Werdegang der Schüler untersucht.

Westdeutsche Entwicklungspolitik im Berufsbildungsbereich

Die Anfänge der westdeutschen Entwicklungspolitik sind im Rahmen des Kalten Krieges und des internationalen Entwicklungsregimes zu verstehen. Der Marshallplan sowie der „Koreaboom“ begünstigten ein rasantes Wirtschaftswachstum in Westdeutschland (vgl. Abelshauser 2008), sodass ab den späten 1950er-Jahren auch eine stärkere Beteiligung Westdeutschlands an internationalen humanitären und entwicklungspolitischen Einsätzen des westlichen Blockes gefordert wurde (Hein 2008: 28–36). Die westdeutsche Entwicklungspolitik der 1950er-Jahre ist dabei von einem diplomatischen Wettstreit mit der DDR um Anerkennung gekennzeichnet. Gemäß der Hallstein-Doktrin wurden Staaten nach dem Gießkannenprinzip mit verschiedenen Projekten auf breiter Basis gefördert, solange sie die DDR diplomatisch nicht anerkannten;

5 Einzig Yu Chinyōng und Chōng Kisōp (2016) haben einen Artikel zur Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule in Incheon veröffentlicht, der die bildungsgeschichtliche Bedeutung der Schule für die Berufsausbildung in Korea untersucht. Abgesehen davon, dass Yu und Chōng zum Großteil andere Quellen als Grundlage verwenden, bewerten sie die Ausbildungsinhalte nicht kritisch.

allerdings wurde im Moment einer Anerkennung sofort jede Hilfe gestoppt (Bohnet 2005: 52). Aber auch wirtschaftliche Gründe wie Handel spielten für die Frühphase der Entwicklungspolitik eine Rolle. Zu dieser Zeit waren neben dem Außenministerium auch das Wirtschaftsministerium oder das Landwirtschaftsministerium an der Vergabe und Durchführung der Hilfen beteiligt, was zu einem „Kompetenzwirrwarr“ führte (Grote 2004: 27–29).

Im Jahre 1961 beginnt mit Gründung des BMZ in Westdeutschland die sogenannte Hochphase der Entwicklungspolitik (vgl. Bohnet 2005). In diese fällt auch die Unterzeichnung des Protokolls zwischen Westdeutschland und Südkorea. Das durch Westdeutschland meist geförderte Land in dieser Phase war Indien, gefolgt von Pakistan; Korea folgte auf Platz 16. Insgesamt lagen die Ausgaben für den Bereich „Bildung, Ausbildung und Wissenschaft“ bei rund 40% der gesamten technischen Hilfen, und die Gelder für Berufs- bzw. Facharbeiterschulen machten in den 1960er-Jahren davon mehr als 70% aus. Erst in den 1970er-Jahren kam die Hochschulförderung als ein weiterer wichtiger Teilbereich hinzu (Hein 2006: 50–55; Stockmann 1996: 158). Besonders der Bildungsbereich wurde als entscheidend für Modernisierung und Entwicklung angesehen. Viele Entwicklungsländer forcierten in dieser Zeit die Ausbildung von „Humankapital“ zur Ausführung von Entwicklungs- und Modernisierungsplänen, wodurch vor allem die technische und Berufsausbildung eine entscheidende Rolle spielte (vgl. Groß und Zwick 1981).

Für die Berufsausbildung werden in der Regel drei verschiedene Modelle unterschieden: das staatliche, marktwirtschaftliche und duale Modell. Letzteres entstand im deutschsprachigen Raum, und ein Charakteristikum dieser Ausbildungsform ist der Fokus auf praktische Ausbildung im Betrieb mit ergänzendem Theorieunterricht in den Schulen. In den Entwicklungsländern existierten durch die Kolonialherrschaft oft schon andere Strukturen, allerdings wurde allgemein die berufliche Ausbildung im Vergleich zum formalen Bildungswesen weniger gefördert. Berufsbildung war tendenziell in Entwicklungsländern kaum vereinheitlicht und verschiedene Akteure und Institutionen waren daran beteiligt (Stockmann 1996: 159–161). Auch in Korea lässt sich eine solche Tendenz erkennen (Schoenfeldt 2003: 131–145; 219–308). Die Berufsschulen der technischen Hilfe wurden meist als Modellprojekte in Zusammenarbeit mit den Erziehungsministerien vor Ort gegründet und sollten eine Verbreitung der beruflichen Bildung vorantreiben. Als wichtigste Ausbildungsfelder der damaligen Berufsschulen lassen sich metallverarbeitende Berufe, Elektrotechnik und Kraftfahrttechnik ausmachen (Stockmann 1996: 159–161).

Es stellte sich in den 1970er-Jahren allerdings heraus, dass die Berufsschulen sich nicht einfach in Entwicklungsländer exportieren ließen, u. a. da die Kosten für die praktische Ausbildung zu hoch waren. In der Berufsbildung gab es daher einen Wandel von Schulen zu Ausbildungszentren mit nun halbstaatlichen Trägern, bei

denen Berufsausbildung in engerer Zusammenarbeit mit den Firmen durchgeführt werden sollte (Groß und Zwick 1981).⁶

Der Entwicklungsdiskurs war nicht nur einseitig in Westdeutschland vorzufinden, sondern tritt ab den 1960er-Jahren auch verstärkt in Korea zum Vorschein. 1961 kam in Südkorea Präsident Park Chung-hee durch einen Militärputsch an die Macht und wurde zwei Jahre später durch eine Wahl bestätigt. Seine Regierungszeit bis 1979 wird auch als „Entwicklungsdiktatur“ bezeichnet (vgl. Lee 2006). In der Bildungspolitik setzte die Regierung Parks verstärkt auf Berufsausbildung, um die notwendigen Facharbeiter auszubilden. Park fordert in seiner Neujahrsbotschaft 1964 „eine Lebensreform des Volkes und Wiederbelebung des Volkswesens, indem Berufsschulen, naturwissenschaftliche Schulen und technische Schulen verstärkt gefördert“ werden (vgl. O 2012; Rede zitiert in O 2012: 61).

In seinem politischen Manifest „The Country, the Revolution and I“ (*hyŏngmyŏng-gwa kukka-wa na*) bezeichnete er die Anwerbung von Geldern aus dem Ausland zur Durchführung seines ersten Fünfjahresplans als Grundlage für die Modernisierung und Entwicklung Koreas (Park 1970b: 66–73; 149; 172). Die neue US-Regierung unter John F. Kennedy reduzierte jedoch zu Beginn der 1960er-Jahre die Entwicklungshilfe auch für Korea, wodurch die Regierung auf andere Geberländer angewiesen war. Westdeutschland und Japan sollten nachfolgend diese Rolle einnehmen. Mit dem Abschluss des Protokolls über die wirtschaftliche und technische Kooperation 1961 versprach die BRD als erstes Land Unterstützung durch Kapitalhilfe und technische Hilfe; 1966 wurde das Protokoll durch ein Abkommen bestätigt (Köllner 1998: 21).

Park idealisiert in „The Country, the Revolution and I“ Deutschland und die Deutschen und stellt u. a. das deutsche Wirtschaftswunder als Vorbild für die Entwicklung Koreas dar. Dieses verbindet er mit den so bezeichneten „deutschen Werten“ Fleiß, Sparsamkeit, Ausdauer und Gemeinschaftsgefühl (Park 1970b: 147). Im Dezember 1964 besuchte Park Westdeutschland. Dieser Staatsbesuch hatte laut dessen Begleiter Paek Yŏnghun großen Einfluss auf Parks Industrialisierungspläne (vgl. No 2011). Park hob in einer Rede nach seiner Rückkehr auch das deutsche System der dualen Berufsausbildung als Vorbild für Korea hervor, das bereits an der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule in Incheon verwirklicht werde (Park 1970a: 24). Die Gründung und Implementierung dieser ersten Facharbeiterschule soll nun in der folgenden Fallstudie genauer beschrieben und mögliche Wirkungen analysiert werden.

6 In Korea wurde beispielsweise 1972 im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit das Deutsch-Koreanische Ausbildungszentrum (*handok konggong chigŏp hullyŏnso*) in Busan als ein solches Modellprojekt gegründet.

Gründung und Ausführung

Deutsch-Koreanische Facharbeiterschule Incheon

1961 wurde das „Protokoll über die wirtschaftliche und technische Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea“ vereinbart. Darin wurde neben der Unterstützung Koreas durch die BRD in Form von Kapitalhilfe auch die Errichtung der Schule in Incheon als erstes Partnerprojekt der technischen Hilfe beschlossen.⁷ Die Schule wurde als Teil der bereits bestehenden Zentralen Berufsschule (*chungang chigŏp hakkyo*) an der Technischen Universität Inha⁸ gegründet und sollte dem deutschen Ausbildungssystem folgen.

Für die Gewährleistung einer Ausbildung nach deutschem Vorbild wurden von deutscher Seite ein Projektleiter und drei Werkstattleiter bzw. Werkstattausbilder nach Korea entsandt. Jeder der Werkstattleiter übernahm die Aufsicht über einen Fachbereich. Der Projektleiter war für die Durchführung des Projektes als Ganzes zuständig und vermittelte zwischen verschiedenen Akteuren, nämlich dem koreanischen Erziehungsministerium und dem BMZ sowie dem koreanischen Schulleiter und den deutschen Ausbildern.⁹ Oft fungierte er in Incheon inoffiziell auch als Schulleiter, obwohl es einen koreanischen Schulleiter gab.¹⁰ Außerdem wurden von deutscher Seite die Maschinen für die Werkstatt sowie zusätzliche technische Ausstattung zur Verfügung gestellt. Von koreanischer Seite wurden die Counterparts ausgewählt und bezahlt. Deren Aus- und Fortbildung führte allerdings die BRD durch. Außerdem wurden Verwaltungs- und Hilfskräfte von koreanischer Seite eingestellt und die Gebäude der Schule und Wohnhäuser für die deutschen Ausbilder und den Projektleiter zur Verfügung gestellt.¹¹

Die Gesamtkosten des Projekts betragen dem deutschen Abschlussbericht zufolge 3,45 Mio. DM, wovon die BRD etwas weniger als die Hälfte übernahm (1,45 Mio. DM). Außerdem fielen auf deutscher Seite Personalkosten im Umfang von 1,99 Mio. DM an. In dem Bericht werden die Kosten als vergleichsweise niedrig bewertet.¹² Von koreanischer Seite gibt es keine Aufstellung zu den Gesamtkosten, aber aus einer Broschüre der Schule gehen die jeweiligen Jahreskosten von 1963

7 Bekanntmachung im BAnz. Nr. 12, 18.01.1962, S. 1; National Archives of Korea, „Handok-gan-ŭi chigŏp hakkyo sŏlchi-e kwanhan kaksŏgyowhan“ (Exchange of Notes concerning the Joint Establishment of a Skilled Workers School between the Government of the Republic of Korea and the Government of the Federal Republic of Germany), 18.03.1961, CA0000071.

8 Diese Schule wurde unter der Regierung von Rhee Syngman bereits 1958 gegründet und bot berufliche Ausbildungen an. Vgl. auch Yu; Chong 2016: 7–9.

9 Dokumente des Bundesarchivs und Yu; Chong 2016: 10f.

10 B 213/24261, Memorandum koreanischer Lehrer der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule (Koreanisch), 13.09.1965, S. 1.

11 B 213/24271, GAWI Abschlussbericht 04.09.1972, S. 3–4. Die deutschen Maschinen sind im Schulmuseum der heutigen *Chŏngsŏk hanggong gongŏp kodŭnghakkyo* in Incheon ausgestellt und den Angaben der zuständigen Lehrer zufolge noch funktionsfähig. Für die Namen der ersten koreanischen Lehrer vgl. auch Yu; Chong 2016: 10–11.

12 B 213/24271, GAWI Abschlussbericht, 04.09.1972, S. 8–9.

bis 1967 hervor. Diese ergeben eine Gesamtsumme für den genannten Zeitraum von über 42 Mio. Won. Da viele der Gebäude nicht neu gebaut wurden, blieben die Kosten für die koreanische Seite relativ niedrig und es handelte sich hauptsächlich um Personalkosten. Der Wert der Gebäude und Maschinen wurde auf etwa 30 Mio. Won geschätzt (KGTI 1967: 10;14).

Ein Streitpunkt zwischen koreanischer und deutscher Seite während der Durchführung war die private Trägerschaft der Schule. Dadurch waren neben dem koreanischen Erziehungsministerium auch der Inha Stiftungsrat und der von der Stiftung eingesetzte Schulleiter für die Durchführung des Projekts verantwortlich. Es stellten sich dem deutschen Projektleiter und dem Projektprüfer zufolge oft Zuständigkeitsfragen, der Status der Schule war zunächst unklar und die koreanischen Lehrer konnten nicht verbeamtet werden.¹³ Außerdem wurde die Technische Universität Inha 1968 an die Firma Hanjin verkauft, wovon auch die Gebäude und Maschinen der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule betroffen waren. Die deutsche Seite bevorzugte deshalb eine Verstaatlichung der Schule, was aber von koreanischer Seite wiederum abgelehnt wurde.¹⁴ Nach einer Auswechslung des deutschen Teams 1967 aufgrund von Kündigungen mehrerer koreanischer Lehrer und interner Streitigkeiten erfolgte die Übergabe der Schule 1969. Das Projekt in Incheon wird im Abschlussbericht insgesamt als erfolgreich bewertet, obwohl es zu einer Verlängerung von vier Jahren und verschiedenen Konflikten zwischen den Akteuren kam, wie im unteren Abschnitt weiter ausgeführt wird.¹⁵

Hohmanneum / Deutsch-Koreanische Technische Schule Naju

In Naju wurde 1964 auf Initiative des deutschen Technikers Fritz Hohmann, der als Berater der Firma Lurgi am Aufbau der Honam Düngemittelfabrik beteiligt war, eine kleine technische Schule gegründet. Im gleichen Jahr beantragte Hohmann über die Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG) dafür beim BMZ Zuschüsse.¹⁶ Die Beantragung erfolgte über die „Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger in Entwicklungsländern“, bei der ein Eigenanteil des privaten Trägers nötig ist.¹⁷ Die Schule finanzierte sich zunächst durch Hohmanns eigene Ersparnisse, Spenden sowie eine monatliche Unterstützung der Provinz Süd Chölla und des Fonds des koreanischen Präsidenten.¹⁸ Nach einer Prüfung des Projekts durch die CDG verzögerte sich allerdings die Genehmigung der Zuschüsse durch das BMZ. Neben Hohmann arbeiteten an der Schule zwei bis drei

13 B 213/24261, BMZ-interne Kurznachricht, 23.12.1965, S. 2.; PL Kluges Brief an das koreanische Außenministerium, 06.12.1965.

14 B 213/24261, Schreiben der deutschen Botschaft an das Auswärtige Amt, 20.10.1968.

15 B 213/24271, GAWI Abschlussbericht, 04.09.1972, S. 8–9.

16 B 213/24745, Projektbewerbung der CDG beim BMZ, 24.08.1964.

17 Vgl. Richtlinien für die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger in Entwicklungsländern, Kapitel 2302 Titel 687 76.

18 B 213/11961, Projektprüfungsbericht der CDG an das BMZ, 23.12.1965, S. 4–5, 18–19.

koreanische Lehrer, die einen Hintergrund in technischer Ausbildung bzw. Deutsch als Fremdsprache hatten. 1967 wurde durch externe Mitarbeiter der Schule aufgedeckt, dass Hohmann 25 seiner Schüler sexuell missbraucht hatte. Eine Prüfung durch die deutsche Botschaft bestätigte diese Vorwürfe, da Hohmann kurz darauf aber die deutsche Staatsbürgerschaft aufgab und die koreanische annahm, konnte er in der BRD nicht strafrechtlich verfolgt werden.¹⁹

Die Schule wurde unterdessen an eine private koreanische Stiftung übergeben und zunächst ohne deutsche Beteiligung weitergeführt. Da die CDG allerdings schon einen neuen Projektleiter ausgewählt hatte und auch von koreanischer Seite beabsichtigt war, die Schule nach den Plänen Hohmanns weiterzuführen, entschieden sich BMZ und CDG für eine Förderung des Projekts. Schließlich wurde 1969 ein neuer Projektleiter entsandt und die deutsche Förderung der Schule um zwei Jahre verlängert. Auch nach einem Wechsel des deutschen Projektleiters 1971 wurde sie bis 1973 partnerschaftlich geführt.

Die gemeinsame Finanzierung durch die beiden Stiftungen – die wiederum zum Großteil durch den Staat erfolgte – entsprach dem Vorgehen in Incheon: Während die deutsche Seite Maschinen, technische Ausrüstung und den Projektleiter stellte, war die koreanische Seite für die Gebäude und Counterpart-Lehrer verantwortlich.²⁰ Insgesamt gab die deutsche Seite rund 1 Mio. DM aus, davon die CDG 200.000 DM und das BMZ 750.000 DM.²¹ Die zuvor geleisteten Privatinvestitionen durch Hohmann werden auf etwa 40.000 DM geschätzt, beinhalten jedoch auch die private Förderung einiger koreanischer Schüler in der BRD.²² Für die koreanische Seite kann auf Grundlage der Quellen keine genaue Kostenaufstellung ermittelt werden.

Da die Schule in Naju durch eine Privatperson gegründet worden war, mussten der Standort und Ausbildungsplan der Schule sowie die koreanische Trägerstiftung als gegeben akzeptiert werden. Genannte Vorbedingungen wurden von deutscher Seite im Laufe des Projekts kritisiert und das Projekt insgesamt als wenig bedeutend eingeschätzt.²³ Allerdings werden die Bemühungen der beiden Projektleiter ab 1969 hervorgehoben. Eventuell aus diesem Grund entwickelte sich die Schule zwei Berichten zufolge nach Projektübergabe sehr positiv.²⁴

19 B 213/11961, Schreiben der deutschen Botschaft in Seoul an das Auswärtige Amt, 06.07.1967. Dieser Vorfall wird hier nicht weiter ausgeführt. Für eine ausführliche Analyse vgl.: Altenhofen 2019: 400–407.

20 B 213/24745, Schreiben der CDG an das BMZ, 21.02.1968.

21 B 213/24746, BMZ-interne Kurznachricht, 13.07.1970.

22 B 213/24745, Schreiben der CDG an das BMZ, 21.02.1968, S. 2.

23 B 213/24746, PL Jasper Projektprüfungsbericht an die CDG, 14.06.1972. Jasper war Projektleiter des Deutsch-Koreanischen Ausbildungszentrums in Busan.

24 B 213/24746, Projektnachbericht der CDG an das BMZ, 11.09.1974.

Akteure in den Projekten

Auf der staatlichen Ebene werden die Projekte ausschließlich positiv bewertet und durch die Regierungen auf unterschiedliche Weise instrumentalisiert. Durch die Betrachtung der Akteure an den beiden Schulen sollen Aspekte der deutsch-koreanischen Beziehungen verdeutlicht werden, die durch den staatlichen Diskurs sonst überlagert werden. Die Entsendung deutscher Techniker nach Korea, aber auch die Ausbildung koreanischer Counterparts in Deutschland ermöglichten eine Begegnung und einen Austausch von Koreanern und Deutschen vor Ort, der in einigen Fällen auch zu Konflikten führte. Im Folgenden werden vier deutsche Akteure gesondert behandelt; davon ausgehend wird auf den allgemeinen Diskurs um Akteure der Entwicklungshilfe in den 1960er-Jahren Bezug genommen.

F. Kluge war von 1962 bis 1967 über fünf Jahre lang an der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule in Incheon als Projektleiter tätig. Er wird von dem damaligen Rektor der Inha Universität als sehr sparsam erinnert. Der Rektor zeigt sich darüber erstaunt, da Kluge selbst so viel verdiene und aus dem entwickelten Deutschland komme.²⁵ An anderer Stelle wird Kluge jedoch von koreanischen Lehrern vorgeworfen, Schulmaterialien verschwenderisch für private Zwecke zu benutzen. Kluge verhielt sich gegenüber den koreanischen Lehrern oft autoritär und teilweise beleidigend. Einige Counterparts wurden von Kluge ohne Begründung entlassen, woraufhin sich die koreanischen Lehrer gesammelt beim Erziehungsministerium beschwerten. Unter anderem beklagen sie, dass die koreanischen Lehrer und Angestellten Kluge „blinden Gehorsam“ bezüglich Stunden- und Ausbildungsplänen hätten leisten müssen.²⁶ In einem Prüfungsbericht des BMZ wird Kluge eine „starre Haltung“²⁷ in bestimmten Fragen bezüglich der Schulverwaltung vorgeworfen. Als eine Ursache für Missverständnisse werden Kluges Schwierigkeiten, Englisch oder Koreanisch zu sprechen, benannt.

Die Beschwerde des koreanischen Teams führte zu einem längeren Konflikt zwischen dem gesamten deutschen und koreanischen Team. Kluges Verhalten wurde im weiteren Verlauf auch von den übrigen deutschen Mitarbeitern kritisiert. Auf Vorschlag der Botschaft wurde deshalb 1967 schließlich das gesamte deutsche Team ausgetauscht. Die Akteure wurden an andere deutsche Berufsschulprojekte in asiatischen Ländern versetzt.²⁸ Aus dem Konflikt wurden also keine Konsequenzen gezogen, sondern im Gegenteil, auf Vorschlag der deutschen Botschaft den scheidenden Experten sogar Orden der koreanischen Regierung verliehen (Chöngsöck 2009: 121; JoongAng Ilbo 1966).

25 Interview mit Dr. Kim Pyönghui, in: *Chöngsöck* 2009: 118–119.

26 B 213/24261, Memorandum koreanischer Lehrer der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule (Koreanisch), 13.09.1965, S. 9.

27 B 213/24261, Roses Projektprüfungsbericht, 18.03.1966, S. 21.

28 B 213/24261, WL Dreesens und WL Gatzas Briefe bezüglich ihrer Versetzung an das BMZ, 03./06.04.1966.

Kluges Verhalten lässt sich anhand eines Artikels aus der Wochenzeitung *Die Zeit* 1973 zu GAWI-Mitarbeitern einordnen. Darin wird die neokoloniale Haltung vieler älterer GAWI-Mitarbeiter, die oft als Projektleiter im Entwicklungsland tätig waren, kritisiert. Die unzureichende Vorbereitung der Experten wird dafür als ein Grund hervorgehoben: „Ohne genügende fachliche und menschliche Vorbereitung fällt er [der GAWI-Experte] plötzlich, nicht selten an den Schalthebeln der Macht, Entscheidungen, die sich im Gastland auf Jahrzehnte auswirken können“ (Dolph 1973). Auch in der Forschung zu Projekten der technischen Hilfe in anderen Ländern wird die mangelnde Ausbildung der Experten in Projekten der technischen Hilfe immer wieder hervorgehoben (vgl. Maß 2006; Büschel 2008; Hong 2015).

Im 1967 ausgewechselten Team kam es erneut zu internen Konflikten. Der neue Werkstattleiter H.-G. Hammen kritisierte die Ausbildungsstandards an der Schule, die in Deutschland zwar positiv bewertet würden, aber nicht den gleichen Standards entsprächen.²⁹ Projektleiter K. Schröder warf Hammen daraufhin vor, die Lage in Korea mit „europäischen Augen“ zu sehen, weshalb er die Situation nicht objektiv bewerten könne. In der Folge scheint sich Hammen Schröders Berichten zufolge weiterhin nicht an das Leben im Ausland anpassen zu können.³⁰ In einem Bericht findet sich folgende Erklärung:

„Es ist verständlich, dass jeder deutsche Mitarbeiter, der zum ersten Mal in einem solchen Ausbildungsprojekt eingesetzt wird, einer gewissen Einarbeitungszeit bedarf. Andererseits wird jedoch zu bedenken gegeben, dass eine umfangreiche Auslandserfahrung (...) auch negative Auswirkungen haben kann“³¹

Mit dem letzten Satz geht der Verfasser wohl auf oben genannte Probleme mit Langzeitexperten wie Kluge, aber auch Schröder ein. Diese hätten oft nicht mehr den kritischen Abstand zu den Projekten im Ausland oder seien nicht mehr auf dem neuesten Stand der Technik, da sie sich zu lange in Entwicklungsländern aufgehalten hätten (vgl. Dolph 1973). Schröder beispielsweise war vor seiner Tätigkeit in Korea bereits in Thailand und Indonesien an ähnlichen Projekten beschäftigt gewesen (Kyonggi Maeil Sinmun 1967). Es kam zwischen den deutschen Technikern in Incheon wohl zu Konflikten, da sie unterschiedliche Erwartungen an das Projekt äußerten. Vor allem die jüngere Generation der Werkstattleiter zeigte ein anderes Verständnis für die Arbeit in Entwicklungsländern.

Der letzte Übergangsprojecktleiter in Incheon, H. Stefanic, zieht aus den Konflikten folgendes Fazit:

„Wie Sie wissen sind in den 8 Jahren Laufzeit unserer Schule viele Schwierigkeiten, in der Zusammenarbeit, zwischen den Deutschen und Koreanern aufgetreten. Dazu moechte ich bemerken, dass einzig und allein das

29 B 213/24261, WL Hammens Brief an die GAWI, 28. 02. 1967, S. 1.

30 B 213/24261, PL Schröders Bewertungsbericht über WL Hammen, 13.11.1967.

31 B 213/11970, Schreiben der GAWI an das BMZ bezüglich Gutachten von Rose, 09.06.1967, S. 3.

fachliche Koennen eines Mitarbeiters nicht ausreicht, um seiner Aufgabe für beide Seiten gerecht zu werden. Parallel sollte er kontaktfreudig, anpassungsfähig sein und nie vergessen, dass er als Gast in einem Entwicklungsland ist.“³²

Daran lässt sich ein Bewusstsein für die vielfältigen Anforderungen an die deutschen Auslandsexperten und eine Kritik an deren Verhalten in Korea erkennen. In den 1960er-Jahren wurde solche Kritik auf internationaler Ebene bereits vielfach geäußert. Hier sei beispielsweise auf den „Ugly American“-Diskurs für eine Kritik am amerikanischen Entwicklungsexperten verwiesen.³³ Obwohl in diesem Zusammenhang bereits eine Verschärfung der Anforderungen auch für deutsche Experten gefordert wurde, konnten aufgrund der Vollbeschäftigung in der BRD die Zahlen jüngerer Bewerber zunächst allerdings nicht erhöht werden (Büschel 2008: 343).³⁴

Mit Blick auf die Akteure in Naju zeigen sich weitere Probleme im System der Entwicklungshilfe: Der Techniker Hohmann kam wie bereits erwähnt als externer Berater nach Naju und gründete auf Privatinitiative eine Schule. In dem ersten Prüfungsbericht der CDG heißt es: „Herr Hohmann ist weder Ausbildungs- noch Verwaltungsexperte“. Dennoch sei es ihm „in Korea gelungen, das Land und seine Menschen zu verstehen“, wodurch ihm Anerkennung zuteil geworden sei.³⁵ Dass Hohmann, obwohl er weder als Schulleiter ausgebildet noch geeignet war, in diese Position gelangen konnte, gründete auf zwei Faktoren: Erstens wurde seine Absicht, eine Schule zu errichten, durch die koreanische Regierung unterstützt, da sie auf das Vorbild westlicher Ausbildung zur Entwicklung des Landes setzte. Zweitens waren damals alle Deutschen in Korea miteinander bekannt und zum Teil befreundet, sodass der damalige Botschafter F. Ferring, ein deutscher Berater am koreanischen Economic Planning Board (EPB) und der Projektleiter der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule die Förderung des Hohmanneums mit Hohmann als Projektleiter unterstützten.³⁶ Diese Empfehlungen sowie die Unterstützung der Schule durch die koreanische Regierung führten letztlich auch zu einer beschleunigten Genehmigung des Projektes von Seiten des BMZ ohne eine sorgfältige Prüfung der Person Hohmanns. Bis heute wird vor allem in koreanischen Medien dessen positive Leistung für Korea hervorgehoben, während

32 B 213/11961, PL Stefanics Projektabschlussbericht, 29.12.1970, S. 2.

33 Vgl. dazu den Roman von William J. Lederer und Eugene Burdick aus dem Jahr 1958 sowie den gleichnamigen Film von George Englund aus dem Jahr 1963.

34 Dolph (1973) nennt dazu folgenden Grund: „Wer im Alter von 20 bis 40 Jahren in die fachliche Windstille der Entwicklungshilfe geht, verzichtet entweder auf seine Karriere oder hat keine mehr vor sich, mit der Folge, daß sich das Expertenangebot in hochqualifizierten Mangelberufen zunehmend auf GAWI-Bewerber verengt, die ihre Universitätsausbildung gerade hinter sich oder ihre Pensionierung direkt vor sich haben.“

35 B 213/11961, Projektprüfungsbericht der CDG an das BMZ, 23.12.1965, S. 19f.

36 Chronologisch in folgender Reihenfolge: B 213/24745, Hoffarths Schreiben an das BMZ, 03.03.1965; Botschafter Ferring an das Auswärtige Amt, 26.05.1965; B 213/11961, Kluges Ausbildungsplan für das Hohmanneum, 01.12.1965.

seine Vergewaltigungsdelikte weder aufgeklärt wurden noch in Korea oder Deutschland weiterreichend bekannt sind.³⁷

Die Fortführung der Schule in Naju nach dem Ausscheiden Hohmanns unter neuem Namen und mit neuem Projektleiter lief nicht so an wie erwartet. Die koreanische Seite war mit der Errichtung der Schulgebäude bei Ankunft des Projektleiters W. Link in Verzug. Dieser versuchte daraufhin, das Projekt abzuwandeln. Sein Verhalten kritisierte man im BMZ auf Bericht der deutschen Botschaft folgendermaßen:

„Der Projektleiter ist ein relativ junger Mann mit, wie es scheint, noch recht wenig Lebenserfahrung. Er neigt dazu, (...) einzelne Erlebnisse zu verallgemeinern. Er hat sich bisher kaum am Projektstandort aufgehalten, sondern Quartier bei deutschen Missionaren 270km entfernt von Naju bezogen. (...) Er scheint überhaupt die Absicht gehabt zu haben, das Projekt eigenmächtig abzuändern und in ein Ausbildungsprojekt der Missionsstation umzuwandeln.“³⁸

Link versuchte eine Modifizierung des gesamten Projektes nach eigenen Vorstellungen zu erwirken, indem er vorschlug, Trägerschaft und Standort zu ändern. Ein solches eigensinniges Verhalten lehnten die BMZ-Mitarbeiter jedoch ab und wiesen Link zurecht. Später passte sich Link den Erwartungen des BMZ an und wird von beiden Seiten als vorbildlicher Projektleiter bezeichnet.³⁹

Anhand der beiden Akteure in Naju konnte gezeigt werden, wie einerseits die deutsche Gemeinde vor Ort Entscheidungen des BMZ beeinflusste und dadurch Personen wie Hohmann in Positionen gelangen konnten, für die sie weder ausgebildet noch geeignet waren. Andererseits zeigt der Fall des jungen Projektleiters Link, wie die Vorstellungen des BMZ und der Experten vor Ort divergierten und die Situation in Korea oft nur unzureichend eingeschätzt werden konnte.

Ausbildung

An der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule in Incheon haben bis zum Projektabschluss insgesamt 471 Schüler eine Ausbildung erhalten, und zum Zeitpunkt der Übergabe waren noch 514 Schüler in Ausbildung. Jedes Schuljahr wurden jeweils 30 Schüler zur Ausbildung in den drei Berufsfeldern Betriebsschlosser (*kigyegwa*), Starkstromelektriker (*chŏn'gigwa*) und

37 Martin Hyun hat 2013 auf Grundlage der Archivmaterialien einen Online-Zeitungsartikel verfasst (Hyun 2013). Daraufhin kam es zu einer Anfrage der Partei Die Linke im Bundestag und eine Stellungnahme des Auswärtigen Amtes wurde veröffentlicht. Erst danach wurde auch ein Artikel in der koreanischen *Hankook Ilbo* veröffentlicht (Kang 2016).

38 B 213/24745, BMZ-internes Schreiben, 15.04.1969.

39 Zu dem Begriff „Eigen-Sinn“ vgl. auch Lindenberger 2014. W. Link bestätigte diese Episode auch in einem Interview mit dem Autor am 19.08.2020. Darin nennt er als Grund für seine ‚Flucht‘ Angst vor dem Counterpart. Wegen Transportschwierigkeiten sei eine Verlegung jedoch nicht möglich gewesen.

Sanitätsinstallateur (*paegwan'gwa*) aufgenommen.⁴⁰ Für die Schule in Naju liegen keine genauen Zahlen vor, aber unter Hohmann haben rund 100 Schüler eine Ausbildung erhalten⁴¹ und nach der Umbenennung in Deutsch-Koreanische Technische Schule wurden ab 1969 über einen Zeitraum von vier Jahren jedes Jahr zwischen 60 und 70 Schüler aufgenommen.⁴² Pläne, die Neueinschulungen auf 100 pro Jahr zu erhöhen, wurden nach der Übergabe 1973 verwirklicht. Die Ausbildungszeit betrug in beiden Schulen drei Jahre.⁴³

Lehrinhalte

Die praktische Ausbildung nahm in Incheon zwei Drittel und in Naju sogar drei Viertel der Ausbildungszeit ein, während es an vergleichbaren koreanischen Schulen oft nur ein Drittel war (KGTI 1967: 7). In Naju folgte man unter Hohmann dem „Krupp-Rahmenplan zur Stufenausbildung“ – einem Ausbildungsplan der Firma Krupp – dessen unterste Stufe ‚Anlernling‘ man anstrebte. Dies wurde unter der neuen Schulleitung auch weitestgehend beibehalten.⁴⁴ Zur Ausbildung wurden Materialien der Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung (ABB) verwendet.⁴⁵

Ein maßgeblicher Unterschied zur eigentlich angestrebten dualen Ausbildungsform bestand darin, dass die praktische Ausbildung zum Großteil in der Schule und nicht in Betrieben stattfand. Zwar hatten die Schüler die Möglichkeit, im Rahmen von Praktika auch in den Betrieben zu lernen, aber dabei handelte es sich nur um wenige Wochen im Jahr. In Incheon konnten für diese Praktika namhafte, auch große Firmen aus der Region gewonnen werden.⁴⁶ In Naju handelte es sich zumeist um kleinere Handwerksbetriebe mit wenigen Auszubildenden.⁴⁷ Wie auch bei den späteren Projekten mit deutscher Beteiligung ersichtlich wird, herrschte bei den koreanischen Betrieben die Ansicht vor, dass der Staat für die Ausbildung

40 B 213/24271, GAWI Abschlussbericht, 04.09.1972, S. 11; KGTI 1967: 5.

41 B 213/11961, Schülerzeitung des Hohmanneum, 1. Ausgabe, 06.1966, S. 3

42 B 213/24271, GAWI Abschlussbericht, 04.09.1972, S. 11; B 213/24746, Projektbericht 1972, 25.08.1972, S. 7.

43 B 213/24745, Schreiben der Deutschen Botschaft an die CDG, 28.02.1968. Sowohl in Incheon als auch in Naju gab es Programme, die außerhalb der genannten technischen Ausbildung für Schüler angeboten wurden. Zum Beispiel wurden in Incheon für Fabrikarbeiter zur Weiterbildung eine Abendschule sowie Meisterkurse durchgeführt. Vgl. B 213/24271, GAWI Abschlussbericht, 04.09.1972, S. 4.

44 Den Ausbildungsplan für das Hohmanneum erstellte der erste Projektleiter der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule. B 213/11961, Kluges Ausbildungsplan für das Hohmanneum, 01.12.1965, S. 1.

45 Die ABB existiert bis heute unter dem Namen Bundesinstitut für Berufsausbildung (BIBB).

46 B 213/24261, Schröders Projektbericht, 27.10.1967. Vgl. auch: Yu / Chong 2016: 14.

47 B 213/11961, CDG Projektprüfungsbericht, 23.12.1965, S. 9.

zuständig sei. Außerdem wollten koreanische Betriebe bei der dualen Ausbildung nicht kooperieren (Schaack 1996: 231).⁴⁸

Die praktische Ausbildung in beiden Schulen wurde im sogenannten Stufensystem durchgeführt: nach einer Grundausbildung folgte eine Vertiefung im gewählten Beruf. Ein Hauptbestandteil der praktischen Grundausbildung in Incheon war das Feilen, welches über sechs Monate lang geübt werden musste und die Schüler laut *Kyonggi Ilbo* zu Geduld und Genauigkeit erziehen sollte. Diese seien die Basis für ein „solides Produkt“. Erst danach wurden Anreißen oder Sägen gelehrt.⁴⁹ Es lässt sich hieran schon ein Fokus auf Werteerziehung erkennen, der sich auch in den Zielen der Schule widerspiegelt. In Incheon lauteten diese so bezeichneten ‚deutschen Werte‘ Aufrichtigkeit (*sŏngshil*), Fleiß (*kŭnmyŏn*), Genauigkeit (*chŏnghwak*) und Sparsamkeit (*kŏmso*), während in Naju einige Begriffe anders übersetzt wurden und statt Aufrichtigkeit Freundlichkeit (*ch'injŏl*) angestrebt wurde (KGTI 1967: 4f; Hohmann 1966: 11).⁵⁰

Es stellt sich die Frage, warum an Berufsschulen auch Werteerziehung durchgeführt wurde. Der koreanische Schulleiter in Incheon erklärt dies folgendermaßen:

„In Korea wurde bisher nur Bemühen darauf verwendet, Techniker auszubilden, aber keine Menschen. (...) Doch auch wenn man ein noch so begabter Techniker ist, kann man ohne ein menschliches Wesen keine qualitativ guten Industrieprodukte herstellen.“ (Incheon Sinmun 1967)

Auch Präsident Park Chung-hee verbindet in oben zitierter Rede die ‚deutschen‘ Werte Fleiß, Sparsamkeit, Ausdauer und Gemeinschaftsgefühl mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen (Park 1970a: 24). Ähnlich sind auch die Worte des koreanischen Hauptlehrers am Hohmanneum zu verstehen, der „Ungründlichkeit, Ungenauigkeit, Bequemlichkeit und Gefallen an Untätigkeit“ in der koreanischen Gesellschaft kritisiert und dazu aufruft, nach den Werten des Hohmanneums – also den genannten ‚deutschen‘ Werten – das Land zu entwickeln (Hohmann 1966: 2).

Im westlichen Modernisierungs- und Entwicklungsdiskurs der 1960er-Jahre wurde der wirtschaftliche Erfolg westlicher Länder mit dem „Bürgersinn“ des 19. Jahrhunderts verknüpft, der den Menschen in „unterentwickelten“ Ländern dementsprechend fehlen würde (Maß 2008: 84). Ein Stolz der deutschen Akteure auf das Vorfinden auch oft „preußische“ Werte genannter Tugenden wird zum Beispiel in der Bezeichnung des Schulleiters Hwang Yŏngchu als „Preuße unter

48 Allerdings wurde zumindest in Incheon zu einem späteren Zeitpunkt mit einer Stahlfirma vor Ort ein Vertrag für eine duale Ausbildung abgeschlossen. Vgl. Chŏngsŏk 2009: 111–112.

49 *Kyonggi Ilbo* 1967; Berichtsheft des Schülers Han *soo.

50 Neben einer Werteerziehung legte man in Incheon auch einen Fokus auf die demokratische Erziehung. Diese wurde im sogenannten Bürgerkundeunterricht in zwei Stunden pro Woche erteilt. Die Schüler sollten zu „bedeutsamen Staatsbürgern“ erzogen werden. Zur staatsbürgerlichen Ausbildung unter Park Chung-hee vgl. O 2011.

den Koreanern“ deutlich oder bei der Beschreibung einer ordentlich aufgeräumten Werkstatt als „preußisch“. ⁵¹

Deutschunterricht kann als weitere Besonderheit des Lehrplans gesehen werden. Einem Projektleiter in Incheon zufolge sollten die Schüler auf Deutsch „zumindest technisch radebrechen“ können (Bode 1968). Im ersten Jahr wurden Deutschgrundkenntnisse vermittelt und ab dem zweiten Jahr ein Lehrbuch für Deutsch als Fremdsprache an Berufsschulen namens „Der Praktikant“ verwendet. Anhand von Lesetexten mit Titeln wie „Drehbank“, „Schreinerei“, „Stahlgewinnung“ oder „Automontage“ lernten die Schüler das Vokabular für Deutsch in Berufsschulen. In Naju arbeitete man unter Hohmann mit Materialien des Goethe-Instituts, und es wurde ein weitaus höheres Sprachniveau angestrebt. ⁵² Nach der Übergabe an die private Stiftung wurde nur im ersten der drei Ausbildungsjahre Deutschunterricht angeboten und dabei ein Fokus auf technisches Deutsch gelegt.

Obwohl Deutschkenntnisse für das Berufsziel der Schüler – Facharbeiter in Korea zu werden – eigentlich keine Bedeutung hatten, wurde dennoch Wert auf die sprachliche Ausbildung gelegt. Damit sollte auch die Wichtigkeit der deutschen Sprache als Fremdsprache gestärkt werden. Ein Projektprüfer in Incheon erwartete beispielsweise, dass durch die Berufsschulen das Wort „Facharbeiterbrief“ in den allgemeinen koreanischen Sprachgebrauch übergehen könnte. Durch die Verwendung bei weiteren Entwicklungshilfeprojekten auch in anderen Ländern würde das Wort vielleicht irgendwann sogar weltweit benutzt. ⁵³ Auf der anderen Seite ermöglichte die Deutschausbildung den Schülern, später in Deutschland ihre Ausbildung fortzusetzen und damit eine Verbindung zu Deutschland aufrechtzuerhalten. Einem Berufsbildungsexperten zufolge könnten durch die Ausbildung von ausländischen Facharbeitern in der BRD langfristig die deutschen Maschinenexporte ausgebaut werden (Lenhart 1971: 280).

Neben der Absicht, Korea technische Hilfe zu leisten, lassen sich also deutsche Eigeninteressen in den Ausbildungsplänen der Berufsschulen erkennen. Das deutsche Ausbildungs- und Wertesystem sollte auf Korea übertragen und Deutsch als Fremdsprache stärker etabliert werden. In vielen Fällen begrüßte die koreanische Seite die deutschen Pläne, aber von Seiten der Lehrer sowie der Schüler zeigten sich auch ablehnende Haltungen, wie im Folgenden weiter ausgeführt wird.

Schulalltag und Schülerstreiks

Die meisten Schüler der beiden Schulen stammten aus armen und kinderreichen Familien und hätten sich auf Grund von hohen Schulgebühren keine Ausbildung

51 B 213/24261, Roses Projektprüfungsbericht, 18.03.1966, S. 11. Vgl. auch Bode 1968.

52 B 213/24745, Botschafter Ferring an das Auswärtige Amt, 26.05.1965.

53 B 213/24261, Roses Projektprüfungsbericht, 18.03.1966, S. 8.

auf normalen weiterführenden Schulen leisten können. An beiden deutsch-koreanischen Schulen gab es zumindest anfangs keine Schulgebühren, allerdings wurden Schulgebühren zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt.⁵⁴ Für Incheon wurde als Grund dafür die Errichtung des Wohnheims angegeben (vgl. Incheon Shinmun 1967). Vor allem in Naju seien die Gebühren für die ärmeren Familien zu hoch gewesen, sodass Schüler des dritten Lernjahres oft ihren Abschluss nicht machen konnten.⁵⁵ Obwohl in den deutschen Berichten darauf verwiesen wird, dass die Schulgebühren durch die koreanische Seite erhoben wurden und man diese nicht gutheiße, wurde von Seiten des BMZ keine zusätzliche Finanzierung bereitgestellt.

In den Schülerzeitungen werden Erfahrungen der Schüler mit den Lehrinhalten und dem Unterricht im Allgemeinen verarbeitet. Bezüglich der Lehrinhalte zeigt sich eine Divergenz zwischen den Anforderungen der Schule und den Erwartungen der Schüler. Zunächst wird deutlich, dass die Schüler nicht an eine technische Ausbildung gewöhnt waren. Der Schüler Yun *kyu schreibt über seinen ersten Unterrichtstag:

„Die allererste Unterrichtsstunde war praktischer Unterricht. Weil ich bisher so was wie einen Arbeitsanzug noch nie anprobiert und auch die verschiedenen Werkzeuge noch nie gesehen hatte, war alles unglaublich und erstaunlich, als ich das erste Mal in die Lehrwerkstatt trat. Aber als ich dann die Feile in meiner Hand hielt und feilen ausprobierte, nahm ich mir vor, ab sofort fleißig zu sein.“
(Yun 1972)

Für die Schüler aus normalen Grund- und Mittelschulen war der praktische Unterricht etwas Neues. Einige Schüler zeigten auch Unwillen, schon von der ersten Unterrichtsstunde an sechs Monate lang zu feilen. Hwang *sön schreibt: „Heute schon wieder U-Stahl. Man nimmt eins und feilt die ganze Zeit. Das ist wirklich ermüdend. Wenn man eine Stunde fleißig feilt, schafft man gerade mal 0,5 mm; das bereitet mir wirklich Widerwillen“ (Hwang 1972). Andere Schüler berichten ebenfalls, dass der praktische Unterricht schon nach ein paar Tagen sehr anstrengend gewesen sei. Auf den ersten Blick unterscheiden sie sich damit nicht von Auszubildenden in der BRD zu der gleichen Zeit (vgl. Lempert 1989). Aus Berichten geht jedoch hervor, dass einige Schüler aufgrund von Armut unterernährt waren und aus diesem Grund nicht genügend physische Kraft zum Arbeiten hatten.⁵⁶ Andererseits könnte man den Widerwillen gegenüber körperlicher Arbeit mit dem *white-collar-complex* erklären, demzufolge in vielen Entwicklungsländern ein Streben nach Angestelltentätigkeiten vorherrschend und auf körperliche Arbeit eher herabgesehen werde (Rau 1966: 15).

Einige Schüler verglichen auch den Lehrplan mit denen anderer Schulen. Choi *söb berichtet von einem Freund auf einem humanistischen Gymnasium, der dort

54 B 213/24746, Projektbericht 1972, 25.08.1972, S. 7.

55 B 213/24746, BMZ-interne Kurznachricht, 02.10.1972.

56 B 213/11960, Kluges Projektbericht, 06.1963, S. 11.

viel mehr lernte, während es seiner Meinung nach durch den Fokus auf Praxis in Incheon zu wenige theoretische Anteile gab. Deshalb lernte er in seiner Freizeit neben der Schule Englisch (Choi 1972). Eventuell strebte der Schüler ein Studium an. Das zeigt auf der einen Seite, dass die Schule nicht nur von Schülern besucht wurde, die später als Facharbeiter arbeiten wollten. Auf der anderen Seite wird wie oben genannt deutlich, dass das Bewusstsein für den Wert einer beruflichen Ausbildung allgemein in Korea noch nicht stark ausgeprägt war.

Es zeigt sich auch eine Form der aktiven Mitwirkung von Schülern an Schulangelegenheiten in Form von Streiks. Zu dieser Zeit sind Schülerstreiks in Korea eine Seltenheit, zumindest gemäß der Berichterstattung durch Zeitungen.⁵⁷ In Incheon schreiben die koreanischen Lehrer im Mai 1965 an den Erziehungsminister über einen Streik der Schüler wegen zu langer Unterrichtszeiten. Die Lehrer konnten nach eigenen Angaben die Schüler davon überzeugen, dass ihre Forderungen keinen Streik wert seien.⁵⁸ Später wurden in einem Memorandum der Lehrer die Forderungen der Schüler jedoch an die deutsche Seite weitergegeben.⁵⁹ Diese können so als Mitauslöser für den obengenannten Konflikt zwischen F. Kluge und dem koreanischen Team und damit als direkte Einwirkung der Schüler auf den Projektablauf gesehen werden.

Auch in Naju traten im Juni 1970 Schüler der Einführungsklasse in einen Hungerstreik – jedoch aus anderen Gründen, nämlich, weil sie nicht die gleiche praktische Ausbildung bekamen wie die anderen Schüler. Die koreanische Stiftung hatte zu viele neue Schüler aufgenommen und ein gleichzeitig auftretender Lehrermangel verschärfte die Situation, sodass ein Teil der Schüler nicht an den Maschinen ausgebildet werden konnte. Der deutsche Projektleiter in Naju wandte sich daraufhin an die Botschaft, aber wie genau die Lösung des Problems erfolgte, wird nicht erwähnt.⁶⁰ Es ist erkennbar, dass die deutsche Seite in den Berichten die Verantwortung bei der koreanischen Seite sieht, weil diese für die Anwerbung von Counterpart-Lehrern zuständig war. Allerdings hätte eine bessere Vernetzung der deutschen Berufsschulen insgesamt wahrscheinlich einen Lehrermangel vermeiden können, wenn die deutsche Seite sich dafür aktiver eingesetzt hätte. Hier ist auch ein Problem der Zusammenarbeit erkennbar, die noch hätte ausgebaut werden können.

57 Der einzige Streik zu einer ähnlichen Zeit, über den in einem Zeitungsartikel berichtet wird, fand 1969 an einer technischen Schule in Seoul statt (Dong-A Ilbo 1969).

58 B 213/24261, Verlaufsbericht über den Schülerstreik an den Erziehungsminister, Schuldirektor der TU Inha und Inha Stiftungsratsvorsitzenden (Koreanisch), 06.05.1965, S. 1.

59 B 213/24261, Memorandum koreanischer Lehrer der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule (Koreanisch), 13.09.1965, S. 2.

60 B 213/24746, Links Schreiben an den Wirtschaftsattaché der deutschen Botschaft Seoul, 01.07.1970. Zu den genaueren Hintergründen vgl.: Altenhofen 2019: 393–395.

Nach dem Schulabschluss

In diesem Abschnitt soll auf die weiteren Karrieren der Absolventen eingegangen werden, soweit diese bekannt sind. In Incheon war es für den ersten Abschlussjahrgang 1965 schwierig, direkt eine Anstellung zu finden. Ab 1966 fanden die Schüler dann alle leicht eine gute Anstellung und es gab in den Betrieben sogar mehr Nachfrage als Absolventen. In einer Broschüre der Schule und im Projektabschlussbericht finden sich genauere Informationen über die Anstellung der Absolventen: Demnach ging ein Großteil als Facharbeiter in die örtliche Industrie und nur wenige studierten oder arbeiteten als Hilfsausbilder in der Facharbeiterschule.⁶¹ Der koreanische Schulleiter konnte für viele der Absolventen in den Firmen sogar eine höhere Bezahlung erwirken, und diese seien sogar doppelt so gut bezahlt gewesen wie Beamte des fünften Ranges (Bode 1968). Auch in Naju arbeiteten die meisten Absolventen als Facharbeiter in der Region. Da es anfangs jedoch nur wenige Fabriken gab, war die Arbeitssuche schwierig. Später erfreuten sich die Absolventen beider Schulen aufgrund der qualitativ hohen Ausbildung großer Beliebtheit bei den Arbeitgebern. Damit wurde das Hauptziel der Berufsschulen, nämlich Facharbeiter für die Region auszubilden, erfüllt.

Unter deutscher Leitung wurde es jedes Jahr ab 1965 bis zu sieben Absolventen aus Incheon ermöglicht, ihre Ausbildung in der BRD fortzusetzen. Aus Naju wurden schon zu Hohmanns Zeiten etwa 10 Schüler auch ohne Abschluss zur Ausbildung in die BRD geschickt, und ab 1974 bestand eine Möglichkeit wie in Incheon, jedoch nur für zwei Absolventen pro Jahrgang.⁶² Einer dieser ausgewählten Absolventen aus Incheon beschreibt in einem Interview die Ausbildungszeit in der BRD folgendermaßen:

„Man wurde an Berufsschulen geschickt und durchlief eigentlich eine zweijährige Ausbildung, in der man zwei Tage pro Woche in der Schule Unterricht hatte und die restlichen drei Tage eine praktische Ausbildung vor Ort absolvierte. Aber weil meine Ausbildung an der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule anerkannt wurde, konnte ich eine Einführung zur Lehrerausbildung machen.“ (Interview mit Kim Misŏn, zitiert in Yu; Chŏng 2016: 18–19)

Nach seiner Rückkehr schloss der Betreffende an der Abendschule der Technischen Universität Inha seine Ausbildung zum Lehrer ab und arbeitete danach 40 Jahre lang an der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule bzw. deren Nachfolgeinstitution. Auch weitere in Deutschland ausgebildete Absolventen blieben der Berufsbildung als Lehrer, Ausbilder oder Berater verbunden (Chŏngsŏk 2009: 310–315).⁶³

61 B 213/24271, GAWI Abschlussbericht, 04.09.1974, S. 14.

62 B 213/24746, Projektnachbericht der CDG an das BMZ, 11.09.1974.

63 Vgl. auch Interview des Autors mit Ko *guk, 22.01.2020. Nach dem Abschluss an der Facharbeiterschule Incheon konnte Ko seine Ausbildung in der BRD fortsetzen und arbeitete von

Für das Hohmanneum wird eine ähnliche Erfolgsgeschichte verzeichnet: Der Absolvent konnte nach seinem Abschluss in Deutschland studieren, schloss das Studium in Berlin mit einem Dokortitel ab und wurde nach seiner Rückkehr Professor an der Technischen Universität Naju (Kümsöng 2009: 84–85). Auch wenn nur ausgewählte Schüler nach Deutschland gingen und über die weiteren Karrieren anderer Absolventen wenig bekannt ist, kann ein gewisser beruflicher Erfolg vermutet werden.

Besonders die Schüler, welche die Möglichkeit hatten, in Deutschland zu studieren, waren Deutschland und der deutschen Sprache auch nach dem Studium weiter eng verbunden. Gleichzeitig hatten sie die Möglichkeit, in Deutschland über Korea zu informieren, und trugen damit zum Austausch zwischen beiden Nationen bei (Chöngsöck 2009: 126). Doch auch die anderen Schüler hatten einen deutschen Facharbeiterbrief bzw. ein zweisprachiges Zertifikat und Deutschkenntnisse erworben. Die Absolventen beider Schulen wurden deshalb auch in weiteren Projekten der technischen Hilfe eingesetzt. Durch die Schulen in Incheon und Naju wurde also eine Grundlage für die weitere Zusammenarbeit im Berufsbildungsbereich sowie zwischen Deutschland und Korea allgemein geschaffen.

Zusammenfassung und Ausblick

In diesem Artikel wurde eine Fallstudie zweier Berufsschulen in Incheon und Naju durchgeführt, die als Teil der westdeutschen Entwicklungshilfe in den 1960er-Jahren gegründet und partnerschaftlich von der deutschen und koreanischen Regierung finanziert und ausgeführt wurden. Die deutschen Akteure in Incheon und Naju gerieten aufgrund mangelnder Vorausbildung und unterschiedlicher Einstellungen gegenüber dem Projekt zum Teil in Auseinandersetzungen miteinander sowie mit den koreanischen Akteuren vor Ort.

In der Ausbildung lag ein Fokus auf Praxis, die zwei Drittel bis drei Viertel der Gesamtausbildung ausmachte. Im Unterschied zu der dualen Ausbildung nach deutschem Vorbild fand die gesamte Ausbildung in der Schule und nicht in Betrieben statt. Im Rahmen der Ausbildung wurden auch eine westliche Werteerziehung sowie Unterricht in deutscher Sprache durchgeführt, was die deutschen Eigeninteressen im Curriculum beweist. Diese stießen in Korea wiederum auf gemischte Reaktionen. Von Schüler- und Lehrerseite wurden zum Teil Beschwerden über die Lehrpläne geäußert und es fanden in beiden Schulen Streiks statt.

Die meisten Schüler arbeiteten nach ihrem Abschluss in Betrieben ihrer Heimatorte und wurden überdurchschnittlich gut bezahlt, während einige auch die Chance hatten, ihre Ausbildung in Deutschland fortzusetzen, und danach in Korea höhere

1972 bis 1976 als Ausbilder am Berufsbildungszentrum Busan und im Anschluss als Counterpart des deutschen Beraterteams am koreanischen Office of Labor Affairs (OLA).

Positionen im Bildungsbereich besetzen konnten. Dies beweist einen gewissen Erfolg der Schulen auf Ausbildungsebene. Als Fazit kann außerdem festgehalten werden, dass die beiden Schulen Symbolwirkung für weitere Berufsschulen in Korea sowie Projekte der westdeutschen technischen Hilfe hatten. Aus den Problemen der Zusammenarbeit auf der Ebene der Akteure konnten für die darauffolgenden Projekte im Bildungsbereich wichtige Erfahrungen gesammelt werden.

Diese Fallstudie hat einen ersten Einblick in die technische Hilfe Westdeutschlands für Korea mit Fokus auf den Berufsbildungsbereich gegeben. Allerdings wurden darin lediglich die Anfänge einer intensiven Zusammenarbeit in diesem Bereich behandelt. Neben einem Berufsausbildungszentrum in Busan und einer Meisterschule in Changwon, die in den 1970er-Jahren als Partnerprojekte der beiden Regierungen aufgebaut wurden, waren von 1978 bis 1996 deutsche Berater für Berufsausbildung im koreanischen Arbeitsministerium tätig. Die Untersuchung dieser weiteren Projekte wird zeigen, welchen Einfluss die technische Hilfe Westdeutschlands letztlich auf den koreanischen Berufsbildungssektor hatte. Wie in der Einleitung erwähnt, arbeiten Korea und Deutschland bis heute im Berufsbildungsbereich eng zusammen. Der Blick auf die Vergangenheit der Zusammenarbeit sollte dabei nicht unberücksichtigt bleiben.

Literatur

- Abelshauser, Werner (2008): „Rekonstruktion der Kontinuität. Die Bedeutung der Koreakrise für die westeuropäische Wirtschaft“, in: Kleßmann, Christoph; Stöver, Bernd (Hgg.): *Der Koreakrieg. Wahrnehmung – Wirkung – Erinnerung*. Köln/Wien: Böhlau, 116–132
- AHK (2020): „Dual Vocational Training in Korea“, Korean-German Chamber of Commerce and Industry, <https://korea.ahk.de/schwerpunkte/ausbildung>
- Altenhofen, Max (2019): „Södok chöngbu-üi taehan kisul wönjo: Homanaeam/Handokkodüggisul hakkyo p'üjekt'ü-rül chungshim-üro“ (West German Government's Technical Assistance to South Korea: Focusing on the Hohmanneum / Korean-German Technical School), in: *Yöksabip'yöng*, 127: 381–419
- Bode, Thilo (1968): „Die fließigen Lehrlinge von Incheon“, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 18, 20.01.
- Bohnet, Michael (2019): *Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik*, 2. Auflage. München: UTV
- Büschel, Hubertus (2008): „In Afrika helfen: Akteure westdeutscher »Entwicklungshilfe« und ostdeutscher »Solidarität« 1955–1975“, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 48: 333–365
- Büschel, Hubertus; Speich, Daniel (Hgg.) (2009): *Entwicklungswelten: Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit*, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag
- Chang, Mihyön (2017): „Pak Chönghüi chöngbu shigi kinünggyönggidaehoe-üi toip-kwa 'ellitü' kinünggong-dül-üi imgye“ (The Introduction of National Skills Competition and Criticality of 'Elite' Skilled Workers), in: *Yöksayöngu*, 32: 211–254.
- Choi, *söb (1972): „Kalgil“ (Weg), in: *Wöndonggi*, 1. Ausgabe
- Dolph, Werner (1973): „Die ungeliebten Experten“, in: *Die Zeit*, Nr. 25, 22.06.
- Dong-A Ilbo (1969): „Ch'odaechangnyök injöngghara - Kwangunjönjahakkyo haksang-dül maenghyu“ (Erkennt unseren Abschluss an - Schülerstreik an der Technischen Schule Kwangun), in: *Dong-A Ilbo*, 17.05.

- Groß, Bern; Zwick, Martin (1981): *Der Berufsbildungsbereich in der deutschen Entwicklungshilfe. Bestandsaufnahme, Erfahrungsauswertung*, Köln: Weltforum Verlag
- Grote, Hendrik (2014): „Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik: Voraussetzungen, Strukturen und Mentalitäten der bundesdeutschen Entwicklungshilfe 1949–1961“, in: *Vorgänge*, 166.2: 24–35
- Hein, Bastian (2006): *Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974*. München: R. Oldenbourg Verlag
- Hohmann, Fritz (Hg.) (1966): *Hohmanneum Schülerzeitung*, 2. Ausgabe, 08
- Hong, Young-sun (2015): *Cold War Germany, the Third World, and the Global Humanitarian Regime*, Cambridge: Cambridge University Press
- Hwang, *sön (1972): „Shilsümnal“ (Praktischer Unterricht), in: *Wöndonggi*, 1. Ausgabe
- Hyun, Martin (2013): „Sexuelle Misshandlung von Kindern: Wie Deutschland und Korea wegschauten“, in: *Migazin*, 20.08., <https://www.migazin.de/2013/08/20/sexuelle-misshandlung-kindern-wie/>
- Incheon Sinmun (1967): „Söngshil-üi chip – Hwang Yöngju Ssi“ (Das Haus des Fleißes – Herr Hwang Yöngju), in: *Incheon Sinmun*, 16.11.
- JonngAng Ilbo (1966): „Handokshiröp hakkyo komun togilin 4myöng-e hunjang“ (Orden für die vier Experten der Deutsch-Koreanischen Facharbeiterschule), in: *JoongAng Ilbo*, 05.03.
- Kang, Hyun-kyung (2016): „Naj-e-nün chon'gyöngbannün kyoyukcha, pam-e-nun adongsöngbomjoeja“ (Tagsüber respektierter Pädagoge, nachts pädophiler Vergewaltiger), in: *Hankook Ilbo*, 18.03.
- KGTI (1967): *The Status of School*, Broschüre. The Korean-German Technical Institute
- Kim, Chong'ae (2012): „Pak Chönghüi chöngbu shigi sönjin'guk tamnon-üi pusang-gwa palchöngjuüijök kukkajöngch'esöng-üi hyöngsöng“ (The Rise of the Seonjinguk Discourse and the Formation of Developmental National Identity during the Park Chung-Hee Era), in: *The Korean Sociological Association*, 315–334
- Köllner, Patrick (1998): „Die deutsch-koreanischen Beziehungen von 1945 bis zur Gegenwart“, in: Köllner, Patrick (Hg.): *Korea 1998: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hamburg: Institut für Asienkunde, 19–56
- Komitee zur Zusammenstellung der Chöngsökö50nyönsa (Hg.) (2009): *Chöngsökö50nyönsa* (50 Jahre Chöngsökö). Incheon
- Komitee zur Zusammenstellung der Kümsöngghagwön45nyönsa (Hg.) (2009): *Kümsöngghagwön45nyönsa* (45 Jahre Kümsöng Institut). Naju
- Kyonggi Ilbo (1967): „Kongöp elite-rül kiunün handokshiröp hakkyo“ (Die Technikerelite ausbildende Deutsch-Koreanische Facharbeiterschule), in: *Kyonggi Ilbo*, 26.11.
- Kyonggi Maeil Sinmun (1967): „Han'guksaram möri chok'i-ro segyeüttüm - kislgyoyuk: hakkyo-wa kongjang ilch'idwaeya“ (Koreaner haben weltweit die klügsten Köpfe - Technische Erziehung: Schule und Fabrik müssen Eins werden), in: *Kyonggi Maeil Sinmun*, 04.12.
- Lee, Byeong-cheon (2006): „The Political Economy of Developmental Dictatorship: A Korean Experience“, in: Lee Byeong-cheon (Hg.): *Developmental Dictatorship and the Park Chung-hee Era: The Shaping of Modernity in the Republic of Korea*. Paramus: Homa and Sekey Books, 3–50
- Lee, You Jae (2008): „„An der westlichsten und östlichsten Flanke der Lager“. Deutsche Entwicklungshilfe für Korea 1953–1963“, in: Kleßmann, Christoph; Stöver, Bernd (Hgg.): *Der Koreakrieg. Wahrnehmung – Wirkung – Erinnerung*. Köln/Wien: Böhlau, 142–158
- Lempert, Wolfgang (1989). „Feilen, bis einem die Arme abfallen: Erinnerungen junger Facharbeiter an ihre metallhandwerkliche Grundausbildung in der Lehrwerkstatt“, in: Lipsmeier, Antonius; Arnold, Rolf (Hgg.): *Betriebspädagogik in nationaler und internationaler Perspektive*. Baden-Baden: Nomos, 197–210

- Lenhart, Volker (1971): „Das Counterpartprogramm: Lehrerausbildung für berufliche Schulen der Entwicklungsländer“, in: *International Review of Education*, 17.3: 277–288
- Lindenberger, Thomas (2014): „Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand“, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, https://docupedia.de/zg/Lindenberger_eigensinn_v1_de_2014
- Maß, Sandra (2006): „„Eine Art Sublimierter Tarzan“: Die Ausbildung deutscher Entwicklungshelfer- und helferinnen als Menschentechnik in den 1960er Jahren“, in: *Werkstatt Geschichte*, 42: 77–89
- Min, Hyang-ki (2011): „Han'guk'yŏng maisŭt'ŏ kodŭnghakkyo-wa togil Meisterschule-ŭi pigyo yŏn'gu“ (Vergleichende Forschung zu koreanischer Meister School und deutscher Meisterschule), in: *Oegugŏ-rosŏ-ŭi togilŏ*, 28: 31–53
- No, Myŏnghwan (2011): „Naengjŏn shidae han'guksanŏp'wa chŏngch'aek-kwa sŏdog-ŭi ŭimi-wa yŏk'al“ (The Meaning and Role of the Federal Republic of Germany for the Industrialization of the Republic of Korea under the International Cold War System), in: *Sarim*, 38: 289–323
- O, Sŏngch'ŏl (2011): „Pak Chŏnghŭi-ŭi kukkajuŭi kyoyungnon-gwa kyŏngje sŏngjang“ (Park Chung-Hee's Nationalist Educational Discourses and Economic Growth), in: *Yŏksamunjeŷŏn'gu*, 11: 53–80
- Park, Chung-hee (1970a): *Major Speeches*, hrsg. und übers. von Bum Shik Shin, Seoul: Hollym Publishers
- (1970b): *The Country, the Revolution and I*, hrsg. und übers. von Leon Sinder, Seoul: Hollym Publishers
- Pohlig, Matthias (2013): „Vom Besonderen zum Allgemeinen? Die Fallstudie als geschichtstheoretisches Problem“, in: *Historische Zeitschrift*, 297.2: 297–319
- Rau, Walter (1966): „Economic Development in Korea“, in: *Korea Journal*, 6.8: 10–15
- Schaack, Klaus (1996): „Aspekte der koreanisch-deutschen Berufsbildungszusammenarbeit“, unveröffentlichtes Manuskript, Ulsan / Buchŏn: HRD Korea: 221–247
- Schoenfeldt, Eberhard (2001): *Der Edle ist kein Instrument. Bildung und Ausbildung in Korea (Republik): Studien zu einem Land zwischen China und Japan*, Kassel: Institut für Berufsbildung (Berufs- und Wirtschaftspädagogik 22)
- Stockmann, Reinhard (1996): *Die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe: Eine Evaluation der Nachhaltigkeit von Programmen und Projekten der Berufsbildung*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Yu, Chinyŏng; Chŏng, Kisŏp (2016): „Togil kislugyoyuk chiwŏn-ŭi kyoyuksajŏk ŭiŭi: Inch'ŏn handokshirŏp hakkyo sŏllip-kwa ŭimi-rŭl chungshim-ŭro (1960–1970)“ (The Significance of the German Technical Education Support: Focusing on the Meaning and the Establishment of Incheon-German Vocational School (1960–1970)), in: *Han'gukkyoyuksahak*, 38.2: 1–26
- Yun, *kyu (1972): „Hakkyo saenghwal“ (Schulalltag), in: *Wŏndonggi*, 1. Ausgabe

Research note

Alignment of the Governance System for Private Higher Education in Indonesia

Leenawaty Limantara and Peter Mayer

Summary

With more than 3,000 private higher education institutions, and around 70 percent of all students in the country enrolled in them, Indonesia has a particularly large, dynamic, and diverse private higher education sector. The country's economic and political environment can be characterized as conducive to private institutions offering academic programs. At the same time, the higher education sector in the country faces enormous challenges — especially with respect to the difficulties to uphold academic standards on a broad basis. Providing a framework for this sector — one characterized by appropriate governance structures that ensure quality — is of particular importance for Indonesia. The governance-equalizer model, a well-established tool, was used to analyze how leaders of higher education institutions view governance structures in the sector in Indonesia: A survey was conducted asking them what kind of reform of governance in private higher education institutions they would suggest in order to make the system more effective. Rectors, vice rectors, and other academic leaders shared their perspectives on the role of government, stakeholders in higher education institutions, leaders of higher education institutions, and on academics as well as competition. The most important findings were a preference for the closer involvement of stakeholders and equally strong support for competitive forces within higher education too.

Keywords: private higher education, governance, Indonesia

Leenawaty Limantara received her Doctorate Degree from Kwansei Gakuin University in Japan. Assoc. Professor Leenawaty Limantara served as the rector of Ma Chung University, Indonesia (2007-2015) and currently of Universitas Pembangunan Jaya (2015-2023). Currently, she serves as the vice chairwoman in the Association of Private Higher Education Institution of Indonesia region IVB.

Peter Mayer received his Doctorate Degree from Goethe University in Frankfurt. He is Professor for International Economics at the University of Applied Sciences Osnabrück where he was Vice-President from 2003 to 2007.

Introduction

In most countries around the world, the provision of higher education has traditionally been the responsibility of the public sector. The last few decades have been characterized by substantial changes in this respect (Altbach, Reisberg, and Rumbley 2009; Sanyal and Johnstone 2011: 163–164; Varghese 2015). The significant increase in the demand for and the supply of tertiary education has shifted the balance between the public and the private sector. In many countries, the state has been reluctant or unable to expand funding in line with the growth of the demand for higher education. Private higher education institutions have often been quicker and bolder than public ones in responding to these challenges. This is particularly true in Asia (Bjarnsaon et al. 2009; Asian Development Bank 2012; Varghese 2015: 13). In terms of the number of institutions and number of students, the private higher education sector in some Asian countries is now quantitatively more important than the public education one.

Indonesia is a case in point. The number of students enrolled in higher education there grew from 200,000 in 1975, to 2.5 million in 1995 (Nizam 2006: 36), to almost seven million in 2017. Some 68 percent of all students in the country are enrolled in private higher education institutions, a percentage figure only surpassed in Asia by South Korea and Japan (Asian Development Bank 2012). As of 2017 more than 95 percent of all Indonesian higher education institutions were private (PDDikti Kemenristekdikti 2017), the highest figure in all Asia. Given the size and importance of private higher education in Indonesia then, an effective framework for providing good-quality education is essential for the country's economic future.

Both external and internal factors play crucial roles herein: The external ones can be analyzed by using the well-known PESTEL framework. The internal perspective, meanwhile, can be captured by scrutinizing the governance system prevailing in higher education. This paper especially addresses the perception of needed changes in the overall governance of private higher education in Indonesia, as seen from the perspective of the leaders of the country's higher education institutions themselves. In a fast-changing external environment for private higher education and with frequent reforms of the governance system, leaders of higher education institutions represent important voices in the search for appropriate ways to establish a system ensuring the high performance of tertiary education. Understanding the kind of governance reforms that these leaders call for is of key importance for subsequent reform processes.

First, a short overview of the private higher education sector in Indonesia is given. This is followed by a discussion of the main challenges for private higher education institutions there. Hereafter, the external environment for private higher education institutions in the country is described. In the section that then follows, the governance-equalizer model is introduced as a theoretical framework for analyzing governance issues. The underlying concept and the results of an empirical study are then presented and discussed.

The private higher education sector in Indonesia — key features and trends

There are a large variety and diversity of higher education institutions in Indonesia. Different classifications help in dissecting this diversity: universities, institutes, and schools of higher learning offer academic programs, while polytechnics, academies, and the more recently opened community colleges exclusively offer vocational training. The vast majority of institutions are schools of higher learning (colleges), followed by academies and universities.

Tertiary education can generally be offered by public or by private suppliers. However, schools of higher learning and academies are exclusively private.

Table 1: Number of Higher Education Institutions (Year 2017) in Indonesia and of Students Enrolled at Each (Numbers in Brackets)

	University	Institute	School of higher learning	Academy	Community college	Poly-technic	Grand total
Public	63 (1,970,988)	13 (91,049)	-	-	3 (451)	43 (149,180)	122 (2,211,668)
Private	492 (2,769,248)	65 (178,977)	1,431 (1,394,902)	1,007 (270,475)	12 (569)	147 (98,672)	3,154 (4,712,843)
Total	555	78	1,431	1,007	15	190	3,276 (6,924,511)

Sources: Government of Indonesia (2017); Higher Education Statistical Year Book (2017).

Table 1 shows that private institutions make up 96 percent of all higher education ones registered in Indonesia. A considerable number of these institutions are religiously affiliated, either in the public or more prevalently in the private sector (Logli 2016). These institutions typically offer a wide range of programs, meaning they are not limited to religious or social issues. Taking the frequently used classifications of higher education institutions as “elite,” “semi-elite,” “religious/cultural,” or “non-elite and demand-absorbing” as a reference point, most private higher education institutions can be characterized as non-elite and demand-absorbing (Varghese 2015; Logli 2016; OECD/Asian Development Bank 2015: 189). The average size of the institutions differs considerably: While public higher education institutions in 2017 on average had 18,128 students, the equivalent number for private ones was just 1,495. This small size has important implications for their operations.

Private institutions are particularly active in the social sciences and education, and less so in the natural sciences (Logli 2016: 570). They generally draw their students from all social strata. However, empirical studies show that students whose parents are well-off find it easier to be accepted at public higher education institutions (Logli 2016: 571).

Challenges for private higher education in Indonesia — an overview

Private higher education institutions in Indonesia are important with respect to filling the gap left by the unwillingness or inability of government to provide public funding for the burgeoning higher education sector. They have played a key role in managing “massification” and absorbing the increased demand. Private tertiary institutions are seen as challenging the status quo, introducing innovation and driving change. They are said to offer programs highly relevant for the labor market (Varghese 2015). There is substantial evidence that graduates of higher education programs are successful in finding employment and receiving above-average wages (Rosser 2018; Negara and Benveniste 2014).

However, those who locate the responsibility to provide higher education clearly in the public sphere see both their growth in the past and their quantitative importance now negatively. Many criticize these developments as the “commercialization of higher education” (see Logli 2016: 568; Rosser 2018: 16). The inherent inequity of offering only privately financed programs for the majority of students is often addressed. Because of the difficulties for low-income groups to afford tuition fees, the system is seen as lacking equity in terms of access to higher education — both in terms of social income group and region of origin (OECD/Asian Development Bank 2015: 191; Nizam 2006).

The provision of quality instruction is widely seen as the major challenge for private higher education (Rosser 2018: 3; Hill and Wie 2012). While the top private institutions are seen as offering a similar quality hereof as the good public universities (OECD/Asian Development Bank 2015: 188), a more skeptical picture regarding the vast majority of private higher education institutions can be painted. Taking institutional accreditation as an overall signal for quality, the difference in the extent of this across the two sectors is significant: while 74.6 percent of public higher education institutions are institutionally accredited, the respective figure for private ones is only 46.4 percent (BAN-PT 2018).

The same picture emerges when looking at some of the detailed figures: The percentage of instructors at higher education institutions who hold advanced degrees is low. In 2017 only 5.2 percent of all instructors at private higher education institutions (PHEI) held a PhD, while the respective figure for public ones was 29 percent (PDDikti Kemenristekdikti 2017; Government of Indonesia 2017: 138; Rosser 2018: 11). Many instructors are said to lack experience with modern teaching approaches (Wicaksono and Friawan 2011). The practice of some of the teaching staff having a second job outside the institution is still prevalent (Logli 2016: 573; Welch 2007: 674). The contribution to research — which the Indonesian government, as a matter of principle, requests all higher education institutions to make — is low (Logli 2016: 574). Because of their small average size, many institutions have difficulties to provide an environment that fosters academic exchange and excellence (OECD/Asian Development Bank 2015).

Economies of scale cannot be exploited, challenging the business model that they rest on. More recently the government has closed down some private institutions because of them not meeting minimum quality standards. In 2018 a moratorium was declared on founding new private higher education institutions. In reaction to the small average size of the institutions and resulting problems, the government initiated in 2018 a new policy to push for mergers between private higher education institutions (Ministry of Research Technology and Higher Education 2018).

An analysis of the external environment — enabling and limiting factors

The large size of the Indonesian private higher education sector is the result of private organizations' willingness to offer academic programs as well as of also the government's interest in the sector offering them (Altbach, Reisberg, and Rumbley 2009: 75; Levy 2010: 27; Welch 2007: 673). The government has been supportive of such programs' growth for many decades in fact: The overall policy approach by the Indonesian government with respect to private suppliers of higher education can be described as enabling and supportive (OECD/Asian Development Bank 2015: 184; Rosser 2018: 4). The government created a framework that allowed private organizations to run higher education institutions as long as they met minimum quality standards.

Economic conditions have overall been enabling for the development of private higher education institutions in Indonesia. There is generally a good job market for graduates of higher education (Rosser 2018). Unemployment among graduates from higher education institutions is lower than for those with lesser qualifications. For graduates, the financial returns from investment in tertiary education are (still) high (Negara and Benveniste 2014). The readiness of individuals and families in Indonesia to invest in human capital is considerable. There are some government schemes to financially support private universities employing qualified staff (Bjarnason et al. 2009: 38; Varghese 2015: 13). The willingness of companies to allocate resources to higher education as a way to gain direct access to talented students has been an advantage for the development of private higher education in the country. Some companies consider spending on higher education part of their corporate social responsibility.

In terms of social framework conditions, the most important factor in Indonesia is the growing population and hence the size of the youth demographic — especially with the increased interest of young people in entering higher education. The transition rate from high school to higher education has increased (OECD/Asian Development Bank 2015: 194), which has led to a constant rise in the number of school graduates seeking enrollment in higher education programs. With regard to environmental factors, the topography of Indonesia in fact favors a decentralized form of higher education: the country's population is dispersed across thousands of

different islands. Meanwhile traffic conditions in the big cities reduce the accessibility of institutions situated just a few kilometers away, putting a premium on decentralized offers.

The legal framework has been quite favorable for private institutions. The main provisions for the operation of higher education institutions can be found in the 1945 Constitution and in the Law of the Republic of Indonesia Number 22 of 1961 concerning higher education institutions. Today, the most important rulebook for higher education institutions and the governance architecture is the Law of the Republic of Indonesia Number 12 of 2012 Dated 10 August 2012 concerning Higher Education. This law spells out government policy toward good governance across public and private higher education institutions. It addresses a typology of institutions in higher education, standards for the provision of higher education, principles of operation, and responsibilities of the various actors involved. It contains regulations concerning quality assurance in higher education institutions. It regulates funding matters and issues relating to foreign institutions.

Of particular importance is Indonesian Government Regulation No. 4 of 2014 on the Performance of Higher Education and the Management of Higher Education Institutions. There are further specific regulations, such as Indonesian Minister of Research, Technology and Higher Education Regulation No. 51 of 2018 concerning the Establishment and the Dissolution of Universities. Some other regulations specifically address related matters, such as the challenge of quality assurance (Indonesian Minister of Research, Technology and Higher Education Regulation No. 62 of 2016), the conduct of private higher education institutions (Indonesian Minister of Research, Technology and Higher Education Regulation No. 3 of 2018), and the specification of the discretionary spaces for the formulation of statutes for private higher institutions (Indonesian Minister of Research, Technology and Higher Education Regulation No. 16 of 2018).

The various laws regulating higher education in Indonesia generally allow for innovation and for openness toward private actors. The government has in recent years opened up funding lines originally preserved for public universities to private institutions (Varghese 2015: 13). There is financial support available for some of the expenses of private higher education institutions, especially when it comes to recruiting highly qualified staff. These institutions can apply for competitive programs, and are increasingly succeeding in obtaining funding (OECD/Asian Development Bank 2015: 208). Students at such institutions can apply for government-funded scholarships meanwhile (Wicaksono and Friawan 2011).

In sum, there is a positive framework in place for private higher education institutions overall. It is highly likely then that they will continue to play a key role in Indonesia's education provision.

Addressing the challenge — the importance of the governance system and the dimensions of it

Whether organizations are able to respond to challenges and how they do so are not only the result of factors associated with the external environment, but also of the powers influencing the inner workings of those organizations too. The concept of “governance” describes the institutional arrangements existing across the autonomous and semiautonomous actors involved in the workings of a given organization. Institutions can be broadly understood as being constituted by formal and informal norms and regulations (North 1990: 3). A sound and well-calibrated governance structure addresses the behavior of agents within cooperative or competitive arrangements, helps in ensuring accountability by addressing problems such as information asymmetries, opportunism, and moral hazards, and provides for incentives to make an organization effective and efficient with respect to its goals (Menard 2008: 283–284).

The nature of the governance of the Indonesian higher education sector has been a recurrent theme in many related studies and documents. But these articles mainly refer to governance within the public sector — which is, however, the much smaller sector in terms of number of institutions and number of students (OECD/Asian Development Bank 2015). Less attention has been paid to governance within the private sector meanwhile. But given the size of the latter, its governance structure is of central importance for the overall performance of the higher education sector in Indonesia. It is therefore important to address the issue of the most appropriate form of governance for this sector: In terms of governance, what overall direction should the country’s private higher education institutions take? What kinds of regulations are needed to clarify the allocation of roles and tasks between the foundation or the association of foundations on the one side and the leadership of private universities on the other? In which ways should the government prescribe standards for the statutes of universities? Is the government needed to push for the modernization of institutions? Should there be standards with respect to stakeholders’ roles in such organizations, like via board of trustees? Should there be requirements in terms of making the voice of academics heard in senates or similar bodies? Should there be more competition for resources, or is competition an inappropriate mechanism for higher education?

A useful tool for analyzing the governance structure within the higher education sector in general was developed in the 1990s by scholars in Europe. Looking mainly at the dominant model of public universities on that continent, they identified five dimensions to the governance mechanism. Between them, they determine the decision-making process within academic organizations (Westerheijden et al. 2010):

- “State regulation” refers to the authority vested in the state. The state can determine in broad or very detailed form the operational activities of higher education institutions.

- “Stakeholder guidance” refers to the role of players such as industry, communities, and students.
- “Academic self-governance” refers to the power of academics to determine the affairs of the institution.
- “Managerial self-governance” concerns the powers given to the leadership of the higher education institution, meaning to rectors, presidents, or deans.
- “Competition for scarce resources” refers to the importance attached to having access to the best students, to the best personnel, to having the highest prestige, and to the allocation of funds.

A higher education system can be described as having a specific mix of these various dimensions. This tool was originally used to analyze the higher education systems in most European countries by reflecting on the status quo and the shifts in their governance dimensions. Studies of the trends for the last two decades show that, overall, European countries have opted for less state regulation, more stakeholder guidance, less academic but more managerial self-governance, and more competition (Westerheijden et al. 2010; De Boer et al. 2007). Because of this overall trend of convergence in institutional arrangements, the model became known as the “governance-equalizer” one.

The model has typically been used to discuss, as noted, the nature of the institutional mechanisms of public universities. But it can also be used to reflect on governance with respect to private higher education institutions. When mainly discussing the latter, however, it is useful and indeed necessary to introduce a sixth dimension: the role of the owner(s) of the institution. The owners take over some of the roles that the government plays in public universities (such as providing funds, influencing the overall mission, and similar). However, the nature of their relationship with the university is different as compared to the relationship between government and a public university. Owners cannot substitute for the role of the government in terms of determining the rules that higher education institutions must follow. The government remains the key rule-setting agent, and thus needs to be considered separately in the analysis of the architecture of university governance in Indonesia.

The following sixth dimension is therefore added:

- “Influence of owner(s)” refers to the power of the owners to determine the overall affairs and the day-to-day management of financial and academic affairs.

Aligning the governance structures for private higher education institutions — the perspectives of their leaders

Empirical research based specifically on the governance model described above was conducted wherein rectors, vice rectors, and other academic leaders from both

private and public tertiary institutions in Indonesia were asked what the most desirable changes in the allocation of powers would be. Leaders were asked whether the current allocation of power should stay the same or be adjusted. Data was collected via an online survey, with the concerned individuals invited to answer a questionnaire. The sample collection was carried out by using nonprobability sampling. A virtual snowball sampling method was used, with a minimum target number of forty respondents. Questionnaires were circulated by using a Google Doc via the network of the Association of Private Higher Education Institutions of Indonesia (APTISI). Data collection was conducted for four weeks, from October 9 to November 9, 2018.

For each of the six dimensions, respondents were asked to comment whether the level of power allocated to the state, owners, stakeholders, academics, the managerial leadership, and to competitive forces should stay the same, be increased, or be decreased:

Question 1: Should the level of state regulation be increased, stay the same, or be reduced?

Question 2: Should the influence of owners (i.e. the foundations) be increased, stay the same, or be reduced?

Question 3: Should the role of stakeholders such as community representatives, students, or industry representatives in terms of guiding institutions be increased, stay the same, or be reduced?

Question 4: Is more, the same, or less influence by academics on the management of the affairs of the institution desirable?

Question 5: Should the power of leaders of the institutions such as rectors, deans, or heads of departments be increased, stay the same, or be reduced?

Question 6: Is more, the same, or less competition in terms of that for the best students, the best instructors, for funding, etc. desirable?

It was hypothesized that rectors or vice rectors of private higher education institutions would like to see the system develop in terms of less state regulation, a claim often formulated by representatives of private institutions all around the world. It was also hypothesized that academic leaders would prefer a governance system that leaves less space for the influence of the owners of private higher education institutions. It was further hypothesized that these leaders would be in favor of more influence by stakeholders. This was based on the assumption that leaders would see the importance of their stakeholders' ideas being articulated, and the gains from mutually beneficial relationships. It was assumed that leaders would partly look at stakeholders as countervailing the state's and the owners' influence. With respect to the effect of academics on the managing of the institutions, it was hypothesized that — similar to the debate in Europe and the United States —

leaders would call for less such influence. It was further hypothesized that leaders would see benefits in more power being allocated to the managerial leadership of these institutions. With respect to competition, it was hypothesized that leaders would see such pressure positively, and as a chance to excel.

The results of the survey

In total, 456 academic leaders from private higher education institutions ultimately responded and filled out the questionnaire. Of these, 59 percent were rectors, 14 percent were vice rectors, while the remaining 27 percent had other functions like deans or heads of department. Table 2 shows the results for the six identified governance dimensions.

Table 2: Results of the Survey of Academics Leaders in Indonesia (Year 2018)

	Influence and power (as a %)		
	Should be increased	Should stay the same	Should be decreased
State regulation	25	56	19
Influence of owners	18	44	38
Role of stakeholders	93	6	1
Role of academics	52	46	2
Academic leaders	75	20	5
Role of competition	94	4	2

Source: Authors' own compilation.

A majority considered the level of state regulation appropriate, with around 25 percent being in favor of more and 19 percent in favor of less. With respect to the influence of the owners of private higher education institutions, 38 percent of respondents wished for a reduction of their influence. Some 93 percent were in favor of more influence for community representatives, students, or industry representatives meanwhile.

A further significant finding is that 98 percent of those asked would like to see the influence of academics stay the same or be increased, which is quite different to the discourse in Europe — where many leaders of higher education institutions would like to see it reduced. The leaders who replied wanted to see their own influence be increased or stay the same. The survey furthermore revealed strong support for more competition — for the best students, the best instructors, for funding, and similar — with 94 percent being in favor hereof.

Discussion

Most of the results are in line with the hypotheses formulated. Some of the findings are very clear and unambiguous, especially with respect to the involvement of

stakeholders and the assessment of competitive forces. Those concerning the role of academic leaders and academics are quite strong as well.

A 56 percent majority considered the current level of regulation by the state as adequate, while 25 percent would like to see more and 20 percent less. The satisfaction expressed by more than 50 percent of respondents with the current level of regulation can be interpreted as a validation of the Indonesian government's chosen course to provide a legal framework that allows for growth. The survey results concerning the power of owners can be interpreted as some kind of preference for less such influence. Some well-established private institutions report little influence by their foundation (i.e. the owner), leaving the academic leadership space to develop the institution. However other organizations, possibly especially young institutions, seem to occasionally receive clear instructions on operational — mostly financial management — details.

One important finding is the strong support for more stakeholder involvement. An increase herein has been an important feature of ongoing international discussions about the future of higher education. It is in the same light that Indonesian higher education experts and leaders emphasize the benefits of close collaboration between universities and their stakeholders in terms of additional funding for the development of higher education institutions, for additional scholarships for students, and for internships. Close contact can facilitate access to experts from outside the academic world, to share their knowledge with university students and staff. The closing of the gap between theoretical work within the academic environment and the practical world is seen as an important advantage, one helping to keep the employability of graduates high. Stronger collaboration between higher education institutions and their stakeholders, be they industry, community, or other groups, is strongly supported by government. Such an approach of involving stakeholders in the development of new institutional arrangements has been influential for the practice of accreditation. The term “triple helix” to describe the cooperation of government, the business community, and universities has become a catchword for describing the need and the avenue toward the interplay of stakeholders. In order to emphasize the requirement to involve civil society or other players, the term “quadruple helix structure” is sometimes used as well. Despite the potential challenges arising from involving many different stakeholders in the governance architecture, it seems that currently there is a very strong perception of the potential positive sides of such close collaboration.

The leaders who participated in the survey would not prefer, as had been hypothesized, a reduced role for academics. Rather, maintaining the status quo or an increase in their own influence was wished for. This is an interesting discovery, one that deviates greatly from the discourse in Western Europe — where academics' influence was strong in the past but came to be seen critically when the New Public Management philosophy gained ground. In Indonesia, there seems to be an appreciation for the positive impact of getting academics involved in the

development of the institution. Given the low number of PhDs held among staff, the small size of some of the institutions, the lack of research done, and the simultaneous need to develop an academic culture as well as to increase output, this preference might be based on the realization that such results are only possible with more say for academics.

Managerial self-governance is seen positively by leaders themselves. This is not a surprising result, being one observed in most countries around the world. Over 90 percent of respondents were in favor of even more competition. Private higher education institutions are typically quite entrepreneurial, and therefore appreciative of dynamic conditions. The setting of the framework conditions in Indonesia has allowed private agents to become strong players, in terms of the number of institutions and number of students. It is therefore consistent that leaders see liberal conditions as positive. There seems to be quite some trust within the sector that rules for competition are such that related forces push for more effectiveness and efficiency, innovation, and quality, and will finally lead to public recognition of universities' reputation.

Conclusion

The article has highlighted the important role that the private higher education sector plays in Indonesia. Given the size of it, the importance of institutions operating effectively is crucial. The overall performance of the higher education sector in the country depends to a considerable extent on that of the private higher education sector. External environmental conditions and the governance system for private higher education are therefore of key importance.

In Indonesia, both that external environment and governance system are constantly changing and undergoing reform. The leaders of higher education institutions are key players, with their perspectives on and their proposals for change vital to the public debate. The results of the survey that we compiled show that leaders of Indonesian higher education institutions have a strong preference for the more powerful role of stakeholders and a strong competitive framework. They would like to see more discretionary power given to leaders, but are equally supportive of more influence for academics.

When the government and indeed the various stakeholders in the higher education sector look at ways to optimize how it is managed, and to engineer legal and political rules for higher education, the results of our study will be helpful in directing attention to core issues, needs, and considerations.

References

- Altbach, P.G.; “Reisberg, L.; Rumbley, L.E. (2009): Trends in Global Higher Education: Tracking an Academic Revolution – A Report Prepared for the UNESCO 2009 World Conference on Higher Education”. Paris: UNESCO, <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000183168>
- Asian Development Bank (2012): “Private Higher Education Across Asia: Expanding Access, Searching for Quality” Manila: Asian Development Bank, <https://www.adb.org/sites/default/files/publication/29869/private-higher-education-across-asia.pdf>
- BAN-PT (2018): “Laporan Kinerja BAN-PT 2018”, <https://www.banpt.or.id/?p=2353>
- Bjarnason, S.; Cheng, K.M.; Fielden, J.; Lemaitre, M.J.; Levy, D.C.; Varghese, N.V. (2009): “A New Dynamic: Private Higher Education”. Paris: UNESCO, <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000183174>
- De Boer, Harry; Enders, Jürgen; Schimank, Uwe (2007): “On the Way towards New Public Management? The Governance of University Systems in England, the Netherlands, Austria, and Germany”, in: Jensen, Michael C. (ed.): *Theory of the Firm: Governance, Residual Claims and Organizational Forms*, 137–152
- Hill, H.; Wie, T.K. (2012): “Indonesian universities in transition: catching up and opening up”, in: *Bulletin of Indonesian Economic Studies*, 48.2, 229–251
- Kementerian Riset, Teknologi dan Pendidikan Tinggi Republik Indonesia (2016): “Peraturan Menteri Riset, Teknologi dan Pendidikan Tinggi Republik Indonesia Nomor 62 Tahun 2016 tentang Sistem Penjaminan Mutu Pendidikan Tinggi”, <https://lldikti8.ristekdikti.go.id/wp-content/uploads/2019/07/Permen-Nomor-62-Tahun-2016-tentang-Sistem-Penjaminan-Mutu-Pendidikan-Tinggi.pdf>
- (2018a): “Peraturan Menteri Riset, Teknologi dan Pendidikan Tinggi Republik Indonesia Nomor 3 Tahun 2018 tentang Penggabungan dan Penyatuan Perguruan Tinggi Swasta”, https://lldikti8.ristekdikti.go.id/wp-content/uploads/2019/02/Permenristekdikti_Nomor_3_Tahun_2018_Penggabungan_dan_Penyatuan_PTS.pdf
- (2018b): “Peraturan Menteri Riset, Teknologi dan Pendidikan Tinggi Republik Indonesia Nomor 16 Tahun 2018 tentang Pedoman Tata Cara Penyusunan Statuta Perguruan Tinggi Swasta”, https://lldikti8.ristekdikti.go.id/wp-content/uploads/2019/07/Permenristekdikti_Nomor_16_Tahun_2018_Pedoman_Tata_Cara_Penyusunan_Statuta_PTS.pdf
- (2018c): “Peraturan Menteri Riset, Teknologi dan Pendidikan Tinggi Republik Indonesia Nomor 51 Tahun 2018 tentang Pendirian, Perubahan, dan Pembubaran Perguruan Tinggi Negeri dan Pendirian, Perubahan, dan Pencabutan Izin Perguruan Tinggi Swasta”, <https://lldikti8.ristekdikti.go.id/wp-content/uploads/2019/07/Permenristekdikti-51-Tahun-2018-Pendirian-Perubahan-Pembubaran-PT-dan-pencabutan-izin-PTS.pdf>
- Levy, D. (2010): “Private Higher Education in East Asia: Reality & Policy”, World Bank Flagship Project, <http://siteresources.worldbank.org/INTEASTASIAPACIFIC/Resources/EastAsianPrivateHigherEducation.pdf>

- Logli, C. (2016): "Higher Education in Indonesia: Contemporary Challenges in Governance, Access, and Quality", in: Collins, C.; Lee, M.; Hawkins, J.; Neubauer, D. (eds.): *The Palgrave Handbook of Asia Pacific Higher Education*. New York: Palgrave Macmillan, 561–581
- Menard, C. (2008): "A New Institutional Approach to Organization", in: Menard, C.; Shirley, M. M. (eds.): *Handbook of New Institutional Economics*. Springer, 281–318
- Negara, S.; Benveniste, L. (2014): "Indonesia's Higher Education System: How Responsive is it to the Labor Market?". Washington, D.C.: World Bank Group, <http://documents.worldbank.org/curated/en/596601468268792237/Indonesias-higher-education-system-how-responsive-is-it-to-the-labor-market>
- Negara Republik Indonesia (1945): "Undang-Undang Dasar Negara Republik Indonesia Tahun 1945", <https://jdih.kemenkeu.go.id/fullText/1945/UUDTAHUN~1945UUD.htm>
- (1961): "Undang – Undang Nomor 22 tentang Perguruan Tinggi", http://simpuh.kemenag.go.id/regulasi/uu_22_61.pdf
- (2012): "Undang – Undang Nomor 12 tentang Pendidikan Tinggi (Lembaran Negara Republik Indonesia Tahun 2012 Nomor 158, Tambahan Lembaran Negara Republik Indonesia Nomor 5336)", <http://sumberdaya.ristekdikti.go.id/wp-content/uploads/2016/02/uu-nomor-12-tahun-2012-ttg-pendidikan-tinggi.pdf>
- (2014): "Peraturan Pemerintah Nomor 4 tentang Penyelenggaraan Pendidikan Tinggi dan Pengelolaan Perguruan Tinggi (Lembaran Negara Republik Indonesia Tahun 2014 Nomor 16, Tambahan Lembaran Negara, Republik Indonesia Nomor 5500)", <http://ldikti7.ristekdikti.go.id/uploadperaturan/4.%20PP%204%202014%20Penyelenggaraan%20Dikti%20dan%20Pengelolaan%20Dikti.pdf>
- Nizam (2006): "Higher Education in South East Asia – Indonesia", in: *Higher Education in South East Asia*. Bangkok: UNESCO Asia and Pacific Regional Bureau for Education, 35–68, https://repository.ugm.ac.id/32578/1/UNESCO_Rihed_Higher_Education_nizam.pdf
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge University Press
- OECD/Asian Development Bank (2015): *Education in Indonesia: Rising to the Challenge*. Paris: OECD Publishing, <https://www.adb.org/sites/default/files/publication/156821/education-indonesia-rising-challenge.pdf>
- PDDikti Kemenritekdikti (2017): *Higher Education Statistical Year Book 2017*. Jakarta: Pusat Data dan Informasi Iptek Dikti, <https://ristekdikti.go.id/wp-content/uploads/2018/02/Buku-Statistik-Pendidikan-Tinggi-2017.pdf>
- Pusdatin Kemenritekdikti (2018): *Higher Education Statistical Year Book 2018*. Jakarta: Pusdatin Iptek Dikti, <https://pddikti.ristekdikti.go.id/asset/data/publikasi/Statistik%20Pendidikan%20Tinggi%20Indonesia%202018.pdf>
- Rosser, A. (2018): "Beyond access: Making Indonesia's education system work". Lowly Institute, <https://think-asia.org/handle/11540/8034>
- Sanyal, B.C.; Johnstone, D.B. (2011): "International trends in the public and private financing of higher education", in: *Prospects*, 41: 157–175

- Varghese, N.V. (2015): “Reshaping of Higher Education in Asia: Role of the Private Sector”. THF Working Paper 10/2015. The Head Foundation, http://www.headfoundation.org/papers/v_2015_10-_HE_in_Asia_for_HEAD_Varghese_revised.pdf
- Welch, A. R. (2007): “Blurred Vision? Public and Private Higher Education in Indonesia”, in: *Higher Education*, 54.5, 665–687
- Westerheijden, D. F.; de Boer, H. F.; Jongbloed, B. W. A.; Enders, J.; Cremonini, L.; File, J. M.; Huisman, J.; Kovac, A.; de Weert, E. (2010): *Progress in higher education reform across Europe. Governance Reform. Volume 1: Executive Summary main report*. Enschede/Kassel: Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS), <https://research.utwente.nl/files/5146370/GOV%20vol%201%20Executive%20Summary%20main%20report.pdf>
- Wicaksono, T.Y.; Friawan, D. (2011): “Recent Developments in Higher Education in Indonesia: Issues and challenges”, in: Armstrong, S.; Chapman, B. (eds.): *Financing Higher Education and Economic Development in East Asia*, Canberra: Australian National University E Press, 159–187, <https://press.anu.edu.au/publications/financing-higher-education-and-economic-development-east-asia>

Research note

Intentional Ambiguity in Chinese Policymaking: The Case of the Smart Grid Industry

Hannes Gohli and Doris Fischer

Summary:

‘Intentional ambiguity’ is a concept that most commonly appears either in the realm of diplomacy (Benson and Niou 2001) or in military jargon to describe a situation where two factions circumvent confrontation by using imprecisions to discuss a sensitive topic upon which each side possesses contrasting ideas (Johnson 2017). While much criticism is directed at China using the strategy in its dealings with foreign nations, little attention has been paid to analysing how that country’s government uses purposefully ill-defined policies to stimulate economic and technological development at home (Ahrens 2013). This article seeks to remedy this analytical deficiency by outlining in detail the theory of ‘strategic ambiguity’, and extending deliberations thereon to the case of the Chinese ‘smart grid’. The study will reveal how vague understanding of smart grids in the literature and in industry, coupled with intentionally hazy policy prescriptions from central government institutions, while stimulating technological innovation and local policy experimentation are also misleading investors in the electricity market and creating favourable conditions for large state-owned enterprises at the expense of their privately-owned small and medium-sized counterparts.*

Keywords: smart grid, policymaking, intentional ambiguity, China, political steering

Hannes Gohli is a PhD candidate at Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

Doris Fischer is Chair of China, Business and Economics at Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

* The authors thank the German Research Foundation (DFG) for its support in making this and other critical research initiatives connected to the presented paper possible.

Introduction

‘Intentional ambiguity’ is a concept that most commonly appears either in the realm of diplomacy (Benson and Niou 2001) or in military jargon to describe a situation where two factions circumvent confrontation by using imprecisions to discuss a sensitive topic upon which each side possesses contrasting ideas (Johnson 2017). While much critical debate has been directed at China’s use of the strategy in its dealings with foreign nations, little attention has so far been paid to analysing how that country’s government uses purposefully indefinite policies to stimulate economic and technological development at home (Ahrens 2013). This article seeks to remedy this analytical deficiency by outlining the theory of ‘strategic ambiguity’, and then extending deliberations to policymaking in China – as exemplified by the case of ‘smart grid’ legislation.

The study will show how vague understanding of smart grids in the literature and in industry, coupled with intentionally hazy policy prescriptions from central government institutions, contribute to the development of smart grids. However, while the strategic use of intentional ambiguity stimulates technological innovation and local policy experimentation, it also misleads investors in the electricity market and creates favourable conditions for large state-owned enterprises (SOEs) at the expense of privately-owned small and medium-sized enterprises (SMEs). The paper is part of a larger research initiative on policy design and implementation in China’s energy transition.

The insights presented here are based on a series of qualitative interviews with industry experts, politicians, academics and grid operators conducted during the summer of 2018 in Beijing, Tianjin, Suzhou and Nanjing. The paper discusses what benefits and drawbacks vagueness in objectives, authority and means have had for stakeholders in the Chinese smart grid. While further research is necessary, we argue that intentional ambiguity has been and still is a strategic feature of Chinese policymaking. By acknowledging the calculated use of intentional ambiguity, it is possible to analytically bridge the gap often perceived between the visible authoritarian state and the overwhelming amount of policy documents on the one hand and the pragmatism of policymaking frequently observed at the local level on the other. While we argue that intentional ambiguity is a long-term feature of Chinese policymaking, we contend that under the Xi Jinping administration changes in the strategy’s use seem to work to the disadvantage of the private sector – at least with regards to smart grid development.

Intentional ambiguity as a concept in policymaking

Intentional ambiguity is rooted in communication and organisation theories, first propagated during the 1980s – when horizontally coordinated businesses equipped with modern digital communication technologies (Eisenberg 1984) sparked a wave of research into new forms of message transmission somewhere in-between the two

extremes of top-down monologic control methods and context-sensitive dialogic empowerment communication models (Goodall et al. 2006). In the classical one-way model of communication (Shannon and Weaver 1964), messages containing meaning are actively passed from sender to receiver through a channel of communication. According to this model, the receiver passively interprets the message's meaning. This was an initial assumption later rebuked by scholars, who argued instead that interpretation is active and heavily influenced by the receiver's personal surroundings, as well as by the relationship with and level of trust in the sender (Corman et al. 2006).

For this reason, one-way message transmission has proven ineffective as a mode of communication (Berlo 1960). Dialogic empowerment communication models on the other hand assume that sender and recipient engage in an honest, equal, open, symmetric and temporarily non-judgemental exchange (Dutta-Bergman 2006). This is an assumption that equally does not hold up on closer scrutiny (Eisenberg et al. 2009), for even the most tolerant interlocutors will be influenced by context and barriers to communication ('noise') (Goffman 1974).

Intentional ambiguity is an alternative method of communication that simultaneously gives receivers more leeway to interpret a message (Goodall et al. 2006) and senders greater flexibility to steer implementation, coordinate and galvanise actors (Madon et al. 2004), circumvent institutional voids (Ravishankar 2013) and deflect from taking responsibility for failure post hoc (Edwan 2009). In its extended form, the term goes beyond negative connotations criticising the sender for deploying deliberate obscurity in its dealings with actor groups. With intentional ambiguity, meaning is not controlled as in the one-way model; neither are context-specific influences ignored to the extent they are in dialogues however (Eisenberg et al. 2009).

Proponents see 'ambiguity' as a given factor in any institutional setting that requires flexible, decentralised and bottom-up approaches to communication in order to overcome local needs and restraints (Ravishankar 2013). Besides a barrier to communication, detractors ('top-downers') also see ambiguity as an uncontrollable danger (Paul and Strbiak 1997) and point to clearer, more precise strategic planning as a viable alternative to ensure implementation according to plan (Matland 1995). 'Bottom-uppers' on the other hand believe that if adopted, special attention should be paid to the degree of ambiguity and the subsequent implementation process – which may differ markedly from the sender's original intentions (Pearce and Pearce 2000).

When deviations occur, rather than repeating the original message the sender should seek new channels, tweak the content or engage more closely with their intended audiences in order to better understand the noise-hindering transmission. In this context it is especially important for the sender to grasp the local conditions that may be shaping the receiver's interpretation, and thus to create messages that resonate with audiences (Pearce 1989). Because of the message's ambiguity, as well as the

trust and engagement shown by the sender, receivers feel more willing and able to carry out prescriptions – even in systems characterised by hierarchical structures. The strategy can also be applied to managing target audiences’ expectations, for instance when companies use ‘plausible deniability’ to eschew functionalities that consumers may have expected from a product’s broadly stated service promises (Eisenberg 1984).

Applied to policymaking, intentional ambiguity refers to the idea that effectiveness may increase if policies leave room for manoeuvre. Instead of setting clear performance standards, formal evaluation methods and calibrated governance mechanisms (Ravishankar 2013), a vague and incomplete objective (‘goal ambiguity’) is set by one or more passive – and sometimes concealed – sender (‘authority ambiguity’). The latter follows the subsequent unravelling of the communication’s effects from a distance, allowing for local interpretation, experimentation and empowerment in implementation (‘means ambiguity’) (Jarzabkowski et al. 2010). Intentional ambiguity is especially useful in environments of high uncertainty, where the relationship between sender and receiver is either distant or affected by noise (Weick and Sutcliffe 2001).

Turning to China, previous research has documented how its political system and its relationship with other societal subsystems in many ways correspond with the above description of communication between an active sender and a more passive, but not entirely incapacitated, receiver. For example, in policy design the Chinese government invites a large number of academics, industry experts and local cadres to participate in forming ideas (Berger et al. 2013; Kennedy 2016). Once proposals are aggregated, a policy is passed down the hierarchical system to local actors for revision and implementation (Shambaugh 2009). Those at the local level charged with implementation are confronted with a host of challenges, including central supervision and conflicting expectations from multiple stakeholders (Ravishankar 2013).

To help ease this pressure, Chinese policies tend to express a general direction and vague objectives, but usually do not include specific prescriptions on how exactly goals are to be attained (Ahrens 2013). Heilmann (2016, 2018) argues that over the course of Chinese history, the leeway given to local actors has shifted depending on the urgency vis-à-vis policy implementation, who is in power and the domain(s) being targeted. Whereas in times of crisis very little room for ambiguity is permitted, in periods of economic prosperity and social stability more decentralised forms of governance are applied – creating opportunities for policy experimentation. Ravishankar (2013) earlier suggested that besides policy experimentation, intentional ambiguity can also encourage innovation in urgently required technologies by creating practical abstractions and encouraging public–private collaborations – serving to maintain a broader scope to innovation-related undertakings.

While intentional ambiguity has implicitly and explicitly emerged as a concept used to explain Chinese policymaking, there is little empirical evidence of how this practice evolves in the context of central–local actor relations. The authors therefore took advantage of access to actors in the Chinese energy sector as part of a related research project to analyse how goal, authority and means ambiguity play out in practice in relation to smart grid policies.

Methodology

Policy design is a process shaped by humans. Different groups of stakeholders with potentially conflicting interests are involved in the design, revision and drafting of policies on the one hand, but also in the adoption, interpretation and implementation thereof on the other. Besides scrutinising the policy process, this study also focuses on how humans devise strategies to interact and communicate with one another; specifically, what methods senders deploy to transmit messages in a way that grants recipients freedom to receive and interpret meaning according to their own individual contextual surroundings. For this reason, we have adopted the theoretical/interpretative research methodology, as described by Creswell (2012), that focuses on human action and experiences (Bevir and Kedar 2008) – with the ultimate aim of understanding ‘phenomena through accessing the meanings participants assign to them’ (Orlikowski and Baroudi 1991: 5).

The basis of our analysis is 18 qualitative interviews conducted during 2018 in Beijing, Nanjing, Suzhou and Tianjin. Thankfully this research benefitted greatly from open and honest interview partners willing to permit more expansive insight into not only their own personal interpretation of meaning, but also their working environments – which strongly influence their understandings of policies in Chinese smart grid industries. During the two periods of field research, the authors were granted on-site access to one of the largest solar-panel manufacturers and smart grid innovators in China, as well as a tour of a pond-based solar park that was being connected to the grid on the very day of our visit. In addition, interviews with municipal planners and State Grid Corporation of China (SGCC) employees during a lengthy stay in the Sino-Singapore Tianjin Eco-City (SSTEC), as well as with leading academics from some of the most prestigious universities in the country, offered further insight into the political environment shaping Chinese smart grid development.

The interviews themselves were, where possible, conducted according to McCracken’s (1988) prescriptions for the ‘Long Interview’, which allows researchers to ‘step into the mind of another person, to see and experience the world as they do themselves’ (McCracken 1988: 9). Semi-structured interviews deploying a guideline questionnaire were prepared in advance to make the most of the time granted by interviewees with tight schedules (Creswell 2012). The guideline not only offered the interviewers a certain amount of stability while conducting inquiries in a foreign tongue, but also ensured the conversation did not turn stale. In our

interviews, it was the respondents who dictated the flow of conversation. The researchers only interrupted when the discussion drifted too far off-topic, or when the danger of misinterpretation arose due to language barriers or noise. In these cases, probing and follow-up questions were used to ensure ‘meaning’ was captured as intended.

Ideally, video and audio recordings are the most effective means of grasping information that can later be transcribed and reviewed for maximum data accuracy (Creswell 2012). However, placing a recording device between the interviewer and interviewee would have created an artificial barrier to communication. For this reason, and because also the interview partners for this study would not have consented to recordings, the researchers took turns asking questions and writing down the answers delivered in shorthand. The interviewers took the time to exchange views and interpretations immediately after our conversations ended so as to further minimise misunderstandings and in order to maximise data accuracy. The notes were then transcribed to form a narrative that aided in the detailed analysis of the data. The transcriptions also allowed us to ‘determine the categories, relationships, and assumptions that informs the respondent’s view of the world in general and the topic in particular’ (McCracken 1988: 42).

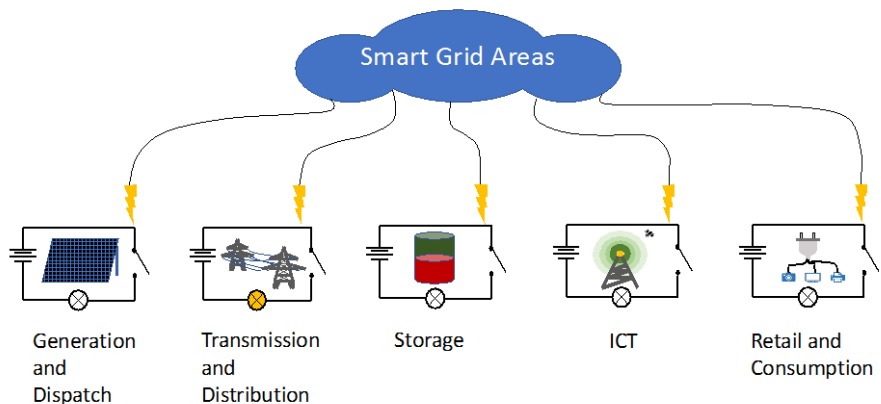
To structure the information, Mayring’s (2000) qualitative content analysis was adopted in combination with McCracken’s (1988) five stages of analysis. Such a combining of methodologies was beneficial because it allowed cross-referencing of the research’s unique findings with external sources – a technique absent from McCracken’s five stages. In the first stage, responses were analysed and commonalities grouped as to their meaning and substance. Statements that related to these categories were highlighted in the transcripts and summarised in an individual spreadsheet. As a second stage, these observations were further cross-referenced with external information gathered during desk research. The third stage then sought patterns and overarching themes, which helped connect observations across interviews. In the fourth stage, the most relevant topics were extracted for further analysis. Finally, the fifth stage integrated a reduced number of issues to create generic themes that applied to all interviews. These overarching topics are addressed in due course, in discussing the benefits and flaws of deploying intentional ambiguity for the purpose of fuelling innovation, policy experimentation and investment in the Chinese smart grid industry.

China’s smart grid and challenges in policy design

Before turning to interviewee insights, a brief background description of challenges to Chinese policymaking in smart grid industries is in order to clarify what technologies and sectors are under discussion here. Faced with limited fossil fuel reserves, severe environmental deterioration and slow yet steady increases in demand for electricity from a progressively more prosperous population (Liu 2018), China’s electricity systems stand at a crossroads in the search for safer, more reliable

and cleaner means of powering society (Liu 2015). The Chinese government thus encourages increased use of naturally abundant, low-carbon renewable energy sources such as wind, solar and hydropower for electricity generation – ones that are, however, located at great distances from load centres along the country's coastal areas (Zhang 2018). In addition to geographic challenges, any electricity generated needs to be consumed immediately due to renewables' intermittent nature. As storage technologies are currently unable to bank all the energy produced by such sources, generators rely on demand forecasts and optimal weather conditions to determine the amount and time when electricity is produced – as well as on electricity systems that sense and respond to load fluctuations without endangering the network's overall stability (Brunekreeft et al. 2015).

In China and elsewhere, smart grids have been identified as the next stage in the electricity system's evolution towards tackling intermittency in generation, raising efficiency, flexibility, reliability and sustainability in both transmission and distribution (Brinker, 2015), reducing costs in grid expansion and consumption (Zymla, 2015), as well as towards managing demand for electricity without affecting energy security or harming the environment (Brunekreeft et al. 2015). Based on this definition, the smart grid does not refer to a single technology but rather to a series of ones employed in the areas of electricity generation, transmission and distribution, storage, information and communications technology (ICT), and consumption (see Figure 1 below). In generation and storage, the system of smart grids includes all forms of renewable energy generation, technological aids to dispatch decision-making and modern storage technologies, as well as their seamless integration with existing grid infrastructure (IEC 2013). To transmit and distribute electricity, smart grids provide operators with holistic software and grid-management systems that detect faults and automatically re-route electricity to minimise black- and brownouts (Liu 2015). Smart grids collect information on the actions of individual actors in the electricity system and automatically distribute data in real-time to where it is required with the help of sophisticated ICT systems (IEC 2013). On the demand side, these grids integrate a multitude of smart home appliances that allow citizens to better manage their consumption patterns – thereby decreasing overall electricity demand in society.

Figure 1. Smart Grid Areas

Source: Authors' own design, based on Liu (2015).

The smart grid revolution is therefore a gigantic undertaking that involves mobilising a large number of actors to modernise, automatise and digitise every stage of the electricity supply chain (IEC 2013). Because of the breadth in technologies, a fair degree of administrative overlap will necessarily occur – as ministries, grid operators and private actors all vie for authority to shape the future electricity grid and its connecting markets. Arguably, any government seeking to push groundbreaking innovation and steer development in smart grid technologies will face major challenges in providing a policy framework that facilitates stable grid operation while at the same time reigning in actor expectations and coordinating related measures (Liu 2018).

But in China, much confusion exists as to what developing smart grids actually means and who is in charge of spearheading the necessary innovations required to bring about a 'smart grid' revolution (Brunekreeft et al. 2015). So far, the Chinese government has laid down its expectations and objectives in a rather vague manner as part of its 12th (2011–2015) and 13th (2016–2020) Five-Year Plans (Liu 2015); beyond 2015, the government has relied strongly on policy recommendations from the respective smart grid road maps of the country's two monopoly grid operators: SGCC and China Southern Grid. However rather than interpreting this surprising laxity in central policy prescription as a sign of trust in market actors' expertise or a realisation of the government's own dilettante position in relation to grid operators, such ambiguity should be seen as an intentional ploy to stimulate innovation, investment and policy experimentation in smart grid technologies.

Intentional ambiguity and China's smart grid policies: Findings and discussion

China's smart grid development has so far certainly been marked by intentional ambiguity, both in terms of concept and strategy. First, what set of technologies even form part of the smart grid is kept exceptionally vague to include any in the realms of renewable energy generation, transmission and distribution, storage and smart home appliances (Liu 2015). Determining stimulating policies for such a hazy concept necessarily demands strategic ambiguity, because governments can hardly legislate on a notion even industry experts struggle to define (Matland 1995). On the other hand, by leaving the definition as open as possible, more types of innovation fall under the category 'smart grid' – thereby elevating China's standing as a pioneer in the field.

Second, China's strategy towards developing smart grids is significantly influenced by all three types of strategic ambiguity outlined. In terms of objectives, the Chinese government – rather than contributing its own framework – relies on the SGCC's 'Planning Outline of Robust Smart Grid Development' that in itself sets very vague goals for smart grid development (Brunekreeft et al. 2015). With regards to authority meanwhile, the Chinese energy market – though extremely centralised in terms of market operation – remains fragmented in terms of policy influence, with multiple government agencies vying to set future trajectories (Liu 2018). Finally, as power over the Chinese grid is concentrated in the hands of two large state-owned operators, between them they also control the speed, direction and means of smart grid innovation at the local level (Liu 2015).

Having transcribed and dissected the interviews and grouped together the commonalities across them, 'innovation', 'political experimentation' and 'investment' were identified as the three areas forming the main points of contention. The following section expounds on how intentional ambiguity affects different actors in all three of these areas critical to China's smart grid development.

Intentional ambiguity and innovation in smart grid technologies

The experts interviewed agreed that by leaving the scope of technologies that constitute a smart grid undefined in policy prescriptions, central planners offer local players greater incentives to engage in research and development (R&D) along the entire electricity supply chain – all under the remit of enhancing China's smart grid capabilities (Interviews 1, 6 and 7). Interviewees from China's largest grid operator, SGCC, for instance emphasised that their company's smart grid initiative primarily focuses on improving the flexibility and responsiveness of transmission and distribution lines, as well as enabling greater connection possibilities for renewables and electric-vehicle charging stations (Interview 1).

Another SGCC employee said smart grids were especially useful for maintenance purposes, as they accelerate the detection and repair of faults along power lines

(Interview 4). For a private energy management chief executive officer meanwhile, the smart grid extends beyond the realms of hardware to include also software that collects information on multiple customers' energy usage and monitors conditions along power lines (Interview 14). Interestingly, and in contrast to the widespread understanding of smart grids in the literature (Momoh 2012; Brunekreeft et al. 2015; Liu 2015), solar generators did not feel their panels constitute part of the smart grid; rather, that the smart grid only starts at the point of connection with the grid (Interview 17). An academic at the National Development and Reform Commission's (NDRC) Energy Research Institute on the other hand felt smart grids are synonymous with smart meters, which have reached almost universal penetration across China (Interview 6).

The insecurity over what technologies exactly constitute the smart grid stimulates debate among industry participants, but also compounds confusion over the ultimate objective or direction of innovation as encouraged by related policies (Interview 18). Purposeful goal ambiguity is especially important for China's smart grid ambitions, since it keeps all possible pathways for future development open – which in turn creates a window of opportunity for innovators involved in the country's burgeoning electricity market (Interview 14). Goal ambiguity on the part of local governments seeking to expand their smart grid initiatives is especially beneficial for private actors, since they can seek partnership agreements without being bound to concrete objectives (Interview 14). In addition, because the smart grid is a futuristic idea – one which even industry experts have a hard time defining in concrete terms – then goal ambiguity also serves as a protective shield that allows new market entrants sufficient time to develop the capabilities and understanding required to be successful (Interview 17). For although a large number of interviewees lamented SGCC having a monopoly position that allows the company to steer smart grid development according to its own aspirations, they also highlighted areas where private companies do enjoy lucrative opportunities (Interviews 13, 14, 15 and 17). To be successful, however, innovation is key, both in terms of technologies and business models (Interview 14).

Regarding regulatory constraints, institutional voids still exist in smart grid areas that allow entrepreneurs to gain an initial foothold in a newly developing market – such as in generation (distributed generation for example), distribution (microgrids), retail or in consumption through smart appliances (Interview 11). In these areas – being ones in which authorities have sometimes purposefully refrained from setting regulatory guidelines, that with the aim of stimulating local experimentation – smaller private players still have the means to develop successful business strategies that best suit local contingencies (Interview 11). Without centralised command-and-control mechanisms, more decentralised decision-making can occur – which several interviewees saw as the most conducive way to further innovation in China's smart grid apparatus (Interviews 13 and 17). Examples where such innovation has thrived due to currently lax regulative guidelines range from hotels running their own virtual

power plants to battery manufacturers engaged in R&D to improve energy-storage capacities (Interview 18).

However the crux of the problem in deploying goal, authority or means ambiguity to stimulate innovation lies in how to evaluate successful outcomes. At present, no government-set Key Performance Indicators or timelines exist that can serve as demarcation points to measure progress (Interview 17). As such, success or failure in Chinese smart grid development is impossible to accurately assess. Phrased slightly differently by one of the interviewees, this also means that without clear and definitive evaluation criteria, smart grid development in China will always be successful – as ambiguous objectives can be interpreted in such a way as to suit the requirements of the interpreter every time (Interview 17). The laxity in interpretation concerning the exact functions a smart grid should fulfil can also be extended to service provision, to form a protective shield that Eisenberg (1984) termed, as noted earlier, plausible deniability.

During a memorable conversation over dinner with an SGCC employee and a personal acquaintance living in the SSTECH, the two started a heated debate over a recent blackout in the eco-city. The SGCC employee – despite minutes earlier having suggested the opposite – strategically (though probably unwittingly) deployed intentional ambiguity to deny that the smart grid promised a complete elimination of such inconveniences, claiming now it would only minimise periods without electricity (Interview 4). The ability to deny and circumvent certain expectations through the use of hazy interpretations concerning functionality certainly seems to be an important (though potentially annoying) feature of intentional ambiguity in smart grid innovation. The analogy however also shows that the evaluation of success and failure of smart grid operation is extremely difficult, not only for government officials but also for consumers – whose expectations may exceed functional realities.

Intentional ambiguity and policy experimentation in the smart grid industry

The Chinese political system, though extremely hierarchical, does grant local agencies a certain degree of freedom to experiment with their own policies as well as adapt centrally mandated ones to local conditions. For the smart grid industry, intentional ambiguity being deliberately deployed in policy design to stimulate policy experimentation was highlighted on several occasions during the interviews. SGCC employees involved in the smart grid pilot project in the SSTECH, for instance, provided a detailed account of how intentional ambiguity allows the company to steer policy design first at the local and ultimately at the national level (Interviews 1, 2, 3 and 4). Policies for the smart grid industry at the local level are numerous but also imprecise according to these interview partners. They explicitly dictate what cannot be done, while leaving ample room for interpretation and experimentation over how to achieve certain objectives (means ambiguity) (Interview 1).

By providing only a rough framework, the central government encourages local governments as well as SOEs involved in smart grid technologies to formulate their own solutions to local problems (Interviews 1 and 2). For example, as an SOE the SSTECH's local SGCC branch can influence the design of policies by collaborating closely with the municipal government in finding solutions to local problems and by passing suggestions up through the company's chain of command (Interviews 2 and 4). SGCC's headquarters in Beijing then collaborate with government ministries on the designing of policies that affect their business operations (Interview 4). Once more precise policies have been crafted at the centre, SGCC and their local branches then become executing agencies – ones who no longer question policy prescriptions from above, but who nevertheless operate flexibly within the framework provided (Interviews 1, 2, 3 and 4). Two interviewees found memorable anecdotes to explain their implementing function, stating that in terms of policy 'Beijing is the brain, we are the arms and legs' (Interview 1) and 'you give me water, I'll drink it' (Interview 2) respectively. Private actors are largely excluded even from participating in the local policy-design process, and can for the most part only respond to implemented policies *ex post* (Interview 13).

Although policy documents grant local actors a certain degree of flexibility in interpretation and adaptation, when substantial changes are required they must always be reported to the next-highest-up government level (Interviews 2, 4 and 14). As such, intentional ambiguity in the Chinese system always functions under the shadow of hierarchy (Schuppert 1990). But because of policy documents' often vague specifications and the resulting political room for manoeuvre, local actors are often unsure whether a policy change can be directly implemented or whether a certain issue requires confirmation from above before action can be taken (Interview 2).

This issue has been exacerbated since Xi's strict anti-corruption campaign, as local officials rather err on the side of caution than risk jeopardising their careers by making high-risk but potentially correct decisions (Interview 14). As a result, the lengthy and bureaucratic process of reporting suggestions up through the hierarchy has intensified – an issue lamented on several occasions in conversation (Interviews 1, 8, 13). In addition, while internal communication and exchange with the municipal government work effortlessly (Interview 1), once a report arrives at the national level SGCC is often unsure which government department(s) to turn to for political support (Interviews 1 and 3) – indicative of the authority ambiguity prevalent among political institutions in charge of Chinese smart grid development. Interviewees also indicated a desire for greater policy support, which they cited as one of the biggest challenges to such development (Interviews 1, 3 and 4). One individual even expressed a wish for more guidance from the centre in terms of strategy and direction (Interview 1).

Interviewees also cited the sheer number of policy documents as a challenge to further smart grid development, a tool effectively deployed by the Chinese

government as part of creating ambiguity (Interviews 1, 3 and 4). One conversation partner revealed that the SGCC branch in the SSTECC possesses a separate department to deal with the flood of policy prescriptions from central, provincial and municipal governments dictating only vague smart grid objectives (Interview 3). He even went so far as to say that it is impossible to so as much as work-to-rule under the number of opaque prescriptions from above. Another interviewee at the NDRC's Energy Research Institute however refuted this argument, saying that policies on smart grids are exceptionally rare, since the term is far too broad to legislate on (Interview 6). Instead, policies are designed to target specific areas of the smart grid, such as distribution, which he admitted were certainly numerous and opaque. Another informant agreed, but added that the paucity of policies specifically mentioning smart grids is due to the novelty of the concept and not its breadth (Interview 8).

In sum, all three modes of intentional ambiguity – that is, goal, authority and means ambiguity – manifest themselves in Chinese policy design and implementation within the country's smart grid industry. First, goal ambiguity is expressed in the vague definitions of what even constitutes a smart grid (Interviews 1, 4 and 6). In SGCC's phased 'Planning Outline' (Brunekreeft et al. 2015), which functions as an unofficial guideline in the absence of government prescriptions, objectives are, indeed, stated in such broad terms as 'experimentation' until 2015, 'completion' in 2020 and 'improvements' by 2025 (Liu 2015). This intentional goal ambiguity means China will achieve its objectives on smart grid construction – irrespective of actual progress – as the government will be able to interpret outcomes opaquely in ways that signal accomplishments having been made at each phase of development (Interview 17).

Second, interviewees raised authority ambiguity as a major obstacle to SGCC making suggestions regarding altered policy designs (Interviews 1, 3 and 4). On the other hand, authority ambiguity allows the government to send companies seeking political support – whether state-owned or private – on an endless bureaucratic merry-go-round, which in many cases proves too costly or exasperating for them to pursue (Interview 18). This ensures that only the most well-connected or perseverant will persist in bringing grievances forward (Interview 17). Finally, means ambiguity is expressed in vague central policy prescriptions that grant local governments freedom in the shadow of hierarchy to experiment with – and in some cases even design and implement – their own policies, ones that better suit conditions on the ground (Interviews 1, 4 and 6).

Intentional ambiguity and investment in smart grid technologies

The smart grid's lack of precise definition also provides the most powerful actors in the Chinese electricity market with greater flexibility to direct investments into areas that promise the greatest opportunities for their own individual operations. As any investment in that market necessarily involves cooperating with either one of the

country's two monopoly grid operators, intentional ambiguity allows these two behemoths to control the speed and area of investment as related to almost any part of the electricity grid, from generation to consumption (Interview 6). Ambiguity as to the direction of development is therefore significantly lower for SGCC and Southern Grid than it is for private companies seeking to invest in the Chinese electricity market (Interview 3).

The power wielded by these two companies also allows them to obscure actual costs of grid operation, which affects investment in both up- and downstream markets (Interviews 14, 15 and 17). A dramatic example was provided by a manager at one of China's largest equipment manufacturers for renewable energies, whose company is seeking to expand to Xinjiang – where generating electricity from solar and wind, as well as land prices, are far cheaper than in the eastern provinces (Interview 14). Because transmission lines are operated by SGCC however, the expansion's economic viability will always be dependent on the latter's cost structure – creating higher risks and uncertainty for the manufacturer in question. As long as the costs of transmission remain unknown, equipment manufacturers will thus always face an uphill battle to make accurate investment calculations.

Besides the dominance of SGCC and Southern Grid, the central government's authority ambiguity as to who is ultimately in charge of setting smart grid objectives – whether it be the national or local levels of government – also confuses investors (Interview 17). Resolving such ambiguity is essential – especially for SMEs engaged in the electricity market, since most rely on subsidies to survive (Interview 15, 17 and 18). This problem is exacerbated by the fact that the electricity sector involves a large number of government ministries each vying for responsibility over the direction of development (Interviews 7 and 15), and who can potentially each serve as a 'backdoor' for obtaining subsidies too (Interview 7).

Attaining funds for smart grid technologies in China is generally easier for larger SOEs than it is for privately owned SMEs, so knowing the exact procedures and having connections are essential for survival (Interview 1). While application processes for funding remain opaque, interviewees stated that once funds have been received government entities become far more rigorous in demanding regular reports on where they are ultimately being allocated (Interviews 7 and 14). By raising administrative requirements, this stricter stance certainly reduces instances of corruption; it also severely curtails subsidy receivers' freedom to allocate funds in response to often rapid changes in the market, though (Interview 14). Several informants also lamented that government authorities were less than precise when handing out subsidies, with several stating that they had been waiting for up to three years for promised funds (Interviews 14 and 17). So while ambiguity prevails on the side of the government in how to obtain funds, the same ambiguity is not extended once they are actually allocated or received.

Conclusions

The paper has shown that intentional ambiguity is an appropriate theoretical framework within which to analyse the Chinese government's communication with critical actors in the country's smart grid industries. The smart grid's only vague definition grants a unique opportunity to Chinese policymakers and developers to use intentional ambiguity as a tool to shape development and achieve objectives. This research has investigated three areas in which the strategy has been deployed: namely, innovation, policy experimentation and investment in the country's smart grid network.

First, definitional ambiguity allows more innovation to be classified as 'smart grid'-related, which in turn enhances China's standing as a pioneering nation hereof. A wider understanding of smart grids also creates a window of opportunity for private entrepreneurs seeking to engage in the industry. This is especially important in a domain dominated by two state-owned monopolists capable of making expedient, costly and risky decisions – an advantage withheld from private actors, who need time to explore new areas and business models that promise profits in the future. Authority ambiguity also creates institutional voids, ones filled by entrepreneurs before regulators can constrain innovation with regulatory oversight. But intentional ambiguity can also be deployed by equipment manufacturers, who can use 'plausible deniability' to manage consumer expectations. Finally, by deliberately leaving the term 'smart grid' and its ultimate objectives undefined, actors involved in such innovation can declare their efforts a success irrespective of the actual progress ultimately made.

Second, goal ambiguity in policy experimentation grants local governments greater freedom to interpret intentionally vague policy prescriptions, which in some cases leads to new policy ideas that can be tested and applied nationally. Recently however, in light of stricter government oversight, local officials have become wary of crossing administrative boundaries and tentatively applying their own ideas for fear of damaging their long-term political careers. Instead, they tend to play it safe and follow centrally mandated policies to a tee. Nonetheless, local governments and SOEs do have means to influence policy design – but only following approval from above. As such ambiguity in all its forms only functions under the shadow of hierarchy, where any changes to prescribed policies have to be reported and approved by those at higher levels of government. Authority ambiguity is also useful to government ministries who use opaque networks of actors to avoid taking responsibility. Depending on perspective, intentional ambiguity in the realm of policy design and implementation can either be a boon (for governments, and to a lesser degree SOEs) or a curse – one which especially privately-owned SMEs have to circumvent.

Finally, in terms of investment, several interviewees expressed a desire for stricter guidelines, clearer strategic direction and more government oversight in the smart grid industry. Here a line has to be drawn between SOEs and private enterprises,

with each possessing contrasting viewpoints on the issue. For SOEs, intentional ambiguity on the part of the government has its advantages, since the monopoly players can more freely dictate investment decisions in smart grid technologies. As each and every private player has to cooperate with SGCC or Southern Grid in any venture involving electricity, the grid operators wield significant power to steer investment into areas beneficial to their own revenue streams and political standing. Authority ambiguity and opaque subsidy-application processes complicate decision-making for SMEs with fewer contacts among government ministries and less access routes to lines of credit from banks.

Continuous reflections on and due diligence paid to the methodological pathways of inquiry have revealed both limitations to the present study and potential avenues for future research. In terms of limitations, due to the research design's qualitative nature our findings cannot be extended to the overall population as easily as those from quantitative approaches can (Alpermann 2009; Atieno 2009). However, in comparison to other qualitative inquiries, this study's sample size of 18 interviews can be considered rather large (Creswell 2012). In addition, because the interviewees were spread over diffuse areas of activity, viewpoints may only apply to the individual market conditions and regulations pertinent to their respective jurisdictions. A further limitation is the only short amount of time spent in each locality (two times three weeks). With extended periods of research, follow-up interviews and deeper investigations would have helped substantiate findings further.

With respect to prospective future research, this paper has merely highlighted the potential of applying intentional ambiguity to the Chinese political system and raised several sites of interest in that regard within the country's smart grid industry. Further research is necessary to investigate the exact mechanisms behind how governments set limits to ambiguity, what command-and-control instruments are applied to reign in overly ambitious actors, who is ultimately in charge of making decisions on delimiting ambiguity at different levels of government and finally how separate actors influence, circumvent or even counter ambiguous policy design and not only in the smart grid industry. From research in other sectors of the electricity supply chain (Fischer et al., forthcoming), we expect that intentional ambiguity can also be fruitfully applied to other industries and social contexts to show how using purposefully vague terminology, wilfully obfuscating positions of authority and consciously providing room for actors to interpret and implement policy prescriptions can be beneficial to achieving objectives – especially in domains where ultimate goals are unclear even to the instituting agents themselves.

References

- Ahrens, Nathaniel (2013): "China's Industrial Policymaking Process. Center for Strategic and International Studies Working Paper", https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/legacy_files/files/publication/130124_Ahrens_ChinaPolicymaking_Web.pdf (accessed: 20.03.2019)
- Alpermann, Björn (2009): "Political Science Research on China: Making the Most of Diversity", in: *Journal of Chinese Political Science*, 14.4: 343–356
- Atieno, Ochieng Pamela (2009): "An Analysis of the Strengths and Limitations of Qualitative and Quantitative Research Paradigms", in: *Problems of Education in the 21st Century*, 13: 13–18
- Benson, Bret V.; Niou, Emerson (2001): "Comprehending Strategic Ambiguity: US Security Commitment to Taiwan", <http://people.duke.edu/~niou/teaching/strategic%20ambiguity.pdf> (accessed: 21.03.2019)
- Berger, Axel; Fischer, Doris; Lema, Rasmus; Schmitz, Hubert; Urban, Frauke (2013): "China–Europe Relations in the Mitigation of Climate Change: A Conceptual Framework", in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 42.1: 71–98
- Berlo, David (1960): *The Process of Communication: An Introduction to Theory and Practice*. New York: Holt, Rinehart and Winston
- Bevir, Mark; Kedar, Asaf (2008): "Concept formation in political science: An antinaturalist critique of qualitative methodology", in: *Perspectives on Politics*, 6.3: 503–17.
- Brinker, Werner (2015): "Preface", in: Brunekreeft, Gert; Luhmann, Till; Menz, Tobias; Müller, Sven-Uwe; Recknagel, Paul (eds.): *Regulatory Pathways for Smart Grid Development in China*. Wiesbaden: Springer Vieweg, ix–x
- Brunekreeft, Gert.; Luhmann, Till; Menz, Tobias; Müller, Sven-Uwe; Recknagel, Paul (eds.) (2015): *Regulatory Pathways for Smart Grid Development in China*. Wiesbaden: Springer Vieweg
- Corman, Steven R.; Hess, Aaron and Justus, Z.S. (2006): "Credibility in the Global War on Terrorism: Strategic Principles and Research Agenda", Consortium for Strategic Communication, <https://csc.asu.edu/wp-content/uploads/pdf/117.pdf> (accessed: 20.03.2019)
- Creswell, John W. (2012): *Qualitative Inquiry and Research Design*, 3rd edition. Thousand Oaks: Sage
- Dutta-Bergman, Mohan J. (2006): "U.S. Public Diplomacy in the Middle East: A Critical Cultural Approach", in: *Journal of Communication Inquiry*, 30.2: 102–124
- Edwan, Daniel H. (2009): "A Symbolic Interpretation of the Lines of Effort through the Theory of Strategic Ambiguity", <https://apps.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a512387.pdf> (accessed: 21.03.2019)
- Eisenberg, Eric M. (1984): "Ambiguity as strategy in organizational communication", in: *Communication Monographs*, 51.3: 227–242
- Eisenberg, Eric M., Goodall, J. H. Lloyd.; Trethewey, Angela (eds.) (2009): *Organizational Communication: Balancing Creativity and Constraint*. Newtown: Bedford Books
- Fischer, Doris; Gohli, Hannes; Habich-Sobiegalla, Sabrina (forthcoming): *Balancing Stability and Development: Industrial Policies under Xi Jinping, Issues & Studies* (under review)
- Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience*. Cambridge: Harvard University Press
- Goodall, Bud; Trethewey, Angela; McDonald, Kelly (2006): "Strategic Ambiguity, Communication and Public Diplomacy in an Uncertain World: Principles and Practices", Consortium for Strategic Communication Working Paper, http://www.communicationcache.com/uploads/1/0/8/8/10887248/strategic_ambiguity_communication_and_public_diplomacy_in_an_uncertain_world_principles_and_practices.pdf (accessed: 20.03.2019)
- Heilmann, Sebastian (2016): *China's Political System*. Lanham: Rowman and Littlefield

- (2018): *Red Swan. How Unorthodox Policy Making Facilitated China's Rise*. Hong Kong: The Chinese University Press
- IEC (2013): "What is a Smart Grid?", IEC Explanation Site, <https://www.iec.ch/smartgrid/mappingtool/> (accessed: 15.03.2019)
- Jarzabkowski, Paula; Sillince, John A.A.; Shaw, Duncan (2009): "Strategic ambiguity as a rhetorical resource for enabling multiple interests", in: *Human Relations*, 63.2: 219–248
- Johnson, James (2017): "Is China moving towards a nuclear 'war-fighting' posture?", *Asia Dialogue*, <http://theasiadialogue.com/2017/06/13/is-china-moving-towards-a-nuclear-war-fighting-posture/> (accessed: 20.03.2019)
- Kennedy, Scott (2016): "Introduction", in: Kennedy, Scott (ed.): *State and Market in Contemporary China*. Lanham: Rowman and Littlefield, vi - ix
- Liu, Xiyang (2018): "Mapping China's Power Sector Under Market Reform", in: Lester, Leo; Thomas, Mike (eds.): *China's Electricity Sector*. Singapore: Palgrave Macmillan, 53–82
- Liu, Zhenya (2015): *Global Energy Integration*. London: Academic Press
- Matland, Richard E. (1995): "Synthesizing the Implementation Literature: The Ambiguity-Conflict Model of Policy Implementation", in: *Journal of Public Administration*, 5.2: 145–174
- Mayring, Philipp (2000): *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim: Beltz
- McCracken, Grant David (1988): *The Long Interview*. Newbury Park: Sage Publications
- Momoh, James (2012): *Smart Grid: Fundamentals of Design and Analysis*. New Jersey: IEEE Press
- Orlikowski, Wanda J.; Baroudi, Jack J. (1991): "Studying Information Technology in Organisations: Research Approaches and Assumptions", in: *Information Systems Research*, 2.1: 1–28
- Paul, Jim; Strbiak, Christy A. (1997): "The Ethics of Strategic Ambiguity", in: *International Journal of Business Communication*, 13.2: 133–160
- Pearce, Barnett W. (1989): *Communication and the Human Condition*. Carbondale: Southern Illinois University Press
- Pearce, Barnett W.; Pearce, Kimberly A. (2000): "Combining passions and abilities: Toward dialogic virtuosity", in: *Southern Communication Journal*, 65.2–3: 161–175
- Ravishankar, M.N. (2013): "Public ICT innovations: a strategic ambiguity perspective", in: *Journal of Information Technology*, 28.4: 316–332
- Schuppert, Gunnar Folke (1990): "Grenzen und Alternativen zur Steuerung durch Recht", in: Grimm, Dieter (ed.): *Wachsende Staatsaufgaben – sinkende Steuerungsfähigkeit des Rechts*. Nomos, Baden-Baden, 217–249
- Shambaugh, David (2009): *China's Communist Party*. Washington D.C.: Woodrow Wilson Center Press
- Shannon, Claude E.; Weaver, Warren (eds.) (1964): *The Mathematical Theory of Communication*. Urbana: The University of Illinois Press
- Weick, Karl E.; Sutcliffe, Kathleen M. (eds.) (2001): *Managing the Unexpected: Assuring High Performance in an Age of Complexity*. Hoboken: John Wiley and Sons
- Zhang, Sufang (2018): "Wind and Solar Power in China", in: Lester, Leo.; Thomas, Mark (eds.): *China's Electricity Sector*. Singapore: Palgrave Macmillan, 83–105
- Zymala, Bernhard (2015): "Preface", in: Brunekreeft, Gert; Luhmann, Till; Menz, Tobias; Müller, Sven-Uwe and Recknagel, Paul (eds.): *Regulatory Pathways for Smart Grid Development in China*. Wiesbaden: Springer Vieweg, xiii–xiv

Asien aktuell

Vierzig Jahre „Formosa“-Zwischenfall: Yao Chia-wen und der 10. Dezember 1979

Thilo Diefenbach*

Wie jedes Land absolviert auch Taiwan alljährlich seinen Reigen an politischen Feier- und Gedenktagen, wobei manche dieser Jubiläen, die teilweise offizielle Feiertage sind, mit Taiwan entweder ursprünglich gar nichts zu tun haben (so etwa der 10. Oktober – Gründungstag der Republik China, und zwar im Jahre 1911, als Taiwan zu Japan gehörte) oder in der Bevölkerung überwiegend negative Erinnerungen wecken (wie etwa der 25. Oktober, also der Tag, an dem 1945 die unfreundliche Übernahme Taiwans durch die Republik China erfolgte). Etwas besser sieht es schon mit dem 28. Februar aus, der zwar an ein sehr trauriges Ereignis erinnert, nämlich an die blutige Unterdrückung von Demonstrationen im März 1947, aber dennoch heute von großen Teilen der Bevölkerung aktiv begangen wird – und zwar um anzumahlen, dass Taiwan nie wieder kolonisiert werden darf, von wem auch immer.

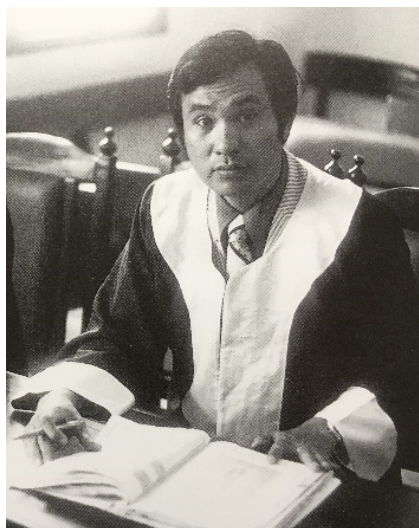
Ende dieses Jahres aber steht ein besonderes Gedenken an, nämlich der 40. Jahrestag des sogenannten „Formosa“-Zwischenfalls 美麗島事件 (im englischen Sprachraum eher als „Kaohsiung-Zwischenfall“ bezeichnet). Das Wort „Formosa 美麗島“ bezieht sich in diesem Fall nicht einfach nur – wie sonst üblich – auf die Insel Taiwan, sondern auf die gleichnamige Zeitschrift. Einer der Gründer dieser Zeitschrift und eines ihrer wichtigsten Redaktionsmitglieder war Yao Chia-wen 姚嘉文, den ich zunächst kurz vorstellen möchte.

Yao Chia-wen wurde 1938 im Landkreis Changhua 彰化 geboren, der damals allerdings „Shoka“ hieß, weil Taiwan ja noch unter japanischer Herrschaft stand. Die ersten sieben Jahre seines Lebens wurde er also japanisch erzogen, bis die Insel 1945 von der chinesischen Nationalregierung übernommen wurde. 1957 schloss Yao zunächst die Handelsschule 商職學校 ab, und 1962 nahm er ein Jurastudium an der Universität von Taiwan 國立台灣大學法律系 auf, das er 1966 abschloss. Ab 1969 lehrte er zunächst an zwei Universitäten in Taipeh (Fu-jen-Universität 輔仁大學 und Wen-hua-Universität 文化大學); 1972 forschte er ein

* Dieser Text bildet die Grundlage eines Vortrags, der anlässlich eines geplanten, aber leider nicht verwirklichten Deutschland-Besuchs Yao Chia-wens im Jahr 2019 gehalten werden sollte.

Jahr an der Universität von Kalifornien in Berkeley; auf der Rückreise nach Taiwan legte er übrigens einen einmonatigen Zwischenaufenthalt in Europa ein, wobei er sowohl West- als auch Ostberlin besuchte.

Abbildung 1: Yao 1976 bei einem Gerichtstermin



Bis hierhin scheint Yaos Lebensweg nicht weiter bemerkenswert – eine nicht untypische Juristenkarriere eben. Nach seiner Rückkehr aus den USA aber gründete er gemeinsam mit anderen Anwälten an drei Orten (Taipeh, Taichung, Tainan) eine „Rechtsberatung für alle 台灣平民法律服務中心“, in der er insbesondere mittellose Personen juristisch beriet, und zwar ohne Honorar. Das war der Beginn seines sozialen Engagements, das dann aber bald in ein politisches mündete. 1975 wurde Yao nämlich Rechtsberater der Zeitschrift „Politik in Taiwan 台灣政論“ – dabei handelte es sich übrigens um die erste Zeitschrift seit Verhängung des Kriegsrechts 1949, die das Wort „Taiwan“ im Titel führen durfte. In ihrer Redaktion und deren Umfeld sammelten sich viele Personen, die der damals noch diktatorisch regierenden Kuomintang 國民黨 (KMT) kritisch gegenüberstanden – also Oppositionelle, die trotz aller programmatischen Unterschiede mit dem Begriff „Außerparteiliche 黨外“ zusammengefasst wurden (was bedeutete: politische Aktivisten, die nicht der einzigen tonangebenden Partei angehörten – der KMT). Die Zeitschrift existierte zwar kaum ein halbes Jahr, aber dort lernte Yao u. a. auch Oppositionelle kennen, die bei den sogenannten Ergänzungswahlen für das nationale Parlament antreten wollten und dafür dringend einen kompetenten Rechtsberater brauchten, denn die KMT versuchte bei diesen Wahlen die Teilnahme wirklich unabhängiger Kandidaten mit allen möglichen juristischen Tricks zu verhindern. Yao übernahm nun auch immer öfter

die Verteidigung von Oppositionellen vor Gericht. Parallel dazu begann er auch selber zu publizieren und kandidierte sogar persönlich bei den Wahlen zur Nationalversammlung 國民大會.

Dann kam das Jahr 1979, in dem Yao schließlich eine führende Rolle in der Bewegung der „Außerparteilichen“ übernahm. Von entscheidender Bedeutung war dabei das von ihm mitgegründete Magazin „Formosa“, dessen erste Ausgabe (etwas später als ursprünglich geplant) am 1. September erschien. „Formosa“ war von Anfang an als eine Art Zentralmedium der außerparteilichen Bewegung konzipiert, als der Versuch, eine einzelne, gut strukturierte Anlaufstelle für die vielen verschiedenen Gruppen und Interessen zu etablieren. Besonders wichtig waren in dieser Hinsicht die zahlreichen „Service-Büros“, die die Redaktion innerhalb weniger Monate überall auf der Insel eröffnete. Die Zeitschrift erfüllte die ihr zugeordnete Funktion nicht nur wie geplant, sondern war auch noch ein enormer Publikumserfolg: Das erste Heft von „Formosa“ erschien in einer Auflage von 63.000 Heften, aber schon von der dritten Ausgabe mussten über 100.000 Exemplare gedruckt werden.

Abbildung 2: Der Sitz der Redaktion in Kaohsiung, 1979



„Formosa“ war inhaltlich eine überaus vielfältige und abwechslungsreiche Zeitschrift. Der Schwerpunkt lag zwar auf Innenpolitik, vor allem auf Fragen der Reformen des politischen und juristischen Systems, aber man findet auch viele interessante Artikel zu Wirtschaftsthemen (z. B. zu Problemen der taiwanischen Bauern, Gewerkschaften und Kleinunternehmen). Einige Male beschäftigen sich Autoren auch mit der taiwanischen Geschichte und betonen dabei manchmal recht deut-

lich deren Unterschiede zu der Chinas. Prinzipiell ist bei den innenpolitischen Beiträgen der insgesamt recht freche Ton auffällig, der wohl ein Grund für den Erfolg der Zeitschrift gewesen sein dürfte.

Das beginnt bereits mit dem Geleitwort der ersten Ausgabe, das auf weniger als zwei Seiten alle Themen und Schlagworte beinhaltet, die die Leitlinien der Zeitschrift bleiben sollten: das Scheitern der Außenpolitik der Kuomintang, das sich am härtesten im Abbruch der offiziellen Beziehungen zu den USA äußerte; der Wunsch nach Demokratisierung, konkret nach freien Wahlen auch für die höheren Regierungsinstitutionen; das zunehmende Selbstbewusstsein der Taiwaner, die immer stärkere Identifizierung mit ihrer Heimatinsel, womit eine innere Abkehr vom Konzept „China“ und der ihnen zugeschriebenen Rolle als „Chinesen“ einherging; und vor allem eine sehr kritische Einstellung zur Kuomintang, die man etwa diesem Satz entnehmen kann: „Dreißig Jahre lang hat die KMT zahlreiche Probleme unseres Landes und unserer Gesellschaft vertuscht, indem sie uns Tabus auferlegt und Märchen erzählt hat. Gleichzeitig hat sie uns damit jeglicher politischer Vitalität beraubt und den gesellschaftlichen Fortschritt unterbunden.“¹

Abbildung 3: Die Zeitschrift „Formosa“

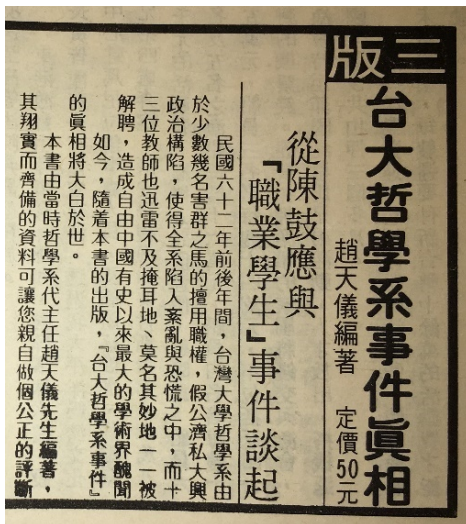


Und so trat „Formosa“ an, den Taiwanern wieder zu Vitalität und Fortschritt zu verhelfen – vorwiegend durch das unumwundene Aufzeigen von Missständen – wobei viele Themen so brisant waren, dass sich die Autoren Pseudonyme zulegten. Gleich auf den ersten Seiten der ersten Ausgabe fordert ein Artikel Klarheit über

1 Huang Hsin-chieh 黄信介: „Geleitwort zur ersten Ausgabe: Lasst uns gemeinsam die politische Bewegung einer neuen Generation vorantreiben! 發刊詞: 共同來推動新生代政治運動!“ (1/1–2; hier Seite 2). – Im Folgenden verwende ich diese Form der Quellenangabe: Die erste Ziffer bezeichnet die Nummer des „Formosa“-Heftes und die zweite die Seitenzahl.

die Versuche mehrerer Firmen, ihr Kapital ins Ausland zu schaffen – offensichtlich eine Reaktion auf die zunehmende außenpolitische Isolation Taiwans –;² ein weiterer Beitrag will eine öffentliche und ehrliche Diskussion über die Risiken der Atomkraft anstoßen,³ während ein dritter deutliche Kritik am Publikationsgesetz 出版法 übt, das faktisch nur einen Sinn hatte: nämlich möglichst viele Personen davon abzuhalten, Verlage zu gründen oder Bücher und Zeitschriften zu veröffentlichen.⁴ Aber auch subtilere, indirekt provokante Artikel sind zu finden, etwa ein Aufruf zum Gedenken an den Intellektuellen Chiang Wei-shui 蔣渭水 (1890–1931)⁵ – der hatte sich nämlich immer wieder kritisch über die japanischen Kolonialherren geäußert, und nicht wenige Taiwaner waren der Ansicht, dass sich einige seiner Kritikpunkte durchaus auf die diktatorisch regierende KMT übertragen ließen. Auf den letzten Seiten findet man einen Beitrag, der zum Kampf gegen faschistische Tendenzen auffordert⁶ – auch dies ein deutlicher Seitenhieb gegen die Kuomintang.

Abbildung 4: Werbung für ein Buch



- 2 Huang Shun-hsing 黃順興: „Einige Fragen zu den Wirtschaftsvergehen großer Unternehmen 為洋洋公司經濟犯罪質詢“ (1/10–13).
- 3 Huang Shun-hsing 黃順興: „Die Sicherheitsprobleme der Kernenergie müssen offen diskutiert und neu bewertet werden 核能發電之安全問題必須公開討論重新檢討“ (1/13–15).
- 4 Sa Meng Wu 薩孟武: „Verordnungen und Ermessensspielräume im Rahmen des Publikationsgesetzes 由出版法談到委任命令及自由裁量“ (1/84–85).
- 5 Huang Huang-hsiung 黃煌雄: „Gedenkt Herrn Chiang Wei-shui! 大家來紀念蔣渭水先生“ (1/93).
- 6 Ch'en Po-wen 陳博文: „Faschistische Tendenzen entschlossen bekämpfen! Bemerkungen zu den Ausschreitungen ‚antikommunistischer Helden‘ vor der Chung-shan-Halle 嚴防法西斯傾向 – 從‘反共義士’騷擾“ (1/96).

Gleich mehrere der außenpolitischen Beiträge in „Formosa“ setzen sich mit Südkorea auseinander, dessen Demokratisierungsprozess damals ja ebenfalls einige Rückschläge hinnehmen musste.⁷ Bemerkenswert sind auch die Beiträge zum „Eurokommunismus“⁸ (ein heikles Thema unter der strikt antikommunistischen Kuomintang-Regierung) und zur Unzufriedenheit sowie den Unruhen in den sozialistischen Ländern Polen, Ungarn, Tschechoslowakei und in der Sowjetunion,⁹ der vielleicht auch dazu diente, den Zensoren zu beweisen, dass die Redaktion keine allzu großen Sympathien für den Kommunismus hegte – denn diesen Vorwurf machte die KMT den „Außerparteilichen“ sehr gern, und er zog meist sehr harte Konsequenzen nach sich. Auch die Lage in Nicaragua wird in einem Artikel¹⁰ und sogar in einem Gedicht behandelt.¹¹ Über China liest man nur wenig in „Formosa“, aber es findet sich z. B. zumindest eine kurze Notiz zum Verfahren gegen den Dissidenten Wei Jingsheng 魏京生.¹²

Selbst manche Kleinanzeigen in „Formosa“ sind interessant, weil hier manchmal überraschend direkte Kritik zum Ausdruck kommt – etwa an den verdeckten Informanten, die sich als Studenten ausgaben, um an den Universitäten spitzeln zu können und die deswegen höhnisch als „Berufsstudenten“ bezeichnet wurden (2/76; s. Abb. 4). Gelegentlich kommen sie auch erfrischend selbstironisch daher („Wer außer Ihnen soll das hier denn kaufen? Und wer außer Ihnen soll das hier lesen!? 您不買, 誰買? 您不看, 誰看?“; 2/60). Erstaunlich ist dann wiederum, dass sogar ein Buch zu „Studentenbewegungen in Taiwan zwischen 1949 und 1979 台灣學生運動 (1949–1979)“ erscheinen und beworben werden konnte (3/112); allerdings enthält die Anzeige keinen Hinweis auf den Autor dieses Bandes. Besonders eindrucksvoll ist die Werbung für internationale Menschenrechtsorganisationen, die sich auf Taiwan spezialisiert hatten und dafür ein überaus originelles Logo benutzten – nämlich die erste Silbe des Namens für „Taiwan 台灣“, bei dem die untere Hälfte mit Gefängnisgittern versehen wurde (4/44, s. Abb. 5).

7 So etwa Bernard Krisher (Interview) / Chang Fu-yi 張福一 (Übersetzung): „Keine Ausreden mehr, Herr Park Chung-hee! Ein Gespräch mit Kim Young-sam 朴正熙, 不再藉口了! 金泳三訪問記“ (4/77–78). Kim Young-sam (1927–2015), damals einer der einflussreichsten Oppositionspolitiker Südkoreas, wurde 1993 Präsident des Landes.

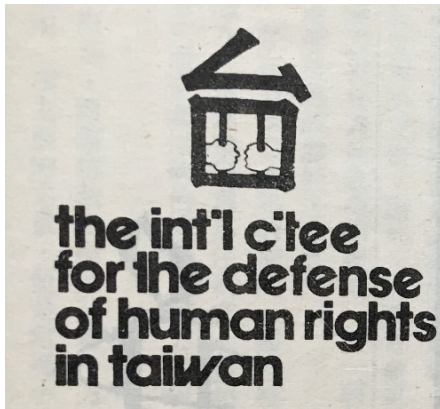
8 Wu Yi-nung 吳怡農: „Eurokommunismus – ein schwieriges Thema 歐共主義的難題“ (1/86).

9 Wu Yi-nung 吳怡農: „Die Stimmen der Unzufriedenen – Widerstandsbewegungen in osteuropäischen Ländern 不滿之聲 – 東歐國家的反抗運動“ (2/90–97).

10 Yi Fan 一帆: „Druck und Gegendruck: Aufstieg und Fall der Familie Somoza 壓迫與反壓迫 – 論蘇慕沙家族的興亡“ (1/49–53).

11 Su Wei-ch'eng 蘇偉成: „Respekt, Herr Somoza! 向你敬禮, 蘇慕薩!“ (2/49).

12 Wu Ai-ying 吳愛英: „Chinesische Kommunisten erheben Anklage gegen Wei Jingsheng 中國審判魏京生“ (4/90), eine Meldung in der Rubrik „Kurzinformationen zur Menschenrechtsbewegung 人權運動點點滴滴“.

Abbildung 5: Logo einer Menschenrechtsorganisation

Lyrische Beiträge waren in „Formosa“ relativ selten zu finden – dafür aber meistens ziemlich lustig. So etwa „Außergewöhnliche Zeiten 非常時期“ von einem gewissen Li Pu-pai 李不白, der darüber sinniert, dass ein Ausnahmezustand, der bereits zum Normalzustand geworden ist, eigentlich gar nicht mehr als Ausnahmezustand bezeichnet werden kann – eine unverhohlene Anspielung auf das seit 1949 geltende Kriegsrecht (2/28–29). Bereits in der ersten Ausgabe war eine Hymne auf das „meerumspülte freie Land“¹³ zu lesen, und den Lesern dürfte sofort klar gewesen sein, dass der Autor hier eben nicht die Republik China besingt – sondern das von ihr beherrschte Taiwan. Selbst für diese Art von Lokalpatriotismus benötigte man 1979 eine gewisse Portion Mut. Gelegentlich steuerten auch Schriftsteller, die damals schon sehr bekannt waren, einige Beiträge bei, allerdings keine literarischen – Yang Ch’ing-ch’u etwa forderte ein faires Wahlsystem¹⁴ und verfasste eine Reportage über die ökonomischen Probleme taiwanischer Fischer; Wang Shih-lang publizierte einen Nachruf auf seinen Onkel, wobei er einige allgemeine Anmerkungen zur japanischen Kolonialregierung machte – und die Leser auch hier wieder durchaus Bezüge zum Jahr 1979 herstellen konnten.¹⁵

Bemerkenswert ist auch das hochironische Gedicht „Das Lied des Zeitungsjungen von den Nachrichten 報童新聞詩“ von Liang Ching-feng 梁景峯 (4/41), eine

13 Ch’en Hsiu-hsi 陳秀喜: „Formosa 美麗島“ (1/48).

14 Yang Ch’ing-ch’u 楊青矗: „Mehr Demokratie als Schutz vor dem Missbrauch der Demokratie: Hoffen auf ein faires Wahl- und Abwahlrecht 以更多的民主來防止民主的流弊 – 寄望制訂公正無私的選舉罷免法“ (1/22–23). – Yang Ch’ing-ch’u: „Die Tränen der Fischer von Tung-kang 東港漁民淚“ (2/74–76).

15 Wang Shih-lang 王詩琅: „Die Errichtung der japanischen Kolonialregierung auf Taiwan – Zum Gedenken an meinen Onkel Liao Chin-t’ai 日人在 台殖民地體制之奠定 – 為紀念舅父廖金泰先生而作“ (1/94–95).

amüsante Verhöhnung der Zensur mittels Selbstzensur, die ich hier vollständig übersetzen möchte:

Abbildung 6: Das Lied des Zeitungsjungen



Das Lied des Zeitungsjungen von den Nachrichten

Nachrichtenzensoren

Kulturzensoren

■■■■■
■■■■■■■■■■
■■■■■

Verstoßen gegen die nationale Strategie

Verwirren die Sinne

Provozieren Regierung und Volk

■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■

Rühren an die Fundamente unseres Staates

Unangemessene Aussagen

■■■■■■■■■■

Verbieten!

Ab der zweiten Ausgabe publizierte „Formosa“ auch Leserbriefe: so etwa den (mit einer kleinen Geldspende an die Redaktion verknüpften) kurzen Brief eines alten Soldaten – und direkt daneben das hasserfüllte Schreiben erregter Studenten, die sich über die staatsgefährdende Ausrichtung des neuen Magazins beschwerten (2/6). Da ist es sicher kein Zufall, dass schon in der nächsten Nummer ein Spottgedicht auf übereifrige Patrioten zu finden ist, wo man unter anderem liest:

„Zieh ich meinen Patriotenmantel an, find ich Menschenrechte sofort inhuman 只要披上愛國衣 / 民主民權為我敵“.¹⁶

Übrigens liegen auch die beiden längeren Artikel, die Yao Chia-wen selber für „Formosa“ geschrieben hat, thematisch auf dieser Linie, und zwar (wie zu erwarten) mit einer indirekten, aber immer noch deutlichen Kritik am von der KMT verordneten großchinesischen Patriotismus.¹⁷ Yaos Name taucht aber noch an vielen anderen Stellen in „Formosa“ auf, so z. B. in einem Bericht über eine Veranstaltung, die beinahe in eine Schlägerei ausartete, als Yao – der gerade auf der Rednerbühne stand – entdeckte, dass einige Polizei-Informanten heimlich Fotos von ihm und der Versammlung aufnahmen.¹⁸

Auf den letzten Seiten der Ausgaben Nr. 2 bis 4 gab es eine Rubrik mit dem Titel „Die außerparteiliche Bewegung im vergangenen Monat 本月黨外記事“, in der sich allgemeine Informationen zu Veranstaltungen und Buchveröffentlichungen fanden – oder eben auch fast schon irritierend lakonische Meldungen darüber, welche Demokratie-Aktivisten unlängst verhaftet oder freigelassen worden waren („抓人與放人“). Auf den letzten beiden Umschlagseiten findet man darüber hinaus auch noch Fotos von Demonstrationen, die im vorherigen Monat stattgefunden hatten. Gerne veröffentlichte „Formosa“ natürlich auch Berichte ausländischer Zeitungen über die Zustände in Taiwan, so etwa in der ersten Ausgabe eine Meldung der „New York Post“ über den Hungerstreik der Publizistin Chen Wan-
jen 陳婉真.¹⁹ Zu diesem Fall, bei dem es um das Verbot des von Ch'en herausgegebenen Magazins „Strömung 潮流“ ging, publizierte die Zeitschrift auch noch einen eigenen Artikel.²⁰

Wichtig waren auch die gelegentlichen Richtigstellungen, in denen den Lesern die Wahrheit über Zwischenfälle bei Demonstrationen o. ä. mitgeteilt werden sollte.²¹ „Formosa“ wollte also auch ganz explizit als Korrektiv des übermächtigen staats- und parteieigenen Propaganda-Apparats fungieren.

Eine echte Bereicherung waren die beiläufig eingestreuten kurzen Bildergeschichten, vorwiegend aus der Feder des Künstlers Coco (sein richtiger Name lautet Huang Yung-nan 黃永楠; geb. 1953), der sich mit Vorliebe über die Armee lustig

16 Lin Wei-cheng 林偉正: „Patriotenmantel 愛國衣“ (3/25).

17 Yao Chia-wen: „Das Land darf man nicht verraten, das Volk darf man nicht demütigen: Zum Thema Landesverrat 國不可叛, 民不可辱 – 叛國論“ (1/61–65). – Yao Chia-wen: „Patriotismus: 有生民之國, 自有愛國之民“ (3/93–97).

18 Wei Liang-k'o 魏良柯: „Eine anrührende Veranstaltung: Die *Formosa*-Nacht 動人心弦的美麗島之島“ (4/79–81). Hier S. 80.

19 Maralyn Matlick: „A Taiwan publisher hungers for freedom“, *New York Post* vom 13. August 1979 (1/19).

20 Wu Che-lang 吳哲郎: „Die *Strömung* unserer Zeit lässt sich nicht aufhalten! 時代潮流擋不住!“ (1/81).

21 Ho Wen-chen 何文振: „Die Wahrheit über den Vorfall in Taichung am 28. Juli 七二八台中事件真相“ (1/73).

machte – was damals auch keine ganz ungefährliche Angelegenheit war. So zeigt er beispielsweise einmal einen Soldaten, der sein Maschinengewehr direkt hinter einem Baum aufbaut. Als ihn sein Vorgesetzter darauf aufmerksam macht, dass er von dieser Position aus nichts sehen, geschweige denn treffen könne, trollt sich der Schütze – und kommt mit einer Axt zurück (3/33). Sein Meisterstück aber lieferte Coco in der vierten Ausgabe ab: Vier Männer sitzen in der Bahn nebeneinander, und die ersten drei seufzen nacheinander vernehmlich auf, was den Vierten dazu veranlasst, die anderen drei anzuraunen: „Keine politischen Gespräche! 不要談政治!“ (4/98) Selten dürfte die bedrückende Atmosphäre in Diktaturen konziser auf den Punkt gebracht worden sein. Coco ist übrigens bis heute aktiv, und wie man seiner Facebook-Seite „CocoCartoons“ entnehmen kann, ist er im Laufe der Jahre keineswegs milder geworden. Im September 2019 zeichnete er beispielsweise ein sinkendes, brennendes Schiff, an dessen gerade noch aus dem Wasser ragenden Bug ein glatzköpfiger Mann stoisch ein Schild hochhält: „Dringend gesucht: Vize-Kapitän“. (Es handelt sich um eine Anspielung auf Han Kuo-yü 韓國瑜, den Kandidaten der KMT für die Präsidentschaftswahlen im Januar 2020, der bis dato noch keinen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten vorweisen konnte.)

Eine unschöne Überraschung erwartete die Leser allerdings in der dritten Ausgabe vom Oktober 1979 – hier war für Seite 8 ein Beitrag mit dem Titel „Die Redaktion protestiert energisch gegen den Angriff der südkoreanischen Regierung auf die Meinungsfreiheit in unserem Land 嚴厲抗議韓國政府干涉我國內政摧殘言論自由“ angekündigt, aber auf der im Inhaltsverzeichnis angegebenen Seite findet man lediglich ein großes, schwarzes Rechteck. Der Grund dafür: die südkoreanische Regierung hatte sich über den ersten Teil einer Artikelserie beschwert, der das dortige „Wirtschaftswunder“ kritisch beleuchtete,²² und die in sehr scharfem Ton verfasste Entgegnung der Redaktion wurde offenbar vorab den Behörden zugespielt. Jedenfalls bekam die Geschäftsstelle wenige Tage vor Drucklegung Besuch von einem Abgesandten der KMT, der die Publikation des Briefs verhindern sollte, aber die Redaktion bestand darauf, die Seite zu schwärzen und den Eintrag im Inhaltsverzeichnis zu belassen, um den Lesern die Zensur deutlich vor Augen zu führen. Immerhin wurde im nächsten Heft eine entschärfte, d. h. höflicher formulierte Version des offenen Briefs der Redaktion an die südkoreanische Regierung veröffentlicht (4/6), die Artikelserie wurde aber nicht mehr fortgesetzt. Dafür erlaubten die Redakteure sich, direkt vor diesen Brief eine Analyse des kurz zuvor erfolgten Putsches in Südkorea zu platzieren.²³

22 Yeh Ta-hisung 葉大雄: „Widerlegung des Märchens vom koreanischen Wirtschaftswunder 揭穿韓國經濟奇蹟的神話“ (2/52–60).

23 Redaktioneller Beitrag 本社: „Hintergründe zum Putsch in Südkorea – und was wir daraus lernen können 韓國政變的背景和啟示“ (4/4–5).

Abbildung 7: Yao (mit Fackel) am Abend des 10.12.1979

In derselben Ausgabe findet sich auch der Brief eines Lesers, der sich über die Zensur beschwert, wozu die Redaktion sogleich anmerkt, dass sich dieses unschöne Vorkommnis mit Sicherheit nicht wiederholen werde (4/127–128) – und dieses Versprechen hat sie gehalten, wenn auch unfreiwillig, denn Heft Nr. 4 sollte die letzte Ausgabe von „Formosa“ sein.

Am 10. Dezember 1979 veranstaltete die Redaktion von „Formosa“ gemeinsam mit vielen anderen „Außerparteilichen“ eine Demonstration in Kaohsiung anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte.²⁴ Die Stimmung war aufgeheizt, da es bereits in den Tagen zuvor mehrfach zu Konfrontationen mit der Polizei gekommen war. Am frühen Abend bildeten die Demonstranten einen langen Fackelzug, der allerdings aufgrund von Blockaden nicht die vorhergesehene Route nehmen konnte. Die Veranstalter improvisierten schnell an einem anderen Ort in der Nähe des Bahnhofs eine Rednerbühne, aber kaum hatten die Reden angefangen, schon versuchte die Polizei die Versammlung aufzulösen, so dass es zu ersten Gewalttätigkeiten kam und beinahe Panik ausbrach. Den Veranstaltern gelang es zunächst, die Situation wieder in den Griff zu bekommen, indem sie die Teilnehmer zurück zum Ausgangspunkt lotsten – dem Büro der „Formosa“-Redaktion. Gerade als die Versammlung aufgelöst werden sollte, griff die Polizei erneut

²⁴ Die hier folgende Darstellung des Zwischenfalls und des Prozesses lehnt sich eng an den entsprechenden Abschnitt in Fleischauers Buch an.

an, wobei es zu Dutzenden Verletzten auf beiden Seiten kam und Polizeifahrzeuge umgestürzt wurden. Erst gegen 23 Uhr beruhigte sich die Lage langsam.

Der „Formosa“-Zwischenfall war nicht der erste Vorfall dieser Art; in den späten 1970er Jahren hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen Staatsmacht und Opposition gehäuft, aber keine hatte so weitreichende Folgen wie diese Großdemonstration in Kaohsiung. Der Vorfall fand ein großes und überwiegend sehr negatives Medienecho, d. h. den Demonstranten und der „Formosa“-Redaktion wurde die Schuld an der Eskalation gegeben. Die Redakteure und andere Außerparteiliche versuchten zwar alles Mögliche, um ihre Version der Geschehnisse zu verbreiten, kamen damit aber nicht durch. In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember wurden fast alle Redaktionsmitglieder verhaftet, unter ihnen auch Yao Chia-wen. Alle kamen vorerst in Isolationshaft. Insgesamt nahm die Polizei im Zuge des „Formosa“-Zwischenfalls über 150 Verhaftungen vor; sämtliche Presseorgane der außerparteilichen Bewegung wurden verboten (mit Ausnahme der Zeitschrift „Die Achtziger 八十年代“). Es war also ganz eindeutig, dass die KMT den „Formosa“-Zwischenfall nutzen wollte, um die Opposition endgültig zu zerstören – durch Einsperren, Einschüchterung oder Abschreckung. Vor allem in den USA stieß dieses harte Vorgehen auf massive Kritik, es kam sogar zu tätlichen Angriffen auf dortige Niederlassungen der Republik China. Und in Bonn drangen im Januar 1980 sogar einige Vermummte in die Vertretung der Republik China ein; die Angreifer konnten aber überwältigt werden. Diese Vorfälle erhöhten die internationale Aufmerksamkeit noch weiter und führten dazu, dass die KMT sich schließlich doch noch zu einigen Zugeständnissen gezwungen sah: Erstens wandelte man das Verfahren im „Formosa“-Zwischenfall als ersten politischen Prozess in Taiwan überhaupt in ein öffentliches um, zweitens gestand man den Angeklagten Verteidiger zu, die selbst der Opposition nahestanden, und drittens verzichtete man auf Todesurteile.

Das öffentliche Verfahren begann am 18. März 1980 am Militärgerichtshof in Taipeh (unter dem geltenden Kriegsrecht fielen politische Vergehen prinzipiell in die Zuständigkeit der Militärtribunale); die Anklage lautete auf versuchten Umsturz. Die Angeklagten widerriefen zunächst alle Geständnisse, die sie in vorigen Verhören, teilweise unter starkem Druck, abgelegt hatten. Einer der Verteidiger erhob sogar den Vorwurf, sein Mandant sei gefoltert worden – es war das erste Mal in der taiwanischen Rechtsgeschichte, dass dieser Vorwurf öffentlich ausgesprochen wurde. Der Name dieses Verteidigers war Chen Shui-bian 陳水扁; er sollte zwanzig Jahre später zum Präsidenten gewählt werden. Im Prozess trat auch ein Zeuge auf, der sich einige Jahre später selber als *agent provocateur* enttarnte: er war vom Geheimdienst in die außerparteiliche Bewegung eingeschleust worden, um belastendes Material gegen sie zu sammeln und ihre Mitglieder zu widerrechtlichen Aktionen anzustiften.

Abbildung 8: Yao wird zur Gerichtsverhandlung geführt

Das Verfahren dauerte nur zehn Tage. Die Richter kamen zu dem Schluss, dass Yao und die anderen Redaktionsmitglieder „Formosa“ als Instrument der Massenmobilisierung benutzt hätten, um mit Unterstützung der taiwanischen Unabhängigkeitsbewegung im Ausland und der Volksrepublik China eine unabhängige Republik Taiwan auszurufen. Diese These ist für sich genommen natürlich ein absurder Witz, aber als Urteilsbegründung führte sie dazu, dass Yao Chia-wen und vier weitere Personen zu zwölf Jahren Haft verurteilt wurden. Damit endete der letzte große Prozess der KMT gegen die außerparteiliche Bewegung, der sich letztlich als Bumerang erwies: Zwar verschwanden einige Führungsfiguren für ein paar Jahre hinter Gittern, aber die internationale Aufmerksamkeit richtete sich fortan dauerhaft auf die Menschenrechtslage in Taiwan, und die öffentliche Unterstützung für die Außerparteilichen war bereits zu groß, als dass die KMT sie noch wirkungsvoll (bzw. gewaltsam) hätte unterdrücken können.

Das Urteil wirkte auf Yao laut seiner eigenen Aussage zunächst wie ein Schock, und er benötigte mehrere Monate, um sich davon zu erholen. Immer mehr drängte sich die Frage in den Vordergrund, wie er diese schier endlose Zeit hinter sich bringen könne. Dann fiel ihm ein, dass er eigentlich immer schon mal gerne einen Roman schreiben wollte, und genau das tat er schließlich auch. Glücklicherweise erlaubte ihm die Gefängnisverwaltung, sich alles Material zu besorgen, was er für seine dann letztlich sieben Bände umfassende Reihe historischer Romane benötigte – also nicht nur Papier und Stifte, sondern vor allem Bücher, vorwiegend Ge-

schichtsbücher. Jeder einzelne dieser Romane weist übrigens unterschwellige Bezüge zur aktuellen taiwanischen Politik auf.²⁵

Im Januar 1987 entschied das Präsidialamt, dass die Haftstrafe Yao Chia-wens „halbiert“ werden solle, und zwar von zwölf auf sieben (!) Jahre. Damit wurde Yao umgehend freigelassen und konnte wieder zu seiner Familie zurückkehren (s. Abb. 9). Sofort kümmerte er sich um die Publikation seiner im Gefängnis entstandenen Romanserie, deren erste Bände noch vor der Aufhebung des Kriegsrechts (15. Juli 1987) erschienen. Er wurde auch sofort wieder politisch aktiv – noch im selben Jahr trat er in die erst kurz zuvor gegründete Demokratische Fortschrittspartei 民進黨 ein und wurde bald darauf sogar deren Vorsitzender. Es würde zu weit führen, hier noch die weitere politische Karriere Yao Chia-wens vorzustellen, es seien nur noch zwei Punkte erwähnt: Yao war nicht nur ab dem Jahr 2000 ein enger Berater von Präsident Chen Shui-bian, sondern auch noch von 2002 bis 2008 Vorsitzender des Prüfungs-Hofs 考試院院長, der für die Verwaltung des Beamtensystems zuständig ist.

Abbildung 9: Yao Chia-wen am 20. Januar 1987 mit seiner Frau Chou Ch'ing-yü 周清玉 und seiner Tochter Yao Yü-ching 姚雨靜



Im Jahr 2008, fast genau dreißig Jahre nach den hier geschilderten Ereignissen, veröffentlichte Yao Chia-wen seinen Roman „Mission Nr. 9 九號任務“, bei dem es sich um eine sehr eng an Tatsachen angelehnte Darstellung der Vorgeschichte

25 Zu dieser Romanreihe vgl. Yao Chia-wen (2018).

des „Formosa“-Zwischenfalls handelt – in Form eines Spionage-Thrillers, in dem die Rolle der KMT-Spitzen noch einmal besonders deutlich wird.

Der 40. Jahrestag des „Formosa“-Zwischenfalls wird in Taiwan nicht nur von den damals Beteiligten gefeiert werden, sondern auch von offizieller Seite und von jüngeren Taiwanern, die wissen, dass sie heute nicht in einer Demokratie leben könnten, hätten nicht frühere Generationen ihr Leben und ihre Freiheit dafür aufs Spiel gesetzt.

Literatur

- Arrigo, Linda G.; Miles, Lynn (2008): *A Borrowed Voice. Taiwan Human Rights through International Networks, 1960–1980*. Taipei: Social Empowerment Alliance [Sehr umfangreiche und reichhaltige Materialsammlung mit Erfahrungsberichten (vor allem von ausländischen Zeitzeugen), Fotos, Dokumenten usw.]
- Chang Fu-chung 張富忠; Ch'iu Wan-hsing 邱萬興 (2005): *Lü-se nien-tai: T'ai-wan min-chu yün-tung er-shih-wu nien* 綠色年代. 台灣民主運動 25 年 [Die Grüne Ära: 25 Jahre taiwanische Demokratie-Bewegung (1975–2000)]. Taipeh 台北: Lü-se lü-hsing wen-chiao chi-chin-hui 綠色旅行文教基金會 [Zwei reich bebilderte Bände mit einer detaillierten Chronik.]
- Chou Ch'ing-yü 周清玉 (2007): *Yü wo t'ung hsing. Chou Ch'ing-yü de cheng-chih lu* 與我同行. 周清玉的政治路 [Komm mit mir. Meine politische Biografie]. Changhua 彰化: Kuan-huai wen-chiao chi-chin-hui 關懷文教基金會 [Autobiografie der Ehefrau Yao Chia-wens.]
- Fleischauer, Stefan (2008): *Der Traum von der eigenen Nation. Geschichte und Gegenwart der Unabhängigkeitsbewegung Taiwans*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften [Zum „Formosa“-Zwischenfall s. insbesondere 194–203.]
- Jacobs, Bruce J. (1981): „Political opposition and Taiwan's political future“, in: *Australian Journal of Chinese Affairs*, 6: 21–44
- (2016): *The Kaohsiung Incident in Taiwan and Memoirs of a Foreign Big Beard*. Leiden: Brill [Die wohl ausführlichste Darstellung der Ereignisse.]
- Kaplan, John (1981): *The court-martial of the Kaohsiung defendants*. Berkeley: Institute of Asian Studies (University of California)
- Lee Chen-hsiang 李禎祥; Lin Shih-yu 林世煜; Tsao, Ronald C. J. 曹欽榮 et al. (Hgg.) (2004 [2006]): *The Road to Freedom. Taiwan's Postwar Human Rights Movement* [人權之路. 台灣民主人權回顧]. Taipei: Dr. Chen Wen-chen Memorial Foundation 財團法人陳文成博士紀念基金會 [Sehr anschauliche englischsprachige Darstellung mit vielen Fotos und einer Chronik von 1945 bis 2004.]
- Yao Chia-wen 姚嘉文 (2000 [2003]): *Ching-mei ta shen-p'an: Mei-li-tao chiün-fa shen-p'an hsieh-chien* 景美大審判: 美麗島軍法審判寫真 [Der große Prozess von Ching-mei: Ein Augenzeugenbericht zum Militärtribunal nach dem „Formosa“-Zwischenfall]. Changhua 彰化: Shih-lai 沛來 [Sehr lebendige Darstellung mit vielen Dialogpassagen.]
- (2008): *Feng-ch'ui Mei-li-tao* 風吹美麗島 [Formosa im Sturm]. Taipeh 台北: Avanguard 前衛 [Autobiografie ab den 1970er Jahren.]
- (2018): „Schwarzwassergraben 黑水溝“, übersetzt von Thilo Diefenbach, in: *Hefte für Ostasiatische Literatur*, 65: 38–61

KONFERENZBERICHTE

Inhalt

Mirjam Lücking:

Java in Jerusalem

Israel Institute for Advanced Studies, The Hebrew University of Jerusalem,
June 17–19, 2019

György Széll:

Konferenz der nordostasiatischen DAAD-Zentren „Zusammenarbeit und Zukunft Ostasiens – im Spiegel europäischer und deutscher Erfahrungen“

Universität Peking (Zentrum für Deutschlandstudien), 2.–13. Oktober 2019

Thomas Weyrauch

Jahrestagungen der Zhongshan Society Europe und der European Overseas Chinese Association

Dublin, 28.–30. Juni 2019

Ute Wallenböck and Stephanie Ziehaus:

Peoples and languages of the Sino–Russian borderlands: Dauria

Palacký University Olomouc, October 9–10, 2019

Jan Kronschnabel and Opeoluwa Joseph Oguntayo:

International Symposium: The Digital Challenge in Germany and Japan in Comparison: Opportunities, Risks, and Digital Cooperation

Hamburg, June 18–19, 2019

Isabel Schreiber and Marie Ulrich:

Studying Japan: The impact of transnationalization and technological innovation on methods, fieldwork and research ethics

Freie Universität Berlin, July 23–24, 2019

Java in Jerusalem

Israel Institute for Advanced Studies, The Hebrew University of Jerusalem, June 17–19, 2019

The conference “Java in Jerusalem” was the climax of the activities of a one-year research group on “New Directions in the Study of Javanese Literature – Reassessing ideas, methods and theories in the study of the literature of Java, Indonesia”. The research group and the conference were initiated and led by Ronit Ricci and hosted by the Israel Institute for Advanced Studies at the Hebrew University of Jerusalem. During the conference from June 17–19, world-leading scholars presented their findings on scripts, illustrations and performances of largely untouched sources from the seventeenth century to the present.

In the light of a decline of Javanese Studies in Indonesia and globally, the conference was a ground-breaking event, combining linguistic and interpretative expertise and providing insightful perspectives on the content, form, historical context and contemporary relevance of Javanese literary traditions, which are “among the world’s richest and most unusual” ones (<http://ias.huji.ac.il/rgjavaneseliterature>).

The first session gave examples of “Javanese Tales of the Miraculous”, which revealed that Javanese stories about saints, prophets and kings match peoples’ everyday social reality with exterior contexts – be it the Muslim centres in the Middle East or natural disasters. George Quinn (Canberra) provided an example of contemporary pilgrimage to Mount Tidar, a hill in Magelang that is today especially important for the Indonesian military, which runs a nearby academy and holds ceremonies at the tombs of famous Javanese figures. Narratives surrounding Mount Tidar’s nail, which keeps earthquake-prone Java steady, are interwoven with the military’s claim of maintaining stability in society.

Ronit Ricci (Jerusalem) introduced her study on the “Serat Anbiya” corpus (“Tales of the Prophets”), giving an example of a specific manuscript (Layang Anbiya, MS. MSB L 12 from the Sonobodaya Museum), which was produced in a *pesantran* (Qur’anic boarding school) in a rural area of Java, written in *pégon* script (modified Arabic for the Javanese language). Ricci discussed what role the manuscript’s colourful illustrations and the stories of prophets who preceded the Prophet Muhammad played in Javanese society.

Els Bogaerts traced the wondrous adventures of the famous Javanese king Sultan Agung. Through her analysis of the Serat Nitik Sultan Agung, which were composed in the Javanese poetic form *tembang macapat* during colonial times, she showed that the legends about Sultan Agung and his leadership success, and the conversion of Javanese society to Islam, related to their interaction with Dutch colonial authorities.

The second panel (“New Readings in Javanese Islamic Texts”) provided evidence of the interrelation between societal controversies and Islamic texts. Verena Meyer (New York) combined textual and ethnographic analyses of a recurring motif in stories about the *wali* (saints and bearers of Islam in Java), showing that a relatively recent *wali* story about Mbah Munawwir (died 1942) resonates with the older literary legacies of Sunan Kalijaga (one of the nine *wali*). Meyer suggests that there is a strategic reference to recurring *wali* stories in order to legitimate or dismiss traditionalist and mystical Islamic traditions.

Yumi Sugahara (Osaka) contributed another *wali* story, namely that of Sunan Bonang, discussing his texts’ relevance for the ongoing interpretation of Islamic doctrines in Java. Nancy Florida (Ann Arbor) presented an analysis of a *suluk*, a Sufi song, by Ronggasasmita (1815), which tells the story of a Javanese Mecca pilgrim and admirer of Rumi who visited the holy

mosque of Mecca in the appearance of a naked three-year old child and engaged in a meta-physical debate with Rumi. Florida argues that such stories must be understood as a local manifestation of universal Islam.

The third panel was dedicated to the most recent transformations in the study of Javanese, featuring insights into the digitisation projects of the British Library, presented by Annabel Gallop (London), and the non-profit foundation Yayasan Sastra Lestari, presented by its founder John Paterson (Jakarta). Gallop's presentation provided an understanding of the works of the royal library of Yogyakarta before and after the British assault on the palace in June 1812. Paterson explained the challenge of finding, refurbishing, digitising, translating, and interpreting the manuscripts. The discussion revolved around funding, open access, and online forums for cooperative work on translations and interpretations (both projects are open access), the decline of knowledge of the Javanese language and questions on repatriation.

The fourth panel gave examples of interpreting the historical context of the creation of Javanese literature. Willem van Der Molen (Leiden) presented the "Panji Paniba", one of many so-called Panji stories, which concern the romantic adventures of Panji and his fiancé, princess Candrakirana. Given the fact that the text was created at a time when Javanese society had already been Muslim for centuries, van Der Molen discussed how religious elements were used to provide the story with a pre-Islamic background. Esrih Bakker (Leiden) introduced the "Serat Rama", arguing that the text needs to be analysed in an interdisciplinary and broad manner. Therefore, she is working on a hybrid edition consisting of a book and a digital scholarly edition.

In the fifth panel, Marc Benamou (Richmond), Opan Safari (Cirebon), and Ben Arps (Leiden) took the audience into the world of artistic and performative representations of Javanese literature. Benamou recited Javanese poetry and explained how its transcription and translation reveals the extent of fragmentation, engaging the audience in a discussion about the value of poetry and recitation beyond semantic meanings. Through displays of his own glass paintings, Safari elaborated on the tradition of *wayang* glass painting in Cirebon, where artists refer to a local version of the Bharatayuddha tales. The transformation of *wayang* shadow puppet performances also surfaced in Arps' talk on the creation of affect in the Asian Islamic epic of Amir Hamza. With new methods of multimedia philology of performance, Arps traces the interrelation between the textual and performative creation of affect.

Panel six brought discussions on new considerations of genre in Javanese writing together. Anthony Day (Graz) offered intellectual, artistic and culinary insights into his research on the "Serat Centhini", one of the most important pieces of Javanese literary art, arguing that the sung poetry was a means of dealing with political and cultural uncertainty in early 19th century Java.

Edwin Wieringa (Cologne) discussed the rare genre of autobiography in Javanese literature with the example of "Sêrat Raga Pasaja" by Raden Sasrakuksma, who was a devout Muslim but was also exposed to Calvinist and colonial worldviews. His autobiography deals with confessions of sins, which is very unusual for Javanese literature. Another genre that was influenced by Dutch colonial presence is that of paintings, as presented by Judith Bosnak (Frankfurt) in her talk on literary and artistic impressions of exclusivist travels on the Javanese Post Road in the 19th century. The comparison with European travelogues and paintings allows the conclusion that interaction with Europeans had a significant impact on Javanese art and literature.



Foto: Mirjam Lücking, Lizenz: CC BY-SA 4.0

In addition to the insightful and innovative academic talks, the richness and variety of Javanese literary traditions became evident through a session of Javanese poetry recitations (*macapatan*), a Gamelan concert and students' performance of Javanese dance (see picture). All papers shared the observation that the storytelling traditions were and are interrelated with the social circumstances at the time of their creation and their ongoing representation. Furthermore, they gave insights into the complexity of Javanese art and literary traditions. The conference and its proceedings (a reader of Javanese literary texts and a special issue of *Bijdragen* journal are being prepared) are a highly relevant and pioneering contribution to the understanding of Javanese culture, religion and society – in its historical context and in contemporary resonance.

Mirjam Lücking

Konferenz der nordostasiatischen DAAD-Zentren „Zusammenarbeit und Zukunft Ostasiens – im Spiegel europäischer und deutscher Erfahrungen“

Universität Peking (Zentrum für Deutschlandstudien), 2.–13. Oktober 2019

Der Deutsche Akademische Austauschdienst unterstützt weltweit über zwanzig Zentren zur Förderung der Deutschland- und Europastudien. In Nordostasien sind es drei: an der Universität Peking, der Universität Tokio und der Chung-Ang-Universität in Seoul. Die beiden erstgenannten sind staatliche Einrichtungen und jeweils die Topuniversitäten in ihrem Land, die Chung-Ang-Universität ist eine private Einrichtung unter den *Top Ten* in Südkorea. Seit 2015

führen die drei nordostasiatischen DAAD-Zentren im Prinzip jährlich eine Konferenz im Turnus durch (s. dazu: György Széll, „Konferenzbericht „Asien und Europa. Auf der Suche nach neuen Horizonten für das 21. Jahrhundert“ an der Chung-Ang-Universität/CAU, Seoul, 21.–22. November 2013, ASIEN 130, 2014: 87–88). Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Nachwuchsförderung. Die letzte derartige Konferenz fand im Oktober 2018 zum Thema „Herausforderungen der neuen Welt. Imaginationen der neuen Generation: 1968–2018“, 4.–7. Oktober 2018 statt (s. dazu auch meinen Konferenzbericht in ASIEN 150, 2019).

Ich berichtetet in dieser Zeitschrift über die erste derartige Konferenz in Peking zum Thema „Nation, Nationalismus und nationales Gedächtnis“, Universität Peking, 21.–23. Oktober 2015 (ASIEN 138, 2016: 152–153). Auch diese Konferenz war wiederum ausgezeichnet organisiert. Besonderes Lob dafür verdient Dr. Mao Mingchao.

An ihr nahmen ca. 50 Personen teil, davon zahlreiche Studierende der Universität Peking. Nach der Begrüßung durch den Direktor des ZDS, Prof. Dr. Liaoyu Huang, gab es 15 Beiträge in vier verschiedenen Gruppen: Geschichte und Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, Kultur und Identität sowie Ausblick und Diskussion. Die Beitragenden stammten aus acht Nationen, da ein offener *Call for Paper* erfolgt war. Leider hatten einige Vorträge keinerlei Beziehung zum Konferenzthema. Zwei Vorträge erfolgten auf Englisch, zwei weitere auf Chinesisch mit Konsektivübersetzung, alle anderen auf Deutsch. Erwähnenswert erscheinen mir insbesondere folgende:

Prof. Dr. Cao Weidong von der Beijing Sport University mit „Die europäische Integration: ein Vorbild für Asien?“ Nach einer Würdigung der tausendjährigen Utopie europäischer Einigungsbemühungen kam Prof. Cao zum Schluss, dass der derzeitige europäische Einigungsprozess nur ökonomisch sei und im Gegensatz zu Nordostasien Europa keine gemeinsamen Werte verträte. Deswegen könne die Europäische Union kein Vorbild für Nordostasien sein. Dem wurde in der Diskussion teilweise vehement widersprochen und darauf hingewiesen, dass die Antriebskraft zur europäischen Einigung nach den beiden Weltkriegen jeweils das Motto ‚Nie wieder Krieg!‘ gewesen war. Andere teilten jedoch die Auffassung des Referenten.

Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott von der Freien Universität Berlin sprach über „Außenpolitische Identität und regionale Beziehungen Japans“. Sie unterscheidet dabei vier Phasen der Außenpolitik seit den Meiji-Reformen sowie sechs politische Positionen. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage, was Identität sei, und den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik.

Prof. Dr. Han Dongyu von der North East Normal University präsentierte „Mizokuchi Yuzo’s Question and some Japanese scholar’s excuse for the Second World War“. Mizokuchi Yuzo war ein japanischer Pazifist, der sich dagegen wandte, dass sich Japan als Kriegsoffer sah. In der Diskussion wurde die Frage nach den Parallelen zwischen Japan und Deutschland thematisiert.

Prof. Dr. György Széll von der Universität Osnabrück widmete sich dem Konferenztitel. Nach dem Verweis auf die derzeitige Krise der Europäischen Union verwies er auf den Helsinki-Prozess seit 1975, der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von inzwischen 57 Nationen beinhaltet. Eine solche Institution wäre auch für Ostasien sinnvoll. Die bisherigen zahlreichen Kooperationen in Ostasien sind sehr stark an wirtschaftlichen Interessen orientiert und haben die politischen Spannungen kaum abbauen können. Im Gegensatz zur Politik funktioniert die wissenschaftliche Zusammenarbeit wie auch bei dieser Konferenz sehr gut.

Prof. Dr. Kwang-Yeong Shin von der Chung Ang Universität befasste sich mit „New East Asia in the 21st Century“. Er betonte die zunehmende Ungleichheit in dieser Weltregion, die auch mit der Demografie, d. h. insbesondere stark alternden Gesellschaften zusammen hängt. Seine Annahme ist in Hinblick auf eine dauerhafte Entwicklung sehr pessimistisch.

Prof. Dr. Hiramatsu Hideto von der Universität Tokio widmete sich der „Wahrnehmung der fremden Erfahrungen und deren Translationsprozessen in der sozialen Wohlfahrtstätigkeit“. Dabei er zog er Vergleiche zwischen Elberfeld und Osaka in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und kommt zum Schluss, dass die Mittelschichten aus Eigeninteresse das Gemeinwohl zunehmend betonten. In der Diskussion wurde die Frage nach dem Verhältnis von Korea und Japan und der Sozialgesetzgebung in Japan in den 1930er Jahren gestellt.

Prof. Dr. Dres. h. c. Bertram Schefold von der Goethe-Universität Frankfurt thematisierte das „Chinesische Wirtschaftsdenken als anschauliche Theorie: das Beispiel des Yantie Lun“. Dieser Autor, der im 1. Jahrhundert vor Christus die wesentlichen Fragen der Wirtschaftspolitik in Dialogform formulierte, hat bis heute nichts an Aktualität verloren, wie die anschließende Diskussion zeigte.

Die nächste Konferenz der nordostasiatischen DAAD-Zentren ist für Oktober 2021 in Tokio geplant. Sicherlich wiederum ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit und Zukunft Ostasiens.

György Széll

Jahrestagungen der Zhongshan Society Europe und der European Overseas Chinese Association

Dublin, 28.–30. Juni 2019

Die Jahrestagungen der Zhongshan Society Europe (中山學會) und der European Overseas Chinese Association (歐洲華僑團體聯誼會) vom 28. bis 30. Juni 2019 in Dublin mit 180 Beteiligten aus akademischen und politischen Kreisen diverser europäischer Staaten sowie Taiwans, Neuseelands, Kanadas und der USA beschäftigte sich hauptsächlich mit zwei Themenfeldern, nämlich mit den Lebensverhältnissen chinesischer Immigranten im Ausland und der aktuellen Lage in Taiwan. Beide Organisationen mit Affinität zu Sun Yatsens politischen Vorstellungen eines souveränen, sozialen und demokratischen Staatswesens behandelten in Vorträgen und Diskussionen die politische Wende seit den Kommunalwahlen 2018, bei der die oppositionelle Nationalpartei Chinas (Zhongguo Guomindang 中國國民黨, KMT) Terrain zurückeroberte und sogar in Hochburgen der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (Minzhu Jinbudang 民主進步黨, DPP) Bürgermeister stellen konnte. Obgleich Konferenzteilnehmer aus beiden Lagern präsent waren, überwog die Kritik an Präsidentin Cai Yingwen (蔡英文) und ihrer DPP hinsichtlich einer Politik des Abbaus von Arbeitnehmer- und Bürgerrechten, der Diskriminierung oppositioneller Gruppen, des massiven Eingriffs in die Medienberichterstattung sowie in die Autonomie von Universitäten und der Konfrontation mit der Volksrepublik China. Exemplarisch war hierbei der Vortrag der Abgeordneten Tong Huizhen (童惠珍), die als Auslandschinesin für die KMT in der Gesetzgebungskammer in Taipei tätig ist. In ihrem Vergleich zwischen der Politik Cai Yingwens und der ihres Amtsvorgängers Ma Yingjiu (馬英九), KMT, hob sie neben vielen Schwachpunkten Cais die Polarisierung in der Innenpolitik sowie die zunehmenden Spannungen mit dem Festland hervor, die auf der Nichtanerkennung eines Völkerrechtssubjekts China mit zwei unterschiedlichen

Interpretationen („92er Konsens“) beruhten und sich negativ auf die Außenpolitik auswirkten. Breiten Raum nahmen weiterhin Vorträge und Diskussionen zu Taiwans anstehenden Wahlen für das Amt des Präsidenten und der Parlamentarier ein. Weitere Themen waren studentische Belange an europäischen Universitäten, die Auswirkungen des Brexit und die Bedeutung der Wirtschaft Irlands.

Thomas Weyrauch

Peoples and languages of the Sino–Russian borderlands: Dauria

Palacký University Olomouc, October 9–10, 2019

The international two-day workshop “Peoples and languages of the Sino–Russian borderlands: Dauria” was held at Palacký University Olomouc, supported by the European Regional Development Fund project “Sinophone Borderlands — Interaction at the Edges” (CZ.02.1.01/0.0/0.0/16_019/0000791). The workshop was organised by Ute Wallenböck (Palacký University Olomouc) in collaboration with Veronika Zikmundová (Charles University Prague), bringing together researchers of history, anthropology, and linguistics who deal with the area and peoples of historical Dauria. This was the first academic event that truly reflected the diversity of approaches and disciplines necessary to study the Sino–Russian borderland, especially as the culture and history of the Dagurs and other peoples of Dauria — which comprises lands around north-eastern Sino–Russian border — administratively the northernmost part of Heilongjiang, northern part of Inner Mongolian Hulunbuir, and the adjacent parts of Russia — have so far received little attention in the western scholarship. The two-days long event was structured in three sessions. Caroline Humphrey (MIASU Cambridge University) was an important guest who oversaw the presentations and contributed remarks and insights in the discussion. The first session involved the historical and social anthropological approaches to the topic of Dauria. By questioning the inherent connection of Daur names with Daur ethnicity, the first speaker, Loretta Kim (University of Hong Kong) presented a data collection of Daur names ranging from the seventeenth century to the present day. The discussion on identity and ethnicity continued with the second presentation by Bazar Tsybenov (Russian Academy of Sciences, Ulan Ude) on the evolution of the term “Daur-Mongol” and self-identification of Dairs in the revolution period with Fumintai and his involvement in the Pan-Mongol political activity as a case study. Then, Stephanie Ziehaus (Palacký University Olomouc) talked about ethnicity in the imperial context, which frames the Dairs as a vanished transnational community and analyses the impact of imperial categorisation. In the subsequent discussion, questions of ethnicity and identity, ranging from the conflict of territoriality versus kinship in clan affiliation, the conversion of clan names into Chinese surnames and the Daur-Mongols’ involvement in Pan-Mongolism, were revolved.

Sayana Namsaraeva (MIASU, University of Cambridge and Palacký University Olomouc) started the second part of the first session. She explored questions of ethnicity and kinship in the Sino–Russian borderlands through the case of Gantimur. Her presentation was followed by Kicengge (Otemon Gakuin University, Osaka) who presented the “cisan incident” as an example for the legal procedure of appeals in the Manchu Eight Banners and the importance of the textual recording of this legal case for the Daur community, which to this day preserves it as part of their identity. Subsequently, Katerina Zikmundová (Charles University Prague) presented her research on Merse-Guo Daofu, touching upon a topic explored early in the presentation of Bazar Tsybenov. However, she focused mainly on the results of her interview with his late daughter Odognowa, recorded in Hohhot in 2015. Then, Veronika Kapisovská

(Charles University Prague) concluded the first day of the workshop with her presentation on the results of her linguistic and folkloristic field-research by comparing the earliest recorded Daur songs from 1930 to the material collected in her field research in 2016 and 2017.

On the second day, Jargal Badagarov (University of Heidelberg) started the second session presenting a linguistic approach with his research on linguistic features of Buryad speech of a native Dagur speaker due to language contacts in that border area. His presentation was followed by Bayarma Khabtagaeva (Free University Berlin) who showed how designations for body parts play a role in the determination of Dagur language's place among other Mongolic languages. The subsequent third session focused on shamans. Veronika Zikmundová provided a new perspective and an eminently structural approach towards the Daur version of the so-called "Account of the Nishan Shamaness", whereas the presentation of David Somfai Kara (Hungarian Academy of Sciences) was preliminary based on his fieldwork among the Daurians with focus on the concepts of the mythological background of the story. These were two fruitful inputs for a subsequent vivid discussion. At the end of the workshop a round table discussion among all participants was organised. The main points which were discussed touched on the term "Dauria" itself by underlining the importance of the non-geopolitically usage of the term, and on the feasibility of future research activities on this topic.

Ute Wallenböck and Stephanie Ziehaus

International Symposium: The Digital Challenge in Germany and Japan in Comparison: Opportunities, Risks, and Digital Cooperation

Hamburg, June 18–19, 2019

Is digitisation a blessing or a curse? This question has recently taken on a pioneering role within the intellectual debate. This is particularly true given the inevitable impact on all areas of human interaction. From the agricultural, health, and industrial sectors, to the platform economy, to the legal and moral ethics of technological change, several scholars have begun to examine the impact of digitisation on postmodern society.

The interdisciplinary symposium on "The Digital Challenge in Germany and Japan in Comparison: Opportunities, Risks, and Digital Cooperation", organized by the Japanese Research Center, the University of Osnabrück (Prof. Dr. Carmen Schmidt), and the German-Japanese Society for Social Sciences (Prof. Dr. Gisela Trommsdorff) at the University of Hamburg and the GIGA Hamburg, and supported by the Japanese Consulate General Hamburg, highlighted future challenges, including the problem of an ageing society, the future of work, ethical and moral issues of digitisation, democracy, and identity politics, but also opportunities such as distance work, smart city technology, efficient use of resources, and effective health care, among others. However, digitisation raises questions that need to be answered, while providing answers to many of the problems we are currently facing. German and Japanese experts from various disciplines have addressed these problems and critically analysed the perspectives, but also the problems, of digitisation and made suggestions on how we can tackle these problems.

The symposium began with a presentation by Professor Franz Waldenberger (DIJ Tokyo) on "Society 5.0 — Japan's Visions and Ambitions for the Digital Age", in which he described and critically assessed the Smart Society Initiative, highlighting the strengths, weaknesses and challenges of achieving such ambitious goals. The second keynote speaker, Professor Arisa Ema (The University of Tokyo), who shared her experiences from the Japanese community,

stressed that, based on her experiences, ethics in AI and multidisciplinary networking are necessary to overcome the challenges of digitisation.

The second day began with a critical look at digitisation from a European perspective. Professor Ingrid Schneider (University of Hamburg) stressed the importance of the EU as a regulatory superpower in the digital environment where tensions between the US and China are increasing. Professor Dietrich Albert (Graz University of Technology), who spoke on “Digital Learning and Teaching — A European Perspective”, presented many of the current challenges and future developments in digital learning and teaching in Europe and suggested how digitisation can contribute to improving learning. Professor Christoph Busch (University of Osnabrück) built a bridge between government regulators, the platform economy and the general public and drew attention to some of the remaining gaps in regulatory policy in Europe and around the world.

The second session began with Professor Jürgen Schupp (DIW Berlin). He affirmed the need for transparency in the “social construction” of algorithms to maintain a democratic society, as algorithmic processes increasingly determine everything from creditworthiness to our position in the social hierarchy. The second lecture was given by Professor Rainer Knauf (Technische Universität Ilmenau), who presented different definitions of the term “artificial intelligence” (AI) and what can be expected from AI in the near future. The second session ended with a presentation by Professor Gabriele Vogt, Anna-Lea Schröder and Anne-Sophie König (University of Hamburg). They presented their findings from their research project “Sustainable long-term care: technology use, care migration and community building in Japan”. Above all, they emphasized the discrepancies between political plans, economic necessity and the social rejection of robotics and technology in the everyday life of nursing services.

Professor Akira Tokuyasu (Hosei University) opened the third session of the symposium. He looked at the formation of physical identities using digital devices. Professor Gisela Trommsdorff (University of Konstanz) critically examined the adaptation to digitisation and the need for a culture-oriented theoretical framework of interpretation. Professor Mototaka Mori (Waseda University) concluded the session with a critical assessment of the transformation “from the monetary value society to the non-monetary value society” and asked whether the ageing population will adapt to the digitised cashless society.

Using the example of animal identification in the agricultural sector in Japan, Professor Masato Kimura (Takachiho University) examined in the fourth session the traceability and behavioural targeting system developed in the field of raw materials marketing. He came to the conclusion that the increasingly biometric information, the “digital twin”, as he called it, determines identity rather than the human self. People are therefore increasingly “digitally traceable”. Tami Lang (University of Osnabrück) presented Instagram as an example of identity in the digital age. She deals with questions of identity formation and self-representation in a digital world as well as with potential impairments of offline self-well-being that can result from active involvement in online social networks. The last lecture by Professor Carmen Schmidt (University of Osnabrück) was an uncovering of the general research fields and research questions of digitization, viewed through the lens of modernization theories. In a summary of the lectures of the symposium, Schmidt pointed out the connection between second modernity and digitisation and asked questions about the nature of postnational identities and regulations in all areas of human interaction, including but not limited to the level of state, society and economy.

The symposium concluded with a panel discussion with experts chaired by Makoto Kobayashi (Tamagawa University) to answer the question asked at the beginning whether digitisation is

a blessing or a curse. In a very intensive brainstorming session, several ideas and proposals were presented. These included the adoption of a public business model for platform economics and data protection, the need for a double-checking system to separate facts from opinions, the development of the potential of digital education, moral and ethical limits to use of open access data (especially in our world of multiplicity in socio-political systems), decentralisation of data collection and presentation (especially in science), the need for accountability mechanisms, national, regional and international regulation, and the important role of civil society and other data protection authorities.

The controversy over whether digitisation is a blessing or a curse again came to the fore as the threats and benefits were explained in detail. In the end, the participants took an optimistic view of the future of digitisation and stressed the need for effective regulation and open dialogue in all areas of engagement, including, but not limited to, academia, civil society, business, regulators and politics.

Jan Kronschnabel and Opeoluwa Joseph Oguntoye

Studying Japan: The impact of transnationalization and technological innovation on methods, fieldwork and research ethics

Freie Universität Berlin, July 23–24, 2019

The international conference “Studying Japan” took place at Freie Universität Berlin on July 23–24, 2019. It was kindly funded by the German Research Foundation (DFG), the German Institute for Japanese Studies (DIJ), Ernst-Reuter-Gesellschaft (ERG) and Freie Universität Berlin. Organizers Cornelia Reiher (FU Berlin) and Nora Kottmann (DIJ Tokyo) welcomed an interdisciplinary group of Japan scholars to discuss methodological trends in times of transnationalization and technological innovations and to talk about ways to make methods education more accessible for students and junior researchers. The conference consisted of five panels that encompassed the whole research process from finding a research topic to publishing one’s results.

The first panel, chaired by Cosima Wagner (FU Berlin), opened the conference with keynote speeches by Levi McLaughlin (North Carolina State U) and Akiko Yoshida (U of Wisconsin-Whitewater) on methods in area studies. McLaughlin discussed how to navigate vulnerabilities of researchers and research partners during the research process. Yoshida introduced the audience to several methods to get interview partners to talk about themselves. They both emphasized the important topic of new technologies and their role in fieldwork and showed how social media is linked to vulnerability by bringing fieldwork to the home of researchers. Verena Blechinger-Talcott (FU Berlin) chaired the following roundtable discussion about new trends and challenges in research on Japan and their implications for methodology. The panelists shared their experiences from research in Japan and particularly highlighted the significance of the researcher’s relationship with research partners in the field and research ethics. While Joy Hendry (Oxford Brookes U) addressed her position as an anthropologist without prior methodological training, Karen Shire (U of Duisburg-Essen) reflected on the systematization of methodologies and stressed the need for mutual discussion between Japanese and western scholars. Chris McMorran’s (NUS) criticized the western-centric view on Japanese studies and emphasized the role of interpersonal relations in the field. Celia Spoden (Hannover Medical School) added the importance of the researcher’s self-identity as well as their positionality during fieldwork and Marie Weishaupt (FU Berlin) reflected on the role of social media in this context.

The second day kicked off with a panel chaired by Annette Schad-Seifert (HHU Düsseldorf), which started with Roger Goodman (U of Oxford) speaking about the diversity of Japanese studies and the process of identifying a research topic. Kaori Okano (La Trobe U) presented different research designs with a focus on case studies and Urs Matthias Zachmann (FU Berlin) outlined the topic of finding and reviewing literature for the literature review. Levi McLaughlin talked about how to do field work in Japan, focusing on building and maintaining social relations and the importance of a digital presence. Kai Schulze (FU Berlin) presented the next panel on collecting data in social science research on Japan. Akiko Yoshida first provided an outline of qualitative social science methods and highlighted aspects such as the availability and acceptance of participants. Following this, Nora Kottmann and Cornelia Reiher discussed different approaches to qualitative interviews in research on Japan. In their presentation on participant observation, Christian Tagsold (HHU Düsseldorf) and Katrin Ullmann (U of Applied Sciences Düsseldorf) addressed the researcher's positionality, the importance of research ethics and empathy. Theresia Peucker and Cosima Wagner (both FU Berlin) raised awareness for the impact of digitalization on archives, libraries and databases on finding primary and secondary literature.

In the next panel, Japanese Studies students and doctoral researchers (FU Berlin) talked about their experiences with fieldwork in and on Japan and introduced their perspectives on methods education. They stressed the importance of keeping instructions simple and hands-on and suggested that senior researchers share their experiences and struggles with methodology as lessons for junior researchers. Following this, Hannes Mosler (FU Berlin) introduced the panel on analyzing qualitative data in social science research on Japan. Carola Hommerich (Hokkaido U) and Nora Kottmann presented three models of mixed methods designs, followed by an introduction to methods of and approaches to data analysis by David Chiavacci (U of Zürich). Celeste Arrington (George Washington U.) outlined the topic of qualitative content and frame analysis and Cornelia Reiher critically discussed qualitative discourse analysis. The last panel focused on ethics, theorizing and publishing was chaired by Elisabeth Scherer (HHU Düsseldorf). James Farrer (Sophia U) and Gracia Liu-Farrer (Waseda U) talked about writing for different audiences. Caitlin Meagher (U of Oxford) discussed coding and theorizing and Chris McMorran spoke about the challenges of writing and the importance of mental health management. Cornelia Reiher and Cosima Wagner introduced and focused on ethical research practices and the open science movement.

In a final wrap up, Nora Kottmann and Cornelia Reiher summarized the discussion and named relevant topics that require further elaboration, like a researcher's positionality, language issues, comparing Japan with other regions or countries, different audiences of academic work, reflexivity, and the impact of social media on research on Japan. The two interesting days of the conference produced many new ideas the conference organizers will incorporate into the methods handbook "Studying Japan: Research Designs, Fieldwork and Methods" they are currently editing.

Isabel Schreiber and Marie Ulrich

REZENSIONEN

Inhalt

Thomas Weyrauch:

Helmut Schneider (Hg.): Eurasia. Schriften der Gesellschaft für Asiatische Philosophie (Zeitschrift)

Mirjam Lücking:

Terence Chong (ed.): Pentecostal Megachurches in Southeast Asia. Negotiating Class, Consumption and the Nation

Helen Hess:

Shelly Chan: Diaspora's Homeland. Modern China in the Age of Global Migration

Jochen Noth:

Felix Wemheuer: A Social History of Maoist China, Conflict and Change, 1949–1976

Johannes Küchler:

Michele Bonino, Francesca Governa, Maria Paola Repellino, Angelo Sampieri (Hgg.): The City after Chinese New Towns – Spaces and Imaginaries from Contemporary Urban China

Olivia Kraef-Leicht:

Rüdiger Breuer and Heiner Roetz (eds.): Worüber man nicht spricht. Tabus, Schweigen und Redeverbote in China

Matthias Hackler:

Wu Yiching: Die andere Kulturrevolution. 1966–1969: Der Anfang vom Ende des chinesischen Sozialismus

Peter Busch:

Ian Easton: The Chinese Invasion Threat. Taiwan's Defense and American Strategy in Asia

György Széll:

Carmen Schmidt and Ralf Kleinfeld (Hgg.): Crisis of Democracy? Chances, Risks and Challenges in Japan (Asia) and Germany (Europe)

Roland Seib:

Nicole Haley and Kerry Zubrinich: 2017 Papua New Guinea General Elections. Election Observation Report

Helmut Schneider (Hg.): Eurasia. Schriften der Gesellschaft für Asiatische Philosophie (Zeitschrift)

Hamburg: Verlag Dr. Kowač, 2019. 132 S., 74,80 EUR

Helmut Schneider, der Herausgeber dieser Schrift, ist zugleich Vorsitzender der Gesellschaft für Asiatische Philosophie, die sich primär um das Verständnis der chinesischen, indischen und japanischen Philosophie bemüht. Sie misst „Philosophie“ nicht an einem bestimmten vorausgesetzten europäischen Philosophiebegriff, sondern versteht sie in einer komparatistischen Konzeption im weitesten Sinne als denkendes Erfassen der Wirklichkeit, das sich in Ost und West in verschiedener Form zeigen kann. Die 2006 erschienene Reihe „ZUSAMMENHÄNGE – Jahrbuch für Asiatische Philosophie“ hat sich zur Aufgabe gemacht, komparative philosophische Arbeiten mit Schwerpunkt Süd- und Ostasien zu publizieren. Ihr zweiter, 2019 erschienener Band „Eurasia. Schriften der Gesellschaft für Asiatische Philosophie“, die der emeritierte Philosophieprofessor Schneider stellvertretend für die 1991 gegründete Vereinigung herausgibt, ist genau genommen der erste Teil einer zweibändigen Schrift. Er beinhaltet sieben Beiträge unter Federführung von Sarah Kissler. Sie betreffen den asiatischen Kernbereich der Philosophie, d. h. Indiens, Chinas und Japans mit ihren Ausläufern und Einflusszonen in Tibet und Korea. Die Autor*innen kommen von unterschiedlichen Disziplinen, wie Philosophie, Religionswissenschaften, Mathematik, Kunstwissenschaften, Germanistik und Japanologie, und bringen daneben eine Vielfalt akademischer Meriten ein, nämlich Abschlüsse, die von Bachelor über Promotionen bis zu Professuren reichen.

So behandelt Udo Reinhold Jeck etwa die Ontologie, die Lehre vom Seienden, des griechischen Philosophen Parmenides und vergleicht sie mit den indologischen Untersuchungen von Friedrich Schlegel und Wilhelm von Humboldt. Die von der heutigen Schulphilosophie wenig behandelte oder gar abgelehnte Beschäftigung mit der chinesischen Alchemie des Yijing macht Dirk Stederoth zum Thema historischer und philosophischer Betrachtung sowie eines interkulturellen Vergleichs. Dabei geht er von zwei Dimensionen aus, der logischen und der „symbo-logischen“, bei der letztere etwa am Beispiel Gold für die Unwandelbarkeit, Quecksilber für die Wandelbarkeit stehe.

Die Laozi-Hermeneutik des französischen Sinologie-Pioniers Jean-Pierre Abel-Rémusat verdeutlicht Hermes Spiegel, emeritierter Philosophieprofessor an der Université Libre de Bruxelles und Dozent an der Renmin-Universität in Beijing zufolge, wie wichtig es für die Betrachtung fremder Kulturen ist, zunächst die eigene zu kennen: „Je weniger man das westliche Denken kennt, desto andersartiger erscheint einem das chinesische.“ Er kommt zu dem Schluss: „In dieser Hinsicht legt ein im Paris des 19. Jahrhunderts lebender Konservator der Bibliothèque Nationale eine undogmatische Offenheit an den Tag, die man an vielen heutigen Sinologen oder an auf China blickende Philosophen vermisst, die sich einbilden, die ‚Differenz‘, die unvergleichliche Eigentümlichkeit, des chinesischen Denkens und dessen ‚Erzählweise‘ erkannt zu haben und alternative Interpretationen von vornherein als ideologische Emanationen westlicher Herrschaftsansprüche verdammen.“

Die Rezeption Martin Heideggers in Japan ist Gegenstand der Beiträge von Monika Nawrot und Dagmar Dotting über die „Kyōto-Schule“ bzw. den Philosophen Watsuji Tetsurō. Schließlich sollen die Arbeiten von Walter Tydecks über philosophische Grundbegriffe des Buddhismus sowie der Tagungsbericht von Sarah Kissler „Zwischen Konfuzius und Kant“ einer Kooperation von Sinologie und Philosophie an der Universität Bochum erwähnt werden, die auf die Diskussion um Menschenwürde im interkulturellen Kontext eingeht, dessen „leichtfertiger Gebrauch“ zu hinterfragen sei.

Dass Band 2 des Jahrbuches immerhin 13 Jahre nach Band 1 erschien, mag seltsam anmuten, ist aber angesichts der hochkarätigen Arbeiten zu entschuldigen. Es bleibt zu hoffen, dass der zweite Teil von Band 2 in einem deutlich kürzeren Zeitraum folgen und die Reihe bei gleich bleibender Qualität fortgeführt wird.

Thomas Weyrauch

Terence Chong (ed.): Pentecostal Megachurches in Southeast Asia. Negotiating Class, Consumption and the Nation

Singapore: ISEAS, 2018. 243 pp., 29.90 USD

This edited volume offers insights into various forms of Pentecostalism in Southeast Asia — a region that is associated with Islam, Buddhism, Taoism and Hinduism, but less with Christianity.

Upon the initiative of Terence Chong, deputy director at the ISEAS — Yusof Ishak Institute, Singapore, the book contains contributions from researchers from within the region who conducted ethnographic research in large Pentecostal churches in Southeast Asia. The introduction is followed by two chapters per country, with case studies from Indonesia, Malaysia, the Philippines and Singapore. Analytical interest lies in the churches' engagement with nationalism, class, neoliberalism, consumption and pop culture. In the introduction, Terence Chong exposes the simultaneity between universal, regional and local features of Pentecostalism.

In several Asian countries, Pentecostalism grew through an indigenization process in which previously existing cultural and religious features were adapted to Pentecostal theology and practice. This "contextual theology" (p. 2) includes elements of Buddhism and Taoism (p. 9) and pre-Christian belief in spirits and demons, supernatural powers, miracles and healing (pp. 28, 55, 78, 84). Furthermore, the use of vernacular languages, like Tagalog in the Philippines, supports ethnic identification with the churches. However, this is not true for all churches, as English, Mandarin, Bahasa Malayu and Bahasa Indonesia are more appealing to the target audiences in Malaysia, Indonesia and Singapore, where congregations consist of multi-ethnic urban middle class members (pp. 31, 58, 83, 108). Another contrast to the indigenization process is Pentecostalism's complicated inter-religious co-existence with other religious communities, such as the Muslim majorities of Malaysia and Indonesia (pp. 35, 51, 73). Chang-Yau Hoon argues, for instance, that the relationship with the Muslim Indonesian population lacks the ecumenical and interfaith activities that are common among Christian and Muslim mainstream organizations (pp. 22, 35). Besides these tensions Pentecostal movements do not act in counter-establishment ways. In fact, they happen to be less politically active than their competitors from mainline churches and, as Jeaney Yip shows for Malaysia, sometimes support nation-building processes, seeking good ties with the government and holding secular social events (p. 84). Chong Eu Choong explains the differences in legal privileges of different ethnic groups in Malaysia, pointing out that there has been a significant increase in Pentecostalism among non-Malay indigenous groups (p. 106). In Pentecostal churches in the Philippines, the situation is remarkably different. Jayeel Serrano Cornelio emphasizes the prominent role of overseas Filipino workers in Pentecostal movements (p. 128) and Joel Tajedo explains that charismatic movements are also widespread among Catholic Filipinos (p. 159). Both discuss the role of the working class and churches' political activism (pp. 138, 141, 170). In Indonesia, Malaysia and Singapore, the churches act in a system-supporting way, politically and economically. Their actions focus on easing the

personal suffering of social inequality or economic struggles through religious activities. Church community and charity contribute to maintaining the status quo rather than voicing political demands concerning the roots of social problems. The preachers' messages encourage members to aim at productivity, morality and economic success. As an example, Daniel P.S. Goh describes the case of Christian music for Singapore (p. 197). The churches' founders and preachers define success through membership numbers (p. 48). The term "megachurch" refers to a congregation with services of at least 2000 people. All churches have expansionist aims, seeking to recruit more members and connecting internationally, where the Asian churches meanwhile play a leading role (pp. 13, 36, 87). Terence Chong explains the competitive endeavor among Singaporean Pentecostals to target the Taiwanese and American markets (p. 209).

In conclusion, commonalities between Pentecostal churches in Southeast Asia are the prosperity gospel, the eventful character of worship sessions (p. 109), or "Karaoke Christianity" (p. 51), the significance of healing, belief in spirits, sensual experiences, charismatic leadership, and the inclusion of Chinese minorities in the region. Differences are the recruitment of middle-class members in most but not all churches, the popularity of English language in some and vernacular languages in other churches, and socio-political activism or its absence. Local concepts and organizational structures reveal that Pentecostalism is not a monolithic phenomenon. Obviously, Philippine Pentecostalism differs more significantly from Pentecostalism in Malaysia, Indonesia and Singapore. However, the readers can only speculate on the reasons for this, for instance wondering about the regional connection between churches in Malaysia, Indonesia and Singapore, which are in closer geographic proximity than the Philippines. Regarding the international connections of Pentecostal churches, the South-South and East-East connections that are mentioned in the contribution by En-Chieh Chao (p. 59) represent cutting-edge research that demands further attention. Another aspect that deserves further coverage is the "criminal misappropriation of church funds" (p. 209). On the other hand, introductory sections about the history of Pentecostalism and the definition of a megachurch are rendered redundant as they are reiterated in every chapter.

The edited volume is a valuable contribution to the study of Christianity in Southeast Asia and Pentecostalism globally. It is of crucial interest for anyone who seeks to understand contemporary social dynamics in Southeast Asia.

Mirjam Lücking

Shelly Chan: *Diaspora's Homeland. Modern China in the Age of Global Migration*

Durham: Duke University Press, 2018. XIV + 264 pp., 26.95 USD

Chinese mass migration's impact on countries around the globe has been studied extensively. Research on the same migration processes' impact on China, on the other hand, is scarce. "Diaspora's Homeland" tackles this gap by focusing on the relationship between Chinese migrants and their ancestral homeland. The author distinguishes between "diaspora time", which, as a rather steady condition, describes the various ways in which migration affects people's everyday lives; and "diaspora moments", which describe the far-reaching consequences and resonances that occur when diaspora time overlaps with other temporalities (12–13).

The book is built around five such “diaspora moments”. The first of them is the indentured coolie migration to the Americas in the 19th century. In contrast to earlier research, the author points out that the 1893 edict – which put an end to banning Chinese living overseas from returning to China – was imbedded in historical developments that were closely entangled with the temporalities of Western capitalism, imperialism, and colonialism. Chapter 2 discusses how Chinese migrant settlements in Southeast Asia’s port cities caught the attention of a group of intellectuals at Jinan University in the 1920s. Influenced by European and Japanese thought, the Jinan intellectuals created a narrative that depicted China rising to a future global power by reuniting with the diaspora. Chapter 3 reflects on Lim Boon Keng’s neo-Confucian ideas within Chinese intellectual discourses in the 1920s and ’30s. Having himself grown up in Singapore and been educated in Edinburgh, before ultimately holding office as president of Xiamen University, Lim’s theory of an “authentic” traditional Chinese culture is to be located, as Chan argues, in “an overlay of times and spaces from the colonial Straits Settlement to imperial Britain to late Qing and Republican China” (78). Chapter 4 focuses on the role of *qiaofu* – women whose husbands were living overseas. During its initial efforts to liberate women in Guangdong province, the Communist Party saw itself confronted with a network of closely intertwined relations between local women and men living overseas. Unable to demolish the widely established networks, the Communist Party convinced *qiaofu* to increase remittances from their husbands and thereby help establish socialism in China. Chapter 5 analyses reverse migration in the 1950s and ’60s. Ever since investments were regarded as a crucial condition to build socialism, “overseas Chinese” (*huaqiao*) were actively encouraged to move back to China. However, the special status of the growing number of returnees (*guiqiao*) increasingly clashed with China’s revolutionary project. Fearing that the returnees’ unknown past would “bring capitalism back into the present” (187), the party state renounced *huaqiao* families’ previously guaranteed special status in the late 1960s.

Pointing out that the fields of modern Chinese history, overseas Chinese history, and Chinese-American history have developed separately from each other (3–6), Chan’s project creates a dialogue between the respective fields. The book’s main argument is that there has always been a close relationship between China and its emigrants, and that *huaqiao* consequently had a great impact on their ancestral homeland’s development towards a modern nation. According to the author, the book’s main goal is not to provide empirical findings based on new sources, but to provide new interpretations of source materials. With regard to the coolie trade, Chan emphasises that “new directions have brought fresh insights to the well-studied topic of Chinese indenture, not simply by discovering new sources but by asking questions that have not been asked before” (19). By reading archive materials against the grain, Chan provides the readers with new perspectives on the respective “diaspora moments”.

The notion of “diaspora moments” manages to encompass various, not necessarily closely related moments in Chinese history in one study. However, the concept of diaspora is not undisputed in modern Chinese studies, inter alia, because it groups together a wide range of different geographical and socio-historical conditions, as pointed out by Wang Gungwu (2004: 169–170). Moreover, Shih Shu-mei argues that diaspora should have an “expiration date” to give the descendants of Chinese emigrants the chance to become “locals” (Shih 2007: 185). Well aware of these critical perspectives, Chan defines diaspora not as a fixed group, but as “a tactic for political solidarity, a lens onto cultural hybridity, and a reminder that identity is a process” (9). Whether this definition can assert itself amid the growing discourse on Sinophonicity, is yet to be seen. Be this as it may, presenting high-quality historical research, the book is definitely a must-read for scholars interested in new perspectives on

modern Chinese (migration) history, as well as for those, who want to learn more about transnational flows of ideas and capital fostered by a century of migration.

Helen Hess

Felix Wemheuer: A Social History of Maoist China, Conflict and Change, 1949–1976

Cambridge: Cambridge University Press, 2019. 331 S., 22,99 GBP

Der Kölner Sinologe Felix Wemheuer bedient sich in seiner Sozialgeschichte der ersten vier Jahrzehnte der VR China des analytischen Instruments der Intersektionalität (*intersectionality*). Es wurde seit den siebziger Jahren in der US-amerikanischen feministischen Bewegung entwickelt und diente der Kritik an der Verengung des weiblichen Emanzipationsanspruchs auf den Gegensatz Männer – Frauen, die außer Acht lässt, dass z. B. schwarze Frauen auch rassistisch und häufig sozial diskriminiert werden und deshalb andere Strategien brauchen als weiße Mittelstandsangehörige. Die Übertragung dieses Ansatzes auf andere Untersuchungsgebiete und die Beachtung von „Überschneidungen“ von Problemfeldern und sozialen Zugehörigkeiten ist besonders da fruchtbar, wo wir es, wie in China, mit einer Gesellschaft zu tun haben, deren Selbstdarstellung unter strikter, auch die Vergangenheit umfassende politischer Kontrolle steht.

Eingeleitet von der Beschreibung des Schicksals eines Protagonisten der jeweiligen Epoche stellt Wemheuer in sieben großen Kapiteln die politischen und sozialen Umwälzungen dar: die ersten Reformen des Neuen China bis 1952, die Anfänge des Staatssozialismus bis 1957, den Großen Sprung und die große Hungersnot 1958 bis 1961, Neuausrichtung und Sozialistische Erziehungskampagne bis 1965, die Rebellion und ihre Eindämmung in der ersten Phase der Kulturrevolution ab 1966, Demobilisierung und Restauration in der Spätphase der Kulturrevolution 1969 bis 1976 und schließlich die Nachwirkungen der Mao-Zeit in der Reform-Ära.

Die wichtigste, die chinesische Gesellschaft bis zum heutigen Tag bestimmende Trennlinie ist die zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung, seit den frühen 50er Jahren administrativ fixiert im Haushaltsregistrierungssystem. Ob man als Mitglied einer ländlichen oder städtischen Familie geboren und registriert ist, einen ländlichen oder städtischen Hukou hat, bestimmt die gesellschaftliche Stellung aller Chinesen ihr Leben lang. Dass ein Landbewohner einen städtischen Hukou erhält, ist nur in seltenen Ausnahmefällen möglich. Bis heute sind, von wenigen regionalen Reformen abgesehen, die vielen Millionen „Wanderarbeiter“ von den sozialen Sicherungssystemen der Stadt ausgeschlossen, von den Sozialversicherungen oder vom Recht, ihre Kinder auf öffentliche Schulen zu schicken. Sie sind auf die Dorfgemeinschaften angewiesen und damit meist auf sich selbst, denn die meisten Dörfer sind für den Unterhalt einer leistungsfähigen sozialen Infrastruktur zu arm.

Neben dem Stadt-Land-Widerspruch und diesem untergeordnet verfolgt Wemheuer zwei weitere sozialgeschichtliche Schnittlinien, Gender und ethnische Zugehörigkeit. Das Ehegesetz von 1950 befreite die Frauen aus der säkularen Abhängigkeit in der traditionellen Familie. Mit dieser Emanzipation wurden sie Teil der disponiblen Arbeitskräfte auf dem Land und der industriellen Reservearmee. In der Nationalitätenfrage kam es der fast ausschließlich hanchinesischen KP-Führung vor allem darauf an, die weiten Minderheitenregionen durch wechselnde Politiken der Einheitsfront, der Bevölkerungsverschiebung und der militärischen Kontrolle zu beherrschen.

Was mit der Entmachtung der alten ländlichen Eliten und der Landreform – mit millionenfachen Hinrichtungen –, mit genossenschaftlichen Produktions- und Vertriebsformen, der Stabilisierung der Märkte und damit Verbesserung der Lebensbedingungen in Stadt und Land begann, entwickelte sich Mitte der 50er Jahre mit immer strafferer Kollektivierung der Agrarproduktion und der Verstaatlichung der städtischen Wirtschaft zu einer gewaltigen Maschinerie der Ausbeutung des Landes durch die Stadt. Die Bauern blieben bis Ende der siebziger Jahre an die Scholle gefesselt, der Staat hatte das Aufkaufs- und Vertriebsmonopol und bestimmte sowohl die Mengen wie die Preise der Agrarprodukte. Die Landwirtschaft lieferte billigst die Lebensmittel und die Rohstoffe für die staatssozialistische (Schwer-)Industrialisierung nach dem Vorbild der Sowjetunion.

Die Zerstörung der Reste der bäuerlichen Familienwirtschaft in den Volkskommunen im „Großen Sprung nach vorn“ Ende der 50er Jahre, die Versuche, auch auf dem Lande Schwerindustrie aus dem Boden zu stampfen bei gleichzeitiger Erhöhung der Abgaben von Agrarprodukten, endete in einer der größten Hungerkatastrophen der Geschichte mit mehreren Zehnmillionen Toten.

Die folgenden politischen Korrekturen waren von heftigen ideologischen Kämpfen begleitet, bis hin zu den abermaligen Verwüstungen der Kulturrevolution. Die Klassenkampfrhetorik, derer sich insbesondere die maoistische Linke bediente, richtete sich auf dem Land gegen andere soziale Kräfte als in der Stadt. Und in der Stadt, im Kerngebiet der staatssozialistischen Modernisierung, je nach Konjunktur gegen wechselnde Parteifraktionen und soziale Gruppierungen, angebliche (Re-)Inkarnationen der alten oder einer neuen Bourgeoisie. Der Marxismus-Leninismus, die Worte des Vorsitzenden und andere kanonische Texte waren und sind unabhängig von den politischen Kampagnen liturgische Hymnen auf die Herrschaft der Partei. Sie bedrohen jede Kritik mit Gewalt und verlangen für das Versprechen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts Gehorsam und Opfer.

Der wirtschaftliche Aufschwung Chinas in der Reformära beruht auf der staatssozialistischen Industrialisierung der Mao-Zeit. Zu Recht weist Wemheuer aber auf den hohen Preis hin, den die Chinesen dafür zahlen mussten, an Menschenleben, Hunger, materieller Not und Demütigungen und bis heute wachsenden Unterschieden zwischen arm und reich, oben und unten.

Jochen Noth

Michele Bonino, Francesca Governa, Maria Paola Repellino, Angelo Sampieri (Hgg.): The City after Chinese New Towns – Spaces and Imaginaries from Contemporary Urban China

Basel: Birkhäuser, 2019. 240 S., 52,60 EUR, ISBN 9783035616323

Vokabeln wie „Turbo-Urbanisierung“, „atemberaubend“ oder „rasant“ beschreiben die Dynamik des chinesischen Städtebaus im zurückliegenden Vierteljahrhundert. Wie oft bei Problemfeldern, von denen ganz China betroffen ist, ist es auch bei diesem landesintern wie auch aus der Perspektive des Auslands schwierig, ein ausgewogenes Urteil zu gewinnen. Die vorliegende Essaysammlung von Architekten-Planern der Universitäten Politecnico/Turin, Qinghua/Beijing und der Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne kann da behilflich sein. Sie vereint die Ergebnisse eines Projekts der Jahre 2015–2017. 20 AutorInnen stellen sie vor in 13 Textbeiträgen von je 5–15 Seiten.

Implizit geht es um die Frage, ob die weltweit laufende Urbanisierung nach den jüngsten chinesischen Erfahrungen neu gedacht werden muss. So erklärt sich der zunächst unverständliche Titel „The City after Chinese New Towns“. Wäre also das bisher weltweit gültige Vorbild der „westlichen“ Stadt durch Chinas neue Städte um eine alternative Variante zu relativieren?

Das Buch gliedert sich in vier Textblöcke, unterbrochen durch Foto- und Kartenserien. Einleitend formulieren die HerausgeberInnen die leitende Frage: „Which economic, political and design mechanisms create and legitimize [China's new towns]?“ (16). „Neu“ bezieht sich hier auf den Zeitraum zwischen den späten 1990ern und 2017. Nachdem die Urbanisierung zum wirtschafts- und sozialpolitischen Ziel erklärt worden war, erweist sich die Baubranche als die Wachstumslokomotive mit einer investorgetriebenen höchst spekulativen Immobilienwirtschaft, dem Aktionsfeld von Partei, Staat und Markt als Kombination von Kapitalkonzentration und Dezentralisierung. Chinas Städtebau „either turns into a nightmare or into the materialization of a contemporary urban dystopia“ (16).

Kapitel 2, „Chinese New Towns in Policies, Narratives and Traditions“, versammelt fünf heterogene Beiträge. Liu Jian und Xu Gaofeng (die einzigen chinesischen Autoren) skizzieren fünf Typen der Stadtentwicklung, die im Buch summarisch als *New Towns* gelten: Satellitenstädte, New Cities, New Towns, Entwicklungszonen (z. B. Yizhuang in Beijing), neue Stadtgebiete (z. B. Pudong in Shanghai).

Berta und Frassoldati studieren das neue Bauen im Kontext der großen Westerschließung an Hand von fünf Projekten. Allen gemeinsam ist ein plakatives Leitbild zur optimalen Vermarktung mit Bezügen zur lokalen Geschichte, Öko/smart-Thematik oder Wissenschaft/Technik.

Für Graezer-Bideau und Pagani sind die neuen Städte ein Instrument zur Überwindung der Hukou-Barriere und dienen als baulicher Rahmen für die Entfaltung der Mittelschichten mit ihrem spezifischen Konsumverhalten. Sie sind der Ort gelebter „materieller und geistiger Zivilisation“, in dem die Bewohner sich um 素质 *sùzhì* bemühen als Selbstdisziplinierung und -kultivierung, die gleichzeitig als Optimum politischer Kontrolle verstanden werden kann (92).

Auch Bonino erläutert mit Beispielen aus verschiedenen Provinzen, wie Architekturbüros durch originelle Entwürfe und einprägsame Leitmotive versuchen, einer neuen Siedlung etwas Unverwechselbares und damit Status zu geben. Besonders geschätzt sind Gesundheit/Fitness, die Verbindung zwischen Architektur und Natur oder das Gebaute als Rahmen für urbane Vielfalt. Erschwerend für den Entwurf ist die allgemeine Bevorzugung des Straßengitters und die Neigung zur Versteigerung großer Parzellen, um so dem städtischen Haushalt schnell Erträge zu erschließen.

Den Schluss bildet die Kurzdarstellung dreier prominenter, noch unfertiger Projekte: Zhaoqing im westlichen Hinterland von Guangzhou, der Verdichtungsraum Zhengdong bzw. Zhengbian zwischen Zhengzhou und Kaifeng, schließlich Tongzhou, als östliche Stadterweiterung von Beijing. Alle drei sind das Ergebnis internationaler Wettbewerbe.

Kap. 3, „*Spaces*“, beleuchtet eine Auswahl verschiedener Raumtypen. Repellino beschäftigt sich mit dem alterproben Medium der Städtebau-Ausstellung. Es gibt derer mehr als 500 landesweit, nachdem Shanghai 2000 die erste eingerichtet hatte. Als Zukunftsvision „ihrer“ Stadt dienen sie der Selbstdarstellung der lokalen Entscheidungsträger und der Anziehung von Investoren.

Armando und Carota widmen sich den Folgen der Kapitalkonzentration am Immobilienmarkt, der inzwischen von wenigen Trusts wie Country Garden 碧桂园, Poly 保利 und Vanke 万科 beherrscht wird. Flächenerwerb, Planung, Genehmigungen und Bauprozess verlaufen durch die Bündelung schnell. Der Vermarktung der Apartments dienen variable Grundrisse und Ausstattungen. Trotz der landesweiten Monotonie der neuen Wohnquartiere billigen die Autoren dem quasi-normierten Apartment-Hochhaus eine inklusive Funktionalität zu: Stadtbewohner können durch Wohnungskauf ihren Status verbessern und Zugezogene sich in die städtische Gesellschaft „einkaufen“ (154).

Federighi und Fiandanese erläutern die unterirdische Infrastruktur für Strom, Telekom, Gas, Abwasser und den Verkehr. Chinas Erfolg in diesem kostspieligen Segment des Städtebaus ergibt sich für sie aus der Verfügbarkeit über billige Arbeitskraft und dem Motiv der Stadtverwaltung, durch diese Vorleistungen einen höheren Erlös bei der Versteigerung von Landnutzungsrechten zu erzielen.

Rinaldis Abschnitt „Urban Parks“ schildert die aktuelle Grünflächensituation. Dies ist der einzige Beitrag, der wenigstens zaghaft die schwierigen Wasserfragen bei der Urbanisierung anspricht. Die Autorin verweist auf die Sensibilität der Planer für Klimawandel und Umweltzerstörung mit der Folge, dass inzwischen nicht nur landesweit das Schwammstadt-Konzept propagiert wird, sondern auch international als genuin chinesischer Beitrag zur Lösung urbaner Umweltprobleme.

Das zusammenfassende Kapitel 4 stellt sich der Widersprüchlichkeit des Buches: Einerseits ist es durchzogen von der Suche nach einem einheitlichen Typus „neue Stadt“. Die Proklamation chinesischer Politiker, jährlich 20 neue Städte bis zum Jahre 2020 aufzubauen, verleitete die AutorInnen zu dieser Annahme. Andererseits ergibt ihr Befund: Chinas neue Städte sind eher offen-unbestimmte äußerst vielfältige Konstrukte, zumindest wenn es um ihre institutionelle oder quantitative Dimension geht. Doch die Suche nach *Chinese New Towns* führte zu der architekturhistorisch spannenden Frage, ob sich ein Kontinuum von den europäischen und dann weltweit verbreiteten *New Towns* des 20. Jahrhunderts zu Chinas Stadterweiterungen im 21. nachweisen ließe. Sie ist – mit Einschränkungen – zu bejahen, wenn es um Aspekte der räumlichen Anordnung und Gestaltung geht, jedoch eher zu verneinen hinsichtlich der sozialreformerischen Motivation. Der Untersuchungsgegenstand des Buches wäre also angemessener beschrieben mit China's „urban expansion since the 1980s“ (60).

Karten und Planausschnitte beispielhafter Verdichtungsräume und ca. 40 einfühlsame Schwarz-Weiß-Fotos ergänzen die Texte zusammen mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis (ca. 500 Titel).

Johannes Küchler

Rüdiger Breuer and Heiner Roetz (eds.): Worüber man nicht spricht. Tabus, Schweigen und Redeverbote in China

Wiesbaden: Harrassowitz, 2018 (Jahrbuch der Deutschen Vereinigung für Chinastudien, 12). 242 S., 50 EUR

The ‘unspeakable’ in a Chinese cultural context is the focus of the recent conference proceedings “Worüber man nicht spricht. Tabus, Schweigen und Redeverbote in China”. Edited by Rüdiger Breuer and Heiner Roetz, the volume presents an innovative collage of the “unspeakable” in China’s past and present. As Roetz notes in his introductory chapter (11),

the so-called “Braga incident” in 2014 and its far-reaching consequences for the public perception of China’s influence on international scholarship reverberated among German sinologists. It also reiterated certain sentiments that had shaken the German sinological world just a year earlier, when Gao Yu, a former journalist with Deutsche Welle, leaked an internal Chinese document on the “seven unspeakables” (*qige buyao jiang*) to international media. The XXVI. Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Chinastudien at Ruhr-Universität Bochum in November 2015 thus convened authors whose presentations feature in this volume. The contributors’ aim is to create a sinological stance on current Chinese political discursive practices and their influence on research on China.

The proceedings consist of eleven contributions and a short preface by Breuer and Roetz. Except for Roetz’ first chapter on the concepts and the discourses of “*bu yu* and *bu jiang*”, which serves as an introduction to the volume, all chapters are organized in alphabetical order of contributors’ names. The lack of content-wise sub-categories adds to a sense of randomness regarding the presented topics. The only common denominator of the contributions is the focus on some form of discursive taboo in China, diverse though these taboos may be. Their temporal and topical diversity is subsumed intentionally under the old *bu yu* (Chin. trad. 不語) and the modern *bu jiang* (Chin. mod. 不讲) (see Preface). Yet this depiction of the “unspeakable” in terms of primarily linguistic discourses is misleading insofar as the term “taboo” also refers to anthropological aspects of the physical and the social body as sites of negotiations and contestations of the divine and the profane.

Physical and social aspects are highlighted in contributions by Tania Becker (19), Astrid Lipinsky (75), Monique Nagel-Angermann (113), Jonas Polfuß (157), and Isabel Wolte (221). The authors discuss the “unspeakable” in relation to the physical and the larger (Chinese) social body. In the radical self-mutilations and active transgressions of physical taboos performed by artists such as He Yunchang, the artist’s body becomes a site for discursive contestations of economic and socio-political changes (Becker, 19). The ambivalence of bodily inscriptions apparent in much of He’s work is also a feature of women’s bodies as sites of (family, state, and party) power negotiations. This becomes evident in Lipinsky’s discussion of cases of domestic violence in mainland China in relation to the cultural and legal implications of domestic violence. Lipinsky also points to the ambivalent potential future of both the state’s and society’s handling of the matter. Nagel-Angermann’s discussion of discursive perceptions of incest in ancient China highlights the variability and malleability, of corresponding sociocultural norms; it also illustrates how the perception of incest as an offence against the law and morality can be employed to establish bodily hierarchies vis-à-vis cultural and ethnic minorities (in this case the Xiongnu). The dangers of loss of face and physical contact with “the Chinese” in public are among the – bodily and linguistic – taboos which Polfuß defines in his cross-cultural analysis of German self-help literature for people living and working in China since the 1980s. In Wolte’s discussion of the life and work of the director and actor Shi Hui, political silencing culminates in the “powerful, though wordless, statement” (221) of Shi’s suicide.

Li Jianjun (45), Mariana Munning (91), Josie-Marie Perkuhn (129), Chistian Soffel (191), and Wang Xuebo (205) approach the “unspeakable” primarily in linguistic, terminological, and conceptual terms. In his discussion of the “Yijing”, Li criticizes traditional historical, philological readings as one-sided and based on the false assumption that reality can be positivistically represented through language. Instead, Li advocates a holistic view of the “Yijing” by highlighting the inseparability of *jing*/text and *zhuan*/commentary. In her intricate analysis of the life and work of Chinese linguist Wei Jiangong, Munning elaborates how Wei’s

discursive use of the terms “elegant” (*ya*) versus “vulgar” (*su*) in a 1940s Taiwanese context differed fundamentally from his efforts to co-establish *putonghua* in a 1950s mainland context. Silence, rather than the vagueness that characterizes Wei’s own stance, is a characteristic feature of the workings of *pai*, or Chinese political factions. For her analysis of the lasting importance of *pai* in political processes in contemporary China, Perkuhn chose a three-fold analytical approach, which includes definitions and connotations of the term, an evaluation of previous research on factionalism in China, and a social constructionist reading of *pai*. Silence is also a main characteristic of the *jiaxun* of Song scholar Zhu Xi. Soffel describes how the *jiaxun* were part of a strictly confidential canon of texts, which were kept secret by families out of respect for the ancestors. He describes the taboo of making Zhu’s text public in the 17th century as a (futile) attempt to save Zhu’s orthodox teachings from eventual philosophical oblivion (i.e. again, silence). A third aspect of silence is the subject of Wang’s analysis of Lu Xun’s talk “Wusheng de Zhongguo” and the story “Kuangren riji”. Taking a Foucaultian discourse analysis approach, Wang argues that Lu Xun’s critique of the classic Chinese literary language should not be seen in light of support regarding the transformation of the literary language but instead as a means “to reveal the power mechanisms as expressed and justified through language” (205). Lu’s essentially is a critique of (Chinese) imperial despotism, and of its utilization in the silencing of Chinese society.

Thematically enriching and well written though this anthology may be, it does (perhaps intentionally) leave many things unsaid. Notwithstanding the editors’ noble intent to create a common sinological reaction to political aspects of the “unspeakable” in a Chinese and essentially global academic context, the sheer scope of contributions and lack of a coherent theoretical framework proves to be confusing. On the upside, this anthology breaks new ground, and it is to be hoped that scholars will follow up on its guiding questions as the impulses which determined its creation continue to shift perceptions and relationships of and with China around us.

Olivia Kraef-Leicht

Wu Yiching: Die andere Kulturrevolution. 1966–1969: Der Anfang vom Ende des chinesischen Sozialismus

Wien: Mandelbaum, 2019, 354 S., 25 EUR (Übersetzung von Ralf Ruckus)

Die Diskussion über die Große Proletarische Kulturrevolution ist auch vierzig Jahre nach ihrem Ende nicht abgeschlossen. Der für Peking unbequeme Einfluss der revolutionären Bewegung machte sich in den letzten Jahren besonders an zwei Beispielen bemerkbar. Einerseits wird eine tiefergehende Reflektion über die Ursprünge und Folgen der Revolution weiterhin unterdrückt. Beispielsweise als 2016 zwei Autoren in „Yanhuang Chunqiu“ eine Neuuntersuchung der Ereignisse zwischen 1966 und 1976 forderten, wurde kurz darauf das Magazin eingestellt, die Redakteure entlassen und durch linientreue Kader ersetzt. Andererseits reagiert die KPCh sehr sensibel auf unabhängige studentische und zivilgesellschaftliche Organisationen, die soziale Missstände außerhalb der Reichweite des sanktionierten Diskurses thematisieren. Dies wird am Beispiel der neo-marxistischen Studiengruppen sichtbar, die sich in den letzten Jahren an chinesischen Hochschulen gebildet haben. Diese Gruppen setzen sich für Arbeiterrechte ein und weigern sich, von KP-Organen vereinnahmt zu werden. Für beide Tendenzen kann Wu Yichings Buch „Die andere Kulturrevolution“ einen interessanten Erklärungsrahmen bieten.

„Die andere Kulturrevolution“ erschien ursprünglich 2014 auf Englisch als „The Cultural Revolution at the Margins. Chinese Socialism in Crisis“ beim Verlag der Harvard-Universität. Der Autor Wu Yiching unterrichtet u. a. moderne chinesische Geschichte und Anthropologie an der Universität von Toronto. Die vorliegende deutsche Ausgabe des Buches wurde 2019 von Ralf Ruckus übersetzt, der sich seit längerem mit sozialen Kämpfen beschäftigt, die Herausgabe wurde durch den Lehrstuhl „Das Moderne China“ der Universität Köln und der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt gefördert.

Der Autor behandelt ausführlich die Anfangsjahre der Kulturrevolution (1966 bis 1969), in denen es zu einer Vielzahl von abweichenden Diskursen kam. In diesen konnten sich politische und soziale Begrifflichkeiten durch dezentrale Auslegungen verändern. Wu möchte durch eine Untersuchung der gesellschaftlichen Randgruppen und ihrer Teilnahme an der Revolution Mehrdeutigkeiten und Widersprüche aufzeigen, die die Epoche des Maoismus entscheidend prägten und die bis heute einen großen Einfluss auf unser Verständnis der Post-Mao-Reformen haben. Damit geht es ihm besonders darum, die konventionellen sowie die linken Erzählungen über die Kulturrevolution herauszufordern. Eine einfache Dichotomie zwischen Unordnung und Ordnung zur Rechtfertigung der derzeitigen marktwirtschaftlichen Entwicklungen (eine „Hagiographie des chinesischen Postsozialismus“, 24), wie sie die KP verbreitet, stellt er in Frage.

Wu beginnt seine Diskussion mit der institutionellen Kodifizierung von Klassen in China nach 1949 und der Schwierigkeit, die ehemals revolutionäre KPCh in eine bürokratische Struktur einzubinden. Trotz der weitestgehenden Aufhebung der ursprünglichen Klassengegensätze spielten diese weiterhin künstlich eine Rolle und führten zu Beginn der Kulturrevolution zu starken Spannungen zwischen „rotgeborenen“ Aktivisten und marginalisierten Gruppen mit „schlechter“ Klassenherkunft. Wu zeigt am Beispiel des Peking Aktivisten Yu Luo, wie sich marginalisierte Gruppen durch Gegendiskurse emanzipierten und Ungleichheiten im herrschenden System kritisch analysierten (127). Vor dem Hintergrund unklarer politischer Signale und einer grundlegenden Schwächung des bürokratischen Staats- und Parteiapparats konnten die kulturrevolutionären Rebellen und Aktivisten ihren Unmut über unmittelbare politische und sozioökonomische Missstände frei äußern. Dies gipfelte nicht selten darin, dass der chinesische Sozialismus und das politische System in Frage gestellt wurden. Wu untersucht sozioökonomische Forderungen, die durch unzufriedene Arbeiter in Shanghai Einzug in die politische Sprache der Kulturrevolution fanden (151). Die maoistische Führung löste diese Situation, indem sie große Teile der unzufriedenen Arbeiterschaft durch neue Massenorganisationen absorbierte. Gleichzeitig wurden viele Forderungen durch die politische Führung als „ökonomistisch“ abgestempelt und als Teil einer bürgerlichen Verschwörung gebrandmarkt. In einer anderen Episode lenkt Wu die Aufmerksamkeit auf den Widerstand gegen die Demobilisierung in Hunan, wo eine lose organisierte Gruppe, die *shengwulian*, partikularistische Forderungen von benachteiligten sozialen Gruppen (Veteranen, Opfer politischer Verfolgung, Landversickte etc.) teilweise überregional repräsentierte und mit einer allgemeinen politischen Kritik an der bürokratischen Herrschaft verband. Dadurch wurde die Autorität der Bürokratie untergraben und die Grenzen des damals Sagbaren verschoben. Durch Eingliederung oder Unterdrückung von alternativen Diskursen schaffte es die Bürokratie, ihre Autorität wiederherzustellen (301). Wu führt aus, dass die Kulturrevolution im Ganzen wirkungslos war, da es die maoistische Führung versäumte, „die Struktur und Dynamik der sozialen und politischen Ungleichheit des chinesischen Sozialismus richtig zu verstehen“ (315). Durch die 1969 beginnende Restauration der bürokratischen Autorität wurde paradoxerweise die marktwirtschaftliche Transformation

Chinas eingeleitet, die eine politische Reaktion auf die Krise war und die bestehenden Machtstrukturen wieder festigte (298).

Das Buch ist eloquent geschrieben und klar übersetzt. Durch kontrastierende Querverweise auf etablierte Erklärungsansätze stellt Wu bereits sicher geglaubtes Wissen in Frage. So gelingt es dem Autor immer wieder, den Leser dazu zu bringen, das eigene Verständnis der Kulturrevolution zu reflektieren. Wus Diskussion der Kulturrevolution ist kein Einstiegs- oder Überblickswerk. Wer sich dem Thema Kulturrevolution das erste Mal nähert, sollte besser auf die bereits bestehende Literatur zurückgreifen. „Die andere Kulturrevolution“ bietet eine neue Perspektive auf die mannigfaltigen Widersprüche innerhalb der revolutionären Bewegungen und ist daher eine gute Ergänzung und Vertiefung der bestehenden Literatur.

Matthias Hackler

Ian Easton: The Chinese Invasion Threat. Taiwan's Defense and American Strategy in Asia

Arlington: The Project 2049 Institute, 2017. 389 pp., 16 EUR (paperback), 7 EUR (eBook)

This remarkable book not only contains highly valuable information, but it also makes German readers realize what is missing in this country's Taiwan studies.

Ian Easton is a research fellow at the Project 2049 Institute, which is an American think tank that focuses on security issues and public policy in Central Asia and the Asia-Pacific region. It obviously has close ties to the American government and military: Randall G. Schriver, president and CEO of the Project 2049 Institute at the time when the book was published, was sworn in as Assistant Secretary of Defense for Asian and Pacific Security Affairs in January 2018.

Easton regularly writes for newspapers like the Taipei Times, mostly on military, security and political affairs. In this book, he explains in great detail why China threatens to invade Taiwan, how the "People's Liberation Army" (PLA) would carry out an invasion and how Taiwan could fight back successfully. Of course, Easton knows very well that no one can predict exactly what will happen in this war, therefore he focuses on explaining the most probable course of events, at the same time pointing out what might go wrong in spite of meticulous planning. Apart from that, the book boasts many maps, e.g. on beaches suitable for invasion, and detailed lists, e.g. on the Chinese and Taiwanese order of battle, on weather factors in the Taiwan Strait and on important Chinese ports in the theater.

The fascinating and special feature of this book are its main source materials: Easton somehow managed to obtain several books which are used as teaching material in the PLA – "Military Internal Distribution, No Outside Transmission Allowed" (and of course he does not explain how exactly he managed to get access to them). These books provide much better insights than any open-source materials published by the Chinese government, which are usually mere propaganda tools meant to influence public opinion and do not at all reflect the views of military experts. Therefore, Easton's view on the subject is much more detailed, thorough and convincing than many other studies in the field.

Two of Easton's most important points are: 1. Contrary to Chinese propaganda, the People's Republic is definitely not able to invade and conquer Taiwan at will. It would take many months to prepare an invasion fleet and assemble the necessary troops, none of which will go unnoticed by Taiwan or the United States. Meteorology also plays a decisive role: The Taiwan Strait is extremely treacherous, so during most of the year it would be a great risk for the

Chinese navy to attempt a large-scale crossing. And since Taiwan has been preparing a defensive war for decades already, it is very unlikely that the island could be conquered within just a couple of days, even if Chinese landing operations were partially successful. 2. It is in the best geopolitical interest of the United States to protect Taiwan. It is an illusion to believe that China will ever be a reliable partner, but it is very likely that China will be more aggressive in the near future and become a destabilizing factor in the East Asia and Southeast Asia region.

Sure, these are harsh words and provocative arguments, but at least they offer more food for thought and discussion than overly “objective” and “academic” treatises. And as controversial as they are, such opinions are surely more helpful than ignoring the topic altogether. Which brings me to Germany, where books such as this one are extremely rare. The reason is simple: In order to be considered an intellectual in Germany, you have to be strictly pacifist. If you have any interest in weapon systems and in military tactics, then do not tell anybody in Germany, or your reputation is very likely to suffer. Here, to most people studying war means exactly the same as being in favor of war – a point of view so ridiculous that I do not have to comment on it. The consequences of the typical German pacifism can be clearly seen in the academic field: If you check the websites of the European Research Center on Contemporary Taiwan (Tübingen), of the Stiftung Wissenschaft und Politik (Foundation for Science and Politics, Berlin) or even of the Mercator Institute for China Studies (Berlin), you will see that military affairs only play an almost negligible role in their research — and if the topic is touched upon, the approach usually is quite superficial, especially in comparison to Easton’s book (Michael Paul’s „Kriegsgefahr im Pazifik. Die maritime Bedeutung der sino-amerikanischen Rivalität“ from 2017 being a notable exception concerning the topic of warfare, even though Taiwan is not at the center of this book).

Ignoring the military aspects of the Taiwan conflict basically means forfeiting any chance of really understanding the situation. Of course, pacifism is very nice, but only if you can afford it — and Taiwan cannot; at least as long as the threat is still existent and actually growing.

The cover photo alone, showing Taiwanese frogmen knifing “enemy” sentries while practicing beach infiltration tactics, may be enough to scare away most German intellectuals, but the details Easton provides on probable navy and army operations often are even more gruesome and downright chilling at times. Examples, anyone?

“It is envisioned that Chinese officers would execute both frontal and oblique attacks, fighting their way forward, burning and rolling over everything in their way, while trapping and burying alive defenders who were inside tunnel networks underneath.” (137) “Restricted-access PLA writings state, in an oddly detached manner, that large concentrations of troops could be hit with weapons of mass destruction. According to them, once the Taiwanese are convinced the life of their country is in mortal peril, they could quickly develop and unleash makeshift atomic weapons, poison gas, and biological agents on the coastal landing zones.” (135 f.) “One Chinese field manual takes pains to remind the intended readers (PLA officers) not to bomb nuclear power plants, because the radioactive fallout could poison the broader political situation and turn world opinion against China. Another PLA field manual, however, contradicts this guidance, specifically urging attack helicopter pilots to hit Taiwan’s nuclear plants. This passage confidently states that air-to-ground missiles would be accurate enough and small enough to only temporarily blackout power generators, leaving reactors stable and intact for China to use after Taiwan was conquered.” (109 f.)

Since Easton’s book contains many dark passages like these, it is of course not a real pleasure to read, but that does not mean that it is just depressing. Easton shows that Taiwan’s defense

situation is critical, but far from hopeless. In his view, most Taiwanese value their country, its freedom and its political system so much that they are not willing at all to give it up. And apart from that, as Easton puts it, the USA start to rise up to the Chinese challenge and will surely intensify their military cooperation with Taiwan. Some readers may find this assessment too optimistic, but that does not diminish the merits of Easton's book, which provides an outstanding overview of the complicated military situation in the Taiwan Strait — especially at a time when President Tsai Ing-wen is working hard on improving Taiwan's defense capabilities. Sure, China currently opts for economic and diplomatic coercion in order to conquer the nation, but that does not mean at all that the military option is off the table.

My advice to everyone who is even at least a bit concerned about Taiwan: Buy this book, read it and talk about it. Now!

Peter Busch

Carmen Schmidt and Ralf Kleinfeld (Hgg.): Crisis of Democracy? Chances, Risks and Challenges in Japan (Asia) and Germany (Europe)

Cambridge: Cambridge Scholars, 2020. 499 S., 87,99 GBP

Der Band ist das Ergebnis einer Tagung der Deutsch-japanischen Gesellschaft für Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück im März 2018. Er enthält 25 Beiträge sowie ein Vorwort und eine Einleitung. Dabei umfasst das Spektrum für Deutschland/Europa außer dem Gastgeberland Italien und Spanien, zudem wird in einem der Beiträge die Situation in den Niederlanden dargestellt. In Bezug auf Asien sind außer Japan auch die Volksrepublik China sowie Südkorea vertreten. Deutschland ist dabei mit neun und Japan mit zwölf Beiträgen repräsentiert. Zahlreiche Abbildungen und Tabellen sind hilfreich. Das Buch ist in fünf Kapitel untergliedert: I Theoretical Considerations: Democracy and Social Change; II Democracy, Citizenship, Values, and Citizen Participation; III National, Sub-National, and Global Democracy; IV Education, Social Order, and Democracy; V Democracy, Public Policies, and Consensus Building. Wie sich schon erahnen lässt, sind diese Unterteilungen keineswegs sehr trennscharf. Im Übrigen ist bemerkenswert, dass sich nur vier Beiträge einem direkten Vergleich zwischen Deutschland und Japan widmen (Kornadt, Nishijima, Namba und Mann). Es ist selbstverständlich, dass im Rahmen einer solchen Besprechung nicht all diese Beiträge im Einzelnen gewürdigt werden können, deswegen findet eine Auswahl in Bezug auf die Interessen der Leser dieser Zeitschrift statt.

Zweifelsohne ist die Frage nach der Krise der Demokratie nicht nur in Deutschland und Japan, sondern weltweit virulent. Die Zahl der Veröffentlichungen in den letzten Jahren zu verschiedenen Aspekten der Krise der Demokratie in vielen Ländern ist kaum noch zu zählen. Aber die Krise der Demokratie ist so alt wie sie selbst. Und die athenische Demokratie, die als Mutter aller Demokratien gilt und ihr auch den Namen gab, währte gar nur ein Jahrhundert. Crozier, Huntington und Watanuki haben bereits 1975 in ihrem gleichnamigen Buch Alarm geschlagen – wenn auch ohne Fragezeichen. Und Huntington arbeitete 1991 in seinem Buch „The Third Wave“ heraus, dass genauso viele Rückfälle wie Fortschritte in den Jahrzehnten zuvor festzustellen waren. Die weitere Entwicklung seither bestätigt diesen Befund. Dabei wird deutlich, dass es sich nicht um eine duale Struktur handelt, sondern es ein Kontinuum zwischen vollständiger Demokratie und Diktatur gibt. Wahlen sind dabei nur ein möglicher Indikator. Die neueren Forschungen zur Massendiktatur bestätigen dies. Aber kommen wir auf die Gegenwart zurück. Nach dem „Democracy Index 2019“ von The Economist Intelligence Unit gibt es nur 22 vollständige Demokratien unter 167 untersuchten Staaten,

darunter Deutschland an 13. Stelle. Hingegen gehört Japan an 24. Stelle nicht dazu. Obwohl beide Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg quasi wie Phönixe aus der Asche wieder auferstanden sind und als stabile Demokratien gelten. Die strukturellen Demokratiedefizite in Japan werden in mehreren Beiträgen thematisiert (so in der Einleitung der beiden Herausgeber sowie in Carmen Schmidt, Shujiro Yazawa und Momoyo Hüstebeck). Aber auch in Deutschland sind insbesondere seit dem Erfolg der sogenannten Alternative für Deutschland – obwohl es in der ganzen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland immer wieder mehr oder weniger erfolgreiche neo-faschistische Gruppierungen gab – Destabilisierungstendenzen zu registrieren.

Japan und Deutschland sehen sich trotz zahlreicher Parallelitäten sehr unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber. Zwar ist die Umweltkrise insbesondere seit der Katastrophe von Fukushima für beide Länder in höchstem Maße relevant, aber mit äußerst unterschiedlichen Reaktionen darauf (s. dazu den Beitrag von Akira Tokuyasu). Und die sogenannte Flüchtlingskrise, speziell seit 2015, destabilisiert zahlreiche europäische Demokratien. Nichts Vergleichbares ist für Japan bemerkbar. Demgegenüber sind die Dauerspannungen in Nordostasien für alle beteiligten Staaten brandgefährlich. Lesenswert in diesem Zusammenhang sind die Beiträge aus Südkorea (Kwang-Yeong Shin) und China (Chung Huang und Dinghong Yi). Mototaki Mori und Hiroshi Murakami kommen in getrennten Beiträgen zu demselben Schluss, nämlich dass die derzeitigen Krisen zu einer weiteren Stärkung konservativer Kräfte in Japan führen werden. Ob Niklas Luhmann in Bezug auf Demokratie wirklich hilfreich ist – er hat sich nie dafür interessiert –, ist auch nach der Lektüre der Beiträge von Takemitsu Morikawa und Akira Tokuyasu mehr als fraglich.

Der durchaus interessante Beitrag von Yuichiro Minami zur Unabhängigkeitsbewegung in Okinawa geht eingangs jedoch von einem Missverständnis in Bezug auf die Modernisierung Preußens aus: Preußen hing ebenso lange wie Japan an traditionellen Werten und Strukturen fest und konnte gerade dadurch zum Vorbild für Japan werden. Es sei in diesem Kontext nur an die Rolle von Lorenz von Stein in beiden Ländern erinnert. Wolfgang Pape plädiert zu Recht für mehr Qualität in der Mehrebenen-Governance und die Beschränkung von Referenden auf sehr bestimmte Fragen. Die Bundesrepublik Deutschland hat aus den Erfahrungen in der Weimarer Republik die Konsequenz gezogen, keine Referenden auf Bundesebene zu gestatten. Hinwiederum passt in seine Argumentation sehr gut das partizipative Budget, wie es an zahlreichen Orten bereits erfolgreich praktiziert wird. Matthias Pilz und Peter-Jörg Alexander geben einen guten Überblick über das japanische Berufsbildungssystem, vernachlässigen dabei leider die Rolle der Subunternehmen, die doch Mehrheit der Arbeitnehmer beschäftigen. Aber was hat das mit der Krise der Demokratie zu tun?

Insgesamt bietet der Band über Deutschland und Japan hinaus einen guten, breiten Überblick zum Stand der Diskussion in Hinblick auf die Zukunft der Demokratie in ihren verschiedenen Facetten und ist damit durchaus dem Fachpublikum und der interessierten Öffentlichkeit zu empfehlen.

György Széll

Nicole Haley and Kerry Zubrinich: 2017 Papua New Guinea General Elections. Election Observation Report

Canberra: Australian National University, Department of Pacific Affairs, November 2018. XVI, 109 S.

Die vorliegende Analyse der Australian National University (ANU) thematisiert die neunten nationalen Parlamentswahlen des Südpazifikstaates Papua-Neuguinea (PNG) seit der Unabhängigkeit des Landes 1975 von Australien. Die Studie, deren Ergebnisse der Öffentlichkeit in PNGs Hauptstadt Port Moresby und Canberra im April 2019 vorgestellt und online publiziert wurden, steht in einer langen Tradition, da schon seit den ersten Parlamentswahlen von 1964, noch unter kolonialer Herrschaft, detaillierte Analysen an der ANU (Ausnahme 2002) erstellt wurden, davon die letzten beiden in Form einer Wahlbeobachteranalyse.

Das von Nicole Haley vom ANU Department of Pacific Affairs angeführte Wahlbeobachterteam bestand aus 258 Personen aus Forschung und Zivilgesellschaft, die an dem gesamten dreimonatigen Wahlprozedere von der Ausstellung der Wahlurkunden durch den Generalgouverneur im April über die Nominierungen, den Wahlkampf, die Stimmabgabe und Auszählung bis zur Eröffnung des neuen Parlaments und der Bildung der Regierung Anfang August teilgenommen haben. Der letzte Sitz wurde im Hochland am 27. September erklärt. Beobachtungen fanden in 69 der insgesamt 111 Wahlkreise (89 Distrikt- und 22 Provinzwahlkreise) statt. Dabei wurden 945 der über 10.800 Wahllokale in allen vier Landesteilen (Hochland, Momase, Southern und Neuguinea-Inseln) zuzüglich des National Capital District abgedeckt und zudem über 7.500 Einzelpersonen zu den Abläufen interviewt.

Die Qualität, Integrität und Glaubwürdigkeit der Wahlen hat sich im Unterschied zu den vorausgegangenen Wahlen von 2012 weiter verschlechtert, Beobachter wie Interviewte gehen von den „worst elections“ (IX) bisher aus. Nirgendwo im Land liefen die Wahlen reibungslos und rechtskonform ab. Keines der im Hochland eingesetzten Beobachterteams konnte eine freie Stimmabgabe verifizieren. Verfahrens anomalien, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten, Stimmenkauf („money politics“) und Wahlbetrug waren in unterschiedlicher Ausprägung in nahezu allen Wahlstationen präsent. Waren diese Regelwidrigkeiten ursprünglich auf das bevölkerungsreiche, von ethnischer Rivalität geprägte Hochland beschränkt, diffundieren die Praktiken immer mehr in Küsten- und Inselregionen sowie selbst die Hauptstadt, die bisher noch relativ glaubwürdige Abstimmungen aufgewiesen hatten.

Hinzu kommt die gravierende ethnische Gewalt in fast allen beobachteten Wahlbezirken. Neben 204 Toten, Hunderten von Verletzten und Verstümmelten sowie der großflächigen Verwüstung von Besitz sind der Diebstahl und die Zerstörung unzähliger Wahlurnen zu nennen. Drei der Provinzsitze im Hochland wurden mit weniger als 30 Prozent der Wahlurnen ausgezählt. Und dies trotz des massiven Einsatzes von 10.500 Beamten aus Polizei, Militär und Justizverwaltung. Die eingesetzten Sicherheitskräfte erwiesen sich nicht nur als weitgehend unfähig, Unregelmäßigkeiten zu sanktionieren und die Gewalt zu beenden. Sie selbst stehen für exzessive Brutalität und Gewaltanwendung, die mit zu dem grundlegenden Klima der Unsicherheit gerade auch für Wahlbeobachter beigetragen haben. Des Weiteren ist der immer häufigere Einsatz von magie- und hexereibezogener Einschüchterung zu nennen.

Zentral für den schlechten Ablauf der Wahlen ist die chronische finanzielle Unterausstattung der Verfassungsrang einnehmenden unabhängigen Wahlkommission, die diesmal die Verantwortlichkeit und Verwaltung der Wahlen an die noch viel schlechter gestellten Provinzverwaltungen delegiert hat. Zentrale Bestandteile des Wahlprozesses konnten damit

durch Kandidaten und deren Unterstützer leichter usurpiert werden. Insbesondere das schon bei vorausgegangenen Urnengängen heftig kritisierte Wahlregister hat dabei weiter gelitten. Der Manipulation und Inflationierung des Verzeichnisses durch zehntausende „ghost names“ stehen die Zurückweisung einer Vielzahl Wahlwilliger wegen fehlenden Eintrags gegenüber. Hinzu kommen aber auch schlechte Wetterbedingungen, eine marode oder nichtexistente Verkehrsinfrastruktur sowie mit über 800 Sprachen eine extreme linguistische und kulturelle Diversität.

An den Parlamentswahlen haben 3.340 Kandidaten für die 111 Wahlkreise teilgenommen, darunter 179 Frauen, von denen keine in das Parlament gewählt wurde. Die Mehrheit der Bewerber trat als Unabhängige an. 21 der 45 bestehenden politischen Parteien wurden mit 97 Kandidaten in das Parlament gewählt. Parteien und politische Inhalte spielen keine Rolle. Die Wahlentscheidung basiert ausschließlich auf lokaler Politik und Persönlichkeiten („big-men“). Gerade 46 der 111 amtierenden Abgeordneten wurden wiedergewählt.

Das kollektive Zwangsstimmrecht und die erzwungene Hilfe bei der Stimmabgabe insbesondere bei Frauen, Älteren, Behinderten und Zugezogenen sind für die geringe Zahl ungültiger Stimmen von weniger als einem Prozent der abgegebenen Stimmen verantwortlich. Der vielfach rechtswidrige Verlauf der Abstimmung spiegelt sich in 79 Wahlklagen vor Gericht wider (2012: 105), um die teilweise bis heute (Feb. 2020) erbittert gestritten wird. Der Rückgang der Klagen ist auf die anhaltend schwere wirtschaftliche Rezession und die Erhöhung der Gerichtsgebühr pro Klage von 5.000 auf 20.000 Kina (6.160 US\$) zurückzuführen.

Abschließend kann mit dem bereits im November 2017 vorgelegten, auf der Basis von 313 Beobachtern erstellten Report der Wahlbeobachtermission von Transparency International PNG unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Lawrence Stephens festgehalten werden, dass “the 2017 elections were flawed to an unforgivable extent. We as a nation have allowed far too many of our people to be robbed of a basic right: the right to influence the result of an election” (III). Angesichts der gesellschaftlichen Dynamiken und Interessen ist nicht erkennbar, wie die Integrität der Parlamentswahlen wiederherzustellen und künftig glaubwürdigere und sichere demokratische Wahlen für und mit der Bevölkerung zu erzielen wären.

Roland Seib

NEUERE LITERATUR ÜBER ASIEN

Zusammengestellt von Uwe Kotzel

Die Mitglieder der DGA sind herzlich aufgefordert, ihre neuesten Veröffentlichungen der Redaktion zu melden.

ASIEN

- Anthony, Ross (Hg.): *Reconfiguring transregionalism in the global South. African-Asian encounters*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 290 S.
- Baas, Michiel (Hg.): *Asian migrant's body. Emotion, gender and sexuality*. Amsterdam: Amsterdam University Press, 2020, 210 S.
- Beeson, Mark (Hg.): *Rivalry and cooperation in the Asia-Pacific. The dynamics of a region in transition*. 2 vols. Singapur: World Scientific, 2019, 1008 S.
- Bhalla, A.S.: *Asia's trouble spots. The leadership question in conflict resolution*. London: Rowman & Littlefield, 2019, 239 S.
- Bhatta, Gambir: *“Those that fix the lights”. The practice of public sector management in developing Asia*. London: Routledge, 2020, 327 S.
- Bruntz, Courtney (Hg.): *Buddhist tourism in Asia*. Honolulu: University of Hawai'i Press, 2020, 255 S.
- Chan, Emily Ying Yang (Hg.): *Public health emergency and disaster risk management in Asia*. Singapur: Springer, 2020, 343 S.
- Chen, Cheng (Hg.): *Political logics of anticorruption efforts in Asia*. New York: State University of New York Press, 2019, 254 S.
- Croissant, Aurel (Hg.): *Social cohesion in Asia. Historical origins, contemporary shapes and future dynamics*. London: Routledge, 2020, 237 S.
- De Graaff, Bob (Hg.): *Intelligence communities in Asia and the Middle East. A comprehensive reference*. Boulder: Lynne Rienner, 2020, 505 S.
- Doyle, Timothy; Rumley, Dennis: *The rise and return of the Indo-Pacific*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 240 S.
- Elbracht, Romina; Bolmer, Ann-Margret: „Zwischen Wettrüsten und Allianzbildung. Wie Pakistan und China die indische Verteidigungspolitik bestimmen“, in: *Auslandsinformationen (KAS)*, 35 (2019) 3, S. 26–37
- Fichter, James R. (Hg.): *British and French colonialism in Africa, Asia and the Middle East. Connected empires across the eighteenth to the twentieth centuries*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 353 S.
- Gietel-Basten, Stuart: *The population problem in Pacific Asia*. New York: Oxford University Press, 2019, 224 S.

- Han, Enze: *Asymmetrical neighbors. Borderland state building between China and Southeast Asia*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 264 S.
- Harold, Scott: *The thickening web of Asian security cooperation. Deepening defense ties among U.S. allies and partners in the Indo-Pacific*. Santa Monica: Rand Corporation, 2019, 434 S.
- He, Kai (Hg.): *Contested multilateralism 2.0 and Asian security dynamics*. London: Routledge, 2020, 167 Seiten
- Inoguchi, Takashi (Hg.): *Sage handbook of Asian foreign policy*. London: Sage, 2020, 1188 S.
- Jayanthaku, Kankesu (Hg.): *International migration, urbanization and poverty in Asia. Dynamics and interrelationships*. Singapur: Springer, 2019, 367 S.
- Kapoor, Dip (Hg.): *Research, political engagement and dispossession. Indigenous, peasant and urban poor activisms in the Americas and Asia*. London: Zed Books, 2019, 275 S.
- Kent, Lia; Wallis, Joanne; Cronin, Claire (Hgg.): *Civil society and transitional justice in Asia and the Pacific*. Canberra: Australian National University Press, 2020, 247 S.
- Koehler, Gabriele et al. (Hgg.): *The politics of social inclusion. Bridging knowledge and policies towards social change*. New York: Columbia University Press, 2020, 380 S.
- Kraas, Frauke et al. (Hgg.): *Mega cities mega challenge. Informal dynamics of global change. Insights from Dhaka, Bangladesh and Pearl River delta, China*. Stuttgart: Borntraeger Science, 2019, 227 S.
- Kuhnle, Stein (Hg.): *Globalizing welfare. An evolving Asian-European dialogue*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 350 S.
- Lam-Knott, Sonia (Hg.): *Post-politics and civil society in Asian cities. Spaces of depoliticization*. London: Routledge, 2019, 176 S.
- Lau, Evan (Hg.): *Economics and finance readings. Selected papers from Asia-Pacific Conference on Economics & Finance*. Singapur: Springer, 2019, 124 S.
- Luk, Sabrina Ching Yuen: *Ageing, long-term care insurance and healthcare finance in Asia*. London: Routledge, 2020, 189 S.
- Luo, Yuhua (Hg.): *Tourism product development in China, Asia and European countries*. Singapur: Springer, 2020, 250 S.
- Martinico, Guiseppe (Hg.): *Legal analysis of the Belt and Road Initiative. Towards a new silk road?* Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 284 S.
- Matsuda, Shigeki (Hg.): *Low fertility in advanced Asian economies. Focusing on families, education, and labor markets*. Singapur: Springer, 2020, 84 S.
- McCarthy, Stephen (Hg.): *Governance and democracy in the Asia Pacific. Political and civil society*. London: Routledge, 2020, 240 S.
- Mischke, Steffen: *Large Asian lakes in a changing world. Natural state and human impact*. Cham: Springer, 2020, 264 S.
- Nayyar, Deepak: *Resurgent Asia. Diversity in development*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 320 S.
- Ordóñez de Pablos, Patricia (Hg.): *Innovative management and business practices in Asia*. Hershey: IGI Global, 2020, 365 S.
- Poot, Jacques: *Population change in Asia and the Pacific*. Singapur: Springer, 2020, 358 S.

- Singh, Bubbindar (Hg.): *Minilateralism in the Indo-Pacific. The quadrilateral security dialogue, Lancang-Mekong cooperation mechanism, and ASEAN*. London: Routledge, 2020, 157 S.
- Singh, R. B. (Hg.): *Urban health risk and resilience in Asian cities*. Singapur: Springer, 2020, 459 S.
- Small, Andrew: *The China-Pakistan axis. Asia's new geopolitics*. London: Hurst, 2019, 336 S.
- Wallis, Joanne (Hg.): *Reconceiving civil society and transitional justice. Lessons from Asia and the Pacific*. London: Routledge, 2020, 115 S.
- Wang, Jing (Hg.): *Entrepreneurship in the Asia-Pacific. Case studies*. Singapur: Springer, 2020, 287 S.
- Yuen, Mary Mee-Yin: *Solidarity and reciprocity with migrants in Asia. Catholic and Confucian ethics in dialogue*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 239 S.

SÜDASIEN

- Ahmed, Nizam: *Parliaments in South Asia. India, Pakistan and Bangladesh*. London: Routledge, 2020, 242 S.
- Banerjee, Anuradha (Hg.): *Population dynamics in contemporary South Asia. Health, education and migration*. Singapur: Springer, 2020, 437 S.
- Banik, Arindam (Hg.): *Trade in health services in South Asia. An examination of the need for regional cooperation*. Singapur: Springer, 2020, 139 S.
- Blom, Amelie (Hg.): *Emotions, mobilisations and South Asian politics*. London: Routledge, 2020, 290 S.
- Campbell, Gwyn (Hg.): *Disease dispersion and impact in the Indian Ocean world*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 302 S.
- Chatterjee, Jyotiprasad: *Left front and after. Understanding the dynamics of Poriborton in West Bengal*. New Delhi: Sage, 2020, 255 S.
- Chattopadhyay, Aparajita (Hg.): *Population dynamics in Eastern India and Bangladesh. Demographic, health and development*. Singapur: Springer, 2020, 465 S.
- Choudhury, Rahul; Dinkar, Nayak: *Trade and investment in South Asia. An analysis*. Singapur: World Scientific, 2019, 250 S.
- Gilmartin, David (Hg.): *South Asian sovereignty. The conundrum of worldly power*. London: Routledge, 2020, 233 S.
- Ha, Huong: *Disaster risk management. Case studies in South Asian countries*. New York: Business Expert Press, 2019, 196 S.
- Hagerty, Devin T.: *Nuclear weapons and deterrence stability in South Asia*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 134 S.
- Jamil, Ishtiaq (Hg.): *Gender mainstreaming in politics, administration and development in South Asia*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 261 S.
- Kaul, Volker (Hg.): *Minorities and populism. Perspectives from South Asia and Europe*. Cham: Springer, 2020, 289 S.
- Raju, Adluri Subramanyam (Hg.): *Human security in South Asia. Concept, environment and development*. London: Routledge, 2019, 202 S.

- Raju, Adluri Subramanyam (Hg.): *New futures for South Asia. Commerce and connectivity*. London: Routledge, 2019, 232 S.
- Raychaudhuri, Anindya: *Narrating South Asian partition. Oral history, literature, cinema*. New York: Oxford University Press, 2019, 240 S.
- Sekher, Mudhushree (Hg.): *Including the excluded in South Asia. Power, politics and policy perspectives from the region*. Singapur: Springer, 2019, 254 S.
- Tornow, Siegfried: *Einführung in die Sprachenwelt Südasiens. Sprachen, Texte und Religionen Indiens und seiner Nachbarn*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2019, 198 S.
- Waha, La Toya: "Religiöser Nationalismus in Südasien. Zwischen nationaler Einheit und gesellschaftlicher Spaltung." In: *Auslandsinformationen (KAS)*, 36 (2020) 2, S. 39–49

BANGLADESCH

- Chowdhury, M. Mukhlesur Rahman: *Crisis in governance. Military rule in Bangladesh during 2007–2008*. Newcastle-upon-Tyne: Cambridge Scholars, 2019, 214 S.
- Embree, Ainslie: *Frontiers into borders. Defining South Asia states, 1757–1857*. New Delhi: Oxford University Press, 2020, 220 S.
- Islam, Sheik Tawhidul (Hg.): *Geography in Bangladesh. Concepts, methods and applications*. London: Routledge, 2019, 275 S.
- Khan, Jalal Uddin: *Bangladesh divided. Political and literary reflections on a corrupt police and prison state*. New York: Peter Lang, 2019, 505 S.
- Mojumder, Mohammad Jahangir Hossain: *Government and NGOs in South Asia. Local collaboration in Bangladesh*. London: Routledge, 2020, 270 S.
- Riaz, Ali: *Voting in a hybrid regime. Explaining the 2018 Bangladeshi election*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2019, 109 S.
- Saikia, Arupjiyoti: *The unquiet river. A biography of the Brahmaputra*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 602 S.
- Shah, Md. Faruk: *Biomedicine, healing and modernity in Bangladesh*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2020, 323 S.

BHUTAN

- Kinga, Sonam: *Democratic transition in Bhutan. Political contests as moral battles*. London: Routledge, 2020, 306 S.

INDIEN

- Aberle, Tobias: *Entrepreneurship training in rural parts of Bihar/India. Opportunities of empowering*. Wiesbaden: Springer Spektrum, 2020, 236 S.
- Afsar, Rita, Hossain, Mahabub: *Dhaka's changing landscape. Prospects for economic development, social change, and shared prosperity*. New Delhi: Oxford University Press, 2020, 328 S.
- Aston, Joshua: *Torture behind bars. Role of the police force in India*. New Delhi: Oxford University Press, 2020, 280 S.
- Baviskar, Amita: *Uncivil city. Equity and the commons in India*. New Delhi: Sage, 2020, 243 S.

- Behl, Natasha: *Gendered citizenship. Understanding gendered violence in democratic India*. New York: Oxford University Press, 2019, 168 S.
- Bhattacharjee, Anuradha: *Multiculturalism and advertising. Indian and European enterprises under globalization*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 213 S.
- Chatterjee, Elizabeth; McCartney, Matthew (Hgg.): *Class and conflict. Revisiting Pranab Bardhan's political economy of India*. New Delhi: Oxford University Press, 2020, 304 S.
- Chatterjee, Jyotiprasad: *Left front and after. Understanding the dynamics of politics in West Bengal*. New Delhi: Sage, 2020, 255 S.
- Dasgupta, Koushiki: *Electoral politics and Hindu nationalism in India. The Bharatiya Jana Sangh, 1951–1971*. London: Routledge, 2020, 170 S.
- Datar, Abhay V.: *Political representation in India. Ideas and contestations, 1908–1951*. London: Bloomsbury Academic, 2019, 255 S.
- Deshpande, Ashwini: *The grammar of caste. Economic discrimination in contemporary India*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 352 S.
- DeSouza, Peter Ronald: *Democratic accommodations. Minorities in contemporary India*. New Delhi: Bloomsbury, 2019, 205 S.
- Drèze, Jean; Sen, Amartya (Hgg.): *Indian development. Selected regional perspectives*. Oxford: Oxford University Press, 2020, 448 S.
- Frankel, Francine: *When Nehru looked East. Origins of India-US suspicion and India-China rivalry*. New York: Oxford University Press, 2020, 360 S.
- Gajjala, Radhika: *Digital diasporas. Labor and affect in gendered Indian digital publics*. London: Rowman & Littlefield, 2019, 264 S.
- Gandhi, Mohandas K.; Trojanow, Ilja (Hg.): *Mein Leben*. München: C.H. Beck, 2020, 512 S.
- Haque, Tajamul; Reddy, D.N. (Hgg.): *India social development report 2018. Rising inequalities in India*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 384 S.
- Harsh, Mander: *Unequal life chances. Equity and demographic transition in India*. New Delhi: Sage, 2019, 227 S.
- Hussain, Iqbalunnissa: *Purdah and polygamy. Life in an Indian muslim household*. Karachi: Oxford University Press, 2019, 280 S.
- Jaijee, Inderjit Singh: *The legacy of militancy in Punjab. Long road to 'normalcy'*. New Delhi: Sage, 2020, 213 S.
- Jodhka, Surinder S.; Simpson, Edward (Hgg.): *India's villages in the 21st century*. New Delhi: Oxford University Press, 2020, 464 S.
- Kamath, Anant: *Social context of technological experiences. Three studies from India*. London: Routledge, 2020, 159 S.
- Kaur, Mallika: *Faith, gender, and activism in the Punjab conflict. The wheat fields still whisper*. Princeton: Princeton University Press, 2019, 304 S.
- Kazi, Reshmi (Hg.): *India in global nuclear governance*. London: Routledge, 2020, 152 S.
- Khandkar, Arundhati C.; Ashok C. Khandkar: *Swimming upstream. Laxmanshastri Joshi and the evolution of modern India*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 232 S.

- Kumar, Ashutosh: *Electoral politics in Punjab. Factors and phases*. London: Routledge, 2020, 116 S.
- Mahajan, Anupama Puri: *Development administration in India*. New Delhi: Sage, 2019, 486 S.
- McClish, Mark: *History of the Arthashastra. Sovereignty and sacred law in ancient India*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 274 S.
- Mukherjee, Anit: *Absent dialogue. Politicians, bureaucrats, and the military in India*. New York: Oxford University Press, 2020, 313 S.
- Muttoo, Sunil K.: *E-governance in India. The progress status*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 197 S.
- Nachiappan, Karthik: *Does India negotiate?* New Delhi: Oxford University Press, 2019, 280 S.
- Nauriyal, D.K.: *Migration, gender and home economics in rural North India*. London: Routledge, 2020, 238 S.
- Niranjana, Tejaswini (Hg.): *Music, modernity, and publicness in India*. New Delhi: Oxford University Press, 2020, 288 S.
- Oestreich, Joel E.: *Development and human rights. Rhetoric and reality in India*. New York: Oxford University Press, 2020, 224 S.
- Pernau, Margrit: *Emotions and modernity in colonial India*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 348 S.
- Rai, Anu: *Medical tourism in Kolkata, Eastern India*. Cham: Springer, 2019, 246 S.
- Rajan, S. Irudaya (Hg.): *Handbook of internal migration in India*. New Delhi: Sage, 2020, 806 S.
- Rashiduzzaman, Mohammad: *Central legislature in British India, 1921–1947. Parliamentary experiences under the Raj*. New York: Peter Lang, 2020, 279 S.
- Roy, Anupama (Hg.): *Dimensions of constitutional democracy. India and Germany*. Singapur: Springer, 2020, 234 S.
- Salik, Naeem: *India's habituation with the bomb. Nuclear learning in South Asia*. Karachi: Oxford University Press, 2020, 216 S.
- Saxena, Naresh Chandra: *What ails the IAS and why it fails to deliver. An insider's view*. New Delhi: Sage, 2019, 246 S.
- Shah, A.M.: *The legacy of M.N. Srinivas. His contribution to sociology and social anthropology in India*. London: Routledge, 2020, 90 S.
- Sharma, Apoorv R.: *The role of business incubators in the economic growth of India*. Berlin: De Gruyter, 2019, 155 S.
- Singh, Kamlesh (Hg.): *Translational research and applied psychology in India*. New Delhi: Sage, 2019, 403 S.
- Singh, Ujjwal Kumar; Roy, Anupama: *Election commission of India. Institutionalising democratic uncertainties*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 400 S.
- Singha, Radhika: *The coolie's great war. Indian labour in a global conflict, 1914–1921*. London: Hurst, 2019, 240 S.
- Sivaramakrishnan, Arvind (Hg.): *Indian democracy. Contradictions and reconciliations*. New Delhi: Sage, 2020, 333 S.

- Smith, Sara: *Intimate geopolitics. Love, territory, and the future on India's northern threshold*. New Brunswick: Rutgers University Press, 2020, 168 S.
- Srivastava, Sanjay (Hg.): *Critical themes in Indian sociology*. Los Angeles: Sage, 2019, 488 S.
- Subramanian, S.: *Present values. Essays on economics and aspects of Indian society*. London: Routledge, 2020, 84 S.
- Thomas, Pradip: *The politics of digital India. Between local compulsions and transnational pressures*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 262 S.
- Tillin, Louise: *Indian federalism*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 152 S.
- Uberoi, J. P. Singh: *Mind and society. From Indian studies to general sociology*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 326 S.
- Vanaik, Anish: *Possessing the city. Property and politics in Delhi, 1911–1947*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 288 S.
- Wallace, Paul (Hg.): *India's 2019 election. The Hindutva wave and Indian nationalism*. New Delhi: Sage, 2020, 400 S.
- Zutshi, Chitralekha: *Kashmir*. New Delhi: Oxford University Press (Oxford India Short Introduction Series), 2020, 212 S.

NEPAL

- Pretsch, Sabine: *Nepali für Anfänger*. Hamburg: Buske, 2019, 324 S.

PAKISTAN

- Ahmed, Ishtiaq: *Pakistan, the garrison state. Origins, evolution, consequences (1947–2011)*. Karachi: Oxford University Press, 2020, 508 S.
- Ahmed, Vaqar: *Pakistan's agenda for economic reforms*. Karachi: Oxford University Press, 2019, 364 S.
- Gulgee, Amin; Farrukh, Nilofur; McCarry, John (Hgg.): *Pakistan's radioactive decade. An informal cultural history of the 1970s*. Karachi: Oxford University Press, 2019, 594 S.
- Husain, Ishrat: *Pakistan. The economy of an elitist state*. 2nd ed. Karachi: Oxford University, 2019, 556 S.
- Khan, Hamid: *A history of the judiciary in Pakistan*. Karachi: Oxford University Press, 2019, 588 S.
- Mufti, Mariam; Shafqat, Sahar; Siddiqui, Niloufer: *Pakistan's political parties. Surviving between dictatorship and democracy*. Washington, D.C.: Georgetown University Press, 2020, 321 S.
- Nadim, Sayyid Azhar Hasan: *Pakistan. The politics of the misgoverned*. London: Routledge, 2020, 173 S.
- Sattar, Abdul: *Pakistan's foreign policy 1947–2016. A concise history*. 4th ed. Karachi: Oxford University Press, 2019, 392 S.

SRI LANKA

- Davis, Christina P.: *The struggle for a multilingual future. Youth and education in Sri Lanka*. New York: Oxford University Press, 2020, 216 S.

SÜDOSTASIEN

- Belogurova, Anna E.: *Nanyang revolution. The Comintern and Chinese networks in Southeast Asia, 1890–1957*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 263 S.
- Coe, Brooke N.: *Sovereignty in the South. Intrusive regionalism in Africa, Latin America, and Southeast Asia*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 228 S.
- Cook, Malcolm; Singh, Daljit (Hgg.): *Southeast Asian affairs 2020*. Singapur: ISEAS, 2020, 426 S.
- Dolezal, Claudia (Hg.): *Tourism and development in Southeast Asia*. London: Routledge, 2020, 221 S.
- Gomez, James: *National human rights institutions in Southeast Asia. Selected case studies*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2020, 300 S.
- Kukreja, Sunil: *Southeast Asia and environmental sustainability in context*. Lanham: Lexington Books, 2020, 133 S.
- Morgenbeisser, Lee: *The rise of sophisticated authoritarianism in Southeast Asia*. Cambridge: Cambridge University Press, 2020, 83 S.
- Noor, Farish A.: *Data-gathering in colonial Southeast Asia 1800–1900. Framing the other*. Amsterdam: Amsterdam University Press, 2020, 265 S.
- Siti, Darwinda; Pero, Mohamed: *Leadership in regional community-building. Comparing ASEAN and the European Union*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2019, 268 S.
- Tan, See Seng: *Responsibility to provide in Southeast Asia. Towards an ethical explanation*. Bristol: Bristol University Press, 2019, 269 S.
- Verma, Vidhu (Hg.): *Secularism, religion, and democracy in Southeast Asia*. New Delhi: Oxford University Press Global, 2019, 255 S.
- Vitić, Ines: *EU and ASEAN. Weltregionen mit sozialem Profil*. Baden-Baden: Nomos, 2020, 939 S.
- Yokoyama, Kazuko: *Transnational entrepreneurship in South East Asia. Japanese self-initiated expatriate entrepreneurs*. Singapur: Springer, 2020, 220 S.

INDONESIEN

- Almuttaqi, Ahmad Ibrahim: *Jokowi's Indonesia and the world*. Singapur: World Scientific, 2020, 159 S.
- Goebel, Zane: *Global leadership talk. Constructing good governance in Indonesia*. New York: Oxford University Press, 2020, 163 S.
- Haripin, Muhamad: *Civil-military relations in Indonesia. The politics of military operations other than war*. London: Routledge, 2020, 174 S.
- Parker, Lyn: *Environmental education in Indonesia. Creating responsible citizens in the global South?* London: Earthscan, 2020, 270 S.

KAMBODSCHA

- Coffey, Sue (Hg.): *Seeking justice in Cambodia. Human rights defenders speak out*. Carlton: Melbourne University Press, 2020, 216 S.

MALAYSIA

- Aljunied, Khairudin: *Islam in Malaysia. An entwined history*. New York: Oxford University Press, 2019, 328 S.
- Gomez, Edmund Terence (Hg.): *Malaysia's 14th general election and UMNO's fall. Intra-elite feuding in the pursuit of power*. London: Routledge, 2020, 297 S.
- Kee, Thuan Chye: *People's victory. How Malaysians saved their country*. Singapur: Marshall Cavendish International, 2019, 288 S.
- Lemiere, Sophie (Hg.): *Illusions of democracy. Malaysian politics and people*. Amsterdam: Amsterdam University Press, 2019, 357 S.
- Masud, Muhammad Mehedi: *Conservation of marine resources and sustainable coastal community development in Malaysia*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 139 S.
- Rshid, Radzuwan: *New Media narratives and cultural influence in Malaysia. The strategic construction of blog rhetoric by an apostate*. Singapur: Springer, 2019, 49 S.

MYANMAR

- Huang, Roger Lee: *The paradox of Myanmar's regime change*. London: Routledge, 2020, 208 S.
- Marchi, Ludovica (Hg.): *The European Union and Myanmar. Interactions via ASEAN*. London: Routledge, 2020, 134 S.

OSTTIMOR

- Blanco, Ramon: *Peace as government. The will to normalize Timor-Leste*. Lanham: Lexington Books, 2020, 235 S.
- Menon, Viji: *Rising from the ashes. UN peacebuilding in Timor-Leste*. Singapur: World Scientific, 2019, 198 S.

PHILIPPINEN

- Cruz, Frances Antoinette (Hg.): *International studies in the Philippines. Mapping new frontiers in theory and practice*. London: Routledge, 2020, 270 S.
- Curato, Nicole: *Democracy in a time of misery. From spectacular tragedy to deliberative action*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 199 S.
- Hutchcroft, Paul D. (Hg.): *Strong patronage, weak parties. The case for electoral redesign in the Philippines*. Singapur: World Scientific, 2020, 209 S.
- Ragsag, Annabelle: *Ethnic boundary-making at the margins of conflict in the Philippines. Everyday identity politics in Mindanao*. Singapur: Springer, 2020, 147 S.
- Reyes, Vicente C.: *Networks of (dis)trust. The impact of automation, corruption, and media on Philippine elections*. Lanham: Lexington Books, 2019, 175 S.

SINGAPUR

- Hicken, Allen (Hg.): *Electoral dynamics in the Philippines. Money politics, patronage and clientelism at the grassroots*. Singapur: NUS Press, 2019, 357 S.
- Kan, Hoi-Yi Kati: *Digital carnivalesque. Power discourse and counter narratives in Singapore social media*. Singapur: Springer, 2020, 167 S.

Lim, Paul: *Mentoring millennials in an Asian context. Talent management insights from Singapore*. Bingley: Emerald Group, 2020, 153 S.

Singh, Bilveer: *Is the People's Action Party here to stay? Analysing the resilience of the one-party dominant state in Singapore*. Singapur: World Scientific, 2019, 302 S.

Tajan, Veluthevar Kanaga: *Serving Singapore. My journey*. Singapur: World Scientific, 2020, 471 S.

THAILAND

Chachavalpongpun, Pavin (Hg.): *Coup, king, crisis. A critical interregnum in Thailand*. Singapur: NUS Press, 2020, 376 S.

Chachavalpongpun, Pavin (Hg.): *Routledge handbook of contemporary Thailand*. London: Routledge, 2019, 455 S.

VIETNAM

Jones, Howard: *My Lai. Vietnam, 1968, and the descent into darkness*. New York: Oxford University Press, 2019, 504 S.

Rand, John; Tarp, Finn (Hgg.): *Micro, small, and medium enterprises in Vietnam*. Oxford: Oxford University Press, 2020, 304 S.

OSTASIEN

Bienek, Tabea: *Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Japan. Informelle Sozialisation als Zugang zur Vaterrolle*. Hamburg: Dr. Kovač, 2019, 320 S.

Bukh, Alexander: *These islands are ours. The social construction of territorial disputes in Northeast Asia*. Stanford: Stanford University Press, 2020, 232 S.

Buszynski, Leszek: *Geopolitics and the Western Pacific. China, Japan and the US*. London: Routledge, 2019, 214 S.

Buzan, Barry; Goh, Evelyn: *Rethinking Sino-Japanese alienation. History problems and historical opportunities*. Oxford: Oxford University Press, 2020, 400 S.

Croissant, Aurel (Hg.): *Stateness and democracy in East Asia*. Cambridge: Cambridge University Press, 2020, 275 S.

Desnoyers, Charles A.: *Patterns of East Asian history*. New York: Oxford University Press, 2019, 544 S.

Hu, Teh-wie (Hg.): *Health care policy in East Asia. A World Scientific reference*. 4 vols. Singapur: World Scientific, 2019, 1200 S.

Huang, Xiaoming: *International relations of East Asia. Structures, institutions and international order*. London: Red Globe Press, 2020, 299 S.

Hwang, Minhyuk: *Fukuzawa Yukichi's bourgeois liberalism. The betrayal of the East Asian enlightenment*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 176 S.

Li, Minqi: *Profit, accumulation and crisis in capitalism. Long-term trends in UK, US, Japan and China, 1855–2018*. London: Routledge, 2020, 154 S.

Liang, Ying (Hg.): *China-ASEAN relations. Cooperation and development*. 2 vols. Singapur: World Scientific, 2019, 360 S.

Men, Honghua: *The order of East Asia. Regional transformation, competition among main powers, and China's strategy*. Singapur: Springer, 2020, 276 S.

- Opper, Marc: *People's wars in China, Malaya and Vietnam*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2020, 381 S.
- Park, Chong-Min (Hg.): *Inequality and democratic politics in East Asia*. London: Routledge, 2020, 220 S.
- Thuy, Tran Truong; Welfield, John B.; Le, Thuy Trang (Hgg.): *Building a normative order in the South China Sea. Evolving disputes, expanding options*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 304 S.
- Tong, Sarah Y.; Tuan, Yue Kong (Hgg.): *China and East Asian economic integration*. Singapur: World Scientific, 2019, 150 S.
- Wissenbach, Uwe: *Rethinking governance in Europe and Northeast Asia. Multilateralism and nationalism in international society*. London: Routledge, 2020, 221 S.
- Yang, Jae-Jin (Hg.): *Small welfare state. Rethinking welfare in the US, Japan, and South Korea*. Cheltenham: Edward Elgar, 2020, 236 S.
- Zhang, Yunling: *On East Asian regional cooperation. ideality and reality*. London: Routledge, 2019, 1, 440 S.

JAPAN

- Akimoto, Daisuke: *Japan's nuclear identity and its implications for nuclear abolition*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2020, 198 S.
- Brochlos, Astrid: *Japanische Grundherrschaft im 12. Bis 16. Jahrhundert. Die Region Minase im Spannungsfeld der Interessen von Hofadel, Klerus und Kriegeradel*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2019, 149 S.
- Brunner, Eric; Cable, Noriko; Iso, Hiroyasu (Hgg.): *Health in Japan. Social epidemiology of Japan since the 1964 Olympics*. Oxford: Oxford University Press, 2020, 336 S.
- Chiavacci, David; Wieczorek, Iris (Hgg.): *Japan 2019. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. München: Iudicium, 2019, 337 S.
- Christensen, Ray: *Japanese democracy and lessons for the United States. Eight counterintuitive lessons*. London: Routledge, 2020, 205 S.
- Fatton, Lionel P.; Foppiani, Oreste: *Japan's awakening. Moving toward an autonomous security policy*. Bern: Peter Lang, 2019, 375 S.
- Holca, Irina (Hg.): *Forms of the body in contemporary Japanese society, literature, and culture*. Lanham: Lexington Books, 2020, 299 S.
- Ito, Tomohide: *Militarismus des Zivilen in Japan 1937–1940. Diskurse und ihre Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse*. München: Iudicium, 2019, 591 S.
- Liu-Farrer, Gracia: *Immigrant Japan. Mobility, and belonging in an ethno-nationalist society*. Ithaca: Cornell University Press, 2020, 259 S.
- Lu, Sidney Xu: *The making of the Japanese settler colonialism. Malthusianism and Trans-Pacific Migration, 1868–1968*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 310 S.
- Manzenreiter, Wolfgang (Hg.): *Japan's new realities. Coping with decline in the periphery*. London: Routledge, 2020, 311 S.
- Murashkin, Nikolay: *Japan and the new silk road. Diplomacy, development and connectivity*. London: Routledge, 2020, 226 S.
- Nakakita, Koji: *The Liberal Democratic Party of Japan. The realities of 'power'*. London: Routledge, 2020, 222 S.

- Nakaya, Tomoki (Hg.): *Atlas of health inequalities in Japan*. Cham: Springer, 2020, 343 S.
- Ravina, Mark: *To stand with the nations of the world. Japan's Meiji restoration in world history*. New York: Oxford University Press, 2020, 328 S.
- Ruoff, Kenneth J.: *Japan's imperial house in the postwar era, 1945–2015*. Cambridge: Harvard University Asia Center, 2020, 419 S.
- Sakanaka, Hidenori: *Japan as an immigration nation. Demographic change, economic necessity, and the human community concept*. Lanham: Lexington Books, 2020, 270 S.
- Samuels, Richard J.: *Special duty. A history of the Japanese intelligence community*. New York: Cornell University Press, 2019, 355 S.
- Schwentker, Wolfgang: *Geschichte Japans*. München: C.H. Beck, 2020, 832 S.
- Shimizu, Yuichiro: *Origins of the modern Japanese bureaucracy*. London: Bloomsbury Academic, 2020, 269 S.
- Shimizu, Yuichiro: *Origins of the modern Japanese bureaucracy*. London: Bloomsbury Academic, 2020, 269 S.
- Strausz, Michael: *Help (not) wanted. Immigration politics in Japan*. Albany: State University of New York Press, 2019, 197 S.
- Tsutsui, Junya: *Work and family in Japanese society*. Singapur: Springer, 2020, 61 S.
- West, Mark D.: *Drunk Japan. Law and alcohol in Japanese society*. New York: Oxford University Press, 2020, 240 S.

KOREA

- Choi, Suhi: *Right to mourn. Trauma, empathy, and Korean War memorials*. New York: Oxford University Press, 2020, 184 S.
- Scholl, Tobias; Jukas, Isabella; Malkusch, Mirella: *Einführung Hanja*. Hamburg: Buske, 2019, 194 S.
- Seth, Michael J.: *Korea. A very short introduction*. Oxford: Oxford University Press, 2020, 160 S.
- Yoon, Kyong: *Digital mindscapes of transnational Korean youth culture*. New York: Routledge, 2020, 158 S.

NORDKOREA

- Bang, Chan Y.: *Transition beyond denuclearisation. A bold challenge for Kim Jong Un*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2020, 169 S.
- Fahy, Sandra: *Dying for rights. Putting North Korea's human rights abuses on the record*. New York: Columbia University Press, 2019, 374 S.
- Nam Sung-wook: *North Korean nuclear weapon and reunification of the Korean peninsula*. Singapur: World Scientific, 2019, 300 S.
- Panda, Ankit: *Kim Jong Un and the bomb. Survival and deterrence in North Korea*. London: Hurst, 2020, 392 S.

SÜDKOREA

- Chang, Yongku (Hg.): *South Korea's engagement with Africa. A history of the relationship in multiple aspects*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2020, 196 S.

- Chung, Choong-Sik: *Developing digital governance. South Korea as a global digital government*. London: Routledge, 2020, 300 S.
- Moon, Chung-In (Hg.): *Routledge handbook of Korean politics and public administration*. London: Routledge, 2020, 511 S.
- Mosler, Hannes B. (Hg.): *South Korea's democracy challenge. Political system, political economy, and political society*. Berlin: Peter Lang, 2020, 221 S.
- Myaeong, Oh.: *Digital development in Korea. Lessons for a sustainable world. 2nd ed.* London: Routledge, 2020, 227 S.
- Woo, Park: *Chaoxianzu entrepreneurs in Korea. Searching for citizenship in the ethnic homeland*. London: Routledge, 2020, 116 S.

CHINA

- Arrault, Alain: *A history of cultic images in China. The domestic statuary of Hunan*. Hongkong: The Chinese University of Hongkong Press, 2019, ca. 260 S.
- Chittick, Andrew: *The Jiankang Empire in Chinese and world history*. New York: Oxford University Press, 2020, 456 S.
- Crone, Thomas: *Between disaster, punishment and blame. The semantic field of guilt in early Chinese texts*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2020, XII, 187 S.
- Fulda, Andreas: *Struggle for democracy in China, Taiwan and Hong Kong. Sharp power and its discontents*. London: Routledge, 2020, 245 S.
- Han, Jinghe: *Theorising culture. A Chinese perspective*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 104 S.
- Hofmann, Martin; Kurtz, Joachim; Levine, Daniel: *Powerful arguments. Standards of validity in late imperial China*. Leiden: Brill, 2020, 617 S.
- Huang, Shu-Yi: *Being a mother in a strange land. Experiences of Chinese migrant women in the Netherlands*. Newcastle-upon-Tyne: Cambridge Scholars, 2019, 232 S.
- Huber, Moritz: *Lives of Sogdians in medieval China*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2020, ca. XVI, 350 S.
- Jie, Chen: *The Overseas Chinese democracy movement. Assessing China's only open political opposition*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, ca. 240 S.
- Li, Qiancheng: *Transmutations of desire. Literature and religion in late imperial China*. Hongkong: The Chinese University of Hongkong Press, 2020, ca. 310 S.
- Lin, Jingxia: *Encoding motion events in Mandarin Chinese. A cognitive functional study*. Amsterdam: John Benjamins, 2019, XVII, 209 S.
- Lin, Carlos Yu-Kai; Mair, Victor H. (Hgg.): *Remembering May Fourth. The movement and its centennial legacy*. Leiden: Brill, 2020
- Link, Perry (Hg.): *Wittgenstein, a one-way-ticket, and other unforeseen benefits of studying Chinese*. Hongkong: The Chinese University of Hongkong Press, 2019, 264 S.
- Liu, Shaojie: *Origin and expansion of Chinese sociology*. Singapur: Springer, 2020, 265 S.
- Liu, James Jai-Hau: *Ethical politics and modern society. T.H. Green's practical philosophy and modern China*. New York: Routledge, 2020, 168 S.
- Lu, Jia; Goldin, Paul R. (Übers.); Sabatini, Elisa Levi (Übers.): *Lu Jia's new discourses. A political manifesto from the early Han dynasty*. Leiden: Brill, 2020, 134 S.

- Pang, Laikwan: *The appearing demos. Hong Kong during and after the umbrella movement*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2020, 228 S.
- Papelitzky, Elke: *Writing world history in late Ming China and the perception of maritime Asia*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2019, ca. XII, 244 S.
- Rosner, Erhard: *Miasmen. Studien zur Geschichte der Malaria in Südchina*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2019, VIII, 292 S.
- Sullivan, Lawrence R.: *Historical dictionary of the Chinese environment*. Lanham: Rowman & Littlefield, 2019, 339 S.
- Will, Pierre-Etienne: *Handbooks and anthologies for officials in imperial China. A descriptive and critical bibliography*. 2 vols. Leiden: Brill, 2020, 1488 S.
- Xiao, Yun; Tsung, Linda (Hgg.): *Current studies in Chinese language and discourse. Global context and diverse perspectives*. Amsterdam: John Benjamins, 2019, XI, 298 S.
- Xie, Jing: *Chinese urbanism. Urban form and life in the Tang-Song dynasties*. Singapur: World Scientific, 2020, 240 S.
- Yue, Liu (Hg.): *Chinese immigrants in Europe. Image, identity and social participation*. Berlin: De Gruyter, 2020, 236 S.
- Zanasi, Margherita: *Economic thought in modern China. Market and consumption, c. 1500–1937*. Cambridge: Cambridge University Press, 2020, 239 S.
- Zhang, Yu: *Going to the countryside. The rural in the modern Chinese cultural imagination, 1915–1965*. Ann Arbor: *Hong Kong in the Belt and Road Initiative*. Hongkong: The Chinese University of Hongkong Press, 2019, ca. 400 S.

HONGKONG

- Lee, Ching Kwan: *Take back our future. An eventful sociology of the Hong Kong umbrella movement*. Ithaca: ILR Cornell, 2019, 256 S.

VR CHINA

- An, Ning: *Confucian geopolitics. Chinese geopolitical imaginations of the US war on terror*. Singapur: Springer, 2020, 183 S.
- Andreas, Joel: *Disenfranchised. The rise and fall of industrial citizenship in China*. New York: Oxford University Press, 2019, 312 S.
- Baru, Rama V.: *Commercialisation of medical care in China. Changing landscapes*. London: Routledge, 2020, 112 S.
- Bell, Daniel: *Just hierarchy. Why social hierarchies matter in China and the rest of the world*. Princeton: Princeton University Press, 2020, 270 S.
- Benton, Gregor; Zhang, Huimei; Liu, Hong (Hgg.): *Chinese migrants write home. A dual-language anthology of twentieth-century family letters*. Singapur: World Scientific, 2019, 600 S.
- Bondes, Maria: *Chinese environmental contention. Linking up against waste incineration*. Amsterdam: Amsterdam University Press (China's Environment and Welfare), 2019, 320 S.
- Boutin, Kenneth: *Economic security and Sino-American relations. Progress under pressure*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 224 S.

- Brazelton, Mary Augusta: *Mass vaccination. Citizens' bodies and state power in modern China*. Ithaca: Cornell University Press, 2019, 237 S.
- Broodsgaard, Kjeld Erik: *The Chinese Communist Party since 1949. Organization, ideology, and prospect for change*. Leiden: Brill, 2019, 60 S.
- Burt, Ronald S. (Hg.): *Social capital, social support and stratification. An analysis of the sociology of Nan Lin*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 260 S.
- Cai, Congyan: *The rise of China and international law. Taking Chinese exceptionalism seriously*. New York: Oxford University Press, 2019, 360 S.
- Carrai, Maria Adele; Defraigne, Jean-Christophe; Wouters, Jan (Hgg.): *The Belt and Road Initiative and global governance*. Cheltenham: Edward Elgar, 2020, ca. 288 S.
- Chang, Chia-Ju (Hg.): *Chinese environmental humanities. Practices of environing at the margins*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 344 S.
- Chen, Shengyong: *Political participation and institutional innovation. A case study of Zhejiang*. Singapur: World Scientific, 2020, 450 S.
- Ci, Jiwei: *Democracy in China. The coming crisis*. Cambridge: Harvard University Press, 2019, 420 S.
- Cui, Jing: *Collaborative governance of local governments in China*. London: Routledge, 2020, 147 S.
- Diprose, Kristina: *Climate change, consumption and intergenerational justice. Lived experiences in China, Uganda and the UK*. Bristol: Bristol University Press, 2019, 182 S.
- Edney, Kingsley (Hg.): *Soft power with Chinese characteristics. China's campaign for hearts and minds*. London: Routledge, 2020, 296 S.
- Espen, Dominik: *China and the law of the sea. China's artificial islands in the South China Sea*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač, 2019, 208 S.
- Feng, Huiyin: *China's challenges and international order transition. Beyond the "Thucydide's trap"*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2020, 320 S.
- Ferenczy, Zsuzsa Anna: *Europe, China, and the limits of normative power*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 192 S.
- Foot, Rosemary: *China, the UN, and human protection. Beliefs, power, image*. Oxford: Oxford University Press, 2020, 320 S.
- Fung, Courtney J.: *China and intervention at the UN Security Council. Reconciling status*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 282 S.
- Gao, Jia; Su, Yuanyuan: *Social mobilisation in post-industrial China. The case of rural urbanisation*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 264 S.
- Hartman, Christof (Hg.): *China's new role in African politics. From non-intervention towards stabilization?* London: Routledge, 2019, 244 S.
- Heberer, Thomas: *Weapons of the rich. Strategic action of private entrepreneurs in Contemporary China*. Singapur: World Scientific, 2020, 254 S.
- Heydarian, Richard Javad: *Indo-Pacific. Trump, China, and the new struggle for global mastery*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2019, 362 S.
- Hong, Sheng: *Vision and calculation. Economics from China's perspective*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 409 S.

- Jie, Chen: *Overseas Chinese democracy movement. Assessing China's only open political opposition*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 226 S.
- Kennedy, John James: *Lost and found. The 'missing girls' in rural China*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 256 S.
- Koesel, Karrie J.; Bunce, Valerie J.; Chen Weiss, Jessica (Hgg.): *Citizens and the state in authoritarian regimes. Comparing China and Russia*. New York: Oxford University Press, 2020, 326 S.
- Kroenig, Matthew: *The return of great power rivalry. Democracy versus autocracy from the ancient world to the U.S. and China*. New York: Oxford University Press, 2020, 288 S.
- Lau, Lawrence Juen-ye: *The China-U.S. trade war and future economic relations*. Hongkong: The Chinese University of Hongkong Press, 2019, 216 S.
- Lee, Tai To (Hg.): *Chinese people's diplomacy and developmental relations with East Asia. Trends in the Xi Jinping era*. London: Routledge, 2020, 180 S.
- Liu, Hailong: *Propaganda. Ideas, discourses and its legitimization*. London: Routledge (Chinese Perspectives on Journalism and Communication), 2020, 353 S.
- Liu, Shih-Ding: *Politics of people. Protest cultures in China*. Albany: State University of New York Press, 2019, 234 S.
- Liu, Xiaoguang: *China's rural labor migration and its economic development*. Singapur: World Scientific, 2020, 200 S.
- Lüdtke, Susann: *The secret of lobbying in China. Who influences building energy efficiency standards?* Baden-Baden: Nomos, 2020, 405 S.
- Luo, Yadong: *Guanxi and business*. 3rd ed. Singapur: World Scientific, 2020, 476 S.
- Manninen, Mari: *Secrets and siblings. The vanished lives of China's one-child policy*. London: Zed Books, 2019, 215 S.
- Mao, Dan: *Change of China's rural community. A case study of Zhejiang's Jianshanxia village*. Singapur: World Scientific, 2019, 320 S.
- Markey, Daniel Seth: *China's western horizon. Beijing and the new geopolitics of Eurasia*. New York: Oxford University Press, 2020, 313 S.
- Mattingly, Daniel C.: *The art of political control in China*. Cambridge: Cambridge University Press, 2020, 244 S.
- Men, Honghua: *China's open-up strategy (1978–2018)*. Singapur: Springer, 2020, 258 S.
- Men, Jing (Hg.): *Evolving relationship between China, the EU and the USA. A new global order?* London: Routledge, 2020, 234 S.
- Mo, Long: *China's demographic dilemma and potential solutions. Population aging and population control*. Singapur: Springer, 2020, 197 S.
- Naito, Hiroko (Hg.): *State capacity building in contemporary China*. Singapur: Springer, 2020, 123 S.
- Noesselt, Nele: *Chinese politics. National and global dimensions*. Baden-Baden: Nomos, 2020, ca. 270 S.
- Ortmann, Stephan (Hg.): *China's 'Singapore model' and authoritarian learning*. London: Routledge, 2020, 240 S.
- Pan, Jennifer: *Welfare for autocrats. How social assistance in China cares for its rulers*. New York: Oxford University Press, 2020, 225 S.

- Pauken, Thomas Weir: *US vs China. From trade war to reciprocal deal*. Singapur: World Scientific, 2019, 300 S.
- Pavlicevic, Dragan: *Public participation and state building in China. Case studies from Zhejiang*. London: Routledge, 2019, 166 S.
- Roberts, Dexter: *The myth of Chinese capitalism. The worker, the factory, and the future of the world*. New York: St. Martin's Press, 2020, 252 S.
- Rong, Xinchun: *Belt and Road Initiative. Interregional cooperation between Asia and Europe*. Singapur: World Scientific, 2019, 336 S.
- Saich, Tony: *Finding allies and making revolution. The early years of the Chinese Communist Party*. Leiden: Brill, 2020, 224 S.
- Schmidt-Glintzer, Helwig: *Das neue China. Vom Untergang des Kaiserreichs bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck (Beck Wissen; 2126), 2020, 128 S.
- Shambaugh, David: *China and the world*. New York: Oxford University Press, 2020, 394 S.
- Shen, Ronghua: *Modernization of government governance in China*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 287 S.
- Sicular, Terry et al. (Hgg.): *Changing trends in China's inequality. Evidence, analysis, and prospects*. New York: Oxford University Press, 2020, 448 S.
- Sommer, Theo: *China First. Die Welt auf dem Weg ins chinesische Jahrhundert*. akt., erw. Neuauflage. München: C.H. Beck, 2020, 496 Seiten
- Song, Malin: *Sustainable marine resource utilization in China. A comprehensive evaluation*. Amsterdam: Elsevier, 2020, 246 S.
- Sun, Feng: *Why communist China isn't collapsing. The CCP's battle for survival and state-society dynamics in the post-reform era*. Lanham: Lexington Books, 2020, 253 S.
- Szeleny, Ivan: *Varieties of post-communist capitalism. A comparative analysis of Russia, Eastern Europe and China*. Leiden: Brill, 2020, 243 S.
- Torcetti, Shelley: *Living in the shadows of China's HIV/AIDS epidemics. Sex, drugs and bad blood*. London: Routledge, 2020, 227 S.
- Türk, Danilo: *A world transformed. Reflections on the international system, China and global development*. New York: Peter Lang, 2020, 190 S.
- Vai, Io Lo: *Law and society in China*. Cheltenham: Edward Elgar, 2020, ca. 240 S.
- Wan, Jianwei; Hoo, Tiang Boon: *China's omnidirectional peripheral diplomacy*. Singapur: World Scientific, 2019, 408 S.
- Wang, Huiyao; Miao, Lu (Hgg.): *Handbook on China and globalization*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 520 S.
- Wang, Jing: *The other digital China. Nonconfrontational activism on the social web*. Cambridge: Harvard University Press, 2019, 312 S.
- Wang, Lin: *Rural elections in China. Institutionalization, state intrusion and democratization*. London: World Scientific, 2020, 252 S.
- Wang, Wilfred Yang: *Digital media in urban China. Locating Guangzhou*. London: Rowman & Littlefield, 2019, 163 S.
- Weise, Sebastian: „Invented in China. Hochtechnologie im Dienste des Illiberalismus.“ In: *Auslandsinformationen (KAS)*, 36 (2020) 1, S. 40–51

- Wong, John; Liang, Fook Lye: *Suzhou industrial park. Achievements, challenges and prospects*. Singapur: World Scientific, 2019, 150 S.
- Wright, Theresa (Hg.): *Handbook of protest and resistance in China*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 480 S.
- Wu, Jing: *Environmental management in China. Policies and institutions*. Singapur: Springer, 2020, 265 S.
- Wu, Zunyou: *HIV/AIDS in China. Epidemiology, prevention and treatment*. Singapur: Springer, 2020, 685 S.
- Yan, Xuetong: *Inertia of history. China and the world by 2023*. Newcastle-upon-Tyne: Cambridge Scholars, 2019, 218 S.
- Yang, Katja M.: *Contemporary urban China. Modernisation and social attitudes*. Baden-Baden: Nomos, 2020, ca. 310 S.
- Ying, Long (Hg.): *Shrinking cities in China. The other facet of urbanization*. Singapur: Springer, 2019, 256 S.
- Yue, Hou: *Private sector in public office. Selective property rights in China*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 184 S.
- Zeng, Ka (Hg.): *Handbook on the international political economy of China*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 480 S.
- Zhang, Yanzhe: *Governance in China since 1949*. Reading: Paths International, 2019, 163 S.
- Zhao, Litao; Qi, Dongtao (Hgg.): *Chinese society in the Xi Jinping era*. Singapur: World Scientific, 2019, 150 S.
- Zheng, Yongnian: *The Chinese Communist Party in action. Consolidating party rule*. London: Routledge, 2020, 287 S.
- Zhong, Qiu: *Environmental consciousness in China. Change with social transformation*. Cambridge: Chandos, 2020, 159 S.
- Zhou, Peng: *Theory and practice of China's tourism economy 1978–2017*. Singapur: Springer, 2019, 146 S.
- Zhu, Zhiquan: *A critical decade. China's foreign policy (2008–2018)*. Singapur: World Scientific, 2019, 316 S.

ZENTRALASIEN / TIBET / MONGOLEI

- Bumochir, Dulam: *State popular mobilisation and gold mining in Mongolia. Shaping 'neo-liberal' policies*. London: UCL Press, 2020, 158 S.
- Daehnhardt, Madleina: *Migration, development and social change in the Himalayas. An ethnographic village study*. London: Routledge, 2020, 244 S.
- Fuhrmann, Johann C.: „Zwischen Jurten und Wolkenkratzen. In der Mongolei ringt die Jugend mit einer korrupten Elite.“ In: *Auslandsinformationen* (KAS), 36 (2020) 1, S. 74–83
- Junussova, Madina: *Cities and local governments in Central Asia. Administrative, fiscal, and political urban battles*. London: Routledge, 2020, 137 S.
- Somfalvy, Esther: *Parliamentary representation in Central Asia. MPs between representing their voters and serving an authoritarian regime*. London: Routledge, 2020, 196 S.

AUSTRALIEN / NEUSEELAND / SÜDPAZIFIK

- Amin, Sara N. (Hg.): *Mapping security in the Pacific. A focus on context, gender and organizational culture*. London: Routledge, 2020, 249 S.
- Arthur, Bill (Hg.): *Macquarie atlas of indigenous Australia*. Sydney: Macquarie Library, 2019, 293 S.
- Chen, Peter S. (Hg.): *Australian politics and policy*. Sydney: Sydney University Press, 2019, 743 S.
- Darian-Smith, Kate (Hg.): *Remembering migration. Oral histories and heritage in Australia*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 357 S.
- Davis, Sasha: *Islands and Oceans. Reimagining sovereignty and social change*. Athens: University of Georgia Press, 2020, 171 S.
- Leckie, Jacqueline: *Colonizing madness. Asylum and community in Fiji*. Honolulu: University of Hawai'i Press, 2020, 283 S.
- MacLean, Kama: *British India, white Australia. Overseas Indians, intercolonial relations and the Empire*. Sydney: University of New South Wales, 2020, 320 S.
- Moore, Sam: *People of New Zealand*. Auckland: Allen & Unwin, 2019, 166 S.
- Moran, Mark (Hg.): *Too close to ignore. Australia's borderland with Papua New Guinea and Indonesia*. Carlton: Melbourne University Press, 2020, 293 S.
- Parkin, Michael: *Macroeconomics. Australia in the global environment*. Melbourne: Pearson Australia, 2020, 538 S.
- Patrick, Aaron: *Surprise party. How the coalition went from chaos to comeback*. Victoria: Black Inc, 2019, 238 S.
- Payton, Philip (Hg.): *Australia, migration and empire. Immigrants in a globalised world*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 318 S.
- Piccini, Jon: *Human rights in twentieth-century Australia*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 285 S.
- Robinson, Claire: *Promises, promises. 80 years of wooing New Zealand voters*. Auckland: Massey University Press, 2019, 367 S.
- Robinson, Geoff: *Being left-wing in Australia. Identity, culture and politics after socialism*. North Melbourne: Australian Scholarly, 2019, 389 S.
- Rojas-Lizana, Sol: *Discourse of perceived discrimination. Perspectives from contemporary Australian society*. New York: Routledge, 2020, 146 S.
- Taylor, Kerry: *Health care and indigenous Australians. Cultural safety in practice*. London: Red Globe Press, 2019, 274 S.
- Toohy, Brian: *Secret. The making of Australia's security state*. Carlton: Melbourne University Press, 2019, 384 S.
- Willis, Eileen (Hg.): *Understanding the Australian health care system*. Chatswood: Elsevier Health Sciences, 2020, 515 S.

AUTORINNEN UND AUTOREN DIESER AUSGABE

Max Altenhofen,
Fellow, Universität Tübingen; max.altenhofen@gmx.de

Peter Busch,
Historiker und freier Übersetzer, Tainan (Taiwan)

Dr. Thilo Diefenbach,
Ständiger Mitarbeiter „Hefte für ostasiatische Literatur“, Berlin; thdb@gmx.net

Prof. Dr. Doris Fischer,
Chair of China Business and Economics, Institut für Kulturwissenschaften Ost- und Südasiens, Universität Würzburg; doris.fischer@uni-wuerzburg.de

Ulrike Gansen, MA,
Universität Duisburg-Essen; ulrike.gansen@posteo.de

Hannes Gohli,
PhD. Candidate, Ludwigs-Maximilians Universität Würzburg; Hannes.gohli@uni-wuerzburg.de

Matthias Hackler,
Independent researcher, PhD International Relations; mhackler@hotmail.de

Helen Hess,
Doktorandin, Asien-Orient-Institut, Universität Zürich; helen.hess@aoi.uzh.ch

Uwe Kotzel,
Bibliotheksleiter GIGA-IAS, Hamburg; uwe.kotzel@giga-hamburg.de

Olivia Kraef-Leicht,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Freie Universität Berlin, Sinologie/Chinastudien; olivia.kraef@fu-berlin.de

Jan Kronschnabel,
Universität Osnabrück; Jan.kronschnabel@outlook.de

Prof. Dr. Johannes Kuechler,
China Center TU Berlin; kuechler@imup.tu-berlin.de

Bertram Lang, M.A.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt; b.lang@soz.uni-frankfurt.de

Assoc. Prof. Leenawaty Limantara, M.Sc.
Rector, Universitas Pembangu / South Tangerang; leenawaty.limantara@upj.ac.id

Dr. Mirjam Lücking,
Postdoctoral Fellow, Martin Buber Society, The Hebrew University of Jerusalem; mirjam.luecking@mail.huji.ac.il

Prof. Dr. Peter Mayer,
Professor für Internationale Volkswirtschaftslehre, Hochschule Osnabrück; p.mayer@hs-osnabrueck.de

Martin Miller, MA,
Bottrop; martin.miller@fm-sozial.de

Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt,
Inhaberin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt China/Ostasien,
Universität Duisburg-Essen; nele.noesselt@uni-due.de

Jochen Noth,
Consultant, aktueller Schwerpunkt: berufliche Bildung in China, chinesische
Landwirtschaft; noth@asienpazifik.de

Opeoluwa J. Oguntoye,
Universität Osnabrück; Oguntoyeopeoluwa88@gmail.com

Isabel Schreiber,
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf / Deutsches Institut für Japanstudien;
schreiber@diptokyo.org

Dr. Dr. Roland Seib,
Politik- und Verwaltungswissenschaftler, Darmstadt; rseib@t-online.de

Jonas Seyferth, MA,
Duisburg; jonas.seyferth@t-online.de

Prof. em. Dr. sc.pol. György Széll,
Universität Osnabrück; gszell@uos.de

Marie Ulrich,
Studentin im Master-Studiengang „Modernes Japan“, Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf; marieulrich@outlook.de

Dr. Ute Wallenböck, Mag.
Lektorin, Institut für Ostasienwissenschaften/Sinologie, Universität Wien;
ute.wallenboeck@univie.ac.at

Dr. Thomas Weyrauch,
Dr.Thomas.Weyrauch@gmx.de

Christopher Wimmer, M.A.
Freier Autor, Redakteur der Zeitschrift „Südostasien“; Doktorand, IAAW, Humboldt-
Universität zu Berlin; christopherwimmer@t-online.de

Stephanie Ziehaus, MA,
Research assistant/ Sinophone Borderlands, Palacký University Olomouc;
ziehausstephanie@gmail.com

Als Mitglied der Gesellschaft für Asienkunde erhalten Sie die Vierteljahreszeitschrift *ASIEN* kostenlos. *ASIEN* bietet Ihnen Artikel zur Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur Asiens, viele nützliche Informationen (Konferenzberichte, Rezensionen); mehr auf der Website, z. B. eine Übersicht aller asienwissenschaftlichen Studiengänge in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Mitgliedsbeitrag 110 € (Studierende 55 €)

DGA · Rothenbaumchaussee 32 · D-20148 Hamburg · Tel.: +49 40 428874-36

post@asienkunde.de www.asienkunde.de

NEUERE LITERATUR ÜBER ASIEN

Zusammengestellt von Uwe Kotzel

Die Mitglieder der DGA sind herzlich aufgefordert, ihre neuesten Veröffentlichungen der Redaktion zu melden.

ASIEN

- Batabyal, Amitrajeet A. (Hg.): *Disease, human health, and regional growth and development in Asia*. Singapur: Springer, 2019, 233 S.
- Beeson, Mark (Hg.): *Rivalry and cooperation in the Asia-Pacific. The dynamics of a region in transition*, 2. Singapur: World Scientific, 2019, 1104 S.
- Christy, Ralph (Hg.): *Asian business management. Case studies in growth, marketing and upgrading strategies*. Singapur: World Scientific, 2019, 260 S.
- Gietel-Basten, Stuart: *The ‚population problem‘ in Pacific Asia*. New York: Oxford University Press, 2019, 224 S.
- Grabowski, Marcin (Hg.): *Application of international relation theories in Asia and Africa*. Berlin: Peter Lang, 2019, 339 S.
- Jamieson, Walter (Hg.): *Planning and management of responsible urban heritage destinations in Asia. Dealing with Asian urbanization and tourism*. Oxford: Goodfellow, 2019, 220 S.
- Kai Hong Phua; Lee Gan Goh, Mui Teng Yap (Hgg.): *Ageing in Asia. Contemporary trends and policy issues*. Singapur: World Scientific, 2019, 300 S.
- Kraas, Frauke et al. (Hgg.): *Megacities — megachallenge. Informal dynamics of global change. Insights from Dhaka, Bangladesh, and Pearl River Delta, China*. Stuttgart Borntraeger Science, 2019, 232 S.
- Luk, Ngo Chun: *Diaspora status and citizenship rights. A comparative legal analysis of the quasi-citizenship schemes of China, India and Suriname*. Oisterwijk: Wolf Legal, 2018, 693 S.
- Marafa, Lawal Mohammed (Hg.): *Sustainable tourism in Asia. People and places*. Newcastle-upon-Tyne: Cambridge Scholars, 2019, 207 S.
- McGann, James G.: *Think tanks. The new knowledge and policy brokers in Asia*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 2019, 341 S.
- Mukherjee, Kunal: *Conflict in India and China's contested borderlands. A comparative study*. London: Routledge, 2019, 178 S.
- Nayyar, Deepak (Hg.): *Asian transformations. An inquiry into the development of nations*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 624 S.
- Uesugi, Yuji (Hg.): *Hybrid peacebuilding in Asia*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020, 156 S.

- Voskressenski, Alexei D. (Hg.): *Regional world order. Transregionalism, regional integration, and regional projects across Europe and Asia*. Lanham: Lexington Books, 2019, 228 S.
- Wan Guanghua; Lu Ming (Hgg.): *Cities of dragons and elephants. Urbanization and urban development in China and India*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 696 S.
- Yeo, Andrew: *Asia's regional architecture. Alliances and institutions in the Pacific century*. Stanford: Stanford University Press, 2019, 242 S.

SÜDASIEN

- Biberman, Yelena: *Gambling with violence. State outsourcing of war in India and Pakistan*. New York: Oxford University Press, 2019, 240 S.
- Blom, Amelie (Hg.): *Emotions, mobilisations and South Asian politics*. London: Routledge, 2020, 290 S.
- Chandhoke, Neera: *Rethinking pluralism, secularism and tolerance. Anxieties of coexistence*. New Delhi: Sage, 2019, 223 S.
- Daehnhardt, Madleina: *Migration, development and social change in the Himalayas. An ethnographic village study*. London: Routledge, 2020, 244 S.
- Gajjala, Radhika: *Digital diasporas. Labour, affect and technomediation in South Asia*. London: Rowman & Littlefield, 2019, 264 S.
- Jhala, Angma Dey: *An endangered history. Indigeneity, religion, and politics on the borders of India, Burma, and Bangladesh*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 344 S.
- Mehdi, Ali: *Shot of justice. Priority-setting for addressing child mortality*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 246 S.
- Mukherji, Partha Nath (Hg.): *Understanding social dynamics in South Asia. Essays in memory of Ramkrishna Mukherjee*. Singapur: Springer, 2019, 280 S.
- Punathambekar, Aswin: *Global digital cultures. Perspectives from South Asia*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2019, 317 S.
- Shah, Ghanshyam: *Democracy, civil society and governance*. New Delhi: Sage, 2019, 238 S.

BANGLADESCH

- Hussain, Imtiaz (Hg.): *South Asia in global power rivalry. Inside-out appraisals from Bangladesh*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2019, 320 S.
- Islam, Sheikh Tawhidul (Hg.): *Geography in Bangladesh. Concepts, methods and applications*. London: Routledge, 2019, 275 S.
- Rahman, Muhammad Sayadur: *Politics, governance and development in Bangladesh*. London: Routledge, 2020, 306 S.
- Zaman, Mohammed (Hg.): *Development-induces displacement and resettlement in Bangladesh. Case studies and practices*. New York: Nova Science, 2019, 268 S.

INDIEN

- Ahmad, Irfan (Hg.): *Algebra of warfare-welfare. A long view of India's 2014 election*. New Delhi: Oxford University Press Global, 2019, 385 S.

- Andersen, Walter: *Messengers of Hindu nationalism. How the RSS reshaped India*. London: C. Hurst, 2019, 405 S.
- Cybil, K.V. (Hg.): *Social justice. Inter-disciplinary inquiries from India*. London: Routledge, 2019, 182 S.
- D'Costa, Anthony P. (Hg.): *Changing contexts and shifting roles of the Indian state. New Perspectives on development dynamics*. Singapur: Springer, 2019, 236 S.
- Irani, Lilly: *Chasing innovation. Making entrepreneurial citizens in modern India*. Princeton: Princeton University Press, 2019, 277 S.
- Jaffrelot, Christophe; Kanta Murali (Hgg.): *Business and politics in India*. New York: Oxford University Press, 2019, 336 S.
- Jahanbegloo, Ramin: *Talking sociology. Dipankar Gupta in conversation with Ramin Jahanbegloo*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 172 S.
- Jahanbegloo, Ramin (Hg.): *Ashis Nandy. A life in dissent*. New Delhi: Oxford University Press Global, 2018, 367 S.
- Kapp, Dieter B. (Hg.): *Schöpfungs- und Urzeitmythen der Stammesvölker Indiens*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2019, 654 S.
- Kikon, Dolly: *Leaving the land. Indigenous migration and affective labour in India*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 155 S.
- Mathur, Kuldeep: *Recasting public administration in India. Reform, rhetoric, and neoliberalism*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 200 S.
- McClish, Mark: *History of the Arthashastra. Sovereignty and sacred law in ancient India*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 274 S.
- Mukherjee, Rudrangshu: *Jawaharlal Nehru*. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 176 S.
- Nilsen, Alf Gunvald: *Indian democracy. Origins, trajectories, contestations*. London: Pluto, 2019, 193 S.
- Nowak, Jörg: *Mass strikes and social movements in Brazil and India. Popular mobilisation in the long depression*. Cham: Springer Nature, 2019, 319 S.
- Rajan, S. Irudaya (Hg.): *India migration report 2019. Diaspora in Europe*. London: Routledge, 2019, 376 S.
- Ranjan, Amit (Hg.): *India in South Asia. Challenges and management*. Singapur: Springer Nature, 2019, XXXII, 289 S.
- Rao, N. Bhaskara: *Sustainable good governance, development and democracy*. New Delhi: Sage, 2019, 284 S.
- Ravi, Chaitanya: *A debate to remember. The US-India nuclear deal*. New Delhi: Oxford University Press, 2018, 309 S.
- Singh, Manmohan: *Changing India*, 6. New Delhi: Oxford University Press, 2019, 3224 S.
- Subramaniam, Banu: *Holy science. The biopolitics of Hindu nationalism*. Seattle: University of Washington Press, 2019, 290 S.
- Verma, Arvind: *Combating corruption in India*. Cambridge: Cambridge University Press, 2018, 304 S.
- Wani, Aijaz Ashraf: *What happened to governance in Kashmir?* New Delhi: Oxford University Press, 2019, 357 S.

NEPAL

Sinha, Awadesh C.: *Dawn of democracy in the eastern Himalayan kingdoms. The 20th century*. London: Routledge, 2019, 180 S.

PAKISTAN

Mohmand, Shandana Khan: *Crafty oligarchs, savvy voters. Democracy under inequality in rural Pakistan*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 298 S.

SRI LANKA

Abeyagoonasekera, Asanga: *Sri Lanka at crossroads. Geopolitical challenges and national interests*. Singapur: World Scientific, 2019, 224 S.

Ananthavinayagan, Thamil Venthan: *Sri Lanka, human rights and the United Nations. A scrutiny into the international human rights engagement with a third world state*. Singapur: Springer, 2019, 266 S.

Johansson, Andreas: *Pragmatic Muslim politics. The case of Sri Lanka Muslim Congress*. Cham: Springer, 2019, 153 S.

Shastri, Amita (Hg.): *Political parties in Sri Lanka. Change and continuity*. New Delhi: Oxford University Press Global, 2018, 388 S.

SÜDOSTASIEN

Devasahayam, Theresa W. (Hg.): *Ensuring a square meal. Women and food security in Southeast Asia*. Singapur: World Scientific, 2018, 264 S.

Duxbury, Alison: *Can ASEAN take human rights seriously?* Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 405 S.

Handayani, Bintang; Hugues Seraphin, Maximiliano E. Korstanje: *Special interest tourism in Southeast Asia. Emerging research and opportunities*. Hershey: IGI Global, 2019, 131 S.

Pero, Siti Darwinda Mohamed: *Leadership in regional community building. Comparing ASEAN and the European Union*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2019, 268 S.

Renshaw, Catherine: *Human rights and participatory politics in Southeast Asia*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2019, 247 S.

Yates, Robert: *Understanding ASEAN's role in Asia-Pacific order*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, XI, 333 S.

INDONESIEN

Aspinall, Edward: *Democracy for sale. Elections, clientelism, and the state in Indonesia*. Ithaca: Cornell University Press, 2019, 308 S.

Hatherell, Michael: *Political representation in Indonesia. The emergence of innovative technocrats*. London: Routledge, 2019, 174 S.

Muhtadi, Burhanuddin: *Vote buying in Indonesia. The mechanics of electoral bribery*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2019, 318 S.

KAMBODSCHA

Joergensen, Nina H. B.: *The Elgar companion to the Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia*. Cheltenham: Edward Elgar, 2018, 432 S.

Un, Kheang: *Cambodia. Return to authoritarianism*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 75 S.

MALAYSIA

Evers, Hans-Dieter; Abdul Rahman Embong, Rashila Ramli (Hgg.): *Connecting oceans, I. Malaysia as a maritime nation*. Bangi: UKM Press, 2019, 43 S.

MYANMAR

Häusler, Nicole; Zin Mar Than, Frauke Kraas: „Tourism as a tool for peace? Between the lines. Thandaung Gyi in Kayin State, Myanmar.“ In: Isaac, Rami; Erdinc Cakmak, Richard Butler (Hgg.): *Tourism and hospitality in conflict-ridden destinations*. London: Routledge, 2019, S. 84–103

Schütte, Hainz; Wolfgang Bellwinkel: *Napyitaw. An approach*. Yangon: Goethe-Institut Myanmar, 2018, 95 S.

Watanabe, Chika: *Becoming one. Religion, development, and environmentalism in a Japanese NGO in Myanmar*. Honolulu: University of Hawai'i Press, 2019, 239 S.

PHILIPPINEN

Rood, Steven: *The Philippines. What everyone needs to know*. New York: Oxford University Press, 2019, 256 S.

Werning, Rainer; Jörg Schwieger (Hgg.): *Handbuch Philippinen. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur*. Berlin: Regiospectra, 2019, 496 S.

SINGAPUR

Ho Shu Huang; Graham Ong-Webb (Hgg.): *National service in Singapore*. Singapur: World Scientific, 2019, 280 S.

Singapore Institute of Policy Studies: *Insights on Singapore's politics and governance from leading thinkers*. Singapur: World Scientific, 2019, 196 S.

Teo, Terri-Anne: *Civic multiculturalism in Singapore. Revisiting citizenship, rights and recognition*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 293 S.

THAILAND

Stearn, Duncan: *Slices of Thai history from the curious and controversial to the heroic and hardy*. Bangkok: White Lotus, 2019, 178 S.

VIETNAM

Kerkvliet, Benedict J.: *Speaking out in Vietnam. Public political criticism in a communist party-ruled nation*. Ithaca: Cornell University Press, 2019, 224 S.

Liu, Am Y.C. (Hg.): *Rural-urban migration in Vietnam*. Cham: Springer, 2019, 271 S.

OSTASIEN

- Alexander, Jeffrey C. (Hg.): *Civil sphere in East Asia*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 304 S.
- Hu Teh-Wie (Hg.): *Healthcare policy in East Asia. A World Scientific reference*, 4. Singapur: World Scientific, 2019, 1200 S.
- Shimizu, Kosuke (Hg.): *Critical international relations theories in East Asia. Relationality, subjectivity, and pragmatism*. London: Routledge, 2019, 166 S.
- So, Sokbunthoeun: *Alternative paths to public financial management and public sector reform. Experiences from East Asia*. Washington, D.C.: World Bank Group, 2018, 144 S.
- Zhang, Yunling: *On East Asian regional cooperation. Ideality and reality*, 2. London: Routledge, 2020, 150+177 S.

JAPAN

- Basu, Dipak; Victoria Miroshnik: *Corporate governance system of Japanese multinational companies. A quantitative evaluation*. Singapur: World Scientific, 2019, 156 S.
- Coates, Ken (Hg.): *Japan's future and a new Meiji transformation. International reflections*. London: Routledge, 2019, 212 S.
- Hanssen, Ulv: *Temporal identities and security policy in postwar Japan*. London: Routledge, 2019, 221 S.
- Köhn, Stephan; Chantal Weber (Hgg.): *Outcasts in Japans Vormoderne. Mechanismen der Segregation in der Edo-Zeit. Festschrift für Ingrid Fritsch*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2019, X, 328 S.
- Mogaki, Masahiro: *Understanding governance in contemporary Japan. Transformation and the regulatory state*. Manchester: Manchester University Press, 2019, 184 S.
- Tobisawa, Kazuhiro: *Influence of civil society on Japanese nuclear disarmament policy*. Buckingham: University of Buckingham Press, 2018, 546 S.
- Schultz, Franziska: *Economic effects of political shocks to Sino-Japanese relations (2005–2014)*. Wiesbaden: Springer VS, 2020, XVI, 156 S.
- Suzuki, Kazuhito: *Japanese contractors in overseas markets. Bridging cultural and communication gaps*. Singapur: Springer, 2019, 427 S.
- Tsutsui, Kiyoteru: *Rights make might. Global human rights and minority social movements in Japan*. New York: Oxford University Press, 2018, 328 S.
- Watanabe, Atsuko: *Japanese geopolitics and the Western imagination*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, X, 265 S.
- Weiß, Tobias: *Auf der Jagd nach der Sonne. Das journalistische Feld und die Atomkraft in Japan*. Bade-Baden: Nomos, 2019, 629 S.
- Wert, Michael: *Samurai. A concise history*. New York: Oxford University Press, 2019, 128 S.
- Ziomek, Kirsten L.: *Recovering the lives of Japan's colonial peoples*. Cambridge: Harvard University Asia Center, 2019, 406 S.

KOREA

Im To-Bin: *Two sides of Korean administrative culture. Competitiveness or collectivism?*
Lodnon: Routledge, 2019, 109 S.

SÜDKOREA

Chang Kyung-Sup: *Developmental liberalism in South Korea. Formation, degeneration, and transnationalization*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 221 S.

Flamm, Patrick: *South Korean identity and global foreign policy. Dream of autonomy*. New York: Routledge, 2019, 170 S.

Im, Tobin: *Two sides of Korean administrative culture. Competitiveness or collectivism?*
London: Routledge, 2019, 109 S.

Kim, Chuk Kyo: *Economic development of Korea*. Singapur: World Scientific, 2019, 308 S.

Milani, Marco (Hg.): *Korean paradox. Domestic political divide and foreign policy in South Korea*. London: Routledge, 2019, 193 S.

Mobrand, Erik Johan: *Top-down democracy in South Korea*. Seattle: University of Washington Press, 2019, 201 S.

Myong, O.: *Digital development in Korea. Lessons for a sustainable world*, 2. London: Routledge, 2020, 227 S.

CHINA

Chiang, Howard (Hg.): *Making of the human sciences in China. Historical and conceptual foundations*. Leiden: Brill, 2019, 547 S.

Grimberg, Phillip; Grete Schönebeck (Hgg.): *Vom Wesen der Dinge. Realitäten und Konzeptionen des Materiellen in der chinesischen Kultur*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2019, ca. 208 S. (Jahrbuch der Deutschen Vereinigung für Chinastudien; 13)

Wang, Keping: *Chinese culture of intelligence*. Singapur: Palgrave Macmillan, 2019, 452 S.

HONGKONG

Chan, Emily Ying Yang: *Climate change and urban health. The case of Hong Kong as a subtropical city*. London: Earthscan, 2019, 264 S.

Chan-Yeung, Moira M.W.: *A medical history of Hong Kong, 1942–2015*. Hongkong: The Chinese University Press, 2019, ca. 290 S.

Ma, Ngok (Hg.): *The Umbrella movement. Civil resistance and contentious space in Hong Kong*. Amsterdam: Amsterdam University Press, 2019, 355 S.

TAIWAN

Gang Lin: *Taiwan's party politics and cross-strait relations in evolution (2008–2018)*. Singapur: Springer Nature, 2019, 250 S.

VR CHINA

Bello, Walden F.: *Paper dragons. China and the next crash*. London: Zed Books, 2019, 288 S.

Bianchi, Robert R.: *China and the Islamic world. How the new silk road is transforming global politics*. New York: Oxford University Press, 2019, 304 S.

- Blanchette, Jude: *China's new red guards. The return of radicalism and the rebirth of Mao Zedong*. New York: Oxford University Press, 2019, 200 S.
- Bu, Yuanshi: *Chinese civil code. The general part*. Baden-Baden: Nomos, 2019, ca. 400 S.
- Cabestan, Jean-Pierre: *China tomorrow. Democracy or dictatorship?* Lanham/Md.: Rowman & Littlefield, 2019, 209 S.
- Chaisse, Julien (Hg.): *China-European Union investment relationships. Towards a new leadership in global investment governance?* Cheltenham: Edward Elgar, 2018, 328 S.
- Faligot, Roger: *Chinese spies. From Mao Zedong to Xi Jinping*. London: C. Hurst, 2019, 507 S.
- Farley, James: *Model workers in China, 1949–1965. Constructing a new citizen*. London: Routledge, 2019, 197 S.
- Farrer, James: *International migrants in China's global city. The new Shanghailanders*. London: Routledge, 2019, 216 S.
- Fang, Cai (Hg.): *Chinese research perspectives on population and labor, 5. Achieving prosperity for all through shared development*. Leiden: Brill, 2019, 218 S.
- Fang, Ning et al. (Hg.): *Chinese dream and the practice in Zhejiang politics*. Cham: Springer, 2019, 278 S.
- Feng, Da Hsuan; Liang, Hai Ming: *Belt and Road Initiative. Chinese version of 'Marshal Plan'?* Singapur: World Scientific, 2019, 192 S.
- Feng, Huiyun (Hg.): *Chinese scholars and foreign policy. Debating in international relations*. London: Routledge, 2019, 210 S.
- Fuller, Douglas B.: *Paper tigers, hidden dragons. Firms and the political economy of China's technological development*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 304 S.
- Fung, Courtney J.: *China and intervention at the UN Security Council. Reconciling status*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 288 S.
- Gang, Chen: *Politics of renewable energy in China*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 176 S.
- Grillo, Francesco: *Democracy and growth in the twenty-first century. The diverging cases of China and Italy*. Cham: Palgrave Macmillan, 2018, 286 S.
- Guo, Xuezhai: *Politics of the core leader in China. Culture, institution, legitimacy, and power*. New York: Cambridge University Press, 2019, 423 S.
- Hurst, William (Hg.): *Urban Chinese governance, contention, and social control in the new millennium*. Leiden: Brill, 2019, 236 S.
- Joseph, William A. (Hg.): *Politics in China. An introduction*, 3. New York: Oxford University Press, 2019, 631 S.
- Kennedy, John James; Shi Yaojiang: *Lost and found. The 'missing girls' in rural China*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 256 S.
- Lam, Willy Wo-Lap: *The fight for China's future. Civil society vs. the Chinese Communist Party*. London: Routledge, 2020, 234 S.
- Lanteigne, Marc: *Chinese foreign policy. An introduction*, 4., London: Routledge 2020, 241 S.
- Lau, Lawrence Juen-ye: *Is the Chinese economy a miracle or a bubble?* Hongkong: The Chinese University Press, 2019, ca. 480 S.

- Li, Youmei; Yin, Feng, Nie, Yongyou: *Economic impact of the internet plus era. A case study of Shanghai*. Singapur: World Scientific, 2019, 292 S.
- Libman, Alexander: *Federalism in China and Russia. Story of success and story of failure?* Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 223 S.
- Lim, Jin Li: *Price and promise of specialness. The political economy of overseas Chinese policy in the People's Republic of China, 1949–1959*. Leiden: Brill, 2019, 278 S.
- Liu, Jianqiang (Hg.): *Chinese research perspectives on the environment*, 9. Leiden: Brill, 2019, 299 S.
- Matsuzawa, Setsuko: *Activating China. Local actors, foreign influence, and state response*. London: Routledge, 2019, 171 S.
- McGregor, Richard: *Xi Jinping. The backlash. A Lowy Institute paper*. Docklands: Penguin Random House Australia, 2019, 144 S. (Penguin specials)
- Minzner, Carl: *End of an era. How China's authoritarian revival is undermining its rise*. New York: Oxford University Press, 2019, 296 S.
- Oqubay, Arkebe; Justin Yifu Lin (Hgg.): *China-Africa and an economic transformation*. Oxford: Oxford University Press, 2019, 368 S.
- Pan, Jiahua (Hg.): *Chinese dream and practice in Zhejiang. Ecology*. Singapur: Springer, 2019, 292 S.
- Pei, Changhong: *Basic economic system of China*. Singapur: Springer, 2019, 222 S.
- Primiano, Christopher B.: *China, the UN and human rights. Implications for world politics*. London: Routledge, 2020, 133 S.
- Shan, Wei; Yang, Lijun (Hgg.): *Reform and development in China. After 40 years*. Singapur: World Scientific, 2019, 276 S.
- Shi, Zhiyu: *China and international theory. The balance of relationships*. London: Routledge, 2019, 285 S.
- Strittmatter, Kai: *We have been harmonized. Life in China's surveillance state*. London: Old Street, 2019, 328 S.
- Ten Brink, Tobias: *China's capitalism. A paradoxical route to economic prosperity*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2019, 328 S.
- Tian, Xueyuan: *Way to a great country. A microscopic view on Chinese population in the 21st century*. London: Routledge, 2019, 468 S.
- Tong, Sarah Y.; Kong, Tuan Yuen (Hgg.): *China and East Asian economic integration*. Singapur: World Scientific, 2019, 150 S.
- Tung, Hans H.: *Economic growth and endogenous authoritarian institutions in post-reform China*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 279 S.
- Urio, Paolo: *China 1949–2019. From poverty to world power*. Singapur: Springer, 2019, 332 S.
- Wang, Gungwu: *China reconnects. Joining deep-rooted past to a new world order*. Singapur: World Scientific, 2019, 200 S.
- Wang, Lin (Hg.): *Rural elections in China. Institutionalization, state intrusion and democratization*. Singapur: World Scientific, 2019, 300 S.
- Wang, Huiyao: *China's domestic and international migration development*. Singapur: Springer, 2019, 264 S.

- Wang, Jianwei (Hg.): *China's omnidirectional peripheral diplomacy*. Singapur: World Scientific, 2019, 391 S.
- Wang Linggui; Zhao Jianglin (Hgg.): *The Belt and Road Initiative in the global context*. Singapur: World Scientific, 2019, 200 S.
- Wong, John; Liang, Fook Lye: *Suzhou Industrial Park. Achievements, challenges and prospects*. Singapur: World Scientific, 2019, 150 S.
- World Health Organization: *Healthy China. Deepening health reform in China. Building high-quality and value-based service delivery*. Washington, D.C.: The World Bank, 2019, 387 S.
- Wright, Teresa (Hg.): *Handbook of dissent and protest in China*. Cheltenham: Edward Elgar, 2019, 448 S.
- Zhang, Qi: *Revolutionary legacy, power structure, and grassroots capitalism under the red flag in China*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019, 348 S.
- Zhao, Elaine Jing: *Digital China's information circuits. Platforms, labour and governance*. London: Routledge, 2019, 150 S.

ZENTRALASIEN / TIBET / MONGOLEI

- Lemon, Edward (Hg.): *Critical approaches to security in Central Asia*. London: Routledge, 2019, 260 S.

AUSTRALIEN / NEUSEELAND / SÜDPAZIFIK

- Bargatzky, Thomas: *Mana, Macht und Mythen. Tradition und Moderne in Australien und Ozeanien*. Baden-Baden: Academia, 2019, 168 S.
- Davidson, Jared: *Dead letters. Censorship and subversion in New Zealand, 1914–1920*. Dunedin: Otago University Press, 2019, 306 S.
- Dunn, Amanda (Hg.): *Advancing Australia*. Carlton: Melbourne University Press, 2019, 145 S.
- Kennedy, Peter: *Tales from Boomtown. Western Australian premiers from Brand to McGowan*. Crawley: UWA, 2019, 388 S.
- Kumar, Rachel Simon (Hg.): *Intersections of inequality, migration and diversification. The politics of mobility in Aotearoa/New Zealand*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, 164 S.
- McCallum, Mungo: *The good, the bad and the unlikely. Australia's prime ministers*. Victoria: Black Inc, 2019, 273 S.
- Peñaloza, Fernanda (Hg.): *Mapping South-South connections. Australia and Latin America*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, XIII, 294 S.
- Peters, Michael: *Regulating the rise of China. Australia's foray into middle power*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019, XV, 309 S.
- Tolich, Martin (Hg.): *Social science research in New Zealand. An introduction*. Auckland: Auckland University Press, 2018, 382 S.

Call for Papers

ASIEN – The German Journal on Contemporary Asia

ASIEN – The German Journal on Contemporary Asia, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e.V., ist eine bilinguale wissenschaftliche Zeitschrift, die vierteljährlich erscheint (Print und digital). *ASIEN* veröffentlicht wissenschaftliche Beiträge aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur zum gegenwärtigen Asien. Mit 1.000 Exemplaren ist *ASIEN* die auflagenstärkste akademische Zeitschrift innerhalb der deutschsprachigen Asienforschung.

Jede Ausgabe enthält Artikel, die eine anonymisierte Begutachtung (double-blind peer review) durchlaufen haben, sowie Konferenzberichte, Buchrezensionen und aktuelle Informationen über die Asienwissenschaft in Deutschland.

Die Redaktion wird von einem wissenschaftlichen Beirat und einem internationalen Beirat unterstützt. Alle Artikel, Kurzberichte und Research Notes werden zusätzlich auf der Webpräsenz der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde unter www.asienkunde.de veröffentlicht.

Die Herausgeberin ruft zur Einreichung von Artikeln auf, die sich auf theoretische Erkenntnisse und empirische Daten berufen und sich mit inländischen und internationalen Angelegenheiten des gegenwärtigen Asien auseinandersetzen (Südasiens, Südostasien, Ostasien, Zentralasien und Länder des Pazifikraums). Darüber hinaus werden asienrelevante Research Notes, Konferenzberichte und Buchrezensionen (hauptsächlich englisch- und deutschsprachiger Publikationen) akzeptiert. Obwohl Manuskripte bevorzugt werden, die sich an Asienwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler wenden, sollten die Beiträge ebenfalls den Interessen einer weiteren Leserschaft dienen und den aktuellen Stand der Asienwissenschaften reflektieren.

Wissenschaftliche Artikel dürfen 50.000 Zeichen (ca. 20 Seiten) nicht überschreiten (inklusive Fußnoten und Quellenangaben), Konferenzberichte und Rezensionen sollten einen Umfang von ca. 5.000 Zeichen (max. 2 Seiten) vorweisen. Alle Manuskripte müssen im DOC(X)- oder RTF-Format unter asien@asienkunde.de eingereicht werden.



GERMAN ASSOCIATION FOR ASIAN STUDIES
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ASIENKUNDE E.V.

Biannual DGA conference, hosted by AREA Ruhr

Transnational Asian Studies — Multi-Level Dynamics of Identity Formation and Institution Building

Die zweijährlich stattfindende Tagung der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e. V. (DGA) wird vom 10.–12. März 2021 als Online-Konferenz ausgerichtet.

Die Konferenz versammelt die ostasienwissenschaftlich forschende Gemeinschaft auf nachhaltige, ressourcenschonende Art und Weise und dient dem Austausch neuester Forschungsergebnisse und dem Networking mit dem Fachkollegium.

Wir werden Online-Keynote-Vorträge und virtuelle Tagungsräume für jedes Panel organisieren und planen, virtuelle Diskussionsgruppen, Networking-Sitzungen oder virtuelle Kaffeepausen anzubieten.

Für DGA-Mitglieder ist diese Konferenz kostenlos.



www.dga-conference.de
2021@dga-conference.de